

DAS **BESTE** **FÜR BERLIN**

EIN AUFBRUCH FÜR DIE STADT.
EINE KOALITION FÜR ERNEUERUNG.
EIN REGIERUNGSPROGRAMM FÜR ALLE.
**SOZIAL, INNOVATIV, VERLÄSSLICH UND
NACHHALTIG.**

KOALITIONSVERTRAG 2023 - 2026

CDU



Inhalt

Präambel	5
Funktionierende Verwaltung	10
Stadt der Vielfalt	17
Inneres, Sicherheit und Ordnung	27
Justiz	33
Bildung, Jugend und Familie	36
Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen	45
Mobilität und Verkehr	55
Klimaschutz	62
Nachhaltiges Berlin: Umwelt-, Natur- und Gewässerschutz	63
Arbeit	67
Soziales	72
Inklusion	76
Wirtschaft	78
Energie	85
Gesundheit und Pflege	88
Wissenschaft und Forschung	96
Kultur und Medien	104
Engagement und Ehrenamt, Religion und Weltanschauungen	110
Sport	114
Metropolregion Berlin-Brandenburg	121
Europa und Städtepartnerschaften	123
Haushalt und Finanzen	125
Sondervermögen „Klimaschutz, Resilienz und Transformation“	130
Gutes Regieren	132

Präambel

Berlin als weltoffene Metropole, als pulsierende Großstadt und als attraktiver Wirtschaftsstandort hat eine Regierung verdient, die dieser Stadt und ihren Bürgerinnen und Bürgern dient. CDU und SPD übernehmen gemeinsam Verantwortung für unsere Stadt und wollen sie gemeinsam mit den Berlinerinnen und Berlinern in einer fordernden Zeit weiter voranbringen. Unser Ziel ist dabei klar: Berlin bleibt Berlin. Aber wir wollen Dinge zum Besseren verändern. Wir verbinden die einzigartige Vielfalt der Stadt mit Chancen für alle. Wir schaffen neuen Zusammenhalt und mehr Gemeinsamkeit.

Wir stehen dabei vor den großen Aufgaben:

- Es geht darum, unsere Stadt in allen Bereichen zu modernisieren, die Leistungsfähigkeit der Verwaltung auszubauen und dafür zu sorgen, dass Berlin jeden Tag ein Stück besser funktioniert.
- Es geht darum, die Berlinerinnen und Berliner in einer Zeit des Wandels und der globalen Krisen zu unterstützen.
- Es geht darum, den Klimawandel als ernsthafte Bedrohung ernst zu nehmen und in allen Politikbereichen massive Anstrengungen zu unternehmen, um Berlin frühestmöglich in ein klimaneutrales Zeitalter zu führen.
- Es geht darum, den sozialen Ausgleich in unserer Stadt zu bewahren und zu fördern, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und eine hohe Lebensqualität für alle zu erreichen.
- Es geht darum, für die Stadt der Vielfalt mit gegenseitigem Respekt und mit der Stärkung sozialer und demokratischer Teilhabe einzutreten, Arbeitnehmerrechte zu stärken und den Weg zu echter Gleichstellung entschlossen weiterzugehen.
- Es geht darum, Bildung und Ausbildung in unserer Stadt so zu gestalten, dass sie den Weg zu einem selbstbestimmten Leben für alle ebnen.
- Es geht darum, dass wir exzellente Wissenschaft, Forschung, Technologie und unsere innovative Wirtschaft stärken.
- Es geht darum, unserer Polizei und unseren Rettungskräften den Rücken zu stärken und Straßen und Plätze für alle deutlich sauberer und sicherer zu machen.

Eine Koalition des Zusammenhalts und des Respekts

CDU und SPD bekennen sich zu einer Politik des Zusammenhalts und des Respekts. Sie bekennen sich zur Vielfalt unserer Stadt und zur Überwindung gesellschaftlicher Spaltungen. Dafür streben CDU und SPD eine Koalition an, die vertrauensvoll zusammenarbeitet, die zügig und lösungsorientiert bestehende Probleme anpackt und hart dafür arbeitet, dass Berlin jeden Tag ein bisschen besser funktioniert.

CDU und SPD eint der Wille, die Stadt dort zusammenzuführen, wo sie viel zu oft gespalten ist. Beide Parteien eint der Wille, vermeintliche Gegensätze im Sinne der gesamten Stadt zu versöhnen. Berlin wird nur dann besser funktionieren, wenn man die verschiedenen Herausforderungen zusammendenkt und nicht verschiedene Interessen gegeneinander ausspielt.

- Freiheit und Sicherheit verbinden: Berlin wird nur dann auch künftig Stadt der Vielfalt sein, wenn es gemeinsame Regeln gibt, die respektiert und durch einen starken Staat durchgesetzt werden.
- Innenstadt und Außenbezirke zusammenführen: Berlin wird nur dann eine attraktive und lebenswerte Metropole sein, wenn in der gesamten Stadt wohnortnahe Infrastruktur, klimagerechte Lösungen, Versorgungsangebote, und Grün- und Erholungsflächen vorhanden sind.
- Alle Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer versöhnen: Berlin wird nur dann eine sichere und hochmobile Metropole sein, wenn Interessen ausgeglichen und nicht gegeneinander ausgespielt werden.
- Bildungschancen für alle und Exzellenz auf allen Ebenen zusammendenken: Berlin wird nur dann eine echte Chancen-Metropole sein, wenn Bildung von Beginn an, lebenslanges Lernen und Exzellenz Hand in Hand gehen.
- Jung und Alt in einem Miteinander der Generationen zusammenbringen: Berlin wird nur dann eine Generationen-Metropole sein, wenn wir gegen Zukunftssorgen, Einsamkeit und Desinteresse das gemeinsame Wir stellen.
- Erfolgreiche Unternehmen, gute Arbeit und soziale Sicherheit als Einheit verstehen: Berlin wird nur dann eine unternehmerisch wie sozial erfolgreiche Metropole sein, wenn die Schwächsten in unserer Gesellschaft Unterstützung erfahren und wirtschaftlicher Erfolg als Voraussetzung für soziale Sicherheit verstanden wird.
- Kieze und Metropole erhalten: Berlin wird seine einzigartige Mischung nur dann behalten, wenn das Miteinander über dem Gegeneinander steht und das Bewährte mit dem Neuen zusammengeführt wird.

Berlin ist und bleibt die Hauptstadt der Vielfalt. Menschen aus rund 170 Ländern suchen hier ihr persönliches Glück. Sie sind längst ein wesentlicher Teil der gemeinsamen Identität unserer Stadt geworden. Es ist egal, wo jemand herkommt, was er glaubt oder wie er liebt. Entscheidend ist, dass wir uns gemeinsam an demokratische Werte und Spielregeln halten, um die Freiheit und Vielfalt der Lebensweisen auch für die Zukunft zu schützen.

Berlin ist und bleibt die Stadt der Frauen. Wir wollen die besten Rahmenbedingungen für eine echte Gleichstellung der Geschlechter schaffen. Das bedeutet: bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, mehr Frauen in Führungspositionen und gleicher Lohn für gleiche Arbeit.

Berlin ist und bleibt die Stadt des Wachstums in einer starken Metropolregion. Im erfolgreichen Miteinander mit Brandenburg wollen wir weiter einen Beitrag für die am stärksten wachsende Wirtschaftsregion Deutschlands leisten und Berlin als Stadt der Freiheit und Solidarität in der europäischen und internationalen Zusammenarbeit weiter stark machen.

Ein Bündnis für ein soziales, innovatives, verlässliches und nachhaltiges Berlin

Wir sind überzeugt, dass unser Berlin eine gute Zukunft vor sich hat, wenn wir als Gesellschaft zusammenhalten. Diese Aufgabe gehen wir als Koalition aus CDU und SPD an und arbeiten in den kommenden Jahren für ein soziales, innovatives, verlässliches und nachhaltiges Berlin.

- **Sozial** heißt, allen Berlinerinnen und Berlinern unabhängig von ihrer sozialen und kulturellen Herkunft Chancen auf Teilhabe eröffnen werden:
 - Wir werden sozialen Ungerechtigkeiten entgegenwirken und setzen uns für soziale Gerechtigkeit, die Bezahlbarkeit der Stadt und den Zusammenhalt in der Gesellschaft ein. Soziale Gerechtigkeit kann es nur geben, wenn wir in unserer Gesellschaft den Zusammenhalt stärken. Dafür brauchen wir einen Staat, der die soziale Infrastruktur bereithält und garantiert.
 - Wir sagen jeder Form von Armut den Kampf an – ob Kinderarmut, Altersarmut oder Bildungsarmut. Ebenso zählt für uns die Unterstützung von Obdachlosen zum selbstverständlichen Engagement für eine soziale Stadt.
 - Wir sehen Berlin als eine Stadt für alle – sowohl in der Innenstadt als auch in den Außenbezirken, für Jung und Alt, für Menschen aus über 170 Nationen unterschiedlichster Glaubensrichtungen, mit und ohne Behinderung, mit unterschiedlichen sexuellen Orientierungen. All das muss sich abbilden in einer sozialen Politik, die die Schwächeren schützt und allen Menschen zu einem selbstbestimmten und freien Leben verhilft. Wir wirken jeder Form von Extremismus, Rassismus, Diskriminierung und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entgegen.
 - Wir machen eine familienfreundliche Politik mit breiten Angeboten für Familien, Hilfe, Beratung und Unterstützung in schwierigen familiären Situationen, für Kinder und Jugendliche und für ältere Menschen. Dazu gehört auch der Zugang zu gebührenfreier Bildung von der Kita bis zur Hochschule.
 - Die große soziale Frage des Jahrzehnts ist die Frage des bezahlbaren Wohnens. Wir bekennen uns zu einem effektiven Schutz von Mieterinnen und Mietern und dazu, mit aller Kraft den Bau von bezahlbaren Wohnungen in der Stadt voranzubringen. Das Berliner Wohnungsbündnis für Mieterschutz und Wohnungsneubau führen wir ebenso fort, wie die Senatskommission Wohnungsbau zur Beschleunigung und zum Abbau von Hindernissen bei unseren Wohnungsbauprojekten. Auch die Bezahlbarkeit von Gewerbemieten und Mieten für Räume für Soziales und Kultur sind für uns wichtig.

- **Innovativ** heißt, dass wir die einzigartige Universitäts- und Forschungslandschaft, die in unserer Stadt engagierten Weltkonzerne und mittelständischen Betriebe, die

lebendige Start-up-Branche und die kreativen jungen Menschen, die aus der gesamten Welt nach Berlin kommen, konsequent zusammendenken:

- Wir stellen unsere Berliner Verwaltung so auf, dass sie mit innovativen Dienstleistungen und gutem Kundenservice für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt da ist. Die notwendigen Schritte für eine grundlegende Verwaltungsreform bringen wir voran. Wir investieren ins Personal mit guten Arbeitsbedingungen, verbesserter Bezahlung und einer Ausbildungsoffensive – auch, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.
 - Wir wollen unsere Stadt zu einem der bedeutendsten Wirtschafts- und Technologiestandorte Europas entwickeln. Dazu gehört die aktive Unterstützung und Pflege der Unternehmen im Bestand genauso wie die Ansiedlung neuer Unternehmen in den Bereichen Handwerk, Industrie, Gewerbe und in der Start-up-Branche. Der Einsatz sowohl für spürbaren Bürokratieabbau als auch für gute Arbeit mit fairen Löhnen und einer hohen Tarifbindung ist ein wichtiger Faktor für die Entwicklung unserer Stadt.
 - Wir fördern gezielt die Innovationsorte der Stadt, wie beispielsweise den Wissenschaftsstandort Adlershof, den Clean Tech Park Marzahn, die Siemensstadt Square oder die Urban Tech Republic in Tegel. Aber auch die Unterstützung der Kulturwirtschaft, der Kreativbranche, der Gesundheitswirtschaft und der Sportmetropole Berlin sind für uns essenziell.
 - Wir fördern aktiv Gründungsgeist und Unternehmertum, insbesondere Ausgründungen aus Universitäten als Teil der Verbindung neuester Forschungsergebnisse aus der Wissenschaft mit der Etablierung modernster Technologien in Wirtschaft und Industrie. Wir stärken die Innovationskraft der 160.000 Berliner Unternehmen, der 40 Berliner Hochschulen und der 70 außeruniversitären Einrichtungen, die im internationalen Vergleich Spitzenleistungen erbringen.
 - Wir setzen auf den Ausbau erneuerbarer Energien von der Wasserstofffabrik, über die Nutzung von noch mehr Solarenergie bis hin zur Windkraft auf Dächern.
- **Verlässlich** heißt, Vertrauen in politisches Handeln zu stiften. Deshalb werden sich die Berlinerinnen und Berliner darauf verlassen können, dass die Koalition aus CDU und SPD gemeinsam, lösungsorientiert, professionell und pragmatisch die großen Herausforderungen unserer Stadt angeht:
 - Wir führen begonnene erfolgreiche Projekte fort. Dazu gehören die Verwaltungsreform, die Digitalisierung von Verwaltungsleistungen und die Smart-City-Strategie genauso wie die Schulbauoffensive, die Einstellungsoffensive bei Lehrerinnen und Lehrern und der Polizei oder das Neustart-Programm für die Berliner Wirtschaft.
 - Wir sorgen für mehr Sicherheit in der Stadt. Alle Menschen, die in Berlin leben, sollen sich sicher fühlen können. Dafür legen wir einen stärkeren Fokus auf die Unterstützung von Polizei, Feuerwehr, Rettungskräften und der Ordnungsämter in der Stadt.
 - Wir verstehen unter umfassender Sicherheit auch Ordnung und Sauberkeit in unserer Stadt. Deshalb starten wir eine Sauberkeitsoffensive, um die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum und in Parks und Grünanlagen zu erhöhen.

- Wir unterstützen die Berliner Zivilgesellschaft und all diejenigen, die sich ehrenamtlich engagieren und ermöglichen Transparenz und Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen.
- Wir werden den permanenten Austausch mit Vereinen, Gewerkschaften, Unternehmen, Verbänden, Religionsgemeinschaften und allen Akteuren der Zivilgesellschaft zum zentralen Bestandteil unseres Regierungshandelns machen.
- **Nachhaltig** heißt, dass wir nicht nur den Kampf gegen den Klimawandel als Jahrhundertaufgabe verstehen und konsequent aufnehmen, sondern auch alle weiteren Politikfelder nachhaltig gestalten und damit soziale, ökologische und wirtschaftliche Nachhaltigkeit miteinander in Einklang bringen:
 - Wir stellen uns den Herausforderungen des Klimawandels und arbeiten aktiv für eine Reduzierung des CO₂ Ausstoßes. Berlin soll Vorreiter beim Klimaschutz werden und dafür auf neue Technologien setzen, die gleichzeitig einen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung unserer Stadt leisten. Unser Ziel ist, dass Berlin frühestmöglich und deutlich vor den bundespolitisch gesetzten Zielen klimaneutral ist. Für die damit verbundenen enormen Transformationsprozesse im Gebäudesektor, in der verkehrlichen Infrastruktur und bei der Wärme- und Energieversorgung der Stadt werden wir ein Sondervermögen in Milliardenhöhe auflegen.
 - Wir investieren in den Ausbau und die Bezahlbarkeit des Öffentlichen Nahverkehrs, in den Ausbau der Ladesäuleninfrastruktur, in die Umstellung aller öffentlicher Fuhrparks auf E-Mobilität, in die energetische Gebäudesanierung, nachhaltiges Bauen und die Entsiegelung und Begrünung von Flächen.
 - Wir gewährleisten eine sichere, bezahlbare und verlässliche Energieversorgung und wollen größeren Einfluss auf die Entwicklung der Energienetze nehmen.
 - Klimaschutz muss auch sozial verträglich sein. Deshalb haben wir bei allen Maßnahmen in diesem Bereich nicht nur die ökologischen und wirtschaftlichen Aspekte im Blick, sondern auch, wie Menschen mit geringerem Einkommen an den künftigen notwendigen Veränderungsprozessen teilhaben können.
 - Wir entwickeln Berlin zum führenden Technologie- und Innovationsstandort weiter, indem wir die Transformation der Wirtschaft langfristig nachhaltig gestalten, um in Zukunft starke Wirtschaft und gute Arbeit zu sichern.
 - Berlins finanzielle Nachhaltigkeit gewährleisten wir, indem wir verantwortlich mit dem Haushalt, dem Vermögen und den Liegenschaften des Landes umgehen und durch eine kluge Investitionspolitik Verantwortung auch für künftige Generationen wahrnehmen.

CDU und SPD begreifen die Herausforderungen, vor denen Berlin steht, als Chancen für ein besseres Morgen. Um diese Chancen zu ergreifen, haben wir den Mut zum entschlossenen Handeln.

Funktionierende Verwaltung

Unsere Stadt braucht **eine zukunftsweisende und lernende Verwaltung**, die agil handelt und resilient aufgestellt ist. Deshalb ist es notwendig, die grundlegende Reform der Berliner Verwaltung zügig voranzutreiben – für eine auf allen Ebenen funktionierende, zukunfts- und handlungsfähige Stadt. Dabei denken wir Verwaltung konsequent aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger und der Wirtschaft. Wir verstehen uns als eine gemeinsame Verwaltung und arbeiten kooperativ zwischen den Bezirken und der Landesverwaltung, um die Aufgaben der Stadt gemeinsam zu bewältigen. Wir stehen für eine serviceorientierte, vielfältige und barrierefreie Verwaltung.

Verwaltungsreform

Für eine auf allen Ebenen funktionierende, zukunfts- und handlungsfähige Stadt wird die Koalition eine grundlegende **Reform der Berliner Verwaltung** zügig vorantreiben. Denn wir denken Verwaltung aus der Sicht der Bürgerinnen und Bürger: Nicht sie suchen uns, sondern wir zeigen ihnen und der Wirtschaft, wo die Dienstleistungen angeboten werden. Wir entwickeln Verwaltungssitze in die Kieze und Einkaufsstraßen hinein. Dabei dienen Behörden keinem Selbstzweck und müssen moderne Servicestellen werden.

Wir werden die **Registermodernisierung** umgehend umsetzen und schaffen damit die Voraussetzungen für digitale, bürokratiearme und serviceorientierte Verwaltungsprozesse, die Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen entlasten.

Kern der Verwaltungsreform ist die **Neuordnung der Aufgabenverteilung und Zusammenarbeit zwischen Senat und Bezirken auf Grundlage des Eckpunktepapiers zur Verwaltungsreform**. Alle einfachgesetzlichen Reformschritte dazu werden in Abstimmung zwischen Haupt- und Bezirksverwaltung schnellstmöglich eingeleitet. Wir werden ein transparentes Monitoring des Reformprozesses unter Beteiligung der Stadtgesellschaft mit dem Ziel optimaler Prozesse etablieren.

Das **Konnexitätsprinzip wird umgesetzt**. Gutes Verwaltungshandeln soll sich in finanziellen Anreizen für die Bezirke auswirken. Die Koalition überprüft das bestehende Modell der bezirklichen Finanzierung. Wir werden die Stellung der Bezirksbürgermeisterin bzw. des Bezirksbürgermeisters stärken.

Das **Allgemeine Zuständigkeitsgesetz und der Zuständigkeitskatalog** werden wir schnellstmöglich, unter der Beteiligung des Rats der Bürgermeister, durch ein neues Gesetz über die Aufgabenverteilung und Zusammenarbeit in der Berliner Verwaltung ersetzen. Verwaltungsverfahren und -prozesse werden optimiert, verschlankt und beschleunigt. Dazu werden insbesondere alle Planungs- und Genehmigungsverfahren – wo sinnvoll, unter Einbindung externer Expertise – systematisch auf Vereinfachungs- und Beschleunigungspotenziale geprüft.

Es werden eindeutige Verantwortlichkeiten und eine klare Aufgabenverteilung zwischen Senats- und Bezirksebene festgelegt sowie verbindliche und **effektive Mechanismen gesamtstädtischer Steuerung** gesetzlich verankert, um berlinweit einheitliche Prozesse und Leistungsstandards zu erreichen, beispielsweise im Rahmen einer Fachaufsicht des Senats. Im Vordergrund steht hierbei ein modernes und kooperatives Verständnis der

Zusammenarbeit von Haupt- und Bezirksverwaltung. Instrumente der gesamtstädtischen Steuerung zur Optimierung von Verwaltungsprozessen und ihrer Ergebnisse werden gestärkt. Die politisch unabhängige Stellung der Bezirksverwaltung bleibt davon unberührt. Dabei fließen gute Beispiele erfolgreicher Bezirke in den Optimierungsprozess ein. Die Arbeitsfähigkeit des **Rats der Bürgermeister** wird gestärkt.

Die Koalition bekennt sich zum **Modell der Zielvereinbarung** und wird dieses weiter ausbauen. Dieser Prozess wird evaluiert und verschlankt, die abzuschließenden Zielvereinbarungen werden neu justiert. Entscheidend für die Wirksamkeit gesamtstädtischer Zielvereinbarungen ist ein fundiertes Datenmanagement und Monitoring. Für uns ist der Grundsatz des evidenzbasierten Verwaltungshandelns zentral für unsere Vorhaben.

Moderne Verwaltung

Die strukturellen Maßnahmen der Verwaltungsreform müssen durch ein **modernes Personalmanagement** sowie durch gezielte Personalgewinnung und (Weiter-) Entwicklung von Führungs- und Nachwuchskräften flankiert werden.

Die Verwaltung als größter Arbeitgeber Berlins ist durch den demographischen Wandel und die teilweise starren Karrieremöglichkeiten besonders gefordert, neues Personal zu finden. Ansatzpunkte für eine Attraktivitätssteigerung finden sich nicht nur beim Gehalt, sondern auch bei Arbeitsformen der New Work, die nicht nur für konzeptionelle Tätigkeiten infrage kommen darf.

Die Koalition setzt sich für **Work-Life-Balance** und **vielfältige Möglichkeiten der Attraktivitätssteigerung** ein und fördert Motivation und Kreativität. Wir wollen das Arbeitsumfeld durch die Arbeitsplatzausstattung inklusive der Technik verbessern und schaffen barrierefreie Raumkonzepte für gemeinsames Arbeiten und Co-Working-Spaces.

Wir wollen die Möglichkeit zum mobilen Arbeiten ausbauen. Dabei werden wir den Beschäftigten des Landes Berlin weiterhin überall dort anbieten, ihre Aufgaben orts- und zeitflexibel wahrzunehmen, wo die Aufgabe es ermöglicht. Die **One-Device Strategie** wird hierfür konsequent und beschleunigt umgesetzt.

Darüber hinaus setzen wir uns für mehr **Familienfreundlichkeit** (zeitgemäße Eltern-Kind-Räume, Plätze in Kindertageseinrichtungen und familienfreundliche Veranstaltungen) ein.

Präventive Maßnahmen zur Förderung und zum Erhalt von Gesundheit und Arbeitsfähigkeit werden verstärkt und das Eingliederungsmanagement durch strukturierte Betreuungsangebote verbessert. Darüber hinaus werden wir gemeinsam mit allen relevanten Akteuren das Personalvertretungsgesetz evaluieren und modernisieren.

Wir werden die Aufgabenbereiche der Berliner Verwaltung auf Doppelzuständigkeiten prüfen und gegebenenfalls freiwerdende Kapazitäten effektiver einsetzen. Darüber hinaus werden wir bis Ende der Legislatur eine belastbare und **langfristige Personalbedarfsplanung** aufstellen.

Die **Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin** stellt als Hochschule der Verwaltung auch weiterhin den zentralen akademischen Ausbildungsort für die öffentliche Verwaltung des Landes Berlin dar.

Wir wollen die **Ausbildungskapazitäten** ausbauen und die dafür notwendigen Rahmenbedingungen der Praxisanleiterinnen und -anleiter verbessern.

Wir fördern und verbessern **Mehrsprachigkeit und interkulturelle Kompetenzen** anhand der Bedarfe der Berliner Verwaltung, Polizei und Justiz, gerade im Hinblick auf die gängigen Sprachen wie z. B. Englisch, Türkisch, Arabisch und Russisch.

Wir setzen in diesem Zusammenhang unter anderem auch auf die Ausweitung der europäischen Austauschprogramme, insbesondere mit europäischen Partnerstädten. Die Beschäftigten der Berliner Verwaltung werden im Umgang mit Bürgerinnen und Bürgern, die Falschinformationen und Verschwörungsmythen verbreiten oder sich rassistisch, antisemitisch, frauenfeindlich, homophob oder extremistisch äußern, unterstützt. Wir stärken vor diesem Hintergrund die Demokratiebildung und digitale Medienkompetenz innerhalb der Berliner Verwaltung. Der **Diversity-Check** wird fortgeführt.

Die Koalition baut die **Anreize für alle Mangelberufe im öffentlichen Dienst, insbesondere im IT-Bereich, aus**. Dazu gehören neben der Gewinnung auch die Bindung sowie die Verbesserung der Rahmenbedingungen. Die Einstellung von Fachkräften wird durch innovative Rekrutierungsmaßnahmen erleichtert, Personalentwicklungshemmnisse werden identifiziert und aufgelöst. Zu diesem Zweck wird das Land Berlin für die Entwicklung und Umsetzung dieses Ziels eine entsprechende Gesamtstrategie erarbeiten. Im Rahmen dessen werden Möglichkeiten für Zuschläge – zur Gewinnung von IT-Fachkräften nach dem Beispiel Bayerns – geprüft.

Die Koalition **verkürzt Behördenwege**. Deshalb werden wir weitere Bürgerämter unbürokratisch einrichten und mobile Bürgeramts-Einheiten in entlegeneren Ortsteilen mit schwach entwickelter ÖPNV-Anbindung bereitstellen. Darüber hinaus wollen wir die Bürgerämter weiter stärken und einen Springerpool einrichten. Das Projekt **zukunftsfähige Ordnungsämter** aus dem Zukunftspakt Verwaltung führt die Koalition weiter. Für die Ordnungsämter strebt die Koalition eine Zielvereinbarung an, um landesweit ein hohes Niveau bei der Sauberkeit, der Überwachung des ruhenden Verkehrs, beim Verbraucherschutz und der Ordnung im öffentlichen Raum zu entwickeln. Vergleichbare Projekte werden aufgesetzt für weitere Ämter, die Dienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger anbieten.

Wir haben ein serviceorientiertes **Verständnis von öffentlicher Verwaltung** Zielsetzung ist beispielsweise, dass die Verwaltung Bürgerinnen und Bürger darauf hinweist, wenn ihre Ausweisdokumente zu verlängern sind.

Mit dem Ziel der **Entbürokratisierung und Beschleunigung** prüfen wir die Anwendung von **Genehmigungsfiktionen**.

Die Koalition wird schnellstmöglich ein **Transparenzgesetz** nach Hamburger Vorbild einführen und dabei nur den Bereich Verfassungsschutz aus dem Geltungsbereich herausnehmen. Dabei werden wir die hohen Standards des Berliner

Informationsfreiheitsgesetzes erhalten und einen umfassenden Rahmen für die Leitlinie „Open by default“ für die öffentlichen Daten schaffen.

Die Einführung von neuen Verwaltungsvorschriften und -regeln soll sich am Grundsatz besserer Rechtssetzung und am **One-in-One-out-Verfahren** orientieren. Ziel ist es, den Anstieg von Belastungen dauerhaft zu begrenzen, ohne politisch gewollte Maßnahmen zu behindern.

Digitale Verwaltung

Die Koalition beendet das Umsetzungsdefizit bei **digitalen Bürgerdienstleistungen** und baut die Möglichkeit der Nutzung von Online-Anträgen über das Service-Portal Berlin sowie eine mobile Applikation aus. Das Ziel bleibt dabei ein vollständig medienbruchfreier Verwaltungsprozess. Sichtbare Veränderungen und Verbesserungen müssen zügig spürbar, messbar und sichtbar sein. Für die wichtigsten Dienstleistungen (u. a. Wohnsitzanmeldung, Anzeige von Geburt und Sterbefall, Anmeldung der Eheschließung, Meldebescheinigung, Antrag Bildungs- und Teilhabepaket, Baugenehmigungen) und die hierfür zuständigen Ämter werden wir deshalb **„Sprint-Programme“** aufsetzen und durch den Senat über Kennzahlen und konkrete Teilprojekte besonders steuern. Wenn es geeignete Lösungen bereits in anderen Bundesländern und Kommunen gibt, die dort ihre Wirksamkeit in der praktischen Anwendung bereits unter Beweis stellen konnten, dann wird der Übertragbarkeit auf Berlin zunächst zügig geprüft und dann mittels einer geeigneten Implementierungsstrategie übernommen.

Wir werden ein zusätzliches **digitales Bürgeramt der Zukunft** erproben. So wird das gemeinsame und koordinierte Vorgehen von Senat und Bezirken bei der Digitalisierung der Dienstleistungen für die Bürgerinnen, die Bürger und die Wirtschaft sichtbar.

Wir werden die digitale Präsenz Berlins überarbeiten und vereinheitlichen. Ein **gemeinsamer Internetauftritt** aller Verwaltungen wird entwickelt. Es wird auf bereits digitalisierte Dienstleistungen gesondert hingewiesen und eine direkte Verknüpfung zum Service-Portal für den Abruf dieser Dienstleistungen geschaffen. Um die Navigation für Bürgerinnen und Bürger zu erleichtern, wird statt der Darstellung des Leistungsportfolios einzelner Ämter und Behörden eine Kategorisierung in Lebenslagen vorgenommen. Barrierefreiheit, Mehrsprachigkeit und ein nutzerfreundliches Design werden als Standard vorgesehen. Diese neue Form der Nutzererfahrung soll zum Leitprinzip unserer Digitalisierung werden.

Wir werden dabei auf ein **„Single-Point-of-Contact“** abstellen, der möglichst einfach und intuitiv zu bedienen ist. Usability Engineering wird dabei eine wichtige Rolle spielen. Außerdem wollen wir uns an fortschrittlichen Chat-Bots orientieren. Dies erleichtert den Bürgerinnen und Bürgern die Kontaktaufnahme mit der Verwaltung, entlastet unsere Beschäftigten und macht Verwaltungshandeln insgesamt schneller.

Die Koalition wird das Wahl- und Abstimmungsrecht in einem konsensorientierten Verfahren unter Berücksichtigung der Empfehlungen der Expertenkommission Wahlen novellieren.

Die Berliner Verwaltung ist in den Bereichen der schnelleren Modernisierung und Digitalisierung auf eine umfassendere und leichtere **Zusammenarbeit mit Externen angewiesen**. Rahmenverträge für die wichtigsten Transformationsthemen (insbesondere

Strategie-Beratung, Digitalisierung von Dienstleistungen, IT-Projektmanagement, Prozessoptimierung, Personal) sollen zentral für die gesamte Landesverwaltung ausgeschrieben und nutzbar gemacht werden. Die „**Interne Beratung**“ bei der Verwaltungsakademie wird konsequent gestärkt. Wir gründen den **GovTech Campus Berlin** – als integrierter Bestandteil des GovTech Campus Deutschland –, um die Zusammenarbeit der Berliner KMU und Start-Up-Szene mit der Berliner Verwaltung zu erleichtern und zu intensivieren.

Das **Vergabewesen wird modernisiert und zeitgemäß organisiert**. Hierzu wird ein berlinweiter Standard entwickelt, der dann von der Berliner Verwaltung verbindlich genutzt wird. Dabei wird darauf zu achten sein, dass hinreichend große Organisationseinheiten auf Landes- und Bezirksebene geschaffen werden.

Wir wollen die Potenziale der Digitalisierung in sämtlichen Lebensbereichen nutzen: themenübergreifend denken und handeln, neue Ansätze ausprobieren – das ist der Weg zur Smart City, der die gesamte Stadtgesellschaft einbezieht. Die Grundlage dafür bildet die Smart City Strategie „Gemeinsam Digital: Berlin“. Die Umsetzung folgt dem Grundsatz: Evidenzbasiert planen, zentral steuern und dezentral umsetzen. Senatsverwaltungen und Bezirke werden gleichberechtigt in die Erarbeitung einbezogen.

Die Koalition fördert den Kulturwandel der Verwaltung und etabliert ressort- und ebenenübergreifendes Arbeiten sowie den fachlichen und personellen Austausch zwischen den verschiedenen Akteuren. Wir wollen das **agile Arbeiten in der Berliner Verwaltung** etablieren und nehmen dafür die Führungskräfte in die Verantwortung. Es wird ein neues **Leitbild für Führungskräfte** im Land Berlin erarbeitet. Durch ein einheitliches Vorgehensmodell und den Einsatz moderner Werkzeuge und Methoden sollen Vorhaben künftig schneller, transparenter und bedarfsgerechter umgesetzt werden.

Um den Kulturwandel in der Berliner Verwaltung zu fördern, werden wir ein **landesweites Qualitätsmanagement** institutionalisieren. Bestandteil des Qualitätsmanagements ist die Optimierung von Verwaltungsprozessen. Diese sollen agiler, resilienter und evidenzbasierter werden. Dazu werden wir genau schauen, wie wir diese Prozesse zwischen Land und Bezirken untereinander effizienter aufeinander abstimmen können.

Ein **neues Digitalgesetz** löst das bisherige E-Government-Gesetz Berlin ab, ordnet die Aufgaben der zuständigen Gremien neu und schärft die eigenständige **Position des Chief Digital Officer (CDO)**, so dass die Aufgaben einer landesweiten politisch-administrativen Steuerung wirksamer ausgeübt werden können.

Die Berliner Verwaltung wird schnellstmöglich, spätestens bis zum Ende der Legislaturperiode, in die Lage versetzt, ihre Akten elektronisch zu führen. Das **weitere Rollout der Digitalen Akte** gemäß der vorliegenden Planung wird konsequent und nutzerorientiert fortgesetzt.

Ein transparentes Verwaltungshandeln prägt das neue digitale Dienstleistungsverständnis der Berliner Verwaltung. Dafür wollen wir die Möglichkeit schaffen, dass die Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft den Fortgang ihrer Verwaltungsangelegenheit online verfolgen können.

Wir wollen ein **Datenschutzcockpit** einrichten, damit jede Bürgerin und jeder Bürger jederzeit sehen kann, welcher Teil der Verwaltung aus welchem Grund und aufgrund welcher gesetzlichen Grundlage auf seine/ihre persönlichen Daten zugegriffen hat. Auf Wunsch werden sogenannte Pushmails versendet. Dies fördert das Vertrauen in das Handeln unserer Verwaltung.

Für die Einbringung neuer Gesetzesentwürfe der Exekutive ist der **Digitalcheck** verpflichtend.

Die Koalition erkennt den Bedarf für neue IT-Lösungen in der öffentlichen Verwaltung an und prüft nur bei fehlender Praxiserfahrung deren Nutzung im Rahmen verschiedener Machbarkeitsstudien – ansonsten geht Umsetzung vor Prüfung.

Für ein Land wie Berlin wird die Sicherung und Stärkung der **Digitalen Souveränität** immer wichtiger. Dabei verstehen wir Digitale Souveränität als die Fähigkeiten und Möglichkeiten von Individuen und Institutionen, ihre Rolle(n) in der digitalen Welt selbstständig, selbstbestimmt und sicher ausüben zu können. Die **Dachstrategie „Gemeinsam Digital: Berlin“** entwickeln wir weiter.

Die Digitalpolitik wird an den **Grundsätzen der Digitalen Souveränität, Nutzerzentriertheit und Agilität** ausgerichtet.

Ein **neues Datenmanagement**, die gemeinsame Datennutzung der gesamten Verwaltung und eine **Data Governance**, die die öffentlichen Daten auch Dritten (Wirtschaft, Wissenschaft, Zivilgesellschaft) als Open Data zur Verfügung stellt, ist wesentliche Voraussetzung für die digitale Transformation der Verwaltung. Das Land Berlin will als Zentrum einer neuen Strategie zum gemeinsamen Datenmanagement für die gesamte Berliner Verwaltung den „**Berlin DataHub**“ gründen.

Das Innovationspotenzial der Technologiestiftung Berlin und des **CityLAB** Berlin gilt es weiter auf- und auszubauen. Dafür werden wir weitere konkrete Formate verabreden, in denen die Technologiestiftung die Verwaltung bei der digitalen Transformation unterstützt: zunächst bei der Verstetigung von Prototypen und der Ertüchtigung offener Infrastrukturen (LoRaWAN). Das CityLAB Berlin werden wir als Labor-Experimentierraum für die Umsetzung der Digitalpolitik weiter ausbauen.

Wir werden eine **Multi-Cloud-Strategie** für Berlin erarbeiten und die Berliner Strategie und Lösung in Abstimmung mit der von Bund, Ländern und Kommunen im IT-Planungsrat entwickelten Strategie und – wo immer möglich – mit vorhandenen Lösungen für die Deutsche Verwaltungscloud umsetzen. Wir setzen uns das Ziel, zukünftige Basisanwendungen cloudbasiert zur Verfügung zu stellen.

Die Einführung von **KI-gestützten Entlastungsmaßnahmen** wird mit der Unterstützung von externen Expertinnen und Experten in den Fokus genommen. Die Dienstleistung „Digitales Parkraummanagement“ wird durch die zuständige Senatsverwaltung gemeinsam mit den Ordnungsämtern, dem Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten und der für Digitalisierung zuständigen Senatsverwaltung bis Ende 2023 umgesetzt. Hierfür werden der Antrags- und Überwachungsprozess konsequent digitalisiert und automatisiert. Insbesondere der Antragsprozess wird das erste Beispiel für das neue proaktive Verwaltungshandeln in

Berlin. Wir streben an, die hier erhobenen Daten in ein Berliner Ökosystem „Mobilitätsdaten“ einfließen zu lassen. Dieses Ökosystem wird Grundlage für eine evidenzbasierte Verkehrsplanung Berlins sein.

Die Verwendung von **Open-Source-Lösungen** stärkt die digitale Souveränität unserer Berliner Verwaltung. Bei der Suche nach geeigneten digitalen Lösungen für die Verwaltungsmodernisierung werden wir Open-Source-Lösungen einen besonderen Raum einräumen. Hierzu gehört auch der bereits intensivierte Austausch zu „best practices“. Bestehende Kooperationen zu Open-Source werden wir verstärken und erweitern.

Das **Ausrollen des IKT-Arbeitsplatzes** auf sämtliche Arbeitsplätze des Landes Berlin mit seinen vier Komponenten Telefonie, LAN, Drucken und BerlinPC wird fortgeführt. Hierzu gehören auch Kollaborationstools.

Wir wollen das **ITDZ-Gesetz** evaluieren und qualifizieren. Ergänzend wird geprüft, einen zusätzlichen IT-Dienstleister zu gründen, der sich auf die Bereitstellung von Angeboten für verfahrensabhängige IKT, inklusive cloudbasierter Systeme konzentriert, während die Bestandssysteme (insbesondere verfahrensunabhängige KT und IKT-Basisdienste) vom ITDZ betrieben werden. Das etwaige neue Systemhaus kann als Joint-Venture mit einem erfahrenen Dienstleister starten und Partnerschaften mit dem aufstrebenden GovTech-Sektor in Berlin eingehen.

Die **Datenschutzbeauftragte** soll Servicedienstleister für alle Verwaltungen inklusive der Bereitstellung von Positiv-Listen von nutzbaren Lösungen und Beispielen guten Verwaltungshandelns in Bezug auf alle Datenschutzbereiche sein. Die behördlichen Datenschutzbeauftragten sollen die an der Verarbeitung beteiligten Beschäftigten stärker informieren und bei der datenschutzkonformen Umsetzung unterstützen.

Die schnellere Modernisierung und Digitalisierung der Berliner Verwaltung und die Beseitigung des Umsetzungsdefizits bei der Digitalisierung erfordert flexible und nachhaltige finanzielle Rahmenbedingungen.

Gerade die Hauptstadt Berlin benötigt einen **erhöhten Sicherheitsstandard**. Die Digitalisierung von Dienstleistungen erfordert ein hohes Niveau der digitalen Sicherheit durch eine ganzheitliche Umsetzung von Informationssicherheit und Cybersicherheit als Grundlage von Vertrauen in digitale Dienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger sowie für die Wirtschaft.

Um den **bestmöglichen Schutz unserer IKT-Infrastruktur** zu gewährleisten, wird in besonderer Weise in ein landesweit verbindliches, transparent hohes gemeinsames Informationssicherheitsniveau der öffentlichen Verwaltung investiert.

Die **Automatisierung von Verwaltungshandeln** mittels Algorithmen geht mit einer großen Verantwortung einher. Bestandteil des Qualitätsmanagements wird deswegen nicht nur deren Überprüfung hinsichtlich zu erwartender Effizienzsteigerung sein, sondern auch deren möglichen ungewollten ethischen Auswirkungen. Bei deren Überprüfung orientieren wir uns an etablierten internationalen Standards und arbeiten hier eng mit der Zivilgesellschaft zusammen.

Stadt der Vielfalt

Werte wie Respekt, Toleranz und Anerkennung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung sind die Grundlage für einen guten und funktionierenden Zusammenhalt. Wir setzen auf **Vielfalt, gegenseitigen Respekt und Weltoffenheit**. Unsere Stadt mit ihrer besonderen Mischung lebt vom Miteinander, nicht vom Nebeneinander – erst recht nicht vom Gegeneinander.

Gleichstellung

Die **Gleichstellung** von Mann und Frau muss in allen Lebensbereichen vorangetrieben werden.

Die Koalition setzt sich dafür ein, dass Frauen und Männer in der Wirtschaft, Wissenschaft, Politik, Verwaltung, im kulturellen sowie öffentlichen Leben **gleichberechtigt teilhaben**.

Die Koalition prüft die verfassungsrechtlichen Möglichkeiten eines Paritätsgesetzes.

Wir setzen das gleichstellungspolitische Rahmenprogramm fort. Dieses ergänzen wir durch eine **ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie**.

Wir setzen uns für die intersektionale Gleichstellung ein. Das bedeutet, die Koalition tritt der **Mehrfachdiskriminierung** aller Frauen entgegen – unabhängig von ihrem sozialen Geschlecht, einer rassistischen oder antisemitischen Zuschreibung, einer Behinderung, der Sprache, dem Alter, dem Gewicht, der Religion und Weltanschauung, dem sozialen Status, der sexuellen oder geschlechtlichen Identität, dem Gesundheitszustand, einer Beeinträchtigung, dem Familienstand sowie dem Migrations- oder Fluchtstatus.

Wir werden **Frauenarmut** konsequent bekämpfen.

Die **Entgeltgleichheit** bei gleicher und gleichwertiger Arbeit bleibt ein zentrales Ziel der Koalition. Wir wollen die Bildung im Bereich Finanzen für Mädchen und Frauen stärken, um die Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben zu schaffen.

Deutlich mehr Mütter als Väter reduzieren ihre wöchentliche Arbeitszeit, um die unbezahlte Care-Arbeit zu übernehmen. Die Reduzierung der Arbeitszeit von Frauen führt häufig in eine Teilzeitfalle, die nicht selten dazu führt, dass Frauen später von Armut bedroht sind. **Flexiblere Arbeitszeitmodelle** und Möglichkeiten zum flexiblen, mobilen Arbeiten zur **besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf** werden ausgebaut. Dies dient auch der Attraktivitätssteigerung des Landes Berlin als Arbeitgeber.

Berlin ist Hauptstadt der **Alleinerziehenden**. Wir streben an, die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Einelternfamilien, zumeist Müttern, deutlich zu verbessern. Das Landesprogramm Alleinerziehende soll verstetigt werden. Die Anlauf- und Koordinierungsstellen für Alleinerziehende in den Bezirken und die Angebote für Alleinerziehende werden durch eine öffentliche Kampagne bekannter gemacht. Die Koordinierung der bezirklichen Anlaufstellen für Alleinerziehende muss sichergestellt werden.

Eine Regelfinanzierung von **Frauenprojekten und Beratungsstellen** will die Koalition schrittweise etablieren. Die Finanzierung von Frauen- und Beratungsstellen wird verstetigt. Die Eingruppierung der Beschäftigten in den Frauenprojekten soll entsprechend ihrer tatsächlichen Tätigkeit und Qualifikation im Rahmen ihrer Zuwendung sichergestellt werden. Die Koalition stärkt den Aufbau, Erhalt und die Weiterentwicklung der Berliner Fraueninfrastruktur des Beratungsnetzwerks für Frauen für Beruf, Bildung und Beschäftigung einschließlich der Fachstelle Vereinbarkeit Beruf und Familie.

Das Land Berlin bekennt sich zur Umsetzung des internationalen Abkommens des Europarats zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen (**Istanbul-Konvention**) und setzt diese konsequent um. Berlin wird sich daher zum Kampf gegen Diskriminierung und aller Formen geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen und Mädchen mit Maßnahmen zur Gewaltprävention und zum Opferschutz engagieren. Die Koalition wird eine Bundesratsinitiative zur Fortsetzung der Finanzierung der Bundesmittel des Aktionsbündnisses Istanbul-Konvention einreichen.

Wir werden ausreichende **Schutzplätze für von Gewalt betroffene Frauen**, ihrer Kinder und weiteren von geschlechtsspezifischer Gewalt betroffenen Personen unter Berücksichtigung besonderer Bedarfe – darunter auch für Frauen und Kinder mit Behinderungen – bereitstellen.

Wir werden den Ausbau der **Frauenhäuser und Frauenwohnheimplätze**, Zufluchtwohnungen sowie Stufen-Zwei-Wohnungen weiter vorantreiben. Wir planen ein neuntes und zehntes barrierefreies Frauenhaus unter Berücksichtigung der männlichen, jugendlichen Kinder betroffener Frauen.

Zwangsheiraten sind strafbar und ein eklatanter Verstoß gegen die Menschenwürde und treffen insbesondere Frauen und queere Menschen. Die Koalition wird einen wissenschaftlichen Forschungsauftrag zur Untersuchung des Ausmaßes und von Verhinderungsmöglichkeiten in Auftrag geben. Zudem setzt sich die Koalition weiterhin für die Förderung der Beratung gegen Zwangsheiraten ein.

Die Koalition fördert „**Female-Genital-Mutilation-Cutting**“-Präventionsprojekte sowie eine angemessene Finanzierung der Change Agents.

Die Finanzierung der mobilen **Bildungsberaterinnen für geflüchtete Frauen** und die aufsuchende Arbeit wird gesichert.

Die Koalition verbessert den Zugang zum **Hilfesystem** für geflüchtete Frauen mit Behinderung.

Der Senat erstellt einen **Bericht zur Lebens- und Gesundheitssituation** von Frauen mit Behinderung, um Bedarfe, Belastungen oder Diskriminierungen zu erfassen. Dazu gehören insbesondere Aspekte der Barrierefreiheit.

Wir fördern niedrigschwellige **Ausstiegsprojekte für Sexarbeitende**, insbesondere im Bereich der aufsuchenden Arbeit, sozialer Beratung, Gesundheitsvorsorge und Übergangswohnen. Wir nehmen Armut und Zwang im Bereich der Sexarbeit stärker in den Fokus. Die Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeits- und Lebenssituation von

Sexarbeitenden werden verstetigt und sollen ausgebaut werden. Wir werden sie besser schützen und zu diesem Zweck Bordelle und den Straßenstrich engmaschiger und gezielter auf Zuhälterei kontrollieren. Der Runde Tisch Sexarbeit wird fortgeführt. Insbesondere sollen Hygiene, Sicherheit und damit die Gesundheit verbessert werden. Wir wollen die Verrichtungsboxen durch feste, sichere Sanitäranlagen ersetzen (Straßenstrich).

Wir stellen uns einem weltweit erstarkenden **Antifeminismus** entgegen.

Integration und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Berlin bekennt sich als selbstbewusste, vielfältige Stadt zum **Einwanderungsland** Deutschland. Einwanderung und Zuwanderung haben unser Berlin zu der Weltmetropole gemacht, die sie heute ist. Eine **gelingende Integration** sichern wir über den **Integrationsfonds** ab, den wir gemeinsam erhöhen.

Wir werden das **Willkommenszentrum Berlin** in Funktion und Ausprägung im Kontext von Beratung von Geflüchteten, Einbürgerungsberatungen und Career Center weiterentwickeln. VHS-Sprach- und Elternkurse werden ausgebaut und sollen schnell verfügbar sein, um die Erwerbstätigkeit zu erleichtern. Es wird auch ein digitales Willkommenszentrum geschaffen, das die zentrale Anlaufstelle der Beauftragten für Integration und Partizipation für alle Menschen mit Migrationsgeschichte erweitert. Wir werden die Übersetzungs- und Sprachmittlungsdienste fortführen und bedarfsgerecht ausbauen. Bedarfe an Übersetzungsleistungen der Regelstrukturen und in Ämtern und Behörden werden wir in einer Machbarkeitsstudie erfassen. Wir prüfen ein Landesprogramm mit einer gesamtstädtischen, zentralisierten Struktur eines Online- und Offline Übersetzungsdienstes.

Das Landesrahmenprogramm „**Integrationslotsinnen und Integrationslotsen**“ sieht den Einsatz von Beschäftigten in sozialversicherungspflichtigen Anstellungen sowie eine berufsbegleitende Qualifizierung, Begleitmaßnahmen, Vernetzungsangebote und eine landesweite Koordinierung vor.

Die Stellenbedarfe der **Integrationsbeauftragten-Büros** in den Bezirken werden geprüft. Das **Partizipationsgesetz** bleibt erhalten, wird evaluiert und fortentwickelt. Die Koalition bekennt sich zur Vielfalt und fördert die gleichberechtigte Teilhabe. Sie lehnt jede Form der Stigmatisierung und Ausgrenzung ab. Bei Einstellungen und Beförderungen im öffentlichen Dienst wird im Rahmen gesetzlicher Vorgaben angestrebt, die Vielfalt der Stadtgesellschaft abzubilden. Die Ausgliederung der Strukturprojekte/-akteure aus dem PartIntProgram in einen Strukturfonds wird geprüft. Das Partizipations- und Integrationsprogramm wird weiterentwickelt.

Förderung von **Sprachkursen**, migrationsbezogener **Sozialarbeit** und **Streetwork**, Maßnahmen zur Bildungs- und Arbeitsmarktintegration werden ausgebaut.

Die **Beratungsstelle für Migration und Gute Arbeit** (BEMA) und die wichtige Beratungsarbeit der Migrantenselbstorganisationen werden weiterentwickelt.

Der Senat prüft die Einführung einer **Berlin City-ID-Card**.

Die Koalition wird eine Ansprechpartnerin bzw. einen Ansprechpartner des Senats für **Deutsche aus Russland, Spätaussiedler und Vertriebene** schaffen, um deren stärkere Einbindung und Beachtung in Berlin zu gewährleisten.

Eine gesetzliche Grundlage für Bestattungen unter 48 Stunden wird zeitnah geschaffen. Die Koalition wird so schnell wie möglich dafür sorgen, dass Grabflächen für Muslime geschaffen oder ertüchtigt werden, um **Bestattungen nach islamischem Ritus** zu ermöglichen.

Wir möchten, dass in Deutschland ausgebildete **Imame** Verantwortung in muslimischen Gemeinden übernehmen und Orientierung geben. Daher wird die Ausbildung von Imamen in Berlin – in Kooperation mit den Verbänden – stärker gefördert. Ferner werden wir es Berliner Moscheevereinen ermöglichen, in Berlin ausgebildete Imame in ihren Gemeinden zu integrieren.

Wir werden ein **Migrationsmuseum und Dokumentationszentrum** aufbauen, welches sich mit der jüngeren Einwanderungsgeschichte der Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter befasst.

Die Regenbogenhauptstadt

Berlin setzt sich auf Bundesebene für ein modernes Selbstbestimmungsrecht, die Abschaffung des **Blutspendeverbots** für Männer, die Sex mit Männern haben, sowie für trans* Personen, und die Ergänzung von Artikel 3 des Grundgesetzes um das Merkmal der sexuellen Identität ein.

Die Koalition wird eine:n „**Queer-Beauftragte:n der Landesregierung Berlin für die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt**“ schaffen.

Die Bezirke benennen jeweils eine Person als Queerbeauftragte:n als Vollzeitstelle.

Die Koalition wird die Weiterentwicklung der Initiative „**Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt**“ (IGSV) unter Beteiligung der LSBTIQ*-Communitys im Jahr 2023 abschließen und anschließend finanziell stärken. Struktur- und Projektförderungen sollen stärker intersektionale Aspekte berücksichtigen. angelegt. Zudem streben wir eine stärkere Projektvielfalt im ganzen Stadtgebiet an. Dafür werden wir bestehende Förderinstrumente überprüfen und neue Projekte in bislang unterrepräsentierten Stadtteilen besonders unterstützen.

Für queere Personen mit Migrationsgeschichte, mit oder ohne Fluchterfahrung, fördern wir niedrigschwellige und bezirksübergreifende Angebote der gesellschaftlichen Teilhabe. In der IGSV werden diese Angebote noch stärker verankert.

Angebote für queere Jugendliche wird die Koalition weiter ausbauen, insbesondere in den Außenbezirken. Wir werden die **Beratungsangebote für Regenbogenfamilien** werden weiter stärken. Das Personal in den Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe, im Öffentlichen Dienst sowie bei den Berliner Gerichten wird geschult, um Diskriminierung insbesondere für Regenbogen-Pflegefamilien abzubauen.

Die Koalition wird **Hasskriminalität** konsequent bekämpfen. Dazu wird die bestehende Präventions-, Beratungs- und Antigewaltarbeit zum Schutz queerer Personen ausgebaut. In

der Aus- und Fortbildung der Polizei des Landes Berlin und von Juristinnen und Juristen wird die Sensibilisierung für queerfeindliche Gewalt fest verankert. Handlungsempfehlungen des Bundes zur Bekämpfung homophober und transfeindlicher Gewalt werden umgesetzt. Die Koalition wird Schutzangebote – wie Schutzwohnungen und betreute Wohnformen – ausbauen, insbesondere für Trans* Personen. Weitere Zufluchtswohnungen, auch bei häuslicher Gewalt in queeren Partnerschaften, werden eingerichtet.

Wir werden zusammen mit den queeren Communitys eine **Landesstrategie für queere Sicherheit und gegen Queerfeindlichkeit** entwickeln und die Präventions- und Antigewaltarbeit zum Schutz queerer Personen ausbauen.

Um die Implementierung von wirksamen Strategien zur Bekämpfung queerfeindlicher Hasskriminalität, u. a. im Regenbogenkiez, voranzutreiben, wird der Senat einen **Runden Tisch „Schutz vor queerfeindlicher Hasskriminalität“** einberufen, an dem zivilgesellschaftliche und staatliche Vertretungen sowie Sicherheitsbehörden teilnehmen werden.

Wir werden eine **Studie zu Gewalt aufgrund von Trans*feindlichkeit** in Auftrag geben, um dieses Feld tiefgehend zu untersuchen und daraus zielgerichtet weitere Maßnahmen zu entwickeln.

Die Koalition wirkt darauf hin, dass eine Übermittlung polizeilich erfasster **antisemitischer, rassistischer und queerfeindlicher Straftaten** an die entsprechenden zivilgesellschaftlichen Fachprojekte rechtssicher erfolgen kann.

Wir werden regelmäßig einen **Queerpolitischen Round Table** mit der Stadtgesellschaft durchführen.

Die Koalition setzt sich weiter für lesbische Sichtbarkeit und Teilhabe sowie für die gezielte Unterstützung von lesbischen Strukturen ein. Bestehende Projekte werden fortgesetzt, die Antigewaltarbeit wird ausgebaut und Förderlücken werden geschlossen. Der **Preis für Lesbische Sichtbarkeit** wird fortgesetzt. Mit einer Studie wird die Koalition den Sorgerechtsentzug bei lesbischen Müttern historisch aufarbeiten. Die Koalition wird zudem die besonderen Bedarfe von bisexuellen Menschen berücksichtigen. Gemeinsam mit ihnen werden wir Maßnahmen zur Unterstützung ihrer Sichtbarkeit entwickeln. Die Sichtbarkeit und Selbstbestimmung von trans*, inter und nicht-binären Menschen stärken wir und bauen in Schulen, Hochschulen und der Verwaltung Hürden für eine vollumfängliche Berücksichtigung der geschlechtlichen Identität ab.

In den Kultureinrichtungen werden Feministische und queere Perspektiven und die Geschichte emanzipatorischer Bewegungen gestärkt. Im Stadtbild werden sie sichtbarer gemacht. Der **Queer History Month** wird weiterentwickelt.

Zum Gedenken an den deutschen Arzt, Sexualforscher und Empiriker Magnus Hirschfeld, der schwul, Sozialist, Jude und Mitbegründer der weltweit ersten Homosexuellen-Bewegung war, wird der 14. Mai als **Magnus-Hirschfeld-Tag** etabliert und sein Wirken mit einer jährlichen Veranstaltung gewürdigt.

Der Senat wird im Stadtgebiet einen Standort festlegen, wo ein **Regenbogenhaus** als Community Center realisiert werden kann.

Safer Spaces und diskriminierungssensible Begegnungsräume schützen wir vor Verdrängung. Wir erhöhen die Barrierefreiheit und unterstützen queere Veranstaltungen im öffentlichen Straßenraum. Wir wollen die Förderung von Modellprojekten wie „Diversitygerechtes Ausgehen in Berlin“ mit der Kampagne „Feiern? Safe.“ über die Landesantidiskriminierungsstelle fortsetzen und verstärken.

Die Koalition unterstützt auch im Sport die Vielfalt aller sexuellen Lebensentwürfe, indem sie **Diversity- und Queer-Kompetenzen in allen Bereichen des Sports** stärkt und entsprechende Projekte auch finanziell fördert. Jugend- und Sportangebote wird die Koalition weiter konsequent sichern und zu inklusiven Räumen entwickeln.

Berlin hat sich als Mitglied der „Fast Track Cities Initiative to End Aids“ zum Ziel gesetzt, die **HIV-Pandemie bis 2030 zu beenden** und einen wirkungsvollen Beitrag gegen die Stigmatisierung von Menschen mit HIV zu leisten. Die Koalition wird die HIV/AIDS-Beratungs- und Versorgungsstrukturen im Rahmen der **Fast Track Cities-Initiative** „95-95-95-0“ fortführen und verstetigen. Der Senat wird hierzu öffentliche Kampagnen durchführen und das gesetzte Ziel mit entsprechenden Kommunikationsstrategien unter Beteiligung des Fast Track City Netzwerks Berlin und einer zu benennenden Koordinierungsstelle bei der Senatsverwaltung für Gesundheit begleiten.

Der Senat wird einen regelmäßigen Austausch zum Netzwerk von Beratungs- und Testangeboten, queersensiblen Hausärztinnen und Hausärzte, Schwerpunkt-Praxen und Kliniken sowie Selbsthilfeorganisationen pflegen. Ziel ist es, die Prävention sexuell übertragbarer Infektionen sowie die Versorgung zu stärken, um auch kurzfristig auf akute Ereignisse reagieren zu können.

Die besonderen Bedürfnisse von queeren Menschen im Gesundheitsbereich, vor allem die Bedürfnisse von trans* Personen, wird die Koalition verstärkt berücksichtigen. Dabei wird die Koalition **medizinische Angebote für trans* Personen** – mit dem Fokus auf trans* Frauen – fördern und ausbauen.

Die Koalition will ein selbstbestimmtes, **queeres Leben auch im Alter** fördern. Das Angebot spezifischer Einrichtungen für betreutes Wohnen sowie Pflegeangebote für ältere queere Menschen wollen wir ausbauen. Die Qualifizierung und Sensibilisierung des Pflegepersonals für queere Lebensweisen wird gefördert.

Die Koalition steht für die Rechte und den Schutz queerer Menschen weltweit ein. Sie wird das Engagement im „**Rainbow Cities Network**“ fortsetzen.

Antidiskriminierung

Die Koalition setzt die **Enquete-Kommission gegen Rassismus und Diskriminierung** ein, um unter Beteiligung von Zivilgesellschaft und Expertinnen und Experten strukturellen Rassismus und Diskriminierungen in Gesellschaft und staatlichen Einrichtungen aufzudecken und Gegenmaßnahmen zu entwickeln.

Das **Landesantidiskriminierungsgesetz** bleibt erhalten und wird weiter fortentwickelt. Die Koalition prüft das Verhältnis zwischen dem Polizei- und Bürgerbeauftragten, der Ombudsstelle des LADG und dem Petitionsausschuss des Abgeordnetenhauses mit dem Ziel, Doppelzuständigkeiten zu vermeiden.

Die Arbeit von Fachstellen, Gremien und Kommissionen gegen Diskriminierung wird fortgesetzt.

Die Koalition schafft die Position einer **Ansprechpartnerin bzw. eines Ansprechpartners im Senat zu Antiziganismus**, um Betroffenen eine stärkere Einbindung und Beachtung in Berlin zu gewährleisten.

Antisemitismus

Berlin hat ein diverses, **blühendes jüdisches Leben**, welches integraler Bestandteil unserer Stadt ist. Dies nach Kräften in der gesamten Stadt zu schützen und zu unterstützen, sehen wir als unsere Aufgabe. Beim Kampf gegen Judenhass richten wir uns weiterhin nach der jetzigen **Arbeitsdefinition im Landeskonzert gegen Antisemitismus**.

Die Koalition wird die **Landeskonzert „Berlin gegen jeden Antisemitismus!“** zur Antisemitismusprävention fortführen und verstärkt umsetzen, um jüdisches Leben in Berlin zu schützen. Der Schutz jüdischer Einrichtungen wird garantiert. Wir arbeiten außerdem z. B. mit der **jüdischen Gemeinde** am Runden Tisch gegen antisemitische Gewalt eng zusammen.

Die Koalition sorgt dafür, dass die im Landeskonzert zur Weiterentwicklung der **Antisemitismusprävention** festgehaltenen Fortbildungsmaßnahmen für die Polizei gestärkt, gleichartige Fortbildungsangebote für die Staatsanwaltschaft entwickelt und in den Fort- und Weiterbildungskatalog übernommen werden.

Der **Antisemitismusbeauftragte** des Landes ist über alle bei der Landesantidiskriminierungsstelle gemeldeten antisemitischen Vorfälle unverzüglich zu informieren. Die vorhandenen Stellen beim Antisemitismusbeauftragten des Landes sollen entfristet werden. Wir prüfen den bedarfsgerechten Ausbau. In Abstimmung mit der Antidiskriminierungsbeauftragten der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie sollen geschulte Pädagoginnen und Pädagogen für die kurzfristige Beratung von Vorfällen betroffenen Schulen anbieten können und mittelfristig Bildungsangebote externer Träger an diese Schulen vermitteln. Ziel ist es, dass möglichst alle Schülerinnen und Schüler **NS-Gedenkstätten** besuchen. Der Senat entwickelt das bestehende Programm fort, u. a. damit die Logistik solcher Reisen erleichtert wird.

Die Koordination des Themenfeldes „Antisemitismus“ innerhalb des Senats soll geprüft und optimiert werden.

Die Koalition prüft, inwieweit eine vergleichbare Regelung zu den „Ausführungsvorschriften über Beurlaubung und Befreiung vom Unterricht“ für Prüfungen an Hochschulen und Universitäten sowie weitere staatliche Prüfungen zu erlassen ist.

Wir werden das Projekt **Synagoge am Fraenkel-Ufer** umsetzen.

Islamfeindlichkeit

Die Berliner Muslime sind ein fester Bestandteil unserer Stadt. Aufgrund ihrer florierenden kulturellen und religiösen Vielfalt bereichern sie die Gesellschaft. Dennoch erfahren sie immer wieder Anfeindungen. Die Koalition wird die Diskriminierung von Musliminnen und Muslimen sowie von muslimisch gelesenen Menschen nicht dulden und sämtliche Maßnahmen ergreifen, um jegliche Formen von Gewalt und Hass zu unterbinden. Ihre gesellschaftliche Teilhabe werden wir noch weiter stärken. Die Koalitionspartner werden mit **muslimischen Gemeinden Berlins** zusammenarbeiten.

Lehrkräfte sollen in Bezug auf muslimische Kinder und den Islam sensibilisiert werden. Informationen über die Vielfalt muslimischen Lebens in Deutschland sollen vermittelt werden, um möglicherweise vorhandene Stereotype zu durchbrechen. **Schulklassen** sollen zwischen unterschiedlichen Berliner Bezirken in den Dialog treten und durch geförderte, gemeinsame Projekte Vielfalt auf Augenhöhe leben. Dabei soll bewusst auf eine soziokulturelle Vermischung der sich treffenden Klassen geachtet werden.

Begegnungsprojekte zwischen den Religionen und der Zivilgesellschaft sollen aktiv gefördert und weiterentwickelt werden. Projekte zur **Förderung des interreligiösen und interkulturellen Austausches** werden gefördert. Der 15. März wird entsprechend des Beschlusses der UN-Vollversammlung als „Internationaler Tag gegen Islamfeindlichkeit“ öffentlich thematisiert und gewürdigt.

Die **Berliner Moscheevereine** werden durch Ehrenamtskoordinierung bei ihrer Arbeit im Kontext der gesellschaftlichen Teilhabe unterstützt. Hierfür werden geeignete Kriterien entwickelt. Das Islamforum wird mit einer **Koordinierungsstelle** unterstützt und ein „Landeskonzept muslimisches Leben“ in Berlin erarbeitet.

Die **Landesantidiskriminierungsstelle** soll als Anlaufstelle erweitert und unterstützt werden. Der Senat wird einen Leitfadens hinsichtlich Islamfeindlichkeit für Polizei und Staatsanwaltschaft erarbeiten, äquivalent zum Leitfaden Antisemitismus.

Die „**Expert:innenkommission zu antimuslimischem Rassismus im Land Berlin**“ wird die Koalition fortführen. Mit ihr werden wir eine ressortübergreifende Handlungsstrategie gegen antimuslimischen Rassismus auf den Weg bringen. Die Handlungsstrategie umfasst mindestens Monitoring, eine Sensibilisierungskampagne sowie die Stärkung der bestehenden Beratungs- und Empowermentstrukturen.

Kampf gegen Extremismus

Wir engagieren uns konsequent im Kampf gegen jede Form von Extremismus, Diskriminierung, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Rassismus. Die Stärkung zivilgesellschaftlicher Projekte und die konsequente Bekämpfung von menschenverachtenden Taten sowie von Hasskriminalität haben besondere Priorität.

Berlin wird bestehende Landesprogramme weiterentwickeln, insbesondere das „**Landesprogramm für Demokratie. Vielfalt. Respekt.**“ und die Landeskommission gegen Gewalt. Die **Landeszentrale für politische Bildung** wird in ihrer wichtigen Arbeit weiter unterstützt. Die Koalition wird dabei die Schwerpunkte Stärkung der Demokratiebildung und

Vermittlung der Werte des Grundgesetzes mit dem Ziel eines stärkeren gesellschaftlichen Zusammenhalts in der Stadt betonen. Wir stärken junge Menschen gegen Anwerbeversuche extremistischer Gruppierungen und verstetigen Extremismusprävention und Deradikalisierung durch langfristige pädagogische, integrative und therapeutische Arbeit. Das Berliner Landesprogramm Radikalisierungsprävention in der Islamismusprävention und die Landeskoordinierungsstelle Radikalisierungsprävention werden ausgebaut.

Die Koalition verpflichtet sich, die Erstellung eines **umfassenden Lagebildes** zu Antisemitismus, Rechtsextremismus, Rechtspopulismus, Rassismus, Verschwörungsideologien und Islamismus durch zivilgesellschaftliche Fachprojekte dauerhaft zu gewährleisten.

Geflüchtete

Das Gesamtkonzept für Integration und Partizipation von geflüchteten Menschen unterstützen und entwickeln wir weiter.

Berlin bringt sich aktiv in entsprechende Netzwerke (u. a. Solidarity Cities, Bündnis Städte Sichere Häfen) ein.

Besonders Schutzbedürftige nach EU-Richtlinie 2013/33 sowie Frauen, Familien und LSBTIQ* werden ab Ankunft identifiziert. Wir werden ihnen niedrigschwellige Beratungen in Kooperation mit dem Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) und dem Berliner Netzwerk für besonders Schutzbedürftige (BNS) sowie anderen Beratungsstrukturen anbieten. Hierzu wird bei Bedarf eine Clearingstelle errichtet.

Die Koalition wird landesrechtliche Möglichkeiten und Instrumente ausschöpfen, um begründeten **Familiennachzug** zu erleichtern. Wir arbeiten vertrauensvoll mit der **Härtefallkommission** zusammen. Ziel ist dabei, ihre Empfehlungen und Entscheidungsbegründungen über eine Aufenthaltserteilung weiter zu berücksichtigen. Humanitäre Aspekte werden neben persönlichen Gründen im Zuge der Einzelfallprüfung bei Entscheidungen über Kommissionsersuchen besonders gewichtet. Gesundheitliche Einschränkungen, Behinderung, Alter und Pflege von Kindern oder Angehörigen sind bei der Entscheidung zu berücksichtigen, insbesondere inwieweit diese Umstände Arbeit oder Spracherwerb erschwert haben.

Wir schöpfen alle landesrechtlichen Spielräume aus, um aus der Ukraine geflohenen Drittstaatsangehörigen, die sich bereits vor dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine aufgehalten haben, ein Bleiberecht zu gewähren. Dazu gehören z. B. Stipendien-Programme für Studierende oder Übergangsregelungen durch Fiktionsbescheinigungen.

Geflüchtete müssen bedarfsgerecht und nachhaltig untergebracht werden. Besonders wichtig ist das für Familien mit Kindern. Unser Ziel ist, die besonders Schutzbedürftigen im Blick zu haben und ihnen eine **geeignete Unterbringung in Form einer Wohnung**, vor allem für Familien, zur Verfügung zu stellen und ihnen den Zugang zu erleichtern. Wohnberechtigungsscheine werden auch für Geflüchtete, unabhängig von der Dauer des Aufenthaltsstatus in Berlin, ausgestellt, sofern rechtlich keine Bedenken bestehen.

Wir verstärken die Regelstruktur, um Geflüchtete aus LAF-Unterkünften und Unterkünften der Wohnungslosenhilfe psychosozial zu versorgen. Damit verstärken wir zugleich das Angebot an bedarfsgerechter Beratung, Betreuung und medizinische Versorgung im sozialen und gesundheitlichen Bereich und stellen uns auf Sprachmittlungsbedarfe ein.

Psychosoziale Zentren werden wir stärken und eine dauerhafte Finanzierung gewährleisten. Eine Überführung in das Regelsystem wird geprüft.

Inneres, Sicherheit und Ordnung

Erfolgreiche Innenpolitik nutzt die volle Bandbreite des Dreiklangs „**Prävention – Intervention – Repression**“. Wir wollen die Ordnungs- und Sicherheitsbehörden so stärken, dass sie Recht und Gesetz in allen Teilen der Stadt durchsetzen können. Die Koalition lehnt jede Form von Menschenfeindlichkeit, verfassungsfeindlichen Bestrebungen und Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung ab. Auch die Zivilgesellschaft ist dabei ein wichtiger Baustein im Kampf gegen Hasskriminalität.

Die Koalition wird in dieser Legislaturperiode bis zu **1.000 weitere Kräfte bei Polizei und Feuerwehr** sowie im Landesamt für Einwanderung und im Landeseinbürgerungszentrum beschäftigen. Wir stärken unter anderem die Abschnitte für eine spürbar präsentere Polizei auf den Straßen Berlins, zum Beispiel bei der Fahrradstaffel, KOB 100 und dem Zentralen Objektschutz. Die Koalition will zudem die Kapazitäten der Ermittlungs- und Strafverfolgungsbehörden für die **Bekämpfung von Cybercrime** ausbauen. Der **Zentrale Objektschutz** soll gestärkt werden und erhält weitere Befugnisse. Wir prüfen, die Bußgeldstelle zu einer Einrichtung mit einem eigenen Wirtschaftsplan umzubauen. Wir stärken die Digitalisierung und automatisierte Bearbeitung in der Bußgeldstelle.

Die Koalition modernisiert und verbessert die **Ausstattung der Polizei**. Das umfasst auch die personenbezogene Schutzausstattung und -ausrüstung der Einsatzkräfte. Auf Basis einer Bestandsanalyse ermöglichen wir eine strategische und nachhaltige Modernisierung und den Ausbau des Fuhrparks und erhöhen unter dieser Maßgabe auch die Anzahl von Elektro- und gegebenenfalls Hybridfahrzeugen. Wir werden alle Beschaffungen strategisch und bedarfsgerecht möglichst klimaneutral gestalten. Für die Stahlbootflotte der Wasserschutzpolizei schaffen wir ab 2024 jährlich ein neues Stahlboot an. Um flexibler auf besondere Lagen reagieren zu können, prüft die Koalition die Anschaffung eines eigenen Polizeihubschraubers für Berlin in dieser Legislaturperiode. Wir setzen das Drohnen- und Drohnenabwehr-Konzept der Polizei um. Für die Feuerwehr beschaffen wir weitere Drohnen, insbesondere Opferdrohnen. Wir schaffen einen Löschroboter an. Die Einsatzfahrzeuge der Feuerwehr werden mit Kameras ausgestattet, um Angriffe auf ihre Beschäftigten besser dokumentieren zu können.

Die Koalition wird ein **Sonderinvestitions- und Sanierungsprogramm** auflegen und die Finanzmittel zur **Instandsetzung, Modernisierung und zum Ausbau von für Polizei- und Feuerwachen** deutlich erhöhen. Dabei denken wir die Schaffung von Dienstwohnungen mit. Insbesondere der Bau und die Sanierung der Feuerwachen der Freiwilligen Feuerwehren Müggelheim, Wilhelmshagen und Mahlsdorf werden ausfinanziert. Die Sanierung wird konsequent an Klimaschutzkriterien ausgerichtet. Mit dem Ziel der bedarfsgerechten und frühzeitigen Einplanung von notwendigen Brandschutz- und Rettungsdienstangeboten im Zuge von Neubaumaßnahmen stellen wir die Koordination zwischen der Stadtentwicklungsverwaltung, den Bezirken sowie den städtischen Wohnungsbaugesellschaften sicher.

Die Koalition prüft, wie die polizeiliche Arbeit lokal an besonders **kriminalitätsbelasteten Orten**, Kiezen und Bereichen gestärkt werden kann. Wir prüfen die Errichtung eines **Katastrophenschutzentrums**. Wir stellen die **kooperative Leitstelle der Polizei Berlin und Feuerwehr** fertig.

Wir führen unverzüglich, dauerhaft und flächendeckend **Bodycams** für Polizei, Feuerwehr und Ordnungsämter ein, um für eine bessere Dokumentation und mehr Transparenz der Einsätze zu sorgen, und evaluieren dies wissenschaftlich.

Die Koalition wird die Einsatzverfügbarkeit von **Distanz-Elektroimpulsgeräten („Tasern“)** bei der Polizei Berlin zur Vermeidung des Schusswaffengebrauches und zur Verhinderung von akuten Suiziden ausweiten und hierfür die erforderlichen Rechtsgrundlagen schaffen. Die Evaluierung wird fortgesetzt.

Wir verfolgen an kriminalitätsbelasteten Orten einen ganzheitlichen und ressortübergreifenden Ansatz. Wir wollen die Einrichtung von **Messerverbotzonen** an kriminalitätsbelasteten Orten ermöglichen.

Die Koalition führt anlassbezogen den **Videoschutz** an kriminalitätsbelasteten Orten ein, um die Bürgerinnen und Bürger besser zu schützen. Die Notwendigkeit wird regelmäßig kriminologisch evaluiert und dem Abgeordnetenhaus und der zuständigen Senatsverwaltung berichtet. Zur Bekämpfung des Fahrraddiebstahls startet die Koalition den Pilotbetrieb von **stationärer Videoüberwachung an zwei ausgewählten Fahrradabstellanlagen** und evaluiert die Ergebnisse hinsichtlich der Kosten, Nutzen und Eingriff in die Privatsphäre.

Sicherheit und Sauberkeit werden stärker zusammengedacht. Die Koalition fördert daher städtebauliche Maßnahmen zur Kriminalprävention, insbesondere durch Stadtmöbel als Überfahrerschutz und Aus- bzw. Beleuchtung. Sie sorgt für Sauberkeit und Ordnung sowie Vandalismusprävention. Die Sicherheit von Parkanlagen werden wir durch eine berlinweite Konzeption zwischen Land und Bezirken erhöhen. Die Sauberkeit wird u. a. durch eine noch enger verzahnte Zusammenarbeit zwischen bezirklichen Straßen- und Grünflächenämtern, BSR und den Ordnungsämtern verbessert. Wir werden der BSR die Möglichkeit zur unverzüglichen Beseitigung illegaler Abfallablagerungen auf öffentlichem Straßenland durch Sammelaufträge der Berliner Bezirke übertragen. Wir werden das Pilotprojekt „Saubere und lebenswerte Parks“ der BSR ausweiten und verstetigen. Für eine sichere und saubere Stadt schaffen wir ein Veranstaltungssicherheitsgesetz.

Die Koalition wird das **ASOG überarbeiten**. Die Nutzung von Bodycams in privatem Wohnraum, insbesondere in den Fällen der häuslichen Gewalt, wird rechtssicher festgeschrieben. Wir werden Ergänzungen mit dem Ziel prüfen, aufgrund richterlicher Anordnung Quellen-TKÜ und Online-Durchsuchungen zur Bekämpfung terroristischer Straftaten und schwerster Straftaten im Bereich der organisierten Kriminalität einsetzen zu können. Verhaltensbezogene Kontrollen aufgrund kriminalistischer oder polizeilicher Erfahrungswerte bleiben unter Beachtung der verfassungsrechtlichen Diskriminierungsverbote zulässig. Wir schaffen die rechtlichen Voraussetzungen für einen bis zu fünftägigen **Präventivgewahrsam**.

Die Koalition strebt an, den **finalen Rettungsschuss** von Polizeibeamtinnen und -beamten als Ultima Ratio rechtssicher zu regeln, um Menschen in höchster Gefahr für Leib und Leben zu schützen.

Die Koalition evaluiert das **Versammlungsfreiheitsgesetz** bis Mitte 2024 und nimmt den Begriff der „öffentlichen Ordnung“ wieder auf. Wir bekennen uns ausdrücklich zum Schutz der Pressefreiheit und zum Schutz von Journalistinnen und Journalisten.

Um Vollzugsdefizite bei der Kontrolle des geltenden **Waffenrechts** abzubauen, setzt sich die Koalition für einen besseren Informationsaustausch der zuständigen Behörden ein und stärkt die Waffenbehörde im LKA Berlin. Gleichzeitig wollen wir eine engere Zusammenarbeit mit den Gesundheitsbehörden und den Krankenkassen forcieren.

Wir setzen den Kampf gegen Organisierte Kriminalität in allen Phänomenbereichen fort. Insbesondere wollen wir die **Vermögensabschöpfung** stärken und ressortübergreifend mit dem LKA Berlin, der Staatsanwaltschaft und der Senatsverwaltung für Finanzen die Wirtschaftskriminalität und die Geldwäsche bekämpfen. Wir leiten eine Bundesratsinitiative für eine Ergänzung des Strafgesetzbuches wegen „Bedrohung von Zeugen und Gerichtspersonen“ ein und führen Aussteigerprogramme mit dem Schwerpunkt für Frauen unvermindert fort.

Die Koalition fördert die **Arbeit des Landesfeuerwehrverbands** und stärkt den Feuerwehrsport. Wir stärken das Ehrenamt, die Fördervereine und erhöhen die Aufwandsentschädigung beim Ehrenamt der Freiwilligen Feuerwehr. Wir schaffen die landesrechtlichen Voraussetzungen für die Einführung des sogenannten Feuerwehrführerscheins auch für die Hilfsorganisationen. Die Brandschutzerziehung und -aufklärung sowie der vorbeugende Rettungsdienst werden gesetzlich verankert und die Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung durch geeignete Maßnahmen gestärkt. Wir nehmen den 175. Geburtstag der Berliner Feuerwehr im Jahr 2026 zum Anlass, mit den unterschiedlichsten nationalen und internationalen Formaten im Verlauf des Jubiläumsjahres auf die Berliner Feuerwehr aufmerksam zu machen.

Wir prüfen die Errichtung eines **Landesamtes für Katastrophenschutz**. Dazu intensivieren wir unsere Arbeit mit Betreibern der kritischen Infrastruktur und der Wirtschaft. Wir fördern die Einrichtung und Ausstattung der Katastrophenschutz-Leuchttürme und der Katastrophenschutzzentren.

Der **Verfassungsschutz** bleibt für die Koalition ein unverzichtbarer Baustein der Berliner Sicherheitsarchitektur zum Schutz von Demokratie und Rechtsstaat und wird gestärkt. Wir passen das Berliner Verfassungsschutzgesetz den aktuellen Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts an. Neben der Schaffung verhältnismäßiger Regelungen zur Bestandsdatenauskunft von Telekommunikationsunternehmen führen wir auch eine Ermächtigung für die Unterrichtung der Öffentlichkeit über Verdachtsfälle ein.

Rechtsextremismus ist derzeit die größte Gefahr für unsere Demokratie. Darüber hinaus stellt auch der Phänomenbereich des Islamismus eine große Bedrohung dar. Daher wird der Bereich der **Islamismusbekämpfung** im Verfassungsschutz gestärkt. Unsere Gesellschaft steht aber auch vor der Herausforderung **linksextremistischer Bestrebungen** – dagegen werden wir vorgehen. Gewalt kann nie ein legitimes Mittel der politischen Auseinandersetzung sein. Der Verfassungsschutz wird die Berlinerinnen und Berliner über die Gefahren der verschiedenen Phänomenbereiche informieren. Wir schützen die Betroffenen von sogenannten „Feindeslisten“ durch frühzeitige Information, Schutz durch Meldesperren und konsequente Strafverfolgung der Täterinnen und Täter.

Freiwillige öffentliche Leistungen sollen nur an Organisationen gezahlt werden, die sich im Rahmen der **freiheitlich-demokratischen Grundordnung** bewegen.

Die Beschäftigten der Berliner Verwaltung verdienen hohe Anerkennung, Respekt und Wertschätzung für ihre Leistungen. Sie sichern mit ihrem täglichen Einsatz unser Gemeinwesen. Ein **modernes öffentliches Dienst- und Personalrecht**, das mehr Spielräume eröffnet und Beteiligungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern fördert, ist ein Schlüssel für eine funktionierende Stadt.

Wir wollen die **„Ausbildungsoffensive 500“** fortführen. Die Koalition wird die Feuerwehrlaufbahnverordnung bis Ende der Legislatur novellieren. Wir schaffen einen Laufbahnzweig Rettungsdienst. Wir erhöhen die Ausbildungskapazitäten vor allem im gehobenen Dienst und passen die Ausbildungsstruktur im mittleren Dienst an.

Wir wollen erhöhte Ausbildungskapazitäten sicherstellen und halten an den Plänen für einen **Campus BFRA** fest. Wir werden außerdem die **Polizeiakademie am Campus Ruhleben** errichten. Wir werden die Gründung eines **„Oberstufenzentrums Sicherheit“** prüfen. Wir wollen eine zeitnahe Errichtung der **Blaulicht-Kita**.

Die **Altersgrenze** im Feuerwehrtechnischen Dienst und bei der Polizei im Vollzugsdienst wird auf dem jetzigen Niveau festgeschrieben. Wir prüfen die Einführung einer Feuerwehrrente. Zusätzlich wird den Anwärterinnen und Anwärtern analog der Regelung bei der Polizei für den mittleren feuerwehrtechnischen Dienst Freie Heilfürsorge gewährt. Die Anhebung des Einstiegsamts auf A8 wird geprüft. Wir novellieren das Dienstunfallrecht unter Berücksichtigung der aktuellen arbeitsmedizinischen Erkenntnisse. Zur ganzheitlichen Gesundheitsvorsorge gehört für uns auch die psychologische Unterstützung unserer Einsatzkräfte, insbesondere auch während der Ausbildung.

Ein ressortübergreifender Handlungsleitfaden **„Prävention von Gewalt gegenüber Bediensteten des öffentlichen Dienstes“** wird in der Landeskommision Berlin gegen Gewalt entwickelt und die Umsetzung mit Ressourcen ausgestattet. Darüber hinaus wird die Koalition eine wissenschaftliche Untersuchung zu den Ursachen und der Dimension von Gewalt gegen Sicherheits- und Einsatzkräfte in Auftrag geben.

In den Sicherheitsbehörden soll sich die **Diversität** der Berliner Stadtgesellschaft abbilden. Extremistisches, rassistisches, queerfeindliches, islamfeindliches und antisemitisches Gedankengut hat hier keinen Platz. Wir werden gegen extremistische Tendenzen für alle Bewerberinnen und Bewerber im öffentlichen Dienst bei der Einstellung und bei der Übernahme von Führungsaufgaben eine Abfrage im Bundeszentralregister vornehmen. Darüber hinaus wird bei konkreten Anlässen bei Beschäftigten in den Bereichen Justiz, Strafvollzug, Polizei, Katastrophenschutz, Feuerwehr und kritische Infrastruktur eine Zuverlässigkeitsprüfung durch den Verfassungsschutz durchgeführt. Die laufende Berliner Polizeistudie wird fortgesetzt. Ebenso wird die Koalition eine **Enquete-Kommission gegen Rassismus und Diskriminierung** in Gesellschaft und Behörden einsetzen.

Die Koalition steht für einen diskriminierungssensiblen Sprachgebrauch bei der Polizei Berlin, die entsprechenden Empfehlungen werden auf ihre Praxistauglichkeit geprüft und überarbeitet. Wir halten daran fest, dass es sich um unverbindliche Empfehlungen handelt.

Gewaltprävention ist dann erfolgreich, wenn alle Verantwortlichen fachübergreifend zusammenarbeiten. Die **Landeskommision Berlin gegen Gewalt** ist dafür das zentrale

Gremium. Wir verabschieden ein **Landespräventionsgesetz**. Darüber hinaus stärken wir die kiezorientierte Gewaltprävention der bezirklichen Präventionsräte.

Wir wollen polizeiliche Maßnahmen in Fällen von **Gewalt gegen Frauen** und Nachstellung (sogenanntes Stalking) ausschöpfen und erweitern. Hasskriminalität aufgrund von Frauenfeindlichkeit ist in der Polizeilichen Kriminalstatistik zu erfassen und strafrechtlich konsequent zu verfolgen. Wir prüfen die Einrichtung einer koordinierenden Stelle, die die Zusammenarbeit des Sozialpsychiatrischen Dienstes mit den Senatsverwaltungen hinsichtlich psychisch auffälliger Personen sicherstellt.

Die Koalition strebt die Erhebung von Daten zur Identifikation von Orten im öffentlichen Raum in Berlin an, an denen es häufig zu **sexistischen Übergriffen und sexualisierter Gewalt** kommt. Polizei und Feuerwehr entwickeln spezifische Konzepte für Einsätze im Kontext von Clubkultur und Nachtleben. Wir werden den ressortübergreifenden Schutz vor häuslicher und sexualisierter Gewalt sowie von sexuellem Missbrauch von Kindern verbessern und streben eine landesgesetzliche Regelung an. Zum Schutz vor Partnerschaftsgewalt, häuslicher und sexualisierter Gewalt stärken wir Betroffene, helfen Kindern und Jugendlichen, die häusliche Gewalt miterleben müssen, und leisten zielgerichtete Täterarbeit.

Digitale Gewalt ist echte Gewalt. Wir werden entsprechende Online-Beratungsangebote und die digitale Kompetenz von Schutzeinrichtungen für Betroffene von Gewalttaten voranbringen und dabei auch sexualisierte Inhalte berücksichtigen. Wir wollen den Fonds zur Unterstützung von Betroffenen extremistischer Gewalt ausbauen, um unbürokratische Schutzmaßnahmen, Betroffenenhilfe und Erhellung des Dunkelfeldes zu ermöglichen.

Wir stärken junge Menschen gegen Anwerbeversuche extremistischer Gruppierungen und verstetigen **Extremismusprävention und Deradikalisierung**. Das Berliner Landesprogramm Radikalisierungsprävention in der Islamismusprävention und die Landeskoordinierungsstelle Radikalisierungsprävention werden gestärkt. Wir richten einen **Islamismusmonitor** im straf- und vereinsrechtlich relevanten Kontext bei der für Inneres zuständigen Senatsverwaltung ein. Wir werden bestehende Programme um Prävention von Linksextremismus weiterentwickeln.

Auf Grundlage des Landeskonzepts zur Weiterentwicklung der Antisemitismusprävention wird die Zusammenarbeit von Polizei, Staatsanwaltschaft, Jüdischer Gemeinde und Zivilgesellschaft weiterentwickelt. Hierzu gehört **der Runde Tisch „Antisemitische Gewalt“**, Fortbildungsmaßnahmen und Studien zur Erhellung des Dunkelfeldes antisemitischer Gewalt.

Wir werden die Bearbeitung von Anträgen nach dem **Opferentschädigungsgesetz** evaluieren und zum effektiveren Schutz von Opfern von Straftaten durch die erforderlichen Maßnahmen beschleunigen.

Die Koalition wird das **Landeseinwanderungsamt** (LEA) als Einwanderungs-, Aufenthalts- und Sicherheitsbehörde stärken. Die Digitalisierung wird vorangetrieben; insbesondere sollen die Terminvorlaufzeiten deutlich verkürzt werden. Für Partizipation ist ein gesichertes Aufenthaltsrecht eine wichtige Voraussetzung. Die Koalition hält die **Fachkräftezuwanderung** für wichtig und setzt sich dafür ein, dass die Verfahren

beschleunigt und vereinfacht werden. Wir werden Einbürgerungen zentral organisieren und im LEA ein Landeseinbürgerungszentrum (LEZ) schnellstmöglich errichten. Wir wollen Einbürgerungslotsen nach Hamburger Vorbild einrichten.

Die Koalition setzt sich dafür ein, dass das neu geschaffene **Chancenaufenthaltsrecht** für Langzeit-Geduldete tatsächlich in Anspruch genommen wird.

Wir prüfen die Möglichkeit eines gestuften **Nachweises der Identität** in den Konstellationen, in denen die Vorlage von Ausweisdokumenten nicht möglich oder nicht zumutbar ist, zum Beispiel, wenn dies Angehörige im Herkunftsstaat gefährdet oder eine Finanzierung von diktatorischen Staaten durch hohe Gebühren nach sich zieht.

Die Koalition arbeitet vertrauensvoll mit der **Härtefallkommission** zusammen, um Menschen aufgrund persönlicher oder humanitärer Gründe in Härtefällen eine Bleibeperspektive geben zu können. Der bei der für Inneres zuständigen Senatsverwaltung errichtete Beirat für Migration wird fortgesetzt. Er gibt Empfehlungen und nimmt Stellung zu migrationspolitischen Fragen und zur Umsetzung des Migrationsrechts.

Wir bekennen uns zur **Aufnahme von Schutzsuchenden**. Berlin hat in den letzten zwei Jahren einen überdurchschnittlichen Beitrag zur Bewältigung des Fluchtgeschehens geleistet, das insbesondere durch den Krieg in der Ukraine noch verstärkt worden ist. Wir setzen uns im Bund dafür ein, dass die besondere Situation urbaner Räume bei der bundesweiten Verteilung Schutzsuchender anerkannt wird. Die Koalition wird aufenthaltsrechtliche Möglichkeiten zur Legalisierung, Erteilung und Verlängerung von Aufenthaltsrechten nach Gesichtspunkten von Humanität und Ordnung nutzen. Dies gilt auch für Drittstaatsangehörige, die vor dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine geflohen sind. Auf Beschäftigungsverbote wird nach Möglichkeit verzichtet.

Berlin setzt sich für eine erleichterte Aufnahme von Familienangehörigen aus den **Erdbebengebieten in der Türkei und in Syrien** ein.

Die Koalition steht zur **Einheit der Familie** für alle geflüchteten Menschen. Wir stehen weiterhin zur Möglichkeit des Familiennachzugs. Im Ankunftszenrum und den weiteren Aufnahmeeinrichtungen wird die unabhängige Verfahrens- und Rechtsberatung Asyl dauerhaft angeboten.

Die freiwillige **Rückkehr** hat Vorrang gegenüber Rückführungen und wird gefördert. Die Koalition bekennt sich zur Durchsetzung der Rückführung von Ausreisepflichtigen und wahrt humanitäre Grundsätze bei Aufenthaltsbeendigung. Priorität hat für uns insbesondere die schnelle und konsequente Rückführung von Gefährdern und wegen schwerer Verbrechen (wie z. B. Mord, Totschlag oder Vergewaltigung) Verurteilten. Hier werden wir die nach Bundesrecht möglichen aufenthaltsbeendenden Maßnahmen zielgerichtet nutzen. Die Koalition wird Abschiebehaft und -gewahrsam nur dort nutzen, wo diese Maßnahmen wegen der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit notwendig sind. Eine Möglichkeit zur anwaltlichen Kontaktaufnahme wird gewährleistet. Direktabschiebungen aus Schulen, Jugendeinrichtungen und Krankenhäusern wird es weiterhin nicht geben. Im Winter soll auf Abschiebungen verzichtet werden, wenn Witterungsverhältnisse dies humanitär gebieten. Eine Trennung von Familienangehörigen soll bei Rückführungen in der Regel vermieden werden.

Justiz

Wir wollen einen starken Rechtsstaat und bauen auf eine moderne und bürgernahe Justiz, die das Recht gewährleistet und die Einhaltung der Regeln durchsetzt. Unsere Rechtspolitik schafft Sicherheit und soziale Gerechtigkeit. Die Bürgerinnen und Bürger müssen auf einen schnellen und effizienten Rechtsstaat vertrauen können. Daher stärken wir der Justiz den Rücken und bekennen uns zu einer unabhängigen Rechtsprechung.

Der Rechtsschutz und die Rechtsberatung werden unabhängig vom Einkommen und Vermögen für alle gewährleistet und gefördert.

Die **Strafverfolgungsbehörden und Strafgerichte wollen wir besser ausstatten** und die Zusammenarbeit mit der Polizei ausbauen. Ermittlungs- und Strafverfahren müssen zügig geführt und konsequent zum Abschluss gebracht werden. Kriminaltechnische Untersuchungen wollen wir durch eine Verstärkung des LKA beschleunigen. Eine gemeinsame Asservatenstelle wird eingerichtet.

Für kriminalitätsbelastete Orte werden **regionalisierte Staatsanwältinnen und Staatsanwälte** für den Ort als Ansprechpartner der Polizei bestimmt, die die Strafverfahren gegen Tätergruppen zentral und nach gesetzlicher Maßgabe prioritär bearbeiten. Eine Zuordnung zu neuen kriminalitätsbelasteten Orten erfolgt im Einvernehmen mit Polizei und Staatsanwaltschaft. Die Koalition hält an den **regionalisierten Jugendstaatsanwaltschaften** fest, um schnellere Verfahren zu gewährleisten. Wir wollen das **Neuköllner Modell** berlinweit weiterentwickeln. Die Ergebnisse des **Gipfels gegen Jugendgewalt** werden zügig umgesetzt.

Die Koalition wird den **Kampf gegen die Organisierte Kriminalität und die Clankriminalität** verstärken. Wir erweitern die bestehende Hauptabteilung 4 der Staatsanwaltschaft Berlin um die Zuständigkeiten für das Arbeitsstrafrecht.

Wir wollen die Finanzierung der **Gewaltschutzambulanz**, der **Kinderschutzambulanzen** und des Projekts **Childhood-Haus** verstetigen und dem steigenden Bedarf Rechnung tragen. Wir streben an, die Gewaltschutzambulanz zu einem interdisziplinären Gewaltschutzzentrum auszubauen und eine digitale Gewaltschutzambulanz einzurichten.

Wir wollen unsere Strafverfolgungsbehörden durch geeignete Möglichkeiten stärken, damit die Nutzung bereits bestehender rechtlicher Regelungen von **beschleunigten Verfahren** verstärkt und Entlassungen wegen Fristüberschreitungen vermieden werden. Die Tagessatzhöhe von Geldstrafen muss tat- und schuldangemessen in richterlicher Unabhängigkeit festgesetzt werden.

Wir verstärken die Ausstattung der Justiz im richterlichen, staatsanwaltschaftlichen, amtsanwaltschaftlichen und nichtrichterlichen Bereich. In den Gerichtsbarkeiten und der Staatsanwaltschaft wollen wir den demografischen Wandel frühzeitig abfangen und den Wissenstransfer sichern.

Ziel ist die räumliche Zusammenführung der Anwaltschaft und der Staatsanwaltschaft auf dem **Campus Moabit**. Die Koalition prüft zudem die Möglichkeit der Einrichtung weiterer Hochsicherheitssäle auf dem Campus Moabit und an weiteren Standorten.

Wir prüfen die Nutzung des Kathreiner-Hauses als Gerichts- und Justizstandort. Die Altbauten im Strafvollzug wollen wir sanieren und prüfen den Neubau von Teilanstalten.

Wir wollen die Versorgung aller Stadtteile mit **Notariaten** besser sicherstellen und prüfen mit dem Ziel einer gleichmäßigen Verteilung auch in den Außenbezirken, ob Notariatsstellen regional bedarfsorientiert ausgeschrieben werden können. Zur Konzentration der Richterinnen und Richter auf ihre Kernaufgaben werden wir auf Bundesebene dafür eintreten, die Kompetenzen von Rechtspflegerinnen und Rechtspflegern und den Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollziehern weiter zu stärken.

Wir prüfen die Errichtung einer **zentralen Aus- und Fortbildungsstätte in der Berliner Justiz**. Die **Zusammenarbeit mit der Justizakademie Brandenburg** wird fortgesetzt. Das Vorhaben zur Richteranklage verfolgen wir weiter.

Die Ausbildung des mittleren Dienstes bei der Justiz setzen wir fort.

In der Juristenausbildung werden wir die methodischen und sozialen Kompetenzen fördern. Wir erhöhen die **Ausbildungskapazitäten im Rechtsreferendariat**. Das Teilzeitreferendariat aus familiären Gründen setzen wir fort und führen sukzessiv das digitale Staatsexamen ein. Eine Verbeamtung des Rechtsreferendariats wird geprüft. Wir führen als Pilotprojekt **Assistenzstellen für Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare** ein, um sie frühzeitig für die Justiz zu gewinnen und um die Richterschaft und die Staatsanwaltschaft zu entlasten.

Wir richten einen dualen Studiengang an der HWR Berlin für die Gerichtsvollzieherausbildung ein, um den Gerichtsvollzieherdienst mit dem Eingangsamts A 9 zu professionalisieren.

Die **IT-Ausstattung der Gerichte und Staatsanwaltschaft** werden wir verbessern, den elektronischen Rechtsverkehr und die elektronische Ermittlungs- und Gerichtsakte zügig vorantreiben und die dafür erforderlichen Mittel und Strukturen im Rahmen der Berliner IKT-Struktur und -Standards bereitstellen. Wir wollen in allen Gerichten Gerichtssäle für digitale Verhandlungen einrichten und ein mobiles Arbeiten ermöglichen. Wir werden die Möglichkeit der **Videoverhandlung** gemäß § 128a ZPO stärken und uns für eine entsprechende Neufassung auf Bundesebene einsetzen.

In Kooperation mit der Wissenschaft, der Richterschaft und der Anwaltschaft prüfen wir die Schaffung eines **Legal-Tech-Zentrums** in Berlin. Hierfür richten wir ein Projekt bei der für Justiz zuständigen Senatsverwaltung ein. Wir wollen einen Justiz-Cyber-Innovation-Hub einrichten.

Das **zentrale Serviceportal der Justiz** wird ausgebaut, um einen einfachen und schnellen Zugang zu wichtigen Informationen kostenfrei und niedrigschwellig zu erhalten und Leistungen der Justiz online beantragen zu können.

Wir werden den **Strafvollzug in Berlin** sicher und modern ausgestalten. Wir wollen für die Beschäftigten im Justizvollzug die Arbeitsstrukturen und die Personalentwicklung verbessern. Unser Ziel ist die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger vor Kriminalität zu steigern und die Resozialisierung der Straftäterinnen und Straftäter zu stärken.

Mit dem Ziel von Prävention und Resozialisierung werden wir ein **Pilotprojekt Jugendstrafvollzug** in freien Formen umsetzen. Mit demselben Ziel wollen wir die Kapazitäten der Arbeitsbetriebe in den Vollzugsanstalten für Arbeits- und Ausbildungsangebote stärken. Das Projekt „ResoDigi“ werden wir weiterführen. Die Suizidprävention im Justizvollzug werden wir stärken.

Die **gesetzlichen Regelungen des Strafvollzuges** werden überprüft und angepasst, um die Sicherheit zu erhöhen. Auch zur weiteren Entlastung der Justizvollzugsanstalten werden wir den Einsatz der elektronischen Fußfessel in geeigneten Fällen prüfen. Sicherheitslücken werden wir unverzüglich schließen und den Informationsaustausch der Sicherheitsbehörden verbessern.

Zum Auffinden gefährlicher und unerlaubter Gegenstände werden wir anlassbezogene Haftkontrollen verstärken und Sanktionen von Regelverstößen schärfen. Wir stellen uns dem Kampf gegen Drogen im Strafvollzug. Dafür werden wir den Justizvollzug, gegebenenfalls in Ersetzung bisheriger Amtshilfe durch Zoll und Polizei, mit eigenen Mitteln ausstatten. Die Koalition prüft den Einsatz von **Handyblockern im Strafvollzug**.

Ersatzfreiheitsstrafen wollen wir durch entsprechende Projekte wie „Arbeit statt Strafe“ möglichst vermeiden und diese Projekte stärken. Dort, wo sie sich als unvermeidbar erweisen, sollen sie nach Möglichkeit im offenen Vollzug verbüßt werden können.

Das **Neutralitätsgesetz** passen wir gerichtsfest an die aktuelle Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und des Bundesarbeitsgerichts an.

Bildung, Jugend und Familie

Wir werden jungen Menschen die bestmöglichen Zukunftschancen eröffnen – mit einem leistungsfähigen und gebührenfreien Bildungssystem von der Kita bis zur Hochschule. Alle Schülerinnen und Schüler sollen die Schule mit einem erfolgreichen qualifizierenden Abschluss verlassen. In den ersten Lebensjahren werden die Grundlagen für die Bildungs- und Teilhabechancen unserer Kinder geschaffen. Ziel der Koalition ist es, jedem Kind einen Betreuungsplatz anzubieten, Familien im Alltag umfassend zu unterstützen, Elternarbeit fortzusetzen sowie die Rechte von Kindern und Jugendlichen zu stärken und ihnen ein sicheres und gesundes Aufwachsen zu ermöglichen.

Kinder, Jugend und Familie

Die Koalition prüft die Einführung eines Budgets für pädagogische Einrichtungen in herausfordernder Lage sowie vereinfachte Möglichkeiten zur Mehrfachnutzung sozialer Infrastruktur, um beispielsweise die Integration von Familienzentren zu ermöglichen.

Wir wollen mehr **Betreuungsplätze** für Kinder aller Altersstufen in Kindergärten und Tagespflegestellen schaffen: Kita-Platzerweiterungen und Kita-Platzerhalt durch Sanierungen werden wir durch eine Ausweitung und Stärkung des Kita-Ausbauprogrammes des Landes auf Basis des Kita-Förderatlas ermöglichen. Berlin wird sich im Bund für ein weiteres Investitionsprogramm, um den Kita-Ausbau voranzutreiben, einsetzen.

Um die Qualität in der **Kindertagesbetreuung** weiter zu verbessern und das Kita-Personal zu entlasten, werden wir den Einsatz von Kita-Verwaltungskräften stufenweise ausbauen, multiprofessionelle Teams unterstützen sowie weitere Personalschlüsselverbesserungen angesichts der konkreten Fachkräftesituation prüfen. Kita-Sozialarbeit wird verstetigt und ausgebaut, da sie Kinder in ihrer Entwicklung und Familien in herausfordernden Lebenslagen unterstützt und fördert. Das erfolgreiche Bundesprogramm der Sprach-Kitas werden wir mit Mitteln des Kita-Qualitätsgesetzes als Landesprogramm weiterführen, weitere Instrumente der Sprachförderung verstetigen sowie eine Fortentwicklung der Zuschlagstatbestände mit einer stärkeren Fokussierung auf sozial benachteiligte Kinder, insbesondere hinsichtlich der Sprachbildung, ermöglichen.

Mit einem **Kita-Chancenjahr** werden Kinder mit Sprachdefiziten von Anfang an systematisch unterstützt, damit ihnen alle Entwicklungsperspektiven offenstehen. Wir werden die Grundlagen schaffen, damit die Sprachstandsfeststellungen rechtzeitig stattfinden. Werden Sprachdefizite festgestellt oder nehmen die Kinder nicht an der Sprachstandsfeststellung teil, müssen sie ein Jahr vor Schulbeginn verpflichtend eine Kita oder ein alternatives Bildungsangebot besuchen. Dafür müssen die rechtlichen Grundlagen geschaffen und die Kitas, Bildungseinrichtungen und Verwaltungen bei der Umsetzung unterstützt werden. Die aktuellen Instrumente zur **Sprachstandserhebung**, Sprachlerndokumentation und kultursensiblen Sprachförderung wollen wir weiterentwickeln. Dies umfasst auch die Weiterführung des Einführungsprozesses des Programms „BeoKiz“ und die Digitalisierung dessen. Das **Berliner Bildungsprogramm** wird bis 2024 überarbeitet und in Bezug auf den Kompetenzerwerb in Vorbereitung auf den Übergang zur Grundschule konzeptionell verstärkt. Um das Kita-System noch inklusiver zu gestalten, schaffen wir die Voraussetzung für den Einstieg in den **Förderstatus B+** für Kinder mit besonders intensivem Förderbedarf.

Kindertagespflege ist ebenfalls ein wichtiger Baustein in der Kindertagesbetreuung. Wir unterstützen die Umsetzung einer Imagekampagne für die Kindertagespflege. Wir werden

Maßnahmen und Verfahren überarbeiten sowie die Finanzierung stärken, sodass mehr Tagespflegepersonen gewonnen werden.

Die Attraktivität des **Berufsbildes pädagogischer Fachkräfte** wollen wir sowohl in der vollschulischen als auch in der berufsbegleitenden Ausbildung steigern, um sie nachhaltiger für die Berliner Kita zu gewinnen. Bei der berufsbegleitenden Ausbildung prüft die Koalition weitere entlastende Maßnahmen und strebt eine Standardisierung der Ausbildungsinhalte an. Die Koalition stärkt das Sozialpädagogische Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg (SFBB), sodass weiterhin Qualifizierungs-, Fort- und Weiterbildungsangebote für angehende Erzieherinnen und Erzieher sowie Fachpersonal bereitgehalten werden. Die Koalition stärkt den **Ausbau der flexiblen und ergänzenden Kindertagesbetreuung** für Allein- und Getrennterziehende, kinderreiche Familien und für Eltern, die im Schichtbetrieb arbeiten. Außerdem werden wir eine 24-Stunden-Kita als Pilotprojekt und den Ausbau von weiteren Betriebskindergärten prüfen. Die **Digitalisierung der Berliner Kitas** werden wir fortführen und dabei pädagogische und administrative Aspekte berücksichtigen. Wir werden die Initiative für einen „DigitalPakt Kita“ ergreifen und über das Kita-Qualitätsgesetz absichern. Das erfolgreiche **Kita- und Spielplatzsanierungsprogramm** setzen wir fort.

Familien sind ein wichtiger Bestandteil der Gesellschaft und leisten einen wertvollen Beitrag zur Zukunft der Stadt. Die finanzielle Entlastung durch Vergünstigungen erleichtern Familien den Alltag und ermöglicht es ihnen, ihre Kinder besser zu fördern und zu unterstützen. Das Land Berlin fördert mit Vergünstigungen, wie zum Beispiel der kostenfreien Kita, dem kostenfreien Mittagessen in der Grundschule und dem kostenlosen ÖPNV für alle Kinder die Chancengerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit von Familien. Die Koalition wird weiterhin **Vergünstigungen und Erleichterungen für Familien** anbieten, diese Maßnahmen schrittweise erweitern und sich auf Bundesebene für Familien einsetzen.

Die Angebote für Familien wollen wir bedarfsgerecht ausbauen und möglichst niedrigschwellige Zugänge zu Leistungen und Informationen schaffen. Wir werden das **Familienförderungsgesetz** weiter umsetzen und Angebote in den Bezirken in dessen Rahmen kontinuierlich ausbauen. Wir wollen die Elterninformationen und das Berliner Familienportal einschließlich der Einführung einer App weiterentwickeln. Das Angebot der **FamilienServiceBüros** wird ausgebaut, sodass weiterhin Beratung angeboten und zukünftig auch Leistungen beantragt werden können. Sie sollen in Örtlichkeiten eingebunden werden, die bereits von Familien frequentiert werden, beispielsweise Kitas und Schulen. Die Familienzentren, die Familienerholung, die Angebote für queere Familien, die Stadtteilmütter sowie die aufsuchenden und medialen Angebote wollen wir stärken. Die **Stadtteilmütter** schaffen ein familienunterstützendes Angebot, welches wir qualitativ wie auch quantitativ ausweiten. Zusätzlich werden wir ein Berufsbild entwickeln, um Stadtteilmüttern eine berufliche Perspektive zu bieten. Wir werden die **Väterarbeit** innerhalb der Familienförderung ausbauen, die Weiterführung des Bündnisses für Väterarbeit zielgruppengerechter gestalten und aufsuchende Väterarbeit in den Bezirken priorisieren.

Die Koalition wird mehr **Plätze in der stationären Jugendhilfe** schaffen. Die Koalition wird ein Angebot des Kurzzeitwohnens für junge Menschen mit umfassendem Unterstützungsbedarf in Abstimmung der beteiligten Hauptverwaltungen entwickeln. Um die dringend benötigten Fachkräfte im Bereich HzE auszubilden und die Attraktivität dieser Tätigkeit zu erhöhen, werden die Mittel für die duale Ausbildung und Anleitungsstunden zur Verfügung gestellt. Der Dialogprozess der Fachkräftegewinnung wird fortgesetzt.

In Zusammenarbeit mit allen Akteuren werden wir konzeptionelle Maßnahmen ergreifen, um das **Freiwillige Soziale Jahr** (FSJ) für alle jungen Menschen gleichermaßen zu öffnen und die finanzielle Gleichstellung der Freiwilligendienste aller Themenbereiche prüfen. Gegenüber dem Bund wird sich Berlin dafür einsetzen, dass die Zahl der Einsatzplätze bei den Freiwilligendiensten ausgebaut wird.

Die **Berliner Armutsstrategie** bietet eine gute Grundlage zur Bekämpfung der Kinder- und Familienarmut in Berlin. Wir wollen die ressortübergreifende Landeskommission zur Bekämpfung und für die Prävention von Kinder- und Familienarmut fortsetzen, Antragsverfahren erleichtern sowie Beratungsangebote und Leistungsstellen bündeln. Die Koalition wird sich im Bund für eine wirksame Reform der staatlichen Transferleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts von Kindern einsetzen, die durch eine Bündelung und einen verbesserten Zugang die Teilhabe an diesen Leistungen erleichtert – beispielsweise durch eine eigenständige Kindergrundsicherung.

Die Koalition stärkt Kinder- und Familienfreundlichkeit auf allen Ebenen: Wir führen ein „**Kinder-Siegel**“ ein, um besonders kinder- und familienfreundliche Akteure auszuzeichnen und veranstalten einen jährlich stattfindenden **Berliner Familiengipfel** mit Familienverbänden und Organisationen aus dem Querschnittsbereich Familie. Es ist von besonderer Bedeutung, Familienbildungsangebote auf die spezifischen Bedürfnisse von **Familien mit Migrationsgeschichte** abzustimmen und weiterzuentwickeln. Die Koalition stärkt die **Präventionsangebote der Familienerholung** und macht diese bekannter.

Wir werden die **Angebote der Jugendsozialarbeit** für junge Menschen mit sozialen und individuellen Beeinträchtigungen durch sozialpädagogische Maßnahmen der Jugendsozialarbeit und durch die entwickelten Maßnahmen im Rahmen des Gipfels gegen Jugendgewalt stärken. Wir wollen die **aufsuchenden sport- und sozialraumorientierten Angebote** verstärken. Wir verbessern die **digitale Infrastruktur der standortgebundenen Jugendarbeit** und prüfen die Möglichkeit flexibler Öffnungszeiten.

Da der Schutz von Kindern und Jugendlichen für uns hohe Priorität hat, entwickeln wir das **Netzwerk Kinderschutz** weiter. Zur Weiterentwicklung des **Berliner Kindernotdienstes** ist die Eröffnung eines vierten Standortes dringend notwendig, der besonders für versorgungsintensive Kinder und Jugendliche vorgesehen ist. Im Rahmen dessen wird die **Koordinierungsstelle für Kinder und Jugendliche mit komplexen Hilfebedarfen** fortentwickelt. Wir wollen zukünftig den interkollegialen Austausch bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung ermöglichen, indem wir prüfen, das Berliner Heilberufekammergesetz entsprechend anzupassen. Wir prüfen die Einrichtung eines **Kinderschutzteams** für jeden Bezirk und darüber hinaus eine Einrichtung zur Unterbringung von Kindern und Jugendlichen mit sozialen, emotionalen und psychischen Beeinträchtigungen.

Die Koalition hat **Pflegefamilien** im Blick und wird sie unterstützen. Pflegeeltern erhalten mehr finanzielle Unterstützung. Die Koalition erarbeitet eine gesamtstädtische Rahmenvorgabe zu Kinderschutzkonzepten in Pflegefamilien. Die unterschiedlichen Zuständigkeitsregelungen innerhalb der Jugendämter werden mit dem Ziel, der personellen Kontinuität in der kommunalen Begleitung des Pflegeverhältnisses zu sichern, geändert. Auf Bundesebene wollen wir uns dafür einsetzen, dass zukünftig auch Eltern von Pflegekindern, die in Dauerpflege betreut werden, einen Anspruch auf Elterngeld erhalten.

Um jungen **Menschen, die unbegleitet nach Deutschland kommen**, eine kinder- und jugendgerechte Unterbringung, ganzheitliche Unterstützung und bestmögliche Bildung zu gewährleisten, werden wir das Aufnahmesystem weiterentwickeln. Wir werden die

tagesstrukturierenden und pädagogischen Angebote für diese Gruppe in den Erstaufnahmeeinrichtungen als Sofortmaßnahme ausbauen. Der Besuch der Regelschulen muss das Ziel bleiben. Um den enorm angestiegenen Bedarf an Platzkapazitäten für UMFs zu decken, prüft die Koalition inwieweit in Kooperation mit den Trägern Brückenangebote zur gesteuerten Unterbringung in den Regelstrukturen der stationären Jugendhilfe geschaffen werden können. Wir werden das System der Vormundschaften weiterentwickeln und ausbauen, insbesondere mit Fokus auf die ehrenamtlichen Vormundschaften.

Die beim **Gipfel gegen Jugendgewalt** erarbeiteten Maßnahmen werden wir umsetzen. Dazu gehört ein ressortübergreifendes Steuerungsgremium, um die Berliner Jugendstrategie zu entwickeln und umzusetzen. Wir setzen uns dafür ein, die **Partizipationsrechte junger Menschen auch auf Landesebene** zu stärken und erarbeiten ein Konzept zur Einführung und Umsetzung eines „**Jugend-Checks**“.

Die Weiterentwicklung des **Jugend-Demokratiefonds** werden wir mit dem Fokus auf Mehrbeteiligung Jugendlicher fortsetzen. Wir erhalten **Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen** der bezirklichen und freien Träger und wollen diese standortgebunden und sozialraumorientiert weiterentwickeln. Wir unterstützen den stufenweisen Ausbau digitaler **Angebote der Jugendhilfe**. Die Koalition sichert im Anschluss an die bisherige strukturelle Verstärkung des **FEZ** den Abschluss der baulichen Maßnahmen.

Zur **Einführung des Wahlalters 16** werden verfassungsändernde Mehrheiten im Parlament ausgelotet und schnellstmöglich umgesetzt.

Schule

Wir werden die **Berliner Schulbauoffensive** (BSO) für alle Schularten mit Sanierungs- und Neubaumaßnahmen fortsetzen und beschleunigen und dafür zusätzliche Mittel bereitstellen. Wir berücksichtigen bezirkliche Maßnahmen durch gezielte und pauschale Zuweisungen und werden diese verstärken. Die Koalition wird die Investitionsmittel der HOWOGE im Bereich Schulbau und Schulsanierung verdoppeln. Darüber hinaus prüft die Koalition, ob durch Anhebung der Kreditermächtigung der HOWOGE eine Steigerung erreicht werden kann. Teile der Schulbauoffensive können auch Maßnahmen in öffentlich-privater Partnerschaft sein. Laufende Maßnahmen, für die bereits Bauplanungsunterlagen aufgestellt sind, sollen beschleunigt werden. Wir streben für eine effiziente Projektdurchführung und hohe Planungssicherheit ein unterbrechungsfreies Planen und Bauen an. Die Koalition entwickelt einen flexibel für verschiedene Schularten nutzbaren Schulbautyp und überprüft die aktuellen Musterraumprogramme. Das berlinweit einheitliche und agile Projektmanagement und -controlling wird ausgebaut. Es werden Kolloquien zur Erarbeitung genehmigungsfähiger Planungsunterlagen unter Beteiligung aller Genehmigungsbehörden eingerichtet. Es werden Verwaltungsvorschriften (z. B. ABau, LHO) zur Projektbeschleunigung geprüft und Verfahrensvereinfachungen übertragen. Die Ausstattung der zuständigen Planungs-, Prüf-, Genehmigungs- und Baudienststellen ist im Sinne der unterbrechungsfreien Umsetzung der Projekte zu optimieren. Die Koalition entwickelt das einheitliche Berichtswesen mit allen Akteuren der BSO und veröffentlicht einen transparenten Schulbaufahrplan. Die Taskforce Schulbau wird aufgewertet. Die zentrale Verantwortung für die Umsetzung der BSO auf Landesebene wird gestärkt. Wir prüfen, ob im Rahmen der BSO flexible Sondermittel für temporäre Schulbauten bei kurzfristigen und unvorhergesehenen Bedarfen geschaffen werden können und geeignete Grundstücke identifiziert werden können. Die Koalition wird

sich beim Bund für ein Sonderbaurecht für soziale Infrastruktur, wie Schule und Kita, analog zu den bereits bestehenden Sonderregelungen nach BauGB einsetzen.

Die Berliner **Lehrkräfte-Unterrichts-Schul-Datenbank** (LUSD) wird, auch für die Beruflichen Schulen, weiterentwickelt. Der Anschluss aller Schulen wird schnellstmöglich abgeschlossen. Den Schulen werden geprüfte Lehr- und Lernprogramme web- und/oder cloudbasiert über das Schulportal und die Lizenzen über ein Lizenzmanagement des Landes zur Verfügung gestellt. Open Source-Lösungen werden vorrangig geprüft.

Der Anschluss aller öffentlichen Schulen an das gigabitfähige **Breitbandnetz** soll bis Ende der Legislaturperiode erfolgen. Die Bezirke werden beim Abruf der Mittel aus dem DigitalPakt Schule und Ausbau der IT-Infrastruktur unterstützt. Zum Ausbau aller Schulstandorte setzt sich die Koalition auf Bundesebene für einen DigitalPakt 2.0 ein. Das ITDZ wird für die weitere **Digitalisierung der Schulen** befähigt. Für Wartung, Service und Support der schulischen IKT-Infrastruktur wird das Schulservicezentrum Berlin (SSZB) gestärkt. Der Support vor Ort in den Schulen soll mindestens an zwei Tagen pro Woche möglich sein. Die Koalition prüft ein Landesprogramm für IT-Administratoren, um an allen Berliner Schulen eine durchgehende IT-Betreuung sicherzustellen. Im Rahmen des Onlinezugangsgesetzes (OZG) wird der Senat die Projekte digitale Zeugnisse und smarte Schülerschulenausweise weiterverfolgen. Um die digitale Kompetenz zu fördern, stärken wir das Querschnittsthema **Medienkompetenz** in den Fachbriefen und bilden das pädagogische Personal im Umgang mit digitalen Medien weiter aus.

Die Zusammenarbeit und die **Schnittstellen der äußeren und inneren Schulangelegenheiten** werden verbessert.

Die Koalition prüft die Standardisierung der Arbeitsbedingungen, Ausstattung und des Aufgabenprofils der **Schulhausmeister**. Für saubere Schulen wollen wir ausreichend Reinigungspersonal in unbefristeten Arbeitsverhältnissen, in tariflicher Bindung, mit Kriterien von „Guter Arbeit“ und enger Bindung an die jeweiligen Schulstandorte gewährleisten. Die laufenden Pilotprojekte zur **Schulreinigung** werden fortgesetzt und evaluiert.

Zur Sicherstellung der Qualität des **Schullessens** koordiniert der Senat bei der regelmäßigen Vergabe berlinweite Musterausschreibungen und stellt den Schulträgern rechtliche Expertise zur Verfügung. Es bleibt bei der berlinweit einheitlichen Leistungsbeschreibung und einem Festpreis. Es wird ein eigener Vertrag mit den Berliner Wasserbetrieben außerhalb der Caterer-Verträge zur Aufstellung und Wartung von Trinkwasserspendern, auch an Oberschulen, geprüft. Wir prüfen ein **flexibles Schulbudget** zur Stärkung der eigenverantwortlichen Schule auf Basis bestehender Programme. Für die Mittelbewirtschaftung wird die Kooperation der **Verwaltungsleitungen** mit den Schulträgern geprüft.

Wir stehen zum mehrgliedrigen Schulsystem mit seinen unterschiedlichen **Schulformen**. Die Vielfalt der Schulformen wollen wir erhalten, damit alle Kinder gemäß ihren Bedürfnissen und Begabungen individuell bestmöglich gefördert werden können. Wir bekennen uns zu starken **Gymnasien** und entwickeln grundständige Gymnasien qualitativ weiter. Das **Probejahr** am Gymnasium soll zugunsten einer neuen Eignungsfeststellung, die gewährleistet, dass die Schülerinnen und Schüler den Herausforderungen am Gymnasium gewachsen sind, entfallen. Eine freiwillige Wechselmöglichkeit soll sichergestellt werden. Die obligatorischen

Prüfungen des **Mittleren Schulabschlusses** am Gymnasium am Ende der Klasse 10 werden wir abschaffen. Die Koalition stärkt die **Gemeinschaftsschule** als eigenständige Schulart.

Wir stärken die **Schulen in freier Trägerschaft**, indem wir zusätzlich zu den bisher gewährten Zuschüssen für genehmigte Ersatzschulen, zusätzliche Zuwendungen für diejenigen Schulen gewähren, die inklusiv arbeiten und eine soziale Durchmischung der Schülerinnen und Schüler gewährleisten. Das verfassungsrechtliche Verbot, eine Sonderung der Schülerinnen und Schüler nach den Besitzverhältnissen ihrer Eltern zu fördern, wird auf eine zeitgemäße landesrechtliche Rechtsgrundlage gestellt und gleichzeitig durch finanzielle Anreize gesichert. Die Bewährungsfrist für Schulen in freier Trägerschaft verkürzen wir auf 2 Jahre. Die dafür notwendigen Mittel werden bereitgestellt. Den Schulen in freier Trägerschaft wollen wir einen Sanierungszuschuss zur Verfügung stellen.

Die **Lehrkräfteausstattung** an Berliner Schulen ist eine zentrale Aufgabe. Die Lehrkräfteverbeamtung und den Nachteilsausgleich für tarifbeschäftigte Lehrkräfte werden wir schnellstmöglich umsetzen. Wir streben eine Personalausstattung an, die Unterrichtsausfall vermeidet. Die Koalition prüft Möglichkeiten zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Entlastung des pädagogischen Personals. Das System der Personalkostenbudgetierung (**PKB-System**) wird evaluiert, um die Handlungsfähigkeit der Schulen zu stärken. Wir verstetigen den **Quereinstieg** und schaffen eine rechtssichere Grundlage für die Ausbildung. Wir prüfen den **Quereinstieg von Ein-Fach-Lehrkräften in Mangelfächern**. Wir prüfen die Entbürokratisierung und Beschleunigung der **Anerkennung ausländischer Abschlüsse**, um internationale Fachkräfte leichter zu gewinnen.

Wir werden die **Abordnung von grundständig ausgebildeten Lehrkräften** in die Schulinspektion, die Seminarleitungen und die Senatsverwaltung kritisch prüfen, wenn dadurch keine Einschränkungen zu erwarten sind. Fort- und Weiterbildungen sollen künftig auch durch externe Kooperationen ermöglicht werden. Zur **Entlastung des pädagogischen Personals** wollen wir das SchulG (§ 116) reformieren, Schulen erhalten die Möglichkeit, ihre schulgesetzlichen Gremiensitzungen auch digital durchzuführen.

Die Koalition bekennt sich zu **multiprofessionellen Teams** als wesentliche Voraussetzung für die inklusive Schule. Die Koalition wird die rechtlichen Voraussetzungen für den Einsatz von Schulhelferinnen und -helfern, Betreuerinnen und Betreuer und Schulassistenzen sowie für die medizinische Versorgung der Schülerinnen und Schüler schaffen. Die Beantragungsmöglichkeiten werden wir entbürokratisieren. Gemeinsam verfolgen wir das Ziel, die Zahl von Schulgesundheits- und -krankenfachkräften oder Schulhelferinnen und Schulhelfern an Schulen zu erweitern. Wir prüfen, die bestehende Umwandlung von Lehrkräftestellen zukünftig reversibel zu gestalten. Die Koalition wird das weitere pädagogische Personal, welches die Voraussetzungen für eine Höhergruppierung nicht erfüllt, weiterqualifizieren und prüfen, ob eine bessere Eingruppierung ermöglicht werden kann.

Wir stärken die **sozialräumliche Öffnung** von Schulen in herausfordernden Lagen und setzen das bereits angestoßene Projekt Zukunftskieze fort. Wir stärken pädagogische Werkstätten an Schulstandorten sowie Schulcampus und sichern bezirkliche Angebote. Zur Mehrfachnutzung von Schulstandorten im sozialen Raum erstellen wir gemeinsam mit der Geschäftsstelle Mehrfachnutzung ein Konzept.

Die Koalition wird den gelebten **Umwelt- und Klimaschutz sowie die Naturerfahrung im Unterricht** und Ganzttag konzeptionell stärken. Sie fördert die stärkere Einbindung von Vereinen, außerschulischen Angeboten wie z. B. Musikschulen in den Wahlpflicht- und Ganztagsbereich, Schul-Umwelt-Zentren, Klein-, Schau-, und Lehrgärten sowie „Grüne Klassenzimmer“ und sichert die Arbeit der Gartenarbeits-, Jugendkunst- und Jugendverkehrsschulen. Es wird eine Servicestelle Außerschulische Bildung mit dem Ziel ein Portfolio zu erstellen sowie der Evaluation der Qualität der Angebote eingerichtet. Zum Ausbau der MINT-Bildung an Schulen stärkt die Koalition die Kooperation der Stiftung Planetarium Berlin mit den allgemeinbildenden Schulen und entwickelt ein Konzept für ein Space-Science-Center. Die Koalition stärkt mit Bundesmitteln das **ganztägige Lernen** an Schulen mit einer Qualitätsoffensive. Mit Hilfe der Serviceagentur Ganzttag werden die Standards implementiert.

Die Koalition stärkt den gebundenen Ganzttag an Gymnasien. Die Verlässliche Halbtagsgrundschule kann schrittweise innerhalb des Modellversuchs zu einer Flexi-Ganztagsgrundschule verlängert werden. Am Ende der Grundschule sollen alle Berliner Schülerinnen und Schüler kompetent lesen, schreiben und rechnen können.

Die Koalition reformiert die **Strukturen der Schulaufsicht und Schulinspektion** mit dem Ziel einer verbindlicheren Begleitung der Schulentwicklung. Wir bauen das Berliner **Landesinstitut für Aus-, Fort- und Weiterbildung** auf und bereiten es konzeptionell für eine Aufnahme des Betriebs im Jahr 2025 vor.

Die Koalition implementiert stufenweise jährliche **standardisierte Vergleichsarbeiten zur Leistungsmessung** mit dem Ziel Förderbedarfe zu diagnostizieren, Fördermaßnahmen kurzfristig und bedarfsgerecht anzubieten und individuelle Lernentwicklung zu dokumentieren. Die sprachliche und mathematische Kompetenzförderung steht dabei im Vordergrund.

Wir bekennen uns zur Struktur des bestehenden **Fächerkanons** und der Rahmenlehrpläne. Zudem wollen wir fächerübergreifendes Lernen stärken, um hier auch die Förderung von Metakompetenzen zu sichern. Die Koalition strebt die Einführung eines **Wahlpflichtachs Weltanschauungen/Religionen** als ordentliches Lehrfach an. In einem von fachlich ausgebildeten Lehrkräften erbrachten und von den Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften inhaltlich gestalteten Unterricht können Kenntnisse über Religionen und Weltanschauungen vermittelt werden. Das Fach Ethik bleibt in seiner bisherigen Form bestehen. Wir wollen die **Berufsorientierung** in allen Schulformen durch eine curriculare Verankerung ab Klasse 5 konzeptionell stärken. Hierzu gehört neben der Evaluation der bisherigen Maßnahmen auch die Unterstützung der bestehenden Strukturen durch Ausbildungsbotschafter und Alumni. Wir werden verpflichtende Berufspraktika in Klasse 9 und 10 in allen Schulformen einführen. Zudem wollen wir das **Unterrichtsfach „Wirtschaft-Arbeit-Technik“ (WAT)** stärken, indem wir ihn auch an Gymnasien mit den vorhandenen Ressourcen in der Klassenstufe 9 verpflichtend einführen. An Integrierten Sekundarschulen sowie an Gemeinschaftsschulen wird der WAT-Unterricht in den Klassen 9 und 10 Pflichtfach. Darüber hinaus sollen die bestehenden Strukturen, wie die Teams der Berufs- und Studienorientierung (BSO-Teams) sowie die Studienberaterinnen und -berater, durch eine curriculare und didaktische Verankerung sowie über gezielte Qualifizierungen gestärkt und eingebunden werden.

Das Landesprogramm **Schulsozialarbeit** wird ausgebaut. Gleichzeitig prüfen wir die Öffnung des stufenweisen Ausbaus von Schulsozialarbeit beim Land. Insbesondere wird Schulsozialarbeit auch an beruflichen Schulen und an Schulen des zweiten Bildungswegs etabliert.

Wir führen die bisher bestehende **gebührenfreie Bildung** fort und setzen uns für digitale Lehr- und Lernmittelfreiheit ein. Das kostenlose Ticket für Schülerinnen und Schüler wird auch für den zweiten Bildungsweg für diejenigen angeboten, die keine weiteren Sozialleistungen erhalten. Die kostenlose Nachmittagsbetreuung für Jahrgangsstufe 3 an Schulen wird umgesetzt.

Wir stärken die Stelle der/des **Antidiskriminierungsbeauftragten bei der Senatsverwaltung für Bildung** und konkretisieren die Zuständigkeiten mit der Schulaufsicht. Unser Ziel ist es, die Berliner Schule diskriminierungsfrei zu gestalten. Die Rahmenlehrpläne und Lehr- und Lernmaterialien werden diskriminierungskritisch überarbeitet. Fortbildungen zu diesen Themenfeldern werden konzeptionell weiterentwickelt. Die Koalition wird eine **universitäre Studie** in Auftrag geben, die umfassend vorhandene Konflikte in Schulen (wie Mobbing, Antisemitismus, Sexismus, Konflikte durch religiösen Konformitätsdruck, Queer- und Transfeindlichkeit und andere Diskriminierungsformen) untersucht und anschließend auswertet, welche pädagogischen Maßnahmen zu treffen sind. Die Koalition will Programme für mehr Vielfalt beim pädagogischen Personal aufsetzen. Die Koalition setzt sich ebenso für Diversity- und Queerkompetenzen in allen pädagogischen Berufen ein. Die Koalition erhält die Fachstellen für queere und intersektionale Bildung.

Durch eine Flexibilisierung von Ressourcen und die sozialräumliche Öffnung wird die Koalition die Wartezeit für die Aufnahme von **geflüchteten Kindern und Jugendlichen** in Willkommensklassen verkürzen. Die Koalition strebt die schnellstmögliche Integration in den Regelschulbetrieb an.

Die Koalition wird für die **Förderung der Mehrsprachigkeit** den erstsprachlichen Unterricht um weitere Sprachen ausbauen, in der Oberschule fortführen und deren Einbringung als 2. oder 3. Fremdsprache ermöglichen. Wir unterstützen Schulen bei der Stärkung von Mehrsprachigkeit und durchgängiger Sprachbildung. Die Koalition will das erfolgreiche Angebot der Staatlichen Europaschule Berlin (SESB) um weitere Sprachen und Standorte, insbesondere in den östlichen Bezirken, ausbauen.

Die Koalition führt zur sozialindexbasierten Ressourcenzuweisung das System der **Schultypisierung** fort und weist Schulen, die im Zuge der Umstellung benachteiligt wurden, die ursprüngliche Ausstattung wieder zu. Zukünftig kommunizieren die Schulaufsichten kontinuierlich und transparent über die zur Verfügung stehende Personalausstattung. Die besondere Ressourcenzuweisung für Schulen in herausfordernder Lage, Bonus-Programm und Berlin-Challenge sowie die Brennpunktzulage werden in bestehender Form beibehalten.

Wir bekennen uns zur UN-Behindertenrechtskonvention und wollen die **Inklusion** an den Berliner Schulen unterstützen und qualitativ weiterentwickeln: Schulen benötigen mehr Ressourcen, um ihre Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischen Förderbedarfen zu unterstützen. Zur Stärkung der Verlässlichen Grundausstattung schaffen wir stufenweise eine zusätzliche Stelle für Facherzieherinnen und Facherzieher an Grundschulen. Wir stärken die Rolle des SIBUZ konzeptionell, indem wir die Verfahren vereinfachen. Um die Folgen der pandemiebedingten Einschränkungen für junge Menschen in Berlin weiter einzudämmen, führen wir die bestehenden Programme zur **Unterstützung bei psychosozialen Herausforderungen** der Schülerinnen und Schüler fort und entwickeln sie

unter Einbeziehung therapeutischer Fachkräfte und der Jugendarbeit weiter. Wir bauen die **Begabungsförderung** ab Klasse 1 aus.

Berufs- und Erwachsenenbildung

Im Sinne der Gleichwertigkeit werden wir die **Berufsbildung** von akademischer und beruflicher Bildung stärken. Die Koalition fördert duale Ausbildungs-, Qualifikations- und Studienangebote sowie Übergänge in berufliche Bildungsgänge. Wir wollen die Handlungsspielräume der **Jugendberufsagenturen** vergrößern. Neben einer besseren personellen Ausstattung soll die aufsuchende Beratung zukünftig implementiert werden. Die Vernetzung zwischen Schulen und Jugendberufsagenturen wollen wir verbessern. Dabei muss auch die Wirtschaft stärker eingebunden werden, um die Betreuung von Schulabgängerinnen und -abgänger, aber vor allem auch Schulabbrecherinnen und -abbrecher, zu ermöglichen. Wir wollen die gesetzliche Grundlage für einen gelingenden Datenaustausch zwischen allen Beteiligten schaffen.

Wir entwickeln eine Berliner **Ausbildungsgarantie**, die vor allem die Übergänge zwischen Schule und Beruf in den Blick nimmt. Für Jugendliche, die nach Ende ihrer Schulpflicht keine reguläre Berufsausbildung beginnen, schaffen wir die rechtlichen Grundlagen für ein **11. Pflichtschuljahr**. Die dazu notwendigen Strukturen, wie die überbetriebliche Ausbildung, die außerbetriebliche Ausbildung oder die integrierte Berufsausbildungsvorbereitung bauen wir stufenweise aus. Ziel bleibt ein Wechsel in eine reguläre betriebliche Ausbildung. Wir prüfen die Einführung eines **Landesinstituts für Berufliche Bildung** nach Hamburger Vorbild.

Die Institutionen und Angebote der **Erwachsenenbildung** und des lebenslangen Lernens werden gesichert und durch eine abgestimmte Strategie miteinander verzahnt. Die Koalition wird die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten der Volkshochschulen weiter verbessern. Dazu schaffen wir den Einstieg in die Festanstellung der arbeitnehmerähnlichen Volkshochschuldozentinnen und -dozenten. Die Koalition passt die Zuweisungsmethodik an die Bezirke für die Honorarmittel an. Die Koalition strebt eine verbesserte Ausstattung der **Volkshochschulen** mit Sachmitteln an. Wir prüfen die Errichtung einer öffentlich-rechtlichen **Stiftung** zur Alphabetisierung und Grundbildung.

Wir prüfen eine gesetzliche Regelung zur Finanzierung von **parteinahen Stiftungen und kommunalpolitischen Bildungswerken** im Land Berlin mit klaren Förderkriterien. Die Steuerung institutioneller und projektbasierter Förderung soll künftig durch die Bildungsverwaltung erfolgen.

Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Bezahlbares Wohnen ist die große soziale Herausforderung für unsere Stadt. Wir setzen auf schnellen Neubau und strategischen Ankauf. Auf diese Weise wollen wir das Angebot erhöhen. Gleichzeitig setzen wir auf einen wirksamen Schutz von Mieterinnen und Mietern. Bei der Entwicklung von Quartieren betrachten wir diese ganzheitlich und denken die soziale Infrastruktur immer mit. Entscheidend wird sein, dass wir durch Entbürokratisierung und Entschlackung auf allen Ebenen zu mehr Tempo und Dynamik kommen.

Bauen

Den Neubau bezahlbarer Wohnungen treiben wir gemeinsam und mit sehr ambitionierten Zielsetzungen voran. Wir bekennen uns grundsätzlich zum Neubauziel von durchschnittlich **bis zu 20.000 neuen Wohnungen** pro Jahr, davon **bis zu 5.000 Sozialwohnungen**. Die dafür notwendigen Weichenstellungen im Bereich Planung und Genehmigung treiben wir voran. Angesichts der aktuellen schwierigen und krisenhaften Rahmenbedingungen in der Bauwirtschaft wird dieses Ziel in der verbleibenden Legislaturperiode nicht sofort erreichbar sein. Deshalb werden alle Akteure als willkommene Partner einbezogen. Von den neu zu errichtenden Wohnungen soll ein Anteil von rund 6.500 Wohneinheiten pro Jahr auf die Landeseigenen Wohnungsgesellschaften (LWU) entfallen.

Das „**Bündnis für Wohnungsbau und bezahlbares Wohnen**“ wird in einem kooperativeren Miteinander vertieft. Auch auf Bundesebene beteiligt sich Berlin am „Bündnis bezahlbarer Wohnraum“. Das Instrument der bezirklichen Bündnisse für Wohnungsneubau wollen wir stärken und die bestehenden Anreizinstrumente ausbauen. Das Prämienverfahren für genehmigte Wohnungen und realisierte B-Pläne wird verstetigt und noch ergebnisorientierter ausgerichtet. Die Prämien sollen dem Wohnungsbau bzw. der Stadtentwicklung zugutekommen.

Die wirtschaftliche Situation der LWU muss verbessert werden, um eine zukünftige Schieflage zu verhindern. Insbesondere mit Blick auf das von der Koalition angestrebte Wachstum durch strategischen Ankauf und Neubau ist ihre Eigenkapitalsituation zu stärken.

Wir begrüßen den Anstieg der **sozialen Wohnraumförderung** durch den Bund. Die Wohnungsbauförderbestimmung (WFB) werden wir überprüfen und zügig an die geänderten Umfeldbedingungen wie erhöhte Zinsen und Baukosten anpassen. Dazu werden in der WFB die Bedingungen so justiert, dass eine angemessene Wirtschaftlichkeit der Immobilien erreicht wird. Die Eigenkapitalverzinsung wird unter Berücksichtigung der aktuellen Marktentwicklung angepasst. Zudem erweitern wir die Möglichkeiten des Modells der WFB durch die bessere sowie verlässliche Nutzung der mittelbaren Belegungsbindung insbesondere für Wohnungsbaugenossenschaften.

So wollen wir das jährliche Ziel von bis zu 5.000 neuen Sozialwohnungen erreichen. Wir führen ein drittes **Fördermodell für mittlere Einkommen** ein. Das kooperative Baulandmodell wird unter Berücksichtigung der Vereinbarung des Wohnungsbündnisses und unter Beibehaltung der 30 Prozent im Fördermodell 1 weiterentwickelt, evaluiert und den aktuellen Gegebenheiten angepasst. Das betrifft auch die Berechnung von Schul- und Kitaplätzen. Für laufende Projekte gibt es einen Übergangszeitraum bis mindestens zum Ende des ersten Quartals 2024.

Bezirke und Hauptverwaltung werden bei dem **Abschluss städtebaulicher Verträge** eng zusammenarbeiten und die Bezirke bei der Vertragsgestaltung unterstützt. Wir werden die Instrumente der Befreiungen und Dispensverträge vermehrt zum Einsatz bringen, um die Idee des kooperativen Baulandmodells zu ergänzen.

Wir werden außerdem die **Förderung der Genossenschaften** zielgerichtet stärken. Die Koalition wird das Landesförderprogramm für den Erwerb von Genossenschaftsanteilen durch einkommens- und vermögensschwache Haushalte weiterentwickeln und vereinfachen. Weiterhin fördern wir den genossenschaftlichen Wohnungsbau und Bestandserweiterungen.

Darüber hinaus wird die Koalition **zusätzliche Förderungen** für den Bau von Frauen-, Studierenden- und Azubi-Wohnheimen, für Wohnraum für Wohnungslose, insbesondere Neu- und Umbau von Housing-First-Projekten, aufsetzen. Unser Ziel ist es, bis zum Ende der Wahlperiode bis zu 5.000 Wohneinheiten für Studierende und Auszubildende auf den Weg zu bringen. Wir werden den LWU die Möglichkeit geben, auf betriebseigenen Grundstücken Wohnraum für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landes Berlin und der landeseigenen Gesellschaften zu schaffen. Auch den Neubau sonstiger Mitarbeiterwohnungen wollen wir durch ein eigenes Förderprogramm ankurbeln. Berlin muss weiter die Unterbringung von Geflüchteten gewährleisten und dies als gesamtstädtische Aufgabe begreifen. Dafür bringen wir die Errichtung modularer Unterkünfte sowie begleitender Infrastruktur in allen Bezirken schnellstmöglich voran. Mittel- und langfristig sollen die Gebäude ein bezahlbarer Teil des Berliner Wohnungsmarktes sein.

Die monatlich tagende **Senatskommission für Wohnungsbau** wird ihre erfolgreiche Arbeit unter Leitung des Regierenden Bürgermeisters fortsetzen. Wir verfolgen damit das Ziel, Schwierigkeiten bei problembehafteten Großvorhaben schnell aufzulösen. Die Arbeit der Wohnungsbauleitstelle werden wir zur Unterstützung der Bezirke bei Bauvorhaben von gesamtstädtischen Belangen fortführen, evaluieren sowie die Bereitstellung von Fallmanagern prüfen. Die 194 Fokusprojekte mit jeweils mehr als 200 Wohneinheiten werden weiterhin eng begleitet, unterstützt und in der Umsetzung kontrolliert. Die Aufnahme weiterer Projekte wird geprüft.

Die **Nachverdichtung** bestehender Quartiere ist eine wichtige Säule des Wohnungsbaus und der nachhaltigen Stadtentwicklung. Die laufenden und geplanten Projekte werden fortgesetzt und zügig vorangetrieben. Die Koalition wird auf Basis abgeschlossener und laufender Vorhaben Leitlinien zur Nachverdichtung und Innenentwicklung erarbeiten. Bei Nachverdichtungen wollen wir den Bedarf an sozialer Infrastruktur und Mehrwerte für die Nachbarschaft stärker berücksichtigen. Die Aufstockung von Bestandsgebäuden und den Dachgeschossausbau werden wir durch den Abbau rechtlicher Hürden erleichtern. Wir werden die Überbauung von Supermärkten, Parkplätzen und anderem Gewerbe mit sozialen Nutzungen, Wohnungen oder Gewerberäumen forcieren. Wir wollen den Bau und die Genehmigung von PV-Anlagen auf Parkplätzen vor Einkaufszentren und Supermärkten erleichtern.

Voraussetzung für die **Beschleunigung und Steigerung des Wohnungsneubaus** ist das kooperative Miteinander zwischen der Senatsverwaltung und den Bezirken. Wir sehen die Bezirke in der zentralen Verantwortung, Wohnungsbau jenseits der Neuen Stadtquartiere zu ermöglichen. Gleichzeitig werden wir die Rolle der Senatsverwaltung als Dienstleister für die

Bezirke stärken und durch eine begleitende Rechtsberatung ergänzen. Um Streitfälle frühzeitig zu klären, wird die Wohnungsbauleitstelle weiterhin unterstützend tätig.

Für Wohnungsbauvorhaben von gesamtstädtischem Interesse setzen wir auf die Praxis von **Fallmanagerinnen und -managern** als Ansprechpersonen und Koordinatorinnen und Koordinatoren in den jeweiligen Bezirken. Auf Landesebene werden in Analogie Projektlotsinnen und -lotsen eingesetzt, die innerhalb der jeweiligen Fachverwaltungen als alleinige Ansprechpartnerin bzw. alleiniger Ansprechpartner für den Bezirk dienen. Die Koalition will die Stadtplanungsämter stärken. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung wird so aufgestellt, dass sie Engpässen in den Bezirken auch ad hoc begegnen kann.

Wir werden mit einem **Schneller-Bauen-Gesetz** den Wohnungsbau beschleunigen. Dabei sollen für einen befristeten Zeitraum u. a. Regelungen zu verkürzten Fristen, schnelleren Verfahren, engerer Abstimmung und Verzahnung mit dem Baunebenrecht (z. B. Denkmalschutz, Natur- und Artenschutz, Abstimmung zwischen den Behörden, parallele Verfahrensschritte) sowie Flächenprüfungen in den Bezirken beschlossen werden. Wir setzen zudem auf **Typenbaugenehmigungen**, die Nutzung von Baugenehmigungen nach § 34 BauGB, verbindliche Verwaltungsfristen in B-Plan-Verfahren und die Streichung der mit Corona begründeten Fristverlängerungen. Außerdem sind Anzeigeverfahren, Vollständigkeitserklärungen und Nachforderungen beteiligter Behörden mit Präklusionsfristen zu versehen. Wir prüfen die umfassende Einführung von **Genehmigungsfiktionen** für Bauvorhaben. Wir streben an, die durchschnittliche Dauer von Bebauungsplanverfahren in Berlin auf drei Jahre zu verkürzen. Im Bereich des Baunutzungsplans von 1958 wird mit einer Arbeitshilfe der Rahmen für Befreiungen und Ermessensentscheidungen klarer gesteckt. Wir überarbeiten das AGBauGB mit dem Ziel, Prozesse deutlich zu entschlacken und Verantwortlichkeiten klar zu trennen.

Wir überarbeiten die **Bauordnung** und das Berliner Verwaltungsverfahrensgesetz mit dem Ziel, Widerspruchsverfahren zu verkürzen und unnötige Widerspruchsverfahren zu vermeiden. Die Senatsverwaltung wirkt auf eine Harmonisierung von Ermessensentscheidungen bei Baugenehmigungen hin. Wir werden Wettbewerbe, die Arbeit des Baukollegiums und des Gestaltungsbeirats öffentliche Räume beschleunigen. Auf Bundesebene werden wir uns für die Schaffung eines Sonderbaurechts für den Bau bezahlbarer Mietwohnungen sowie sozialer und gesundheitlicher Infrastruktur in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt einsetzen.

Wir werden die Berliner Bauordnung unter Einbeziehung der **Musterbauordnung** schnellstmöglich novellieren. Dabei wird der Schwerpunkt auf die Beschleunigung und Vereinfachung der Verfahren, Reduzierung der Kosten, Umbauerleichterungen und notwendige Maßnahmen für den Klimaschutz gelegt, z. B. der Aufnahme von Typengenehmigungen und einer Gebäudeklasse E. Bei gesetzgeberischen Akten wollen wir die Abschätzung von Auswirkungen auf die Baukosten berücksichtigen. Wir werden unseren Spitzenplatz beim Bau barrierefreier und rollstuhlgerechter Wohnungen erhalten und wollen hierfür Umbau im Bestand erleichtern.

Die Koalition wird das **Denkmalschutzgesetz** in Bezug auf gewichtige öffentliche Interessen, auch fiskalische, insbesondere beim Klimaschutz, Wohnungs- und Schulbau, neu ausbalancieren. Wir werden die obere Denkmalschutzbehörde und das Landesdenkmalamt wieder bei der für Bauen zuständigen Senatsverwaltung ansiedeln.

Die Koalition verfolgt das Ziel, bis zum Abschluss dieser Legislaturperiode die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Bebauungsplanverfahren und Baugenehmigungen einschließlich Genehmigungen nach Straßenrecht voll digital geführt werden können.

Der Aufbau des **Kompensationsflächenmanagements** wird zügig fortgesetzt, die Kooperation mit Brandenburg ausgebaut und die Ökokonten möglichst effizient genutzt. Soweit möglich werden arten- und naturschutzrechtliche Maßnahmen überlagert (Mehrfachnutzung). Bei künftigen Ankäufen werden Potenzialflächen auch für die Ökokonten geprüft.

Wir werden **das innovative und klimaneutrale Bauen**, den Einsatz und die Entwicklung zukunftsfähiger und nachhaltiger Bauprodukte und Baustoffe, wie insbesondere Holz, befördern. Dazu zählen insbesondere wiederverwendbare Ressourcen, die Unterstützung des seriellen und modularen Bauens und das verstärkte Ausrollen des Building Information Modeling für Planung, Bau und Betrieb von Gebäuden. Um Stoffkreisläufe zu schließen und nachhaltiges Bauen zu unterstützen, werden wir die Nutzung von Recyclingbaustoffen vereinfachen und streben eine entsprechende Bundesratsinitiative an. Außerdem wollen wir im Sinne einer neuen Umbaukultur verstärkt Gebäude erhalten und umwidmen, um die Klimaverträglichkeit im Baugeschehen zu erhöhen und setzen dabei auch auf laufende Pilotprojekte.

Die **Wärmewende** muss für Mieter und Eigentümer sozialverträglich und bezahlbar gestaltet werden. Wir wollen die LWU bei der Erreichung der CO₂-Einsparziele unterstützen. Auch für den privaten Wohnungsbestand wollen wir die entsprechenden Förderprogramme weiterentwickeln und mit den Förderprogrammen des Bundes abstimmen.

Die **energetische Gebäudesanierung** einschließlich Gebäudehülle, Haustechnik und dem Einsatz erneuerbarer Energien insbesondere für die Wärmeversorgung ist ein zentraler Faktor für das Erreichen der Klimaneutralität Berlins. Im Gebäudesektor haben die Gebäude mit den schlechtesten Energieeffizienzen das höchste und meist wirtschaftlichste Treibhausgassenkungspotenzial. Wir fokussieren deshalb insbesondere auf die Gebäude mit den schlechtesten Energieeffizienzen, die sogenannten „**Worst performing Buildings**“. Wir identifizieren und erfassen diese in einem ersten Schritt in einer gemeinsamen Datenbank. Durch eine bessere Datenlage zum Beispiel mit dem Aufbau eines Gebäudekatasters stärken wir Vollzug und Monitoring. Wir verfolgen bei der Priorisierung der energetischen Gebäudesanierung einen „**Worst-First-Ansatz**“ und wollen dafür Geldmittel und Fachkräfte möglichst gezielt und effizient einsetzen.

Zur **Reduzierung des Flächenverbrauchs** setzen wir nach Möglichkeit auf Baupotenziale auf versiegelten oder belasteten Flächen. Das dient auch dem Erhalt von grünem Wohnumfeld wie beispielsweise grünen Innenhöfen. Parallel zum Wohnungsbau will die Koalition die Entsiegelung bisher versiegelter Flächen weiter vorantreiben.

Mieten und Wohnen

Die Koalition setzt sich für einen konsequenten Schutz von Mieterinnen und Mietern ein und nutzt alle Instrumente auf Landes- und Bundesebene, die einen **verbesserten Mieterschutz** gewährleisten.

Die Koalition setzt auf einen rechtssicheren qualifizierten **Mietspiegel**. Der neue qualifizierte Mietspiegel wird schnellstmöglich fertiggestellt. Als Übergangslösung wird ein einfacher Mietspiegel erstellt.

Wir stehen zu den im **Bündnis für Wohnungsbau und bezahlbares Wohnen** verabredeten Neubauzielen und Maßnahmen für einen besseren Mieterschutz. Beispiele sind die im Bündnis verabredete Begrenzung von Mietbelastungen auf 30 Prozent des Haushaltsnettoeinkommens für WBS-Berechtigte oder die Orientierung an einer Kappungsgrenze von 11 Prozent. Die Koalition strebt an, im Rahmen des Bündnisses eine unabhängige Ombudsstelle zur Schlichtung von Mietstreitigkeiten zu installieren. Hierbei wollen wir Doppelstrukturen vermeiden.

Die **kostenfreie Mieterberatung** in den Bezirken werden wir verstetigen, stärker bewerben, bis 2025 evaluieren und gegebenenfalls bedarfsgerecht verstärken. Wir bekennen uns zur Fachstelle gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt, evaluieren ihre Arbeit und entwickeln sie bedarfsgerecht weiter.-

Aufbauend auf dem angestrebten Gebäude- und Wohnungsregister des Bundes wollen wir ein Kataster auf Landesebene schaffen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass ein **digitales Mieten- und Wohnungskataster** auf Landesebene ermöglicht wird.

Die Koalition strebt die Einrichtung einer Prüfstelle zur Einhaltung der **Mietpreisbremse** an. Berlin wird weiterhin von allen bundesrechtlichen Ermächtigungen zum Schutz von Mieterinnen und Mietern Gebrauch machen, wie z. B. durch die Kappungsgrenzen-Verordnung und die Kündigungsschutzklausel-Verordnung. Darüber hinaus wird sich das Land Berlin im Bundesrat weiterhin für Gesetzesänderungen zum Mieterschutz einsetzen z. B. für die Verlängerung, verbesserte Durchsetzbarkeit und Sanktionierung der Mietpreisbremse, eine Kappungsgrenze bei Indexmietverträgen, Verbesserungen beim Kündigungsschutz (Schonfristzahlungen, Eigenbedarfskündigungen, Härtefallregelungen), die Verlängerung des Umwandlungsvorbehalt über 2025 hinaus und gegen Mietwucher. Die Koalition setzt sich außerdem gegen die Vermeidung der Grunderwerbssteuer mittels Share-Deals auf Bundesebene ein und nimmt sich dem Thema möbliertes Wohnen an, gegebenenfalls mit einer Bundesratsinitiative. Die Koalition begrüßt die Einführung einer neuen Wohngemeinnützigkeit im Bund und wird sie in geeigneter Weise umsetzen.

Es soll ein **Gewerbemietspiegel** über eine Bundesratsinitiative und die Verbesserung eines angemessenen Kündigungsschutzes geprüft werden.

Wir sehen in sozialen Erhaltungssatzungen (Milieuschutz) ein geeignetes Instrument, um die **Berliner Mischung**, die Zusammensetzung unserer Kieze und besondere städtebauliche Charakteristika zu sichern.

Wir unterstützen die Bezirke bei der Ausweisung neuer sozialer Erhaltungsgebiete und erarbeiten in der AG Milieuschutz einheitliche Kriterien für deren Anwendung, insbesondere im Hinblick auf Hemmnisse für energetische Sanierungen und Barrierefreiheit. Um diese mit geringstmöglicher Belastung für Mieterinnen und Mieter zu ermöglichen, schaffen wir begleitende Fördermaßnahmen. Falls notwendig, setzen wir uns für eine Reform auf Bundesebene ein.

Wir werden nach rechtlicher Absicherung **Vorkaufsrechte** wieder zugunsten LWU unter Berücksichtigung von Wirtschaftlichkeit und sparsamer Haushaltsführung ausüben und prüfen, ob und unter welchen Voraussetzungen die Ausübung zugunsten Dritter ermöglicht werden kann.

Wir wollen prüfen, wie wir die **Wohnungsaufsicht** bei mangelnder Instandhaltung durch Vermieter stärken, um frühzeitig aktiv werden zu können. Wir werden regeln, was der Standard für bewohnbare Zustände bei Wohnraum ist.

Wir werden zweckfremde Nutzung von Wohnraum unterbinden und gegen illegale Beherbergungsangebote vorgehen. Die Koalition wird das **Zweckentfremdungsverbot** hinsichtlich Eingriffsmöglichkeiten und deren Durchsetzung stärken. Ein Fokus liegt dabei auf Umbau und Sanierung anstelle von Abriss. Bestehende Zwangsmittel und das Treuhandmodell wollen wir effektiver einsetzen und Zwangsgelder wirksamer erheben.

Wir wollen ein **Berliner Wohnraum-Sicherungsgesetz** verabschieden. Hierbei nehmen wir insbesondere besondere Bedarfsgruppen wie Menschen in Besitz eines WBS mit Dringlichkeit wie Alleinerziehende, Menschen mit Behinderungen und Obdachlose in den Blick. Ebenso werden wir Regelungen zum möblierten Wohnen und zum gebundenen Wohnraum prüfen.

Der WBS wird für alle in Berlin lebenden leistungsberechtigten Wohnungslosen mit geringem Einkommen ermöglicht, unabhängig von der Dauer des Aufenthaltsstatus, soweit rechtlich möglich. Alleinerziehenden wird der Zugang zu Wohnberechtigungsscheinen erleichtert.

Durch die gesetzliche Absicherung von Verpflichtungsmieten und Mietzuschüssen im **alten sozialen Wohnungsbau** wollen wir Härten aufgrund hoher Kostenmieten vermeiden. Wir wollen sowohl den Empfängerkreis erweitern als auch den Betrag für den Mietzuschuss erhöhen. Eine Gesetzesnovelle erfolgt schnellstmöglich.

Wir werden ein Konzept entwickeln, um den sozial- und stadtentwicklungspolitisch problematischen **Fehlbelegungen im sozialen Wohnungsbau** entgegenzuwirken.

Die Kooperationsvereinbarung mit den LWU wird fortgeführt und weiterentwickelt. Wir streben an, die geeigneten Bestände der berlinovo dabei einzubeziehen. Bei der Neujustierung der Wiedervermietungsquoten, WBS-Einkommensgrenzen und anderen Bewirtschaftungsvorgaben wie z. B. zum geschützten Marktsegment, Housing First oder Gewerberäumen werden wir die **soziale Mischung** in den Beständen und Quartieren weiterhin beachten. Um die soziale Mischung in Quartieren zu fördern, sollen vereinbarte Belegungsquoten lokal nach unten und oben angepasst werden können.

Wir entwickeln die **Wohnraumversorgung Berlin AÖR** weiter. Ihre Aufgaben werden verstärkt und auf die Beratung und Partizipation der Mieterinnen und Mieter sowie auf die Schlichtung von Mietstreitigkeiten konzentriert. Um diese Aufgaben effektiv zu gestalten, sollen die Strukturen, Gremien und Prozesse gestrafft und entbürokratisiert werden.

Unter der Voraussetzung, dass die vom Senat eingesetzte Expertenkommission zur Umsetzung des Volksentscheids „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ eine

verfassungskonforme Vergesellschaftungsempfehlung abgibt, verabschiedet die Koalition ein **Vergesellschaftungsrahmengesetz**, das einen Rechtsrahmen und objektive qualitative Indikatoren bzw. Kriterien für eine Vergesellschaftung nach Art. 15 GG in den Geschäftsfeldern der Daseinsvorsorge (z. B. Wasser, Energie, Wohnen) sowie Grundsätze der jeweils erforderlichen angemessenen Entschädigung definiert. Hierbei wird der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gewahrt. Das Gesetz tritt zwei Jahre nach seiner Verkündung in Kraft.

Durch eine **strategische Ankaufspolitik** wollen wir den kommunalen Wohnungs- und Bodenbestand kontinuierlich erhöhen. Das Ziel ist es, die öffentlichen Wohnungsbestände perspektivisch auf 500.000 Wohnungen zu erhöhen und gemeinsam mit den rund 200.000 Wohnungen der Genossenschaften annähernd 50 Prozent der Berliner Mietwohnungen in das gemeinwohlorientierte Segment zu bringen.

Die Koalition wird die **Programme für Großsiedlungen** weiterentwickeln und ausbauen. Die Ergebnisse des Gipfels gegen Jugendgewalt werden umgesetzt und finanziert. Wir werden das zivilgesellschaftliche Engagement in Großsiedlungen weiter unterstützen und die BENN-Projekte weiterführen. Wir erhalten Quartiersmanagement-Gebiete, setzen uns für die Verlängerung der Bundesfinanzierung ein und leiten Anschlussmaßnahmen des Landes ein.

Die Koalition wird die bestehenden landeseigenen Programme zur **Eigentumsbildung** über die IBB fortführen und insbesondere im Hinblick auf Familien weiterentwickeln und verstärken. Bei den Neuen Stadtquartiere streben wir an, einen begrenzten Anteil von freifinanzierten Eigentumswohnungen für Familien mit unterdurchschnittlichen Einkommen zu reservieren. Die Koalition setzt sich auf Bundesebene dafür ein, dass Bundesländer die Grunderwerbsteuer beim Erwerb von selbstgenutztem Wohnraum einmalig, auch progressiv, reduzieren oder darauf verzichten können.

Neben dem Neubau von gemischt genutzten Gewerbehöfen sollen die LWU und die berlinovo Flächen für Kleingewerbe, Kulturbetriebe und soziale Einrichtungen zu bezahlbaren Mieten bereitstellen. Wir unterstützen dezentrale Gewerbeflächenentwicklungskonzepte und wirken bei der BIM sowie dem Berliner Großmarkt auf transparente Vermietungsregelungen, Bedarfsgerechtigkeit und soziale Staffelung hin.

Wir wollen **Obdachlosigkeit** und Wohnungslosigkeit bis 2030 beenden und Betroffenen eine menschenwürdige Perspektive eröffnen. Wir wollen uns am Nationalen Aktionsplan Wohnungslosigkeit beteiligen und das geschützte Marktsegment unter Beteiligung des Wohnungsbündnisses gemeinsam mit den LWU und privaten Akteuren auf 2.500 Wohnungen ausweiten. Die Koalition weitet die Unterstützung für soziale Wohnhilfen und die Schaffung von Wohnungen für Wohnungslose aus. Die Datenabfrage und -weitergabe an die Bezirke zu Zwangsräumungen wollen wir verbessern.

Stadtentwicklung

Wir bekennen uns zu den Leitlinien der **Neuen Leipzig-Charta**. Der Flächennutzungsplan Berlin zusammen mit den Stadtentwicklungsplänen ist die Grundlage für eine nachhaltige und klimagerechte Stadtentwicklung. Wir werden ihn bezogen auf künftige Flächenbedarfe für Wohnungsbau, Wirtschaft und Infrastruktur kontinuierlich überprüfen und weiterentwickeln

und die obere Bevölkerungsprognose zugrunde legen. Die Stadtentwicklungspläne Wohnen und Wirtschaft wollen wir zeitnah novellieren, auch um Potenziale für urbane, gemischt genutzte Stadtquartiere zu erschließen. Wir werden ein Stadtentwicklungskonzept Kultur erarbeiten.

Wir werden den „Stadtentwicklungsplan Zentren 2030“ überarbeiten. Für die Stärkung der Berliner Zentren, eine robuste **Nutzungsmischung** und einen qualitätsvollen öffentlichen Raum wird die Koalition ein Zentren- und Ortskernprogramm sowie Konzepte für eine neue Nutzungsmischung für Einkaufszentren und Einkaufsstrassen entwickeln. Unser Ziel ist dabei auch die wohnungsnahe Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs, städtebaulich nicht integrierte Einzelhandelsstandorte wollen wir vermeiden.

Wir werden die Entwicklung der **Neuen Stadtquartiere** für Berlin beschleunigen (Schumacher-Quartier, Wasserstadt Berlin-Oberhavel, Siemensstadt, Blankenburger Süden, Karl-Bonhoeffer-Klinik, Buch - Am Sandhaus, Buckower Felder, Das Neue Gartenfeld, Ehemaliger Güterbahnhof Köpenick, Ehemaliger Rangierbahnhof Pankow (Pankower Tor), Elisabethaue, Johannisthal / Adlershof, Lichterfelde Süd, Michelangelostraße, Neue Mitte Tempelhof, Stadtgut Hellersdorf, Georg-Knorr-Park, Tegel-Nord, Marienhöfe, Schönerlinder Straße (Alte Schäferei), Späthsfelde, Projektverbund Karow-Süd). Den Zentralen Festplatz werden wir nur dann für Wohnungsbau perspektivisch in Betracht ziehen, wenn ein gleichwertiger Ausweichstandort für das Schaustellergewerbe gefunden worden ist. Zur Beschleunigung der Quartiersentwicklung am Pankower Tor muss spätestens im ersten Quartal 2024 ein städtebaulicher Rahmenvertrag abgeschlossen werden.

Für weitere große Bauvorhaben wird ein **zügiger Baubeginn** unterstützt. Zur Beschleunigung der Baurechtschaffung und Projektumsetzung der großen Wohnungsbauprojekte werden wir eine ressortübergreifende Projektsteuerung von u. a. Stadtentwicklungs-, Verkehrs- und Umweltverwaltung etablieren. Bei den Neuen Stadtquartieren und anderen größeren Bauvorhaben und Quartiersentwicklungen muss die erforderliche Infrastruktur von Beginn an parallel geplant, entwickelt und gebaut werden. Die sozialen Infrastrukturkonzepte und die Strategie zur integrierten Infrastrukturplanung werden wir weiterentwickeln.

Wir werden verstärkt die Baugebietskategorie „**Urbanes Gebiet**“ nutzen. Wir wollen eine effizientere Flächennutzung und dafür Mehrfachnutzungen in Kombination mit Wohnen weiter befördern. Das **Hochhausleitbild**, das wir evaluieren und weiterentwickeln werden, bildet den Rahmen für alle Hochhausprojekte. Perspektivisch werden wir einen Hochhausentwicklungsplan entwickeln.

Die Koalition hält daran fest, grundsätzlich keine landeseigenen Grundstücke oder Wohnungen zu verkaufen. Hiervon darf bei **gemeinwohlorientierten Wohnungsbaugenossenschaften** im Einzelfall abgewichen werden. Mit dem Ziel der Durchmischung bei größeren Quartiersentwicklungen auf landeseigenen Grundstücken sollen Genossenschaften in angemessener Weise bei der Vergabe von Flächen berücksichtigt werden. Die Vergabe kann durch Erwerb oder im Wege eines Erbbaurechts mit langfristiger Mietpreis- und Belegungsbindung erfolgen. Hierbei kann ein vereinfachtes Konzeptverfahren angewandt werden, wenn die soziale Bindung grundbuchrechtlich gesichert wird. Dabei werden die stadt- und wohnungspolitischen Ziele des Landes ebenso

wie die Rückführung in Landesbesitz bei Auflösung der Genossenschaft, vertragswidriger Nutzung oder Veräußerungsabsicht gesichert.

Wir wollen **Bundesmittel der Städtebauförderung** weiterhin umfassend in Anspruch nehmen und damit sowohl Stadtumbau als auch Stabilisierung und Aufwertung von Quartieren vorantreiben. Wir werden mit den Bezirken Maßnahmen für einen besseren Mittelabfluss treffen.

Im Sinne der Neuen Leipzig-Charta bekennen wir uns zu einer aktiven Beteiligung und Koproduktion in der Stadtentwicklung. Wir werden die vielfältigen **Austauschplattformen** und Möglichkeiten der Beteiligung wie z. B. den Runden Tisch Liegenschaftspolitik weiterentwickeln. Sinn und Zweck von Beteiligung ist die konkrete Vorbereitung politischer Entscheidungen. Wir werden das **Stadtforum** zu einer Plattform entwickeln, die in ihrer Zusammensetzung die Berliner Stadtgesellschaft repräsentiert und ihre Mitwirkung an zentralen Fragen der Berliner Stadtentwicklung gewährleistet. Die Koalition entwickelt die Politik der kooperativen Stadtentwicklung weiter und setzt Projekte wie das Haus der Statistik und den Rathausblock fort. Die Koalition wird die Leitlinien zur Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern weiterentwickeln. Die vom Land Berlin betriebene Stadtwerkstatt wird als Austauschforum für die Einbeziehung der Zivilgesellschaft und Ort vielfältiger Partizipation fortgeführt. Die Koalition strebt eine paritätische Besetzung von Gremien und Jurys, die städtebauliche Vorhaben und Wettbewerbe begleiten, an. Diversität, Geschlechtergerechtigkeit und die Belange der vielfältigen Nutzergruppen einzubeziehen, ist für uns ein wesentlicher Grundsatz der Stadtentwicklungspolitik.

Stadtentwicklungsprojekte

Es bedarf angesichts der zugespitzten Wohnungsnot seit dem Volksentscheid 2014 einer neuen Debatte über die **Zukunft des Tempelhofer Feldes**. Mit einem internationalen städtebaulichen Wettbewerb werden wir die Möglichkeiten einer behutsamen Randbebauung in begrenzten Teilen der Fläche ausloten. Der weit überwiegende Teil der Freifläche bleibt bei einer klimagerechten Gesamtgestaltung für Erholung, Freizeit, Sport und Kultur gesichert. Das Feld soll einen wichtigen Beitrag zur Klimaneutralität Berlins leisten. Mit der Randbebauung sollen Wohnquartiere mit breiten sozialen Angeboten für die neuen Bewohnerinnen und Bewohner und die Stadtgesellschaft geschaffen werden. Der Wohnungsbau soll LWU sowie gemeinwohlorientierten Genossenschaften vorbehalten und im Betrieb klimaneutral sein. Die Nutzung dezentraler und stadtverträglicher erneuerbarer Energien und die Begrünung werden einen zusätzlichen Beitrag zur Klimaneutralität leisten. Zu dieser Frage gesamtstädtischer Bedeutung ist die Neubewertung durch die Berlinerinnen und Berliner maßgeblich.

Die Koalition wird Projekte des sozialen und ökologischen Stadtumbaus wie den schrittweisen Rückbau der A 104 umsetzen. Die Koalition prüft die Überbauung von Abschnitten der **A 100** zur Gewinnung von Wohnungsbau, Kultur-, Grün- und Kleingartenflächen. Die Koalition wird sich dafür einsetzen, dass die Planungen zum Autobahndreieck Funkturm stadtverträglich überarbeitet werden.

Das Landesprogramm zum Umbau und zur Qualifizierung von **Stadtplätzen** wird fortgeführt und weiterentwickelt.

Die **Berliner Mitte** wollen wir umfassend weiterentwickeln. Im neuen Quartier am **Molkenmarkt** streben wir die Errichtung von bezahlbarem Wohnraum, eine nachhaltige und gute Architektur, kleinteilige Strukturen und eine vielfältige Nutzung an. Dies werden wir mit den LWU und gemeinwohlorientierten Bauherren realisieren. Um die Aufenthaltsqualität zu verbessern und der sommerlichen Erwärmung entgegenzuwirken, wird die Umgebung des **Humboldtforums** mit Bäumen und qualitätvollen Grünflächen aufgewertet. Mit dem Projekt Freitreppe soll der öffentliche Raum auf der Spreeinsel aufgewertet werden, am historischen Standort des Neptunbrunnens wird eine Brunnenanlage errichtet. Wir wollen eine nachhaltige und klimagerechte Wiedererrichtung der **Bauakademie**, die zugleich die baukulturellen Werte von Karl Friedrich Schinkel verkörpert und Bezug nimmt zur historischen Umgebung. Die Wiedererrichtung der historischen Fassade der Bauakademie ist durch ein geeignetes Verfahren sicherzustellen. Falls dies nicht durch eine entsprechende mit dem Bund und der Stiftung Bauakademie abgestimmte Ausgestaltung des Wettbewerbstextes für den Gestaltungswettbewerb gelingt, wird der Senat hierzu eine Gestaltungsverordnung erlassen.

Das aktuelle Erscheinungsbild der **Friedrichstraße** ist nicht akzeptabel. Es wird gemeinsam mit Anwohnerinnen und Anwohnern sowie mit Gewerbetreibenden ergebnisoffen an Lösungen für Verkehrsführung und Stadtraumgestaltung gearbeitet, die die Entwicklung der Berliner Mitte zwischen Alexanderplatz und Brandenburger Tor in den Blick nimmt, die Aufenthaltsqualität erhöht und einer modernen europäischen Metropole gerecht wird. Dafür werden wir einen städtebaulichen Masterplan entwickeln.

Die Koalition wird noch im Jahr 2023 den Wettbewerb für die Gestaltung des **Europaplatzes** am Hauptbahnhof starten.

Die Zentren am Hermannplatz, in der City West und am Leopoldplatz wird die Koalition in ihrer Entwicklung und Urbanität stärken, um damit langfristig die Arbeitsplätze im Einzelhandel zu sichern. Hierbei wird eine städtebaulich verträgliche, sich in die Umgebung integrierende Planung verfolgt, die einen öffentlichen Mehrwert, bezahlbaren Wohnraum und eine Nutzungsmischung sichert. Die laufenden Planungsprozesse des Landes führen wir unter breiter öffentlicher Beteiligung fort.

Zusammen mit dem Bezirk wird das Gebiet am Fasanenplatz gemeinsam mit den Kulturinstitutionen (Haus der Berliner Festspiele, Universität der Künste, Bar jeder Vernunft) zu einem durchgrünten Kulturquartier entwickelt. Auf Grundlage der vorliegenden Wettbewerbsergebnisse werden wir die Verdichtungspotenziale im Umfeld der Urania stadtverträglich erschließen.

Wir unterstützen die Arbeit der **Internationalen Jugendbauhütte** Berlin, in der die Berliner Handwerks- und Bautradition befördert und das kulturelle Erbe in Berlin erhalten wird und die Arbeit des Berliner Zentrums Industriekultur (bzi) in seinen Bemühungen, die Berliner Industriekultur zu erhalten und in nachhaltige Transformationsprozesse der Berliner Stadtentwicklung zu integrieren.

Mobilität und Verkehr

Wir wollen ein mobiles und nachhaltiges Berlin. Unsere Mobilitätspolitik setzt auf ein Miteinander und nicht auf ein Gegeneinander. Der Öffentliche Personennahverkehr ist ein entscheidender Faktor für ein mobiles Berlin.

Der Ausbau des **Öffentlichen Personennahverkehrs** in Berlin und die Zusammenarbeit mit dem Bund und dem Land Brandenburg haben einen hohen Stellenwert. Dazu gehören S- und U-Bahnlinien ebenso wie die Straßenbahn, mit denen wir vor allem auch in den Außenbezirken das Mobilitätsangebot verbessern wollen.

Wir stehen für den Grundsatz einer angebots- und nicht verbotsorientierten Mobilitätspolitik.

Die Koalition will die **Verkehrssicherheit**, gerade an Gefahrenschwerpunkten, deutlich erhöhen. Wir stehen zum Grundsatz der Vision-Zero. Deshalb planen wir ein Verkehrssicherheitskonzept, das alle Verkehrsteilnehmer in den Blick nimmt.

Die Anordnung von temporären **Fußgängerüberwegen** (FGÜ) soll insbesondere für bereits geplante dauerhafte FGÜ grundsätzlich möglich sein. Die Schulwegsicherheit als Teil des Mobilitätskonzeptes hat besondere Priorität. Die hierfür, wie auch für die Erstellung von Schulwegplänen, notwendigen Mittel stellen wir außerhalb der Berliner Schulbauoffensive zur Verfügung.

Wir wollen das Konzept temporärer Spielstraßen evaluieren und ein berlinweites Verfahren zur Einrichtung temporärer Spielstraßen implementieren. In Wohngebieten wollen wir die Verkehrsberuhigung und die Verringerung des Durchgangsverkehrs durch geeignete Maßnahmen vorantreiben. Wir werden die Jugendverkehrsschulen sichern.

Die **zulässige Höchstgeschwindigkeit** in der Stadt soll sich im Rahmen der Straßenverkehrsordnung an den örtlichen Gegebenheiten orientieren. Es soll grundsätzlich Tempo 50 auf Hauptstraßen gelten und Tempo 30 auf Nebenstraßen und dort, wo es sinnvoll ist. In Berlin soll Tempo 30 dort gelten, wo die gesundheitsgefährdenden Grenzwerte von Lärm- und Stickoxiden überschritten sind und dort, wo es die Verkehrssicherheit gebietet, wie beispielsweise vor Kitas, Schulen, Senioren- oder Betreuungseinrichtungen. Dies schließt Überprüfungen der Anordnungen ein.

Die Koalition will die **Fußgängerfreundlichkeit** Berlins deutlich erhöhen. Wir wollen Fuß- und Gehwege barrierefrei herstellen und sanieren. Wir sehen Bordsteinabsenkungen an Kreuzungen und Einmündungen vor und planen Ampelschaltungen so, dass diese für Fußgängerinnen und Fußgänger ausreichende Querungszeiten bieten. Die Lebens- und Aufenthaltsqualität für alle Nutzergruppen im öffentlichen Raum wollen wir erhöhen. Für stark belastete Plätze und Zubringerstraßen treibt das Land die Planung und Umsetzung der Umbauten voran, um die Aufenthaltsqualität in den Kiezen aufzuwerten.

Die Koalition priorisiert, welche **Radverkehrsprojekte** aus dem Radverkehrsplan sie in dieser Legislaturperiode umsetzt. Wir wollen bestehende **Radwege sanieren** und sichere Radspuren einrichten. Wir werden unter Beachtung örtlicher Gegebenheiten auch getrennte Radspuren einrichten.

Gefährliche Kreuzungsbereiche bauen wir um. Die Koalition beauftragt für die Sanierung und Umgestaltung der Berliner Allee (B2) eine Machbarkeitsstudie.

Die bauliche Unterhaltung des öffentlichen Straßenlandes werden wir stärken.

Wir wollen das **Mobilitätsgesetz** im Sinne einer angebotsorientierten Mobilität weiterentwickeln. Hierbei geht es insbesondere um ein besseres Miteinander der Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer und die Beachtung örtlicher Gegebenheiten. Dazu zählt auch die Überprüfung von Mindestbreiten, beispielsweise im Radverkehrsplan.

Wir wollen mehr geschützte, möglichst überdachte **Fahrradabstellanlagen** vor allem an Umsteigepunkten und Haltestellen schaffen. Außerdem wollen wir an ausgewählten Standorten einen Reparaturservice („Reparatur Säulen“) und Schließfächer anbieten.

Wir wollen smarte und intelligente **Ampelschaltungen** zur Erhöhung der Verkehrssicherheit und Leistungsfähigkeit für alle Verkehrsträger. Wir werden Pilotprojekte zur Einführung von sogenannten Speedanzeigen für Radfahrerinnen und Radfahrer einführen und zur Countdown-Anzeige für Fußgängerinnen und Fußgänger auflegen.

Wir wollen mehr Verkehr auf der Schiene und unterstützen die zwischen Berlin, Brandenburg und der Deutschen Bahn getroffenen Vereinbarungen zum Ausbau der **Eisenbahninfrastruktur**. Wir führen die i2030-Konzeption weiter.

Wir werden die bereits begonnenen Planungen und Planfeststellungsverfahren im Rahmen von i2030 zur Wiederinbetriebnahme der Heidekrautbahn und Stammbahn forcieren. Bei der Stammbahn prüfen wir einen Vorlaufbetrieb von Wannsee bis Rathaus Steglitz sowie die Einbeziehung für den Personenverkehr und den generellen Weiterbetrieb der Goerzbahn. Durch die Zusammenführung von Leistungsphasen bei der Planung wollen wir i2030 beschleunigen. Wir prüfen die Aufnahme weiterer Strecken. Die Koalition setzt sich darüber hinaus für Maßnahmen wie die Modernisierung der Signalsysteme, Blockverteilung und ein neues Linienkonzept ein, um die Qualität und Pünktlichkeit zu verbessern. Generell hat die Elektrifizierung aller Berliner Bahnstrecken Priorität.

Wir werden den **Nahverkehrsplan** abgestimmt mit Brandenburg fortschreiben.

Den **Stadtentwicklungsplan Mobilität und Verkehr** werden wir in dieser Legislaturperiode fortschreiben und den Maßnahmenplan anpassen. Wir wollen die Taktfrequenz der Verkehrsmittel im ÖPNV erhöhen.

Die **Barrierefreiheit** muss gelebte Realität werden. Wir wollen an allen Bahnhöfen die Barrierefreiheit insbesondere durch Aufzüge herstellen. Die Zugänge zu den Bahnhöfen wollen wir durch den Umbau bereits vorhandener Rampen barrierefrei errichten.

Wir werden die **Sicherheit** im ÖPNV stärken und die **Aufenthaltsqualität** an Bahnhöfen steigern. Bahnhöfe und Haltestellen sollen künftig konsequent modernisiert werden. Wir werden mehr Sicherheitspersonal an Bahnhöfen bereitstellen und Haltestellen mit Videotechnik ausstatten.

Mit einem unbefristeten **29-Euro-Ticket** für alle und einem Sozialticket für 9 Euro wollen wir den ÖPNV als klimafreundliches Fortbewegungsmittel noch attraktiver machen. Wir streben dabei eine Lösung unter dem Dach des VBB an.

Wir prüfen in Abstimmung mit dem VBB, ob eine **Ausweitung des Tarifbereichs B** auf den ersten Bahnhof außerhalb des Stadtgebiets zur Verringerung von Pendlerverkehr auf der Straße beitragen kann.

Wir prüfen die Entwicklung eines Kombitickets, welches die Nutzung von BVG-/Park- und Sharingdienste sowie der Ladeinfrastruktur ermöglicht.

Die Koalition steht für den **S-Bahn-Betrieb** aus einer Hand. Das Berliner S-Bahn-System wollen wir uneingeschränkt erhalten. Das Vergabeverfahren der Teilnetze Nord-Süd und Stadtbahn wollen wir 2024 abschließen.

Wir wollen den Berliner S-Bahn-Ring nutzerfreundlicher gestalten. Außerdem wollen wir das Streckennetz erweitern. Für eine nötige dichtere Zugfolge wollen wir in das Signalsystem, zusätzliche Stromversorgung und zusätzliche Bahnsteige in Westhafen, Westend, Messe Nord und Halensee investieren. Durch zusätzliche Kehranlagen, den zweigleisigen Ausbau eingleisiger Strecken und mehr Abstellanlagen wollen wir die Voraussetzungen für Taktverdichtungen und mehr Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit schaffen.

Wir werden die bereits begonnenen Planungen im Rahmen von i2030 für folgende S-Bahn-Netzerweiterungen fortsetzen: Siemensbahn Jungfernheide-Gartenfeld, S75 von Wartenberg über Malchow bis zur Sellheimbrücke und die im Bau befindliche S21 vom Nordring über Perleberger Brücke zum Hauptbahnhof sowie deren 2. Bauabschnitt zum Potsdamer Platz auf Basis einer mit dem Deutschen Bundestag getroffenen Einigung und deren 3. Bauabschnitt zur Yorckstraße.

Ebenso wollen wir den Nahverkehrsplan so anpassen, dass die S75 schnellstmöglich wieder bis zum Westkreuz und mindestens im 20-Minuten-Takt über die Stadtbahn geführt wird. Wir wollen die Möglichkeit eines weiteren schienengebundenen innerstädtischen ÖPNV-Rings prüfen.

Zudem wollen wir im Rahmen von i2030 die Realisierbarkeit und Vorplanung von Strecken und Bahnhöfen prüfen: die Verlängerung der Siemensbahn vom bisherigen Endpunkt Gartenfeld unterirdisch bis nach Hakenfelde sowie die weitere Verlängerung der S75 über Bucher Straße, Arkenberge bis nach Birkenwerder, S-Bahnhof Kamenzer Damm sowie die Regionalbahnhalte Buckower Chaussee und Buch.

Die Realisierung des Berliner S-Bahn Museums bringen wir mit GRW-Mitteln voran und unterstützen zum 100-jährigen S-Bahn-Jubiläum verschiedene Institutionen.

Wir werden die Sanierung und den Ausbau der **U-Bahn** fortsetzen und beginnen mit den Planungen von möglichen Linieneubauten und Linienverlängerungen. Hierbei berücksichtigen wir die relevanten Klimaaspekte und prüfen z. B. eine CO₂-reduzierte Bauweise und den Einsatz CO₂-reduzierter Betonarten.

Wir werden die bereits begonnenen U-Bahn-Planungen zur Netzerweiterung fortsetzen: U2 bis Pankow Kirche, U3 bis Mexikoplatz (mit Anschluss zur S-Bahn), U7 zum Flughafen BER sowie bis Heerstraße Nord sowie U8 bis Märkisches Viertel.

Geprüft werden sollen darüber hinaus die Verlängerungen: U2 nach Französisch Buchholz sowie nach Falkenhagener Feld, U3 nach Falkenberg sowie nach Düppel bis zur Stammbahn, U6 nach Lichtenrade, U8 über Wilhelmsruher Damm bis zur Bezirksgrenze Pankow, U9 nach Lankwitz und nach Pankow-Kirche, U10 vom Alexanderplatz über Weißensee und Malchow nach Buch sowie U11 vom Alexanderplatz nach Marzahn.

Zur besseren Verkehrsabwicklung wollen wir die U5/U8-Verbindungskurve realisieren

Die Priorisierung der einzelnen Maßnahmen erfolgt auf Basis von Nutzen-Kosten-Untersuchungen. Planungen von neuen U-Bahnlinien sollen vorrangig dort umgesetzt werden, wo ein überdurchschnittlicher Bedarf an Fahrgästen zu erwarten ist, bzw. bereits besteht oder im Zusammenhang mit der Siedlungsentwicklung stehen.

Für künftige Baumaßnahmen, die Auswirkungen auf die Verkehrsinfrastruktur haben könnten, soll zum Schutz der ÖPNV-Anlagen zwischen dem Verkehrsunternehmen und dem Bauträger vor Baubeginn eine haftungsrechtliche Vereinbarung abgeschlossen werden.

Wir werden den **Bau von Straßenbahnstrecken** vorantreiben. Wir streben grundsätzlich einen Ausbau mit eigenem Gleisbett an.

Wir wollen die Straßenbahn-Anbindung des Ostkreuzes und die Strecke Hauptbahnhof–Turmstraße vollenden. Für folgende Aus- und Neubauprojekte werden wir die begonnenen Planungen vorantreiben und streben die Einleitung der Planfeststellungsverfahren an: Mahlsdorf (62), Turmstraße–Jungfernheide (M5, M8, M10), Weißensee (Pasedagplatz)–Heinersdorf–S-Bhf. Pankow (12), Jungfernheide–Urban Tech Republic–Schumacher Quartier. Folgende Straßenbahnplanungen wollen wir überprüfen: Alexanderplatz–Potsdamer Platz, Warschauer Straße–Hermannplatz (M10) sowie die Verlängerung nach Blankenburger Süden (M2).

Zudem wollen wir die Realisierbarkeit folgender Straßenbahnstrecken prüfen: Spandau I und II, Spittelmarkt–Mehringdamm, Warschauer Straße–Ostbahnhof, Potsdamer Platz–Zoologischer Garten, Rathaus Pankow–Wollankstraße–Prinzenallee–Osloer Straße sowie Potsdam–Kramnitz–Heerstraße.

Wir wollen, wo es sinnvoll ist, weitere rechtssichere **Busbeschleunigungsmaßnahmen** sowie Vorrangschaltungen für Busse und Straßenbahnen einrichten, um die Fahrtzeiten zu reduzieren. Außerdem werden wir die Beschaffung von Elektrobussen inklusive der erforderlichen Infrastruktur fortsetzen. Die Taktverdichtung wollen wir werktags tagsüber auf 5 Minuten in der Innenstadt und 10 Minuten im Außenstadtbereich ermöglichen.

Die Koalition setzt sich für die Umsetzung von Bussonderfahrstreifen ein. Wir wollen das Busspurennetz erweitern. Damit das gelingt, setzen wir uns für eine gerechtere Verteilung der Verkehrsflächen ein.

Wir setzen uns für den Erhalt der Seilbahn in Marzahn-Hellersdorf ein und wollen sie in den VBB-Tarif integrieren. Weitere Seilbahnen zur Erschließung von Quartieren prüfen wir.

Wir wollen den Einsatz von **Kiezshuttles** (autonome Minibusse) erproben. Außerdem sind in bislang schlecht mit dem ÖPNV erschlossenen Gebieten **Kiezbusse** einzurichten. Wir prüfen gemeinsam mit dem Berliner Taxigewerbe den Einsatz von **Ruftaxis**.

Die Koalition wird den Gestaltungsspielraum für das **Taxigewerbe** nach dem Personenbeförderungsgesetz zum Schutz der Beschäftigten ausschöpfen und klare Regelungen für alle Verkehrsformen und Geschäftsmodelle im öffentlichen Verkehr vorgeben.

In Verhandlungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald werden wir uns für ein Laderecht aller Berliner Taxen am Flughafen BER einsetzen.

Mit der Verbesserung der Bahnverbindungen von Berlin in Richtung Polen, Baltikum und der Ukraine wollen wir mehr **Güterverkehr** und Passagierverkehr auf die klimafreundliche Schiene verlagern.

Wir wollen mit der Deutschen Bahn eine verbesserte Anbindung der ganzen Stadt an den **Fernverkehr** erreichen. Dazu wollen wir zügig eine Elektrifizierung auch des Südrings und dafür einen zusätzlichen Fern- und Regionalbahnsteig am Südkreuz und in Neukölln realisieren.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Ostbahn zweigleisig ausgebaut und elektrifiziert wird. Dazu wollen wir mit Brandenburg die Planungen bis zur Baureife sicherstellen.

Wir unterstützen im Einvernehmen mit dem Land Brandenburg den Bau eines weiteren ICE-Werks auf Stadtgüterflächen in Großbeeren.

Für eine schnelle Verbindung zur Ostsee setzen wir uns für den Wiederaufbau der Karniner Brücke ein.

Die Koalition will auch in den Außenbezirken **Mobilitätszentren** einrichten und damit vor allem im Pendelverkehr den attraktiven Umstieg vom motorisierten Individualverkehr auf den ÖPNV zu ermöglichen. Dort sollen auch Bike- und Car-Sharing Angebote bereitstehen und mit Jelbi-Stationen kombiniert werden. An diesen Mobilitätszentren sollen Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge vorgehalten und Fernbuslinien dort gebündelt werden.

Wir wollen im Rahmen eines länderübergreifenden Konzepts **Park-&-Ride** und **Bike-&-Ride**-Stellplätze am Stadtrand und vor den Toren Berlins ausbauen. Wir wollen perspektivisch mehr als 10.000 Abstellplätze für Kraftfahrzeuge und Fahrräder schaffen.

Wir wollen wohnortnahe, stationäre **Car-Sharing** Angebote und Free-Floating-Car-Sharing-Systeme auch in den Außenbezirken unterstützen.

Die Zahl der festen Parkstationen soll ausgeweitet werden. Wir werden das verkehrswidrige und gefährliche Abstellen von Elektrokleinstfahrzeugen (E-Roller, E-Scooter, E-Bikes) durch

eine stadtweite Ausschreibung und Konzessionierungen mit entsprechenden Auflagen beenden und dafür sorgen, dass diese Angebote in der gesamten Stadt verfügbar sind.

Wir prüfen die sinnvolle Ausweitung der Parkraumbewirtschaftungszonen in besonders belasteten Bereichen.

Die Koalition setzt sich für die Fortführung des Scan-Car-Projekts zur digitalisierten Kontrolle der Parkraumbewirtschaftungszonen ein und prüft dessen Ausweitung.

Wir wollen die Möglichkeit prüfen, Umweltgesichtspunkte bei der Bemessung der Gebühren für die **Anwohnerparkausweise** einzubeziehen.

Wir wollen die Erteilung von **Ausnahmegenehmigungen zum Parken für Einsatzkräfte** von Polizei und Feuerwehr sowie von medizinischem Personal bei der für Verkehr zuständigen Senatsverwaltung zentralisieren und schnellstmöglich für die Beschäftigten mit „ungünstigen Einsatz- und Arbeitszeiten“ eine einheitliche Regelung für kostenfreies Parken in bewirtschafteten Zonen schaffen. Die Betroffenen sollen auf bürokratiemäßigem Weg von auf dem Arbeitsweg anfallenden Parkgebühren befreit werden, z. B. durch einen Ausweis analog zum Anwohnerparkausweis. Auch ambulante Pflegedienste sollen eine stadtweit gültige Parkvignette erhalten. Um die Kapazität in der Pflege kurzfristig zu erhöhen und Fahrwege effizienter zu gestalten, prüfen wir, die Nutzung von Sonderspuren für Fahrzeuge der Pflegedienste und des Krankentransportes zu ermöglichen.

Wir werden konsequent gegen das **Falschparken** von Fortbewegungsmitteln jeglicher Art vorgehen.

Wir prüfen in Neubaugebieten, ob **Quartiersgaragen** realisierbar sind. Unser Ziel ist es, Parkflächen von der Straße in Parkhäuser und Tiefgaragen zu verlagern.

Die Zuständigkeiten hinsichtlich der Straßenbaulast in Berlin sollen grundsätzlich in einer Hand bleiben.

Baustellen müssen schneller und intelligenter geplant, vollzogen und abgeschlossen werden. Wir werden eine **Baustellenkoordinierungs-Plattform** als zentrale Steuerungsstelle einrichten, die Informationen über das gesamte Berliner Straßennetz erfasst und einheitlich verarbeitet. Ziel ist es, räumliche und zeitliche Konflikte von Baumaßnahmen bereits im Vorfeld zu verhindern und, falls nötig, frühzeitig entsprechende Umleitungen einzurichten. Wir werden an geeigneten Baustellen unter Würdigung lärmschutzrechtlicher Belange prüfen, ob diese verstärkt im Drei-Schicht-Modell betrieben werden können, um die Baumaßnahmen schnellstmöglich fertigzustellen. Zur weiteren Beschleunigung werden wir ein Bonus-Malus-System für Bauausführende einführen und wollen Genehmigungsfiktionen bei Sondernutzungserlaubnissen für Nebenstraßen zur Baustelleneinrichtung ermöglichen.

Wir wollen die **Ladeinfrastruktur** für Elektrofahrzeuge ausbauen und beschleunigen. Dabei haben wir auch die Außenbezirke im Blick. Unser Ziel ist es, durchschnittlich 2.000 Ladepunkte pro Jahr zu errichten. Das bestehende Förderprogramm wollen wir ausbauen. Für die Koalition haben Ladesäulen im privaten, aber öffentlich zugänglichen Bereich Priorität. Besonders prioritär ist die Errichtung von Schnellladesäulen auf Tankstellenflächen.

Die Koalition hat das Ziel, bis spätestens 2030 nur noch elektrische Fahrzeuge zu beschaffen.

Die Koalition schafft für den **Wirtschaftsverkehr**, die Logistikbranche und die Mikro-Lastenverkehre gute Bedingungen. Das parlamentarische Verfahren zum Entwurf des sechsten und siebten Teils des Mobilitätsgesetzes zum Wirtschaftsverkehr und neuer Mobilität werden wir zügig zum Abschluss bringen. Wir erstellen ein umfangreiches und klimafreundliches Güter- und Lieferverkehrskonzept für den gesamten Stadtraum mit Fokus auf die **Schiene**. Wir prüfen eine Förderung von E-LKW und die Bereitstellung der erforderlichen Infrastruktur.

Wir wollen die Sicherung von Standorten für **Umschlagplätze** Schiene und Straße vorantreiben. Das noch vorhandene Berliner Schienennetz für den Güterkehr wollen wir sichern.

Wir werden uns beim Bund für die LKW-Mauttarifizierung an Bundesstraßen einsetzen.

In Gewerbestraßen müssen Liefer- und Ladezonen sowie Buchten errichtet und das Zweite-Reihe-Parken konsequenter geahndet werden. Wir werden insbesondere im innerstädtischen Bereich öffentlichen Raum für Lieferboxen zur Verfügung stellen.

Wir setzen uns für den Ausbau intermodaler bzw. kombinierter Verkehre ein und wollen den Ausbau einer elektrifizierten oder wasserstoffbasierten **Schifffahrt** intensivieren. Außerdem wollen wir in diesem Bereich Forschung und Entwicklung unterstützen, wie etwa von autonom fahrenden Binnenschiffen und Automatisierung zur effizienteren Nutzung der Hafeninfrastuktur. Wir wollen Ansätze entwickeln, die die Schiffbarkeit bei sich verändernden klimatischen Bedingungen und Umwelteinwirkungen sicherstellt.

Das **Lastenradförderprogramm** weiten wir aus.

Wir wollen dafür sorgen, dass die gesamte Hauptstadtregion vom neuen **Flughafen** profitieren kann und der BER in den Flugverbindungen internationaler ausgerichtet ist.

Die Koalition ist sich der Bedeutung der **Internationalen Luft- und Raumfahrtausstellung (ILA)** bewusst und wird die Voraussetzungen schaffen, um die ILA am Standort in Selchow zu halten. Hierfür wird gemeinsam mit Brandenburg und den relevanten Partnern ein tragfähiges, nachhaltiges und zukunftsorientiertes Konzept erarbeitet.

Wir wollen aktive und passive **Lärm- und Schallschutzmaßnahmen** an Straßen- und Schienenwegen ausbauen, um Lärmimmissionen zu verringern.

Den Bau des bereits weitgehend fertiggestellten **16. Bauabschnitts der A100** von Neukölln nach Treptow wollen wir abschließen. Vor der Inbetriebnahme setzen wir uns für die Implementierung eines umfassenden Verkehrskonzepts für die Umgebung, einschließlich der Sonnenallee, ein, sodass negative Auswirkungen für die Anliegerinnen und Anlieger minimiert werden.

Wir werden die Planungen und den Bau der **Tangentialverbindung Ost (TVO)** vorantreiben, das heißt, das Planfeststellungsverfahren erfolgreich abschließen und noch in dieser Legislaturperiode mit dem Bau der TVO beginnen.

Klimaschutz

Zur Bekämpfung des menschengemachten Klimawandels richten wir unsere Klimaschutzpolitik konsequent am 1,5-Grad-Ziel aus, um deutlich vor dem Jahr 2045 das Ziel der Klimaneutralität in Berlin zu erreichen. Dazu werden neue Emissionsreduktionsziele im Berliner Klimaschutz- und Energiewendegesetz verankert.

Das **Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm** (BEK) verstehen wir als Werkzeug zur Erreichung der Klimaschutzziele. Entsprechend qualifizieren wir das Programm hinsichtlich der Ziele, erhöhen die Messbarkeit der Maßnahmen und bauen die Förderprogramme aus. Wir werden alle Politikbereiche im Rahmen einer konsequenten Klimagovernance zu einem Beitrag verpflichten.

Bei allen Maßnahmen werden wir soziale Belange berücksichtigen. Wir achten darauf, dass Menschen mit geringen und mittleren Einkommen nicht die Hauptlast des Klimawandels tragen müssen und dass die Stadt für sie bezahlbar bleibt.

Wir streben an, den **Klimaschutz als Staatsziel in der Berliner Verfassung** zu verankern.

Es müssen **Windpotenziale** erfasst und entsprechende Windeignungsflächen zügig ausgewiesen werden. Die 0,5 Prozent der Berliner Landesfläche, die mit dem „Wind-an-Land-Gesetz“ bis 2032 ausgewiesen werden müssen, wird die Koalition mit einem **beschleunigten Planungs- und Genehmigungsverfahren auch für innerstädtische Kleinwindanlagen** auf geeigneten hohen Gebäuden zeitlich ambitioniert ermöglichen.

Wir planen den öffentlichen Neubau von Gebäuden möglichst energie- und klimaschonend. Die Berliner Stadtwerke sollen bei öffentlichen Bauprojekten unterstützen, PV-Anlagen zu installieren und zu betreiben.

Wir wollen, dass neue Stadtquartiere künftig ihren Beitrag zur **Klimaneutralität** und zur Kreislaufwirtschaft leisten. Wir achten gleichzeitig darauf, dass neue Bauvorhaben flächen- und ressourcenschonend umgesetzt werden.

Um dem Leitbild „Energieeffizienz zuerst“ zu entsprechen, wollen wir für den öffentlichen Gebäudebestand ein Energiemonitoring einsetzen.

Die EU-Förderprogramme, die im Zusammenhang mit dem **European Green Deal** stehen, sollen im Land Berlin genutzt werden. Dieses gilt gleichermaßen für die Umwelt- und Klimaförderung aus dem Europäischen Strukturfonds.

Im **Handwerk** wollen wir mehr Kapazitäten durch Aus- und Weiterbildung und Qualifikation begleitend zu offiziellen Ausbildungsgängen schaffen. Die „Klimaberufe“ müssen attraktiv gestaltet werden. Klimaschutz muss zum Jobmotor für Berlin werden.

Nachhaltiges Berlin: Umwelt-, Natur- und Gewässerschutz

Nachhaltigkeit ist für uns eine Querschnittsaufgabe aller Politikbereiche. Die natürlichen Ressourcen unserer Stadt einzusparen und zu schonen ist für uns wegweisend. Berlin unterstützt die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen. Dafür werden wir eine Berliner Nachhaltigkeitsstrategie entwickeln.

Es sind oft Menschen mit geringeren Einkommen, die stärker von Umweltbelastungen betroffen sind und keinen Zugang zu Umweltressourcen haben. Die entsprechenden Konzepte zur **Umweltgerechtigkeit** entwickeln wir daher weiter.

Die landeseigenen Gebäude sollen in den Bereichen Energieeffizienz, Nutzung regenerativer Energiequellen, Klimaschutz, nachhaltigem Bauen und **Kreislaufwirtschaft** für den gesamten Gebäudebestand vorbildhaft sein. Wir wollen den Sanierungsstau bei öffentlichen Gebäuden deutlich reduzieren. Bestehende Materialien und Produkte wollen wir so lange wie möglich teilen, reparieren, tauschen und recyceln im Sinne einer modernen Kreislaufwirtschaft.

Wir bauen unser Reparaturnetzwerk aus, um durch Nutzungsdauerverlängerung Rohstoffe einzusparen. Wir schaffen einen Reparaturanreiz mit einem Pilotprojekt „Reparatur-Bonus“.

Das Abfallwirtschaftskonzept mit dem Leitbild „Zero Waste“ wollen wir weiter vorantreiben und die Zero-Waste-Agentur ausbauen. Wir wollen mehr Aufklärung zur Mülltrennung bei Privathaushalten und der Wirtschaft leisten. Wir prüfen die Einführung von Pfand auf Einwegbehältnisse.

Die regelmäßige kostenfreien **Sperrmüll-Kieztage** werden wir deutlich ausweiten.

Wir wollen die **Anzahl öffentlicher Toiletten** in Berlin erhöhen – auch durch den Einsatz autarker Toiletten.

Wir werden die Strategie zur **Biologischen Vielfalt** fortführen und den städtischen Biotopverbund fördern. Unsere Natur- und Landschaftsschutzgebiete wollen wir bewahren und qualitativ aufwerten. Wir verstärken ebenfalls die Bienen- und Bestäuberstrategie.

Der Erhalt und die Weiterentwicklung von **Grün- und Freiflächen** unter den Bedingungen von Klimawandel und dramatischem Biodiversitätsverlust sind für uns eine Kernaufgabe. Wir wollen unser grünes Freiraumsystem deshalb klimaresilient machen, es qualitativ und quantitativ ausbauen und entwickeln. Neue Grünflächen, Quartiersparks und Spielflächen in alten und neuen Quartieren sollen angelegt werden. Unsere Grünen Hauptwege wollen wir weiterentwickeln.

Wir wollen ein Sofortprogramm für 10.000 klimaresiliente **Stadt- und Straßenbäume** auflegen und uns für das langfristige Ziel einsetzen, den Bestand von Straßenbäumen auf 500.000 Bäume anwachsen zu lassen.

Wir werden ein Pilotprojekt zur verbesserten Bewässerung von Stadtbäumen initiieren. Wir wollen gemeinsam mit den Berliner Wasserbetrieben prüfen, wie wir bürgerschaftliches Engagement für die Bewässerung von Straßenbäumen honorieren.

Wir prüfen, ob eine weitere Bezirksgärtnerei eingerichtet werden kann. Wir wollen die bezirklichen Grünflächen-, Umwelt- und Naturschutzämter insgesamt stärken. Die Anzahl von ausgewählten Parks, Grün- und Waldflächen, die durch die BSR gereinigt werden, weiten wir aus.

Wir wollen die Berliner **Kleingärten** bei ihrer sozialen, umwelt- und klimagerechten Ausrichtung unterstützen. Daneben wollen wir auch Formen des gemeinschaftlichen Gärtnerns fördern. Wir werden Kleingärten durch ein Flächensicherungsgesetz oder eine Stiftungslösung sichern

Wir werden auf Basis der **Gesamtstädtischen Ausgleichskonzeption (GAK)** zur ökologischen Folgenbewältigung zielgerichtete Aufwertungsmaßnahmen von Flächen für Natur und Landschaft bündeln, um künftige Versiegelungen für neue Wohnquartiere auszugleichen. Das Berliner Ökokonto wird weiter im Haushalt verankert. Wir prüfen die Erweiterung des Maßnahmenkataloges der GAK.

Zur Kühlung von verdichteten Quartieren schaffen wir ein Hofbegrünungs- und Entsiegelungsprogramm für die Bestandsquartiere. Das Förderprogramm GründachPLUS für Dach- und Fassadenbegrünung wird ausgebaut. Um die Aufenthaltsqualität auf öffentlichen Plätzen zu steigern, wollen wir zusätzliche Verschattungsvorrichtungen anbieten.

Der **Berliner Wald** ist für die Bürgerinnen und Bürger da. Um ihn als natürliche CO₂-Senke zu erhalten, werden wir das Mischwaldprogramm ausbauen. Das Ökosystem Wald werden wir stärken, indem wir die Waldbaurichtlinie überarbeiten und die Berliner Forsten stärken.

Trockenphasen und Hitzerekorde führen zu einer Wassernot, die eine neue Ausrichtung des Umgangs mit der Ressource sowie deren Bewirtschaftung erfordert. Hierzu gehören Maßnahmen zur Trinkwasserversorgung, zur Einhaltung der Wasserrahmenrichtlinie, ein verbesserter Gewässerschutz sowie Regen- und Abwassermanagement. Basis für die Erfassung des verfügbaren Wasserdargebotes ist das Grundwasser-Bewirtschaftungsmodell für die Metropolregion Berlin-Brandenburg, dessen Erstellung wir weiterhin vorantreiben.

Wir wollen den Auftrag der BWB für ein vollumfängliches Wassermanagement in der Metropolregion erweitern, um neue Wege in der Stützung des Landschaftswasserhaushaltes und beim Erhalt der Kleingewässer und des Stadtgrüns zu gehen. Berlin muss zur Schwammstadt werden.

Wir werden prüfen, wie in von hohen Grund- und Schichtwasserständen besonders betroffenen Gebieten (beispielsweise im Blumenviertel oder in Karow) zusätzliche **wasserregulierende Maßnahmen** realisiert werden können.

Die Koalition wird die Berliner Regenwasseragentur stärken. Wir entwickeln ein Entsiegelungs- und Abkopplungsprogramm. Wir streben eine „**Netto-Null-Versiegelung**“ an. Mit Hilfe der Berliner Wasserbetriebe prüfen wir, langfristig Flächen von der Mischwasserkanalisation abzukoppeln. In dieser Legislatur soll eine erste Machbarkeitsstudie vorgelegt werden. Das Konzept der „blauen Perlen“ für Kleingewässer intensivieren wir.

Wir wollen langfristig die Anzahl der Trinkwasserbrunnen auf 500 erhöhen. Die Instandsetzung und Wartung der Notbrunnen in Landes- und Bundesverantwortung soll den BWB übertragen werden.

Die Sauberkeit der **Gewässer** hat für uns einen hohen Stellenwert. Wir treiben Sanierungsmaßnahmen, etwa im Landwehrkanal, der Spree innerhalb des Rings und dem Rummelsburger See, weiter voran. Immer mehr Boote ankern auf Gewässern dauerhaft. Mit allen zuständigen Behörden wollen wir einheitliche Regeln finden, wo und wie solche Nutzungen künftig reguliert werden können.

Wir werden ein **Haus der Stadtnatur** fördern, das Heimat der Stiftung Naturschutz Berlin und weiteren Naturschutzinitiativen und -verbänden wird. Es soll damit ein Ort der **Natur- und Umweltbildung** entstehen.

Die Koalition will Institutionen des Natur- und Umweltschutzes sowie die Freiwilligendienste und das Ehrenamt in diesen Bereichen stärken.

Wir wollen den Lärmaktionsplan evaluieren und weiterentwickeln.

Tierschutz

Wir wollen die Verfolgung von Verstößen gegen den **Tierschutz** (Tiermisshandlungen, Vernachlässigungen, illegaler Handel mit Tieren und Pelzen, etc.) und die dafür zuständigen Behörden stärken. Das gilt insbesondere für verbesserte Möglichkeiten zum Schutz vor illegalem Welpen-, Pelz- und Tierhandel. Die Koalition setzt sich für ein Verbot von Wildtieren in den Zirkussen ein.

Wir werden ein Wildtierkompetenzzentrum einrichten und stärken die Wildtierstation.

Für mehr Sauberkeit in der Stadt wollen wir ein Taubenmanagement etablieren mit dem Ziel, die Taubenpopulation zu reduzieren.

Wir wollen die Arbeit der Berliner Tiertafel weiter unterstützen und prüfen eine Institutionalisierung einer entsprechenden Unterstützungsinfrastruktur.

Wir prüfen eine Kapazitätserhöhung zur Gewährleistung der Unterbringung von Abgabetiern im Berliner Tierheim und in der Tiersammelstelle. Wir setzen uns für die Abschaffung der Rasseliste bei Hunden ein.

Wir qualifizieren das Tierschutzverbandsklagerecht mit dem Ziel, Tierschutz wirksam voranzubringen.

Verbraucherschutz

Wir wollen die Verbraucherrechte durch Erweiterung des Beratungsangebotes der Verbraucherschutzzentralen an zwei Standorten in der Stadt stärken. Für Haushalte mit geringem Einkommen wollen wir einen kostenlosen Energiespar-Check anbieten.

Die Koalition bekennt sich zu dem vom Europäischen Gerichtshof geprägten Verbraucherleitbild. Ob Werbung, Verbraucherschlichtung oder Verbraucherschutz im

digitalen Raum: Verbraucherinnen und Verbraucher sind dann stark, wenn sie gut informiert und über ihre Rechte aufgeklärt sind. Um das zu gewährleisten, werden wir die Informationen zum Verbraucherschutz besser bündeln und prominent platzieren.

Verbraucherschutz setzt dort an, wo Verbraucherinnen und Verbraucher durch ihr alltägliches Handeln mit wirtschaftlichen Interessen in Berührung kommen. Oberstes Ziel des wirtschaftlichen Verbraucherschutzes ist für uns der faire Interessenausgleich zwischen Verbraucherinnen und Verbrauchern und der anbietenden Wirtschaft. Dazu gehören insbesondere der Schutz und die Stärkung der Interessen und der Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher. Um ihnen selbständiges Handeln auf Augenhöhe mit der Wirtschaft zu ermöglichen, setzen wir auf Beratung, Transparenz und Aufklärung.

Insbesondere **Energieberatung** ist gerade in aktuellen Zeiten steigender Energiepreise wichtig, um Überschuldung von Verbrauchern zu vermeiden. Um sich in der Vielzahl der Beratungsangebote und Hilfsleistungen besser zu orientieren, wird die Koalition die Energieberatung in den Bezirken stärken.

Die Koalition forciert den nachhaltigen **Umgang mit Lebensmitteln** und unterstützt unter Einbindung der regionalen Wirtschaft einen ganzheitlichen Ansatz und bündelt bestehende Initiativen zu Schulessen, zum Wert regionaler Lebensmittel und zur Lebensmittelverschwendung. Wir setzen uns dafür ein, dass das „Containern“ von Lebensmitteln entkriminalisiert wird.

Das **Lebensmitteltransparenzgesetz** wird schnellstmöglich mit dem Ziel eines besseren und rechtssicheren Verbraucherschutzes überarbeitet, das Überlastung der Betriebe und Behörden unter Beachtung der personellen Kapazitäten der Behörden berücksichtigt.

Die **Berliner Ernährungsstrategie** wird fortgesetzt. Die Koalition setzt sich für ein größeres pflanzenbasiertes Angebot in den Berliner Gemeinschaftsküchen ein.

Arbeit

Gute Arbeit in allen Bereichen ist für uns der Schlüssel zu gesellschaftlicher Teilhabe. Für uns gilt das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit“.

Landesmindestlohn und Vergabemindestlohn bleiben erhalten und werden dynamisch angepasst. Die prozentuale Höhe der Anpassung des Landesmindestlohns und des Landesvergabemindestlohns soll den prozentualen Steigerungsempfehlungen der Bundesmindestlohnkommission entsprechen. Der Landesmindestlohn und der Landesvergabemindestlohn dürfen den bundeseinheitlichen Mindestlohn um höchstens bis zu 1,50 Euro übersteigen; höchstens entsprechen Landesmindestlohn und Landesvergabemindestlohn dem Betrag, der erforderlich ist, um nach 45-jähriger sozialversicherungspflichtiger Vollzeitbeschäftigung eine Altersrente ohne Aufstockung aus weiteren Sozialsystemen zu ermöglichen. Der Landes- und Vergabemindestlohn sind der Grundstundenlohn ohne weitere Zulage, das Gesetz wird dementsprechend angepasst.

Das **Land Berlin** soll als attraktiver und moderner **Arbeitgeber** seinen Beschäftigten ein angenehmes Arbeitsumfeld und gute Arbeitsbedingungen bieten. Landesbetriebe und landeseigene Gesellschaften sollen mindestens ein Prozent ihrer Stellen mit Personen besetzen, die durch das Budget für Arbeit (und Budget für Ausbildung) gefördert werden. Der Entgeltgleichheit-Check wird in den Verwaltungen und landeseigenen Betrieben verbindlich angewendet.

Die Koalition sorgt für eine schrittweise **Angleichung des Tarifniveaus** von Tochterunternehmen landeseigener Unternehmen oder anderer Landesbeteiligungen an das Tarifniveau ihrer jeweiligen Mutterunternehmen, wenn nicht unabweisbare sachliche Gründe dagegenstehen. An der **Tariftreue** im Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz halten wir fest und schulen die Mitarbeitenden in den Vergabestellen entsprechend.

Aus- und Neugründungen dürfen nur sachlich begründet und nicht zum Beispiel zur Tariffucht, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen oder Erschwerung von Mitbestimmung erfolgen. Bereits erfolgte Aus- und Neugründungen wollen wir zurückführen.

Landeseigene Unternehmen sollen Vollmitglieder in den jeweiligen Arbeitgeberverbänden werden. Wir unterstützen überall **innerbetriebliche Mitbestimmung** auf gesetzlicher Basis – andere Formen zur Ersetzung der gesetzlichen Mitarbeitervertretungen schließen wir aus. Die Koalition wird die Berliner Beratungsstelle Berufskrankheiten fortführen.

Sachgrundlose Befristungen im Verantwortungsbereich des Landes sind grundsätzlich ausgeschlossen. Sachgrundbezogene Befristungen sind auf das notwendige Maß zu reduzieren. Wir setzen uns im Bund dafür ein, prekäre Beschäftigung weiter einzuschränken. Das Projekt Joboption Berlin wird weiterentwickelt. Das Land Berlin soll in all seinen Behörden und Betrieben mindestens fünf Prozent der Stellen mit Menschen mit (Schwer-) Behinderung oder ihnen gleichgestellten Personen besetzen und Arbeitsplätze bei Bedarf barrierefrei gestalten. Die Unternehmen im Eigentum des Landes Berlin sowie Körperschaften, Stiftungen und Anstalten des öffentlichen Rechts werden ab dem 1. Januar 2025 dazu verpflichtet, die Ausgleichsabgabe in fünffacher Höhe des Regelsatzes zu entrichten.

Berlin wird Vorbild für gute Ausbildung. Die Zahl der Ausbildungsplätze wollen wir erhöhen und die Rahmenbedingungen für Ausbildung verbessern. Das Land Berlin, die landeseigenen Unternehmen und Stiftungen stehen in der besonderen Verantwortung, die Anzahl der Ausbildungsplätze, insbesondere für strukturell benachteiligte Menschen, zu steigern. Die Wohn- und Lebenssituation von Auszubildenden und Fachschülerinnen und -schülern werden wir in den Fokus nehmen.

Wir stehen für die Gleichwertigkeit von akademischer und nicht-akademischer Bildung ein. Um die Attraktivität des Handwerks zu steigern, werden wir die **Meisterfortbildung kostenfrei** stellen. Die Koalition wird Frauen und unterrepräsentierte Gruppen bei der beruflichen Weiterentwicklung und dem Aufstieg zur Führungskraft unterstützen, etwa bei der Meisterprüfung. Ziel ist auch die Förderung der Erlangung der Ausbildungsbefähigung. Das **Schulgeld wird für die auszubildenden Sozialassistentinnen und Sozialassistenten** abgeschafft.

Mit der **Berliner Ausbildungsplatzgarantie** ab dem Ausbildungsjahr 2024/25 bringen wir mehr Menschen in Ausbildung, auch um niemanden nach der Schulzeit zurückzulassen. Wir werden die **Berufs- und Studienorientierung** in den Schulen stärken, Praxisphasen ausweiten und verpflichtende Praktika in den Jahrgängen 9 und 10 in allen Schulformen einführen. Schnellstmöglich legen wir ein entsprechendes Konzept zur Umsetzung der Ausbildungsplatzgarantie vor.

In einem **Bündnis für Ausbildung** wollen wir gemeinsam mit der Berliner Wirtschaft und weiteren Akteuren der Berufsbildung erreichen, dass in den Berliner Betrieben bedarfsgerecht ausgebildet wird. Im Rahmen des Bündnisses werden Wege für eine dauerhafte Schaffung von zusätzlichen betrieblichen Ausbildungsplätzen erörtert. Die zuständige Senatsverwaltung wird umgehend nach der Regierungsbildung einen im Senat konsentierten Gesetzentwurf für eine Ausbildungsplatzumlage erarbeiten und im Bündnis vorlegen. Das Ergebnis der Bündnisarbeit muss die dauerhafte Schaffung von **mindestens 2000 zusätzlichen betrieblichen Ausbildungsplätzen** bis zum 30. April 2025 sein. Sind diese zusätzlichen Ausbildungsplätze nicht bis zum 30. April 2025 dauerhaft geschaffen, wird vor der Sommerpause 2025 ein parlamentarisches Verfahren für eine gesetzliche Regelung zur Einführung einer **Ausbildungsplatzumlage** abgeschlossen.

Wir wollen die Handlungsspielräume der **Jugendberufsagenturen** vergrößern, inklusiver entwickeln und die aufsuchende Beratung als festes Element vorsehen. Um die „Dienstleistung aus einer Hand“ zu stärken, streben wir eine konkrete Zielvereinbarung mit der Bundesagentur für Arbeit an. Wir werden die gesetzliche Grundlage für einen gelingenden Datenaustausch zwischen den Partnern (Jobcenter, Agentur für Arbeit, Senatsverwaltung, Bezirksamt) schaffen.

Die Koalition wird ein Pilotprojekt zur Stärkung der **aufsuchenden Berufsorientierung** in ausgewählten Quartieren mit sozialen Herausforderungen auflegen und hierzu schnellstmöglich ein Konzept erarbeiten. Wir schaffen eine landesrechtliche Regelung zur Datenvermittlung des 11. Pflichtschuljahres und prüfen dessen Einführung.

Wir stärken das Landeskonzept Berufsorientierung und evaluieren alle Angebote. Die Angebote „Komm auf Tour“ und das „Berliner Programm Vertiefte Berufsorientierung“ sollen in allen Bezirken durchgeführt und die dafür bereitgestellten Mittel aufgrund des gestiegenen

Bedarfe erhöht werden. Angebote wie die Schulpatenschaften für Schülerinnen und Schüler an Grundschulen oder BOKompakt für Jugendliche mit Beeinträchtigungen führen wir fort. Wir entwickeln gezielt weitere Angebote, um die Folgen der besonderen Herausforderungen für Schülerinnen und Schüler aus den Corona-Maßnahmen abzufedern, darunter neue Angebote mit Peer-to-Peer-Elementen in Zusammenarbeit mit den Verbänden der Jugendarbeit.

Wir erarbeiten ein Konzept für eine unabhängige zentrale **Beschwerde- und Beratungsstelle** für Auszubildende bei Problemen an den Schulen oder bei der Arbeitsstelle. Diese soll 2025 starten.

Streik ist ein Grundrecht, auch für Auszubildende. Dort wo das Land Berlin Regelungsmöglichkeiten hat, werden Streiktage nicht auf die Fehlzeiten von Auszubildenden angerechnet.

An Berufsschulen bzw. Oberstufenzentren sollen **ausbildungsbegleitende Deutsch- und Fachsprachkurse** als reguläre Ergänzung zu vorhandenem Deutschunterricht angeboten werden. Zudem werden bei privaten staatlich anerkannten Berufsschulen solche Kurse gefördert.

Es werden mehr inklusive Ausbildungsplätze durch den öffentlichen Dienst und die landeseigenen Unternehmen geschaffen. Die Einführung einer verbindlichen Quote wird geprüft. Bis Ende 2025 sollen **100 Budgets für Ausbildung** vereinbart werden. Die Jugendberufsagenturen und Reha-Abteilungen der Jobcenter werden wir als Partner für bessere Aufklärung sowie für eine Kampagne für die Nutzung des Budgets gewinnen.

Wir werden Unternehmen bei **Investitionen in Weiterbildungsmaßnahmen** im Zusammenhang mit Transformationsprozessen, die nicht durch das Qualifizierungschancengesetz abgedeckt werden, unterstützen. Die Weiterbildungsverbände in Berlin und die Fachstelle Qualifizierungsberatung in KMU werden berlinweit ausgebaut und gebündelt.

Die Koalition unterstützt die zielgruppenspezifische Erarbeitung von Strategien für entsprechende Qualifizierungsangebote zur **Aneignung von digitalen Kompetenzen** und Sicherung von armutsfesten Einkommen. Das Land Berlin unterstützt mehrsprachige Beratungsangebote zu Elternzeit und Pflege. Zur Schaffung von mehr sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung bei haushaltsnahen Dienstleistungen werden wir passende Maßnahmen prüfen.

Um Menschen mit Behinderungen gleichberechtigte Teilhabe auf dem Arbeitsmarkt zu sichern, werden wir die bestehenden Angebote wie den Übergang zwischen Schule und Ausbildung von vollerwerbsgeminderten Menschen evaluieren und die Schaffung einer **unabhängigen Beratungsstelle** zur Teilhabe am Arbeitsleben prüfen. Die Koalition wird sich an Modellprojekten des Bundes beteiligen und einen Gesetzentwurf zum Inklusiven Arbeitsmarkt konstruktiv begleiten. Die „Aktion Schichtwechsel“ wird weiterhin unterstützt.

Für Menschen mit Beeinträchtigung gewährleisten wir, dass sie auch weiterhin in einem geschützten Rahmen einer sinnstiftenden Beschäftigung nachgehen können. Dafür unterstützen wir **Werkstätten für Menschen mit Behinderung** und deren

Weiterentwicklung. Darüber hinaus wird die Vergabe von staatlichen Aufträgen an Inklusionsfirmen und Werkstätten für Menschen mit Behinderung vereinfacht. Die Koalition will die Inklusionsunternehmen stärken.

Wir werden das vorhandene Erwerbspotenzial – neben der Fachkräftezuwanderung – im Inland besser fördern. Dazu werden wir die Steuerung der Fachkräftepolitik zentralisieren, eine **Fachkräftestrategie** umsetzen und eine **Verbleibstudie für Berliner Studierende** erstellen.

Für die **berufliche und gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Flucht- und Migrationsgeschichte** ist die schnellere Anerkennung ausländischer Abschlüsse unerlässlich. Das LAGeSo soll gestärkt werden. Die Koalition wird Berlins Wirtschaft bei der **Anwerbung ausländischer Fachkräfte** unterstützen und legt bis Mitte 2024 ein Konzept vor. Zudem wird eine bessere Unterstützung bei Berufsanerkennungen, die nicht über das Landesamt erfolgen, angestrebt.

Das LEA soll gestärkt werden. Berlin richtet ein interdisziplinäres **Welcome Center** für internationale Fachkräfte als „One Stop Agency“ ein.

Die Koalition wird zur **Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Solo-Selbständigen** beitragen und Scheinselbständigkeit zurückdrängen. Das „Haus der Selbständigen“ werden wir unterstützen und im Bund darauf hinwirken, den Eintritt von Solo-Selbständigen in die gesetzliche Gesundheits- und Rentenversicherung zu erleichtern.

Um die gesetzlich notwendigen Aufgaben bewältigen zu können, muss die **Attraktivität der sozialen Berufe** deutlich erhöht werden. Die Koalition wird prüfen, wie sowohl die Träger im Sozial-, Erziehungs- und Bildungsbereich als auch die im Bereich der öffentlich geförderten Berliner Beschäftigungs-, Bildungs-, und Beratungsträger dazu befähigt werden, Tarife auf Höhe des TV-L anzuwenden.

Die Koalition unterstützt die attraktiven Aus- und Weiterbildungsangebote der **Jobcenter**. Gute Beratung sowie zielgerichtete und individuell angepasste Vermittlungsmaßnahmen ermöglichen Langzeitarbeitslosen den Weg zurück in eine dauerhafte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in für sie passende Berufe und Branchen. Weiterbildung und Qualifizierung sollen gleichrangig unterstützt werden, dazu gehört für uns auch eine dreijährige Berufsausbildung. Bewährte Vermittlungsprojekte – wie beispielsweise das Berliner Arbeitslosenzentrum (BALZ) und das Berliner Beratungszentrum für Migration und Gute Arbeit (BEMA) – werden unterstützt.

Die Koalition steht zu den bestehenden Verträgen des Solidarischen Grundeinkommens. Eine Weiterentwicklung der aktiven Arbeitsmarktinstrumente wird die Koalition im Bundesrat konstruktiv unterstützen. Die Koalition steht zur zuverlässigen Finanzierung der Berliner Jobcenter. Beschäftigte der Jobcenter sollen regelmäßig von Weiterbildungen profitieren und das Modell der Lichtenberger Aktiv-Teams für ganz Berlin Anwendung finden. Wir wollen den **Betreuungsschlüssel in den Jobcentern**, insbesondere im Bereich der Intensivvermittlung, verbessern. Die Koalition unterstützt die Jobcenter, bei der Einrichtung der unabhängigen Schlichtungsstelle einheitliche Strukturen für ganz Berlin zu etablieren.

Die Koalition will bei der **Refinanzierung der Arbeit der Träger** die Kosten berücksichtigen, die durch die Betriebsratsarbeit entstehen. Wir prüfen, wie Sachkosten oder anteilige Sachkosten einschließlich der darin enthaltenen Overhead-Kosten im Einzelfall besser berücksichtigt werden können. Die Refinanzierung des Tarifvertrages für Assistentinnen und Assistenten im Arbeitgebermodell wird weiterhin sichergestellt.

Die Bezirke sollen jeweils prüfen, eine Person als **Ansprechpartnerin bzw. als Ansprechpartner für Gute Arbeit und Ausbildung** zu benennen.

Die Koalition wird den Aufbau einer **spezialisierten Arbeitseinheit in der Berliner Staatsanwaltschaft** gegen betriebsverfassungsrechtliche Straftaten fortführen. Die Dienstaufsicht über die Arbeitsgerichtsbarkeit bleibt bei der Senatsverwaltung für Arbeit. Das Landesamt für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit (LAGeTSi) soll gestärkt werden.

Zur **Bekämpfung der Schwarzarbeit** wird die Regionalisierung der Ahndung weiter vorangebracht.

Für jede **Taxi- und Mietwagenkonzession** sollen die Unternehmen die rechtskonforme Erfassung der Arbeitszeiten und die entsprechenden Lohnzahlungen nachweisen. Wir orientieren uns dabei an dem in Hamburg praktizierten Modell.

Soziales

Berlin steht wie keine andere Stadt für das soziale Miteinander und unterhält ein beispielloses Netz an Einrichtungen und Angebote. Die Koalition wird die sozialen Angebote bedarfsgerecht weiterentwickeln und für die Berlinerinnen und Berliner leichter zugänglich machen.

Die Koalition wird alle durch das Land Berlin und die Bezirke finanzierten und geförderten Angebote unter dem Dach „**Soziales Berlin**“ vernetzen und die finanzielle Förderung sichtbar machen. Wir wollen die **unabhängigen Sozialberatungen** zu Türöffnern für die große Hilfelandschaft erweitern. Auf berlin.de soll eine zentrale Plattform mit allen Angeboten geschaffen werden. Die Koalition treibt den automatisierten **Datenaustausch zwischen Behörden** voran und setzt sich für innovative, digitale Lösungen zur Fallbearbeitung im Bereich Soziales ein, insbesondere die Abläufe zwischen den Sozialämtern und Jobcentern werden vereinfacht und automatisiert. Bei Bedarf soll eine persönliche Begleitung des Übergangs zwischen SGB II und SGB XII bereitgestellt werden.

Die Koalition bekennt sich zum **Subsidiaritätsprinzip**. Die Wohlfahrtsverbände, gemeinnützige und freie Träger sind Dienstleister und starke Partner für den sozialen Zusammenhalt in unserer Stadt. Die Koalition stärkt insbesondere die **Gleichstellung von Frauen in der Arbeitswelt**.

Die Koalition wird das **Zuwendungsrecht entbürokratisieren und vereinfachen**. Die Einrichtung der zentralen Ansprechstelle für Zuwendungen sowie der Geschäftsstelle für das landeseinheitliche IT-Verfahren soll zügig umgesetzt werden. Die Einführung einer **Gemeinkostenpauschale** werden wir prüfen.

Die Koalition unterstützt ein berlinweit flächendeckendes Angebot von **Stadtteilzentren** in jedem der 58 Berliner Prognoseräume. Die Koalition wird die vorhandenen 38 Stadtteilzentren fortführen und 12 neue Stadtteilzentren realisieren, insbesondere mittlere und kleinere Stadtteilzentren werden gestärkt und das Budget um Regiekosten erweitert.

Stadtteilzentren, Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenfreizeitstätten und soziale Beratungsangebote sind wichtige Angebote. Sie legen einen Schwerpunkt auf kultursensible, mehrsprachige und inklusive Angebote. Der Ausbau der **sozialen Infrastruktur** in den Sozialräumen mit hohen Unterstützungsbedarfen und hoher Armut wird vorrangig verfolgt.

„Kiezfonds“, Stadtteilkassen und andere **Projekte der Bürgerschaft** sind ein Beitrag zur Aufwertung des Wohnumfeldes und für den sozialen Zusammenhalt, über die wir gezielter informieren wollen.

Träger- und Sozialraumbudgets werden nach fachlichen Kriterien erprobt. Das ISP-Programm wird zur Stärkung der **Querschnittsaufgabe Inklusion** aufgestockt.

Einsamkeit ist in Berlin für immer mehr Menschen Teil ihres Alltags. Die Koalition bekennt sich in ihrem Handeln, dieser Entwicklung Rechnung zu tragen und Strategien zum Umgang mit Einsamkeit und zum Kampf gegen Einsamkeit zu entwickeln. Der **Tag gegen Einsamkeit** wird ein berlinweiter Anlass zur Vernetzung von Politik und Stadtgesellschaft.

Die Koalition verfolgt eine umfassende Strategie zur Bekämpfung von Kinderarmut unter Beteiligung von Bündnispartnern. Aufbauend auf dem bisher Erreichten, wie der Berliner Strategie gegen Kinder- und Familienarmut, der Berliner Armutsstrategie und der ressortübergreifenden Gemeinschaftsinitiative, werden in einem „**Chancenbündnis**“ zur Bekämpfung von Kinder- und Familienarmut die Maßnahmen interdisziplinär erarbeitet und koordiniert.

Um Präventionsketten vor Ort zu stärken und Brüche in den Übergängen von Kita, Schule und Ausbildung zu vermeiden, soll die **Kita- und Schulsozialarbeit** gestärkt werden. Die Koalitionspartner setzen sich im Bund und im Land dafür ein, dass Leistungen für Familien zukünftig einfach und unbürokratisch zugänglich gemacht werden. Kinder und Jugendliche sollen vor einem Aufwachsen in Armut geschützt werden. Die Koalition wird sich im Bund für eine wirksame Reform der staatlichen Transferleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts von Kindern einsetzen, die durch eine Bündelung und einen verbesserten Zugang die Teilhabe an diesen Leistungen erleichtert – beispielsweise durch eine eigenständige Kindergrundsicherung. Für eine bessere Verzahnung von Bund und Land sollen Maßnahmen zur **Bekämpfung von Kinderarmut** ergänzend erfolgen.

Leistungen für Familien werden wir bündeln und den automatisierten Datenaustausch zwischen Einrichtungen und Ämtern vorantreiben. Wir führen einen digitalen „**Berliner Chancenpass**“ für alle Kinder ein, um einen unbürokratischen Zugang zu Bildung und sozialer Teilhabe für Kinder aus einkommensschwachen Familien sicherzustellen.

Auch im Alter sollte niemand von Armut betroffen sein. Die vielfältigen Dimensionen von Altersarmut wollen wir u. a. mit finanziellen Unterstützungsmaßnahmen aber auch Angeboten zur Stärkung der sozialen Teilhabe wohnortnah, intergenerativ, interkulturell, inklusiv und auch in verbandlichen Strukturen bekämpfen. Dazu werden wir die Bürgerinnen und Bürger besser über ihre bestehenden Ansprüche und ergänzende Unterstützungsangebote informieren. Die **Bekämpfung von Altersarmut** muss bereits in der Erwerbsphase ansetzen. Dazu stärken wir die Beratungs-, Bildungs- und Beschäftigungsinfrastruktur, um insbesondere Menschen in langen Phasen prekärer Einkommenssituationen und unbezahlter Sorgearbeit zu unterstützen. Da Frauen überproportional von Armut im Alter betroffen sind, wollen wir insbesondere durch zukunftsorientierte Modelle der Vereinbarkeit von Erwerbs- und Sorgearbeit für alle Geschlechter der Altersarmut entgegenwirken. Die Koalition wird Altersarmut geschlechterdifferenziert in das Monitoring Soziale Stadtentwicklung aufnehmen und die Arbeit der Landesarmutskonferenz unterstützen.

Wir beteiligen uns am **Härtefallfonds** des Bundes **zur Ost-West Rentenüberleitung, für Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler und jüdische Kontingentflüchtlinge**.

Die Leitlinien der Seniorenpolitik setzt die Koalition ressortübergreifend um. Das **Seniorenmitwirkungsgesetz** wird auf Basis der Evaluation überprüft und weiterentwickelt. Wir prüfen eine Ausweitung der Beteiligungsmöglichkeiten und die Professionalisierung der Wahldurchführung in den Bezirken. Die Koalition stärkt die Geschäftsstelle der Landesseniorenvertretung und des -beirats sowie die Seniorenvertretungen in den Bezirken und verbessert ihre Ausstattung. Im Dialog mit Seniorengruppen will die Koalition bis Ende der Legislatur ein **Altenhilfestrukturegesetz** auf Grundlage des § 71 SGB XII erarbeiten.

Die interkulturelle und diversitätssensible Öffnung der Altenhilfe wird vorangetrieben. Den Zugang zu kulturellen Veranstaltungen und öffentlichen Einrichtungen wie Museen werden wir für Seniorinnen und Senioren weiter vergünstigen und in einer **Seniorenkulturwoche** freien Eintritt gewähren. Ältere Menschen werden bei der Anwendung digitaler Kommunikation unterstützt. Analoge Zugangsmöglichkeiten in den öffentlichen Bereichen werden weiterhin bereitgestellt.

Hitzehilfe und Kältehilfe sollen als ein sich ergänzendes und Synergien hebendes Angebot die soziale Infrastruktur stärken. Niedrigschwellige Angebote im Rahmen der Hitzehilfe wie Bereitstellen und Verteilen von Trinkwasser, aufsuchende Sozialarbeit, Möglichkeiten zur Abkühlung in öffentlichen Einrichtungen sollen geprüft und ausgebaut werden. Die Koalition setzt sich für den Ausbau von bezahlbaren seniorengerechten und barrierefreien Wohnungen und für mehr Seniorenfreizeitangebote in den Bezirken ein. Das Konzept des Mehrgenerationenwohnens („Co-Housing“) soll verstärkt gefördert werden. Wir wollen **Mehrgenerationenwohnprojekte** auf den Weg zu bringen.

Um **Energiearmut** zu vermeiden, will die Koalition bei sozialen Härtefällen die Zahl der Strom- und Gassperren verringern und möglichst ganz vermeiden. Zur Abminderung der Folgen von Härtefällen wird die Koalition Betroffene finanziell unterstützen. Zwangsräumungen von besonders vulnerablen Personengruppen sollen nur vollzogen werden können, wenn für diese Ersatzwohnraum bereitgestellt wird. Dies werden wir prüfen. Die Koalition setzt sich zudem im Bund dafür ein, dass bei Begleichung von Mietschulden unter bestimmten Umständen auch die ordentliche Kündigung unwirksam wird.

Die AV-Wohnen wird unter Berücksichtigung gestiegener Kosten weiterentwickelt.

Zur **Prävention von Wohnungs- und Obdachlosigkeit** werden die bestehenden Beratungsangebote, wie zum Beispiel die unabhängige Sozial-, Mieter- sowie Schuldner- und Insolvenzberatung fortgesetzt und weiterentwickelt. Die Koalition setzt sich für umfassende Maßnahmen ein, um die Situation von Wohnungs- und Obdachlosen in unserem Land zu verbessern. Die Neuausrichtung der **ASOG-Unterkünfte** ist für die Koalition zentral. Mindeststandards für vertragsfreie ASOG-Unterkünfte privatwirtschaftlicher Vermieterinnen und Vermieter sollen angehoben werden. Die Betreiber sollen künftig verpflichtet werden, Sozialbetreuerinnen bzw. Sozialbetreuer vorzuhalten, damit die Menschen sicherer und informierter sind. Ebenso werden wir eine **24-Stunden-Hotline** zur Vermittlung bedarfsorientierter Unterbringung einrichten. Wir wollen zusätzliche Obdachlosen-Treffs einrichten und eng mit den Trägern von Obdachlosenhilfeeinrichtungen zusammenarbeiten. Wir gründen einen landesweiten „**Rat Obdachlosenhilfe**“, der sich aus Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Ressorts und Ebenen zusammensetzt, um eine koordinierte und effektive Umsetzung von Maßnahmen für Wohnungs- und Obdachlose zu erzielen. Die grundlegende **medizinische, pflegerische und psychosoziale Versorgung** muss auch für obdachlose Menschen und Menschen ohne ausreichenden Krankenversicherungsschutz gewährleistet sein. Die Koalition schafft ein niedrigschwelliges Angebot an der Schnittstelle zwischen der Wohnungslosenhilfe und der Eingliederungshilfe. Wir werden den **Einsatz mobiler Sozialarbeit** verstärken, um besonders wohnungs- und obdachlosen Menschen mit psychischen Erkrankungen den Weg ins Hilfesystem zu erleichtern. Wir werden den Dialog mit unseren europäischen Nachbarn suchen, um gemeinsame Beratungs- und Hilfestrukturen für die Betroffenen aufzubauen. Wir werden den

Qualitäts-Check und die Berliner unabhängige Beschwerdestelle (BuBS) auf vertragsgebundene Unterkünfte der Wohnungslosenhilfe ausweiten und weiterentwickeln. Außerdem werden wir einen Kosten- und Vergütungsrahmen für die Unterbringung von Wohnungslosen erstellen. Wir wollen zur Verbesserung der Situation von suchtmittelabhängigen wohnungs- bzw. obdachlosen Menschen, insbesondere für Frauen, zusätzliche suchtmittelakzeptierende Angebote schaffen. Wir prüfen die Ausweitung der ASOG-finanzierten Modellprojekte „Safe Places“. Die Koalition verfolgt das Prinzip **Housing First**, verstetigt die existierenden Projekte und weitet sie auf vulnerable Personengruppen aus. Wir wollen in Zusammenarbeit mit den Bezirken zusätzliche Wohnmöglichkeiten, insbesondere für wohnungslose Frauen mit und ohne Kinder, schaffen.

Für passgenaue Angebote für Wohnungs- und Obdachlose aus anderen Ländern sollen Leistungsanbietern ausreichende Ressourcen bereitgestellt werden, damit sie ihre **Dienstleistungen in verschiedenen Sprachen, barrierefrei und bedürfnisorientiert** anbieten können.

Wir werden die Anzahl der zur Verfügung stehenden Plätze in **24/7-Einrichtungen** der Obdachlosenhilfe erhöhen. Sie sind in das bestehende Hilfesystem zu integrieren, um ganzjährige fachliche Unterstützung bieten zu können. Darüber hinaus verstetigen wir das Modellprojekt Obdachlosenlotsen. Die **Kältehilfe** wird bedarfsgerecht ausgestaltet. Den Notunterkünften wird ein Kontingent an Einzelfahrscheinen für den ÖPNV zur Verfügung gestellt. Die Koalition wird die Hygieneversorgung von wohnungs- und obdachlosen Menschen in unserer Stadt verbessern, indem wir **mobile Hygieneangebote** weiterentwickeln und ausreichend finanzieren.

Das Land Berlin hat in den letzten Jahren über 100.000 **Geflüchtete** aufgenommen, insbesondere aus der Ukraine. Damit Berlin seiner Verantwortung als sicherer Hafen gerecht werden kann, bauen wir die professionelle Unterstützungsstruktur zur Unterbringung, Versorgung, Integration, zu Bildungs- und Arbeitsmarktzugängen weiter deutlich aus. Unser Ziel ist eine dezentrale und integrationsfördernde Unterbringung und eine **bedarfsgerechte sozialarbeiterische Begleitung**. Nutzungskonflikte durch die Belegung von sozialen Einrichtungen oder Turnhallen wollen wir vermeiden.

Inklusion

Wir gestalten ein inklusives Berlin mit dem Anspruch einer gleichberechtigten, vollen und wirksamen Teilhabe und fördern Chancengerechtigkeit, Gleichstellung und soziale Gerechtigkeit. Barrierefreiheit als Qualitätsstandard umfasst alle Lebensbereiche.

Die Koalition setzt ein klares Zeichen für ein ressortübergreifendes **Disability Mainstreaming**: Jede Senatsverwaltung stärkt die Rechte und Belange von Menschen mit Behinderungen bei Maßnahmen eigenverantwortlich und beteiligt sie und die sie vertretenden Organisationen.

Wir wollen das **Landesgleichberechtigungsgesetz** beschleunigt umsetzen. Der Maßnahmenplan „Berlin inklusiv“ wird fortgeschrieben und nach 2025 mit Erfolgsindikatoren versehen. Die Zentrale Steuerungsstelle **Focal Point** soll gestärkt werden.

Die „**Landesfachstelle für Barrierefreiheit und angemessene Vorkehrungen**“ soll gestärkt werden. Auf Landes- und Bezirksebene soll die fachliche Expertise für bauliche Barrierefreiheit einbezogen werden. Der **Partizipationsfonds** zur Stärkung der Teilhabe von Menschen mit Beeinträchtigungen wird bedarfsgerecht aufgestockt. Die Rechte des Landesbeirats für Menschen mit Behinderungen und die bei der Landesbehindertenbeauftragten angesiedelte Schiedsstelle werden gestärkt. Die Koalition baut zeitnah unter Einbeziehung der Betroffenen das **inklusive Mobilitätskonzept** für Menschen mit Beeinträchtigungen in ihrer Vielfalt aus. Dazu gehören die Evaluation, der Ausbau und die bedarfsgerechte Ausgestaltung (u. a. der Servicezeiten) der bestehenden Mobilitätsdienste.

Bestehende Ansätze zum Schutz der Aufzüge vor Vandalismus sollen verstärkt werden und zur Beschleunigung der Reparatur defekter Aufzüge soll eine „Task Force“ eingerichtet werden. Das Förderprogramm für **Inklusionstaxis** wird fortgesetzt, das Taxibudget hierzu angepasst. Die Möglichkeiten zu Spontanfahrten im **Sonderfahrdienst** werden bekannter gemacht. Die Koalition wird Angebote der sozialen Einrichtungen für gehörlose Menschen erweitern und so die Gebärdensprache in die Mitte unserer Stadtgesellschaft tragen. Hierzu wird ein Fonds aufgelegt, aus dem Kosten für Gebärdensprachdolmetscherinnen und -dolmetscher anteilig übernommen werden. Die Verfahren zur Anerkennung der Schwerbehinderung werden durch barrierefreie Digitalisierung verbessert und beschleunigt.

Für eine anteilige Kostenübernahme der **Eingliederungshilfe** setzt sich das Land Berlin beim Bund ein und wahrt den Vorrang der Eingliederungshilfe gegenüber anderen Leistungen. Leistungen der Eingliederungshilfe werden nicht systematisch durch Pflegeleistungen ersetzt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Teilhabefachdienste werden kontinuierlich qualifiziert, das Berliner Teilhabeinstrument unter Einbeziehung der Interessenvertretungen evaluiert und anwendungsorientiert landesweit einheitlich nachgesteuert. Die Koalition startet zügig einen Prozess der „Strategiekonferenz Inklusion, Selbstbestimmung und Eingliederungshilfe“. Wir prüfen, eine unabhängige Ombudsstelle für Streitfälle bei der Gesamtplanung einzurichten.

Für Frauen und Mädchen in Einrichtungen der Eingliederungshilfe sichern wir den Schutz vor Gewalt und Missbrauch. Dabei setzen wir u. a. auf unabhängige Überwachung, konsequente Umsetzung des **Wohnteilhabegesetzes** und Gewaltschutz als Prüfung der Heimaufsicht

sowie auf die finanzielle Absicherung der Frauenbeauftragten. Eine Studie zur Stärkung der sexuellen und reproduktiven Rechte von Mädchen und Frauen mit Behinderungen in besonderen Wohnformen wird aufgelegt. Wir begleiten den 2025 in Berlin stattfindenden Global Disability Summit.

Wirtschaft

Wir wollen Berlin und die Metropolregion Berlin-Brandenburg im nächsten Jahrzehnt klimaneutral transformieren und zu einem der bedeutendsten Wirtschafts-, Technologie- und Innovationsstandorte Europas weiterentwickeln. Dabei steht die Koalition zur sozialen Marktwirtschaft und für eine klare Willkommenskultur für Unternehmen und Gründerinnen und Gründer.

Um dem Wirtschaftsstandort Berlin neue Wachstumsimpulse zu geben, entwickelt die Koalition ein tragfähiges Konzept einer international aufgestellten **Wirtschaftskonferenz**.

Die Koalition wird die bestehenden Clusterstrategien überprüfen und für einen neuen clusterübergreifenden Fokus Kreislaufwirtschaft im Sinne des Green New Deal werben. Die Koalition prüft, die **gemeinsame Innovations- und Clusterstrategie** (innoBB 2025) an die wirtschaftliche Entwicklung anzupassen und klimaneutral auszubauen.

Die Koalition wird insbesondere die **Gesundheitswirtschaft in der Metropolregion** weiter stärken und zur führenden Region ausbauen. **Leuchtturmprojekte** wie das Translationszentrum für Zell- und Gentherapie, sind hierfür ein gutes Beispiel und bilden den Nukleus für die Weiterentwicklung des **Biotechnologie-Standorts** zu einem globalen Hotspot für neuartige Therapien. Dafür ist neben der **Förderung des Ökosystems** auch die Stärkung der entsprechenden Aufsichts- und Genehmigungsbehörden erforderlich. Außerdem werden wir **Forschungsprojekte zur Frauengesundheit** unterstützen.

Die Koalition will Berlin als Europas **Startup- und Gründungs-Hauptstadt** sowie als Zentrum von Innovation und Nachhaltigkeit entwickeln und mit einer Kampagne kommunizieren.

Die **Startup-Agenda** wird umgesetzt, mit bestehenden Strategien und Bestandsunternehmen verzahnt und **Social Entrepreneurship** gefördert. Der **runde Tisch „Startups“** wird von der Wirtschaftsverwaltung fortgeführt und die **Startup-Map** weiterentwickelt. Hochschulen sollen stärker untereinander und mit der Wirtschaft in **Innovationsnetzwerken** zusammenarbeiten, hierzu prüft die Koalition auch die Etablierung eines **KMU-Büros**. Damit das Berliner Startup-Ökosystem bei der Lösung der Aufgaben der Digitalisierung stärker einbezogen werden kann, werden **Hackathons** oder andere Formate unterstützt. Darüber hinaus ist die Sichtbarkeit über die relevanten **Forschungsergebnisse** mittels einer Plattform notwendig, um das Know-how erfolgreich in die Unternehmen zu transferieren.

Die künstliche Intelligenz ist eine der Schlüsseltechnologien unserer Zeit. Deshalb werden wir zur Bündelung der existierenden Initiativen und Vernetzung mit der Wirtschaft ein Berliner **KI-Hub** gründen. Die Koalition wird Berlin zu einem international relevanten **Zentrum für Deep-Tech** machen. Der DeepTechAward und die DeepTechBerlin-Kampagne werden langfristig gesichert. Die Koalition wird die Berlin Finance Initiative dabei unterstützen, ein **House of Finance and Tech** in Berlin zu etablieren.

Die Koalition forciert, dass mehr Ideen und **Produkte „Made in Berlin“** auch in Berlin erprobt und zur Anwendung gebracht werden. Die Koalition wird daher die **Pilotförderung von Reallaboren** ausbauen und für sie vereinfachte Rahmenbedingungen schaffen. Unter

Einbindung der lokalen Wirtschaft fördert die Koalition die Einrichtung zusätzlicher, gegebenenfalls **mobiler Labore in den Kiezen**. **Lokale Innovationsprojekte** und **Reallabore** werden unterstützt.

Wir werden das **Berliner Start-up-Stipendium** weiterentwickeln und auf 12 Monate ausdehnen.

Neben exzellenter Forschung und Lehre als Ziele der Hochschulen soll der Technologietransfer über **Ausgründungen** eine relevante Ergebnismessgröße in den Hochschulverträgen werden.

Wir werden eine Bundesratsinitiative forcieren, die es **Gründerinnen und Gründern aus Nicht-EU-Ländern** unter vorgegebenen Kriterien ermöglicht, zu gründen.

Die Berliner **Wirtschaftsbüros** in den USA und China werden evaluiert. Weitere Standorte für Berlin-Büros werden identifiziert.

Alle Menschen können gründen. Die Koalition strebt die **Öffnung der Berliner Förderprogramme** für Menschen ohne akademischen Abschluss an.

Die Koalition wird das Projekt „SCHULEWIRTSCHAFT“ dahingehend verstärken, dass **Schülerfirmen** fester Bestandteil möglichst vieler Schulen werden.

Zur **Unterstützung Berliner KMU** bei der digitalen Transformation wird die **Digitalagentur Berlin** unter anderem im Themenfeld IT-Sicherheit und Präventionsmaßnahmen weiter ausgebaut und die Digitalprämie fortgeführt. Die Koalition wird die Einrichtung einer **Servicestelle „Datenschutzberatung“** prüfen.

Berlins größte produzierende Branche ist die **Kultur- und Kreativwirtschaft**. Wir stärken den **Berliner Kunstmarkt** mit der Gallery Weekend, der Positions und bauen die DesignWeek aus.

Die Netzwerkarbeit und Acceleration-Programme des **Fashion Hub** werden fortgesetzt. Wir begrüßen, dass sich die Berliner Fashion Week als einzigartiger Nukleus für Nachhaltigkeit und Tech etabliert hat. Diesen Weg wird die Koalition verstetigen.

Die Koalition setzt sich für die Etablierung einer **Leitveranstaltung im Games-Bereich** ein und setzt eine Anschubfinanzierung des „**House of Games**“ um. Die Marke „GamesCapitalBerlin“ richten wir neu aus. Kooperationen mit dem Computerspielmuseum und der Internationalen Computerspielesammlung (ICS) werden genutzt, um die Sichtbarkeit zu verbessern, weitere Synergien zu nutzen und die Attraktivität des Standortes zu steigern. Die **Runden Tische „Games“ und „E-Sports“** werden von der Wirtschaftsverwaltung weitergeführt.

Die Koalition wird den digitalen Verwertungsformen in der **Musikwirtschaft** dadurch gerecht, dass sie das Musicboard beauftragt, Künstlerinnen und Künstler zur Selbstvermarktung zu befähigen.

Die **Digital- und Kreativwirtschaft** wird bei privatwirtschaftlichen Investitionen in neue Gewerbeflächen unterstützt. Dazu wird die Koalition auch die Umnutzung einzelner Flächen, gegebenenfalls auch mit Werkwohnungen, von zuvor anderer Nutzung ermöglichen.

Die Koalition wird in Berlin ein ganz neues, international ausgerichtetes **Kreativ- und Digitalfestival** als Kombination aus Messe, Konferenz und Festival etablieren, das Kreativ- und Tech-Branchen verbindet. Lokale, nationale und internationale Künstlerinnen und Künstler sowie Unternehmerinnen und Unternehmer sollen zusammen gebracht und die Berliner Veranstaltungswirtschaft eingebunden werden.

Regelmäßig alle zwei Jahre wird zudem ein **Kultur-, Kreativ- und Digitalwirtschaftsbericht** veröffentlicht, welcher neben der wirtschaftlichen Entwicklung auch die Wechselwirkungen mit anderen Branchen/Märkten darstellt.

Wir wollen in der Stadt **Großveranstaltungen** weiterhin ermöglichen. Dazu brauchen wir einen verlässlichen, landesweiten Rahmen, insbesondere zum Schallschutz und Lärm. Das **Lärmschutzsanierungsprogramm für Berliner Clubs** wird die Koalition weiterführen.

Die Koalition wird das **Tourismuskonzept 2018+** für Berlin fortschreiben. Einen Schwerpunkt legt die Koalition auf die Resilienz-, Anpassungs- und Innovationsfähigkeit und das nachhaltige Wirtschaften der Branche. Die Umsetzung des **Fonds „Ökologischer Tourismus“** setzen wir fort.

Die Koalition wird die Instrumente der Tourismusförderung nutzen, um **Arbeitsbedingungen in der Branche zu verbessern** und die touristischen **Strukturen auf Bezirksebene zu stärken**, um **Destinationen** weiterzuentwickeln, neue zu schaffen und deren Vermarktung zu sichern. Die Installation des touristischen Stadtinformationssystems, einschließlich digitaler Nutzungs- und Präsentationsmöglichkeiten, wird weiterentwickelt.

Die Koalition prüft die **Abschaffung der Meldepflicht in der Übernachtungsbranche** und setzt sich alternativ für die Digitalisierung ein. Die Koalition wird ein **Wassertourismuskonzept** in Zusammenarbeit mit Brandenburg entwickeln.

Das erfolgreiche **Programm „Neustart Berlin“** wird weiterentwickelt. Im Fokus dabei stehen das Gastgewerbe, das Schausteller- und Veranstaltungsgewerbe, die Messe- und Kongresswirtschaft, der Einzelhandel sowie die Kultur- und Kreativwirtschaft. Wir werden diese Branchen bis Ende 2024 von der **Sondernutzungsgebühr für öffentliches Straßenland** befreien.

Wir werden die Errichtung eines Campus für Hotellerie und Gastronomie (**HOGA-Campus**) prüfen. Hier sollen Aus- und Weiterbildung für die Branche stattfinden.

Wir wollen den **Zugang zu Fördermitteln so einfach wie möglich gestalten**. Der Koalition ist wichtig, dass ein kalkulatorischer Unternehmerlohn für Selbständige berücksichtigt wird.

Mit Wettbewerben wie „Mittendrin Berlin!“ und einem gezielten **Geschäftsstraßenmanagement** unter Einbeziehung der Bezirke wollen wir Kooperationsprojekte und zivilgesellschaftliche Formate zur **Stärkung der Standorte** entwickeln.

Die Koalition bekennt sich zu den Berliner Zentren und Berlins vielfältiger Kiezstruktur und wird in einem **Zentren Gipfel** Strategien zur Entwicklung des Handelsstandortes Berlin und dem lokalen Handel entwickeln. Die Koalition wird unter dem Dach des Zentren Gipfels jeweils für identifizierte Standorte eine „**Task Force Zentrenentwicklung**“ einrichten. Diese wird für den Standort in Zusammenarbeit zwischen den Senatsverwaltungen für Stadtentwicklung und Wirtschaft, den betroffenen Bezirken sowie den Akteuren vor Ort (Eigentümer, Gewerbetreibende) Konzepte für eine Reaktion auf veränderte Einkaufsgewohnheiten erarbeiten und diese in der Umsetzung begleiten. Dabei sollen insbesondere neue **Nutzungsmischungen, Zwischennutzungen, Leerstandsmanagement** und die verstärkte **Integration kultureller, sozialer und öffentlicher Nutzungen** betrachtet sowie einer Verödung der Erdgeschosszonen entgegengewirkt werden.

Wir wollen das bestehende **Berliner Gesetz zur Gründung von Immobilien- und Standortgesellschaften (BIG)** novellieren und die Möglichkeit einer Anschubfinanzierung durch die IBB schaffen.

Unter Berücksichtigung der gerichtlichen Beschlusslage zum **Ladenöffnungsgesetz** wird die Koalition die bestehenden Regelungen zur Sonntagsöffnung rechtssicher gestalten.

Das **Aktionsprogramm Handwerk** soll fortgeführt und zur Zukunftsfähigkeit des Handwerks weiterentwickelt werden. Die **Meistergründungsprämie** und den **MeisterBONUS** setzt die Koalition um.

Das neue Konzept der **Gewerbehöfe** wird gemeinsam mit der WISTA vorangetrieben. Dem bereits begonnenen Projekt Gewerbehof 2.0 in Lichtenberg sollen kurzfristig weitere Standorte in der Stadt folgen.

Das in Oberschöneweide geplante **Innovations- und Technologiezentrum Industrie 4.0** wird kurzfristig gemeinsam mit der Berliner Hochschule für Technik und Wirtschaft umgesetzt. Klimaschutz muss für Berlin zum Jobmotor werden.

Die Koalition hat das Ziel, den Anteil **industrieller Fertigung in Berlin** zu erhöhen und **Wertschöpfungsketten** klimaneutral zu erweitern. Die Koalition wird die Unternehmen mit gezielten Förderstrukturen bei der Digitalisierung, Dekarbonisierung und Fragen des demografischen Wandels sowie bei Qualifizierungsmaßnahmen für die Beschäftigten passgenau unterstützen. Der **Masterplan Industriestadt Berlin** wird auf die Ziele der Internationalisierungsstrategie, Ansiedlungspolitik und Standortmarketing hin weiterentwickelt. Dazu stärken wir die **Zukunftsorte** und die bestehenden **Unternehmensnetzwerke**.

Der „**Steuerungskreis Transformation der Berliner Industrie**“ (SKIP) wird unter Einbindung der Sozialpartner fortgeführt und weiterentwickelt.

Um die Bedarfe am Arbeitsmarkt in der Metropolregion decken zu können, forciert die Koalition eine gemeinsame **Fach- und Arbeitskräftestrategie**, die sowohl Qualifizierungspotenziale, Berufsorientierung, Zuwanderung und Unternehmensnachfolge sowie Frauen, Alleinerziehende und bisher unterrepräsentierte Gruppen in den Blick nimmt.

Die Koalition unterstützt Unternehmen bei der Entwicklung von **Förderkonzepten für erwerbstätige Menschen, die Fürsorgeleistungen** erbringen.

Die Koalition setzt sich für **schnellere Antragsverfahren von Fach- und Arbeitskräften** aus dem Ausland ein. Wir setzen dabei auch auf die bestehenden Strukturen des **Business Immigration Service** bei Berlin Partner.

Um den Anteil der Gründerinnen und Meisterinnen am Wirtschaftsgeschehen in Berlin deutlich zu erhöhen, wird die Koalition den **Chancenfonds** für weibliche Gründungen sowie weitere begleitenden Maßnahmen verstetigen und ausbauen. Die hierin enthaltenen Beratungsangebote zur Existenzgründung und die Berufsorientierung werden mit Blick auf die MINT-Fächer und handwerkliche Berufe gestärkt. Über die IBB-Ventures wollen wir den **Zugang von Frauen zu Venture Capital** stärken, Hemmnisse abbauen und weibliche Business Angels beim Matching stärker unterstützen. Die **Unternehmerinnen-Akademie** und den **Unternehmerinnen-Tag** wird die Koalition stärken.

Die Koalition unterstützt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Unternehmerinnen und Unternehmer sowie für Freiberuflerinnen und Freiberufler und wird sich auf Bundesebene dafür einsetzen, die **soziale Absicherung von Solo-Selbständigen** zu verbessern, insbesondere Maßnahmen zum Mutterschutz.

Die **migrantische Ökonomie** ist eines der starken Potenziale der Stadt. Diese Unternehmen verfügen über Ressourcen, die wir mit passgenauen Qualifizierungs- und Förderangeboten stärken wollen. Stipendien und Fonds sollen zur Gründung ermutigen. Auswahlgremien werden divers besetzt.

Der **Preis „Vielfalt unternimmt“** wird dauerhaft verankert. Die Koalition prüft, wie diskriminierungsfreie und anonymisierte Bewerbungen auf Förderprogramme ermöglicht werden können.

Das **Standortmarketing** soll ausgebaut werden. Gemeinsam mit Berlin Partner und abgestimmt mit den Bezirken entwickeln wir ein aktives Standortmarketing zum Thema Wirtschaft. Die Zusammenarbeit von Berlin Partner und visitBerlin soll stärker miteinander verzahnt und intensiviert werden.

Darüber hinaus wird die Koalition **visitBerlin als Tourismusförderer** stärken und damit beauftragen, weitere **Großkongresse** für Berlin zu gewinnen, um die Marke Berlin weltweit zu positionieren. Der World Health Summit wird gestärkt.

Die Koalition unterstützt die **internationale Ausrichtung der Berliner Unternehmen**. **Internationale Wirtschaftskooperationen** mit anderen Regionen werden unterstützt, ebenso die **Wirtschaftsförderungen in den Bezirken**. Auch die **bezirklichen Unternehmensnetzwerke** werden mit einer gemeinsamen Strategie zur Stärkung ihrer Arbeit unterstützt.

Durch **Entbürokratisierung und die Anpassung des Vergaberechts** wollen wir die Berliner Wirtschaft entlasten und ihr in Zeiten von Inflation und Fachkräftemangel die Möglichkeiten verschaffen, die sie braucht, um sich frei entfalten zu können. Soziale und ökologische Standards bleiben erhalten.

Wir wollen, dass sich mehr kleine und mittlere Unternehmen an **Ausschreibungen** beteiligen. Das **Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz** wird samt Verordnungen im Jahr 2024 evaluiert. Der Koalition ist besonders wichtig, dass der Zuschlag auf Grundlage einer transparenten Bewertungsmatrix aus Qualität, Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit erfolgt.

Die **Kompetenzstelle „Faire Vergabe“** und die **zentrale Kontrollgruppe** im Wirtschaftssenat setzen ihre Arbeit fort.

Mit dem **Impact-Fonds** stärken wir ökologische, soziale und nachhaltige Start-ups. Wir stärken das **Aktionsbündnis Fairer Handel**, überarbeiten die entwicklungspolitischen Leitlinien und setzen die Ausrichtung an den UN-Nachhaltigkeitszielen fort. Die **Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit (LEZ)** soll gestärkt und die laufenden Projekte fortgeführt werden.

Die **Gigabitstrategie** des Landes Berlin wird fortgeführt und ihre Umsetzung bis 2028 vorgezogen. An den zentralen Industriestandorten sowie an den Zukunftsorten werden wir das Glasfasernetz bis 2025 aufbauen. Dem **Ausbau von Glasfaser, symmetrischen Gigabitanschlüssen und 5G** durch standardisierte Genehmigungsverfahren im Rahmen des Zukunftspakts der Verwaltung wird weiterhin hohe Priorität eingeräumt. Um flächendeckende Mobilfunknetze zu ermöglichen, stellt das Land Berlin landeseigene Gebäude bevorzugt zum Mobilfunkausbau zur Verfügung. Das **Gigabit-Kompetenz-Team (GKT)** und das **Berliner Breitband Portal** werden gestärkt und die Öffentlichkeitsarbeit wird ausgebaut.

Rechenzentren sind die Lebensadern der digitalisierten Welt. Die dafür notwendigen Flächen müssen in der Stadt bereitgestellt werden. Rechenzentren in einer Metropole müssen energetische Vorzeigeprojekte darstellen. Die Koalition entwirft ein Konzept, welche Flächen für Rechenzentren mit energetischer Synergie bei Abwärme genutzt werden können.

Die Koalition prüft die Idee einer **EXPO 2035** in Berlin. Mittels eines breit angelegten Beteiligungsprozesses soll dafür ein dezentrales Konzept gemeinsam mit den Partnern der Metropolregion und unter Einbindung der Stadtgesellschaft entwickelt werden.

Die Koalition wird das begonnene **Konzeptverfahren** zur Wiederbelebung des ICC weiterverfolgen. Rechtlich zulässige **Zwischennutzungen**, die keine erheblichen Baumaßnahmen erfordern sowie anderweitig finanziert und verantwortet werden, sollen ermöglicht werden.

Die Koalition bekennt sich ausdrücklich zum Messestandort Berlin. Der **Masterplan** soll fortentwickelt sowie der eingeleitete **Strategieprozess für die Messe** der Zukunft fortgeführt werden.

Mit der Verstetigung und Weiterentwicklung des **Kongressfonds**, der um den Schwerpunkt „Messe von Morgen“ für innovative Formate erweitert wird, wird die Koalition Messe- und Kongressgeschäfte unterstützen. Die Koalition prüft die Einführung eines **Festivalfonds** und unterstützt Formate der nachhaltigen Veranstaltungswirtschaft.

Um die Planung der verfügbaren Flächen in der Stadt für die Ansiedlung von Gewerbe, Industrie, erneuerbarer Energien, soziale Infrastruktur und Wohnungsbau mit einem transparenten und breit nutzbaren Flächenkataster zu verbinden, wird die Koalition einen **digitalen Zwilling von Berlin** erarbeiten. Bereits bestehende Anstrengungen, um bestehende Daten der Geoinfrastruktur anwendbar zu machen (Data Hub) werden dazu fortgeführt und eingebunden.

Energie

Versorgungssicherheit, Preisstabilität und Klimaneutralität sind handlungsleitend für die Koalition. Wir verfolgen das Ziel, die energiewirtschaftlichen Abhängigkeiten Berlins schnellstmöglich zu überwinden und die Transformation hin zur klimaneutralen Stadt durch Innovation und Investitionen voranzutreiben.

Die Koalition strebt mit dem Ziel der Versorgungssicherheit und Preisstabilität Eigentum an Energieinfrastrukturen an. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund der notwendigen Transformation der Energiewirtschaft hin zur Klimaneutralität und der Verringerung von Energieabhängigkeiten geboten. Die Koalition verfolgt weiter die Pläne zum **Erwerb der Fernwärme**, um sie zusammen mit starken industriellen Partnern zu betreiben und zu finanzieren. Hierzu streben wir eine Mehrheitsbeteiligung an der GASAG mit dem langfristigen Ziel eines integrierten Netzbetriebs für Gas und Wärme an. Die Koalition wird im Fall eines Anteilserwerbs die GASAG als Gesamtunternehmen erhalten. Für die Koalition sind der Erwerb der Fernwärme und der Mehrheit von Gesellschafts- und Stimmrechtsanteilen an der GASAG sich wirtschaftlich und vertraglich gegenseitig bedingende Themen.

Wir wollen den **Branchendialog Energieversorgungssicherheit** bei der Senatsverwaltung für Wirtschaft weiterführen.

Aufbauend auf dem Energieatlas und einem Wärmekataster wird eine ausgewogene Entwicklung der Versorgungsnetze hin zu einer vollständigen Dekarbonisierung und eine **umfassende Energie- und Wärmeplanung** aufgestellt und umgesetzt, die alle Wärmequellen in alle vor Ort bestehenden Infrastrukturen, insbesondere die Fern- und Nahwärmenetze, technologieoffen integriert. Der Kohleausstieg in den Berliner Kraftwerken soll möglichst vor 2030 umgesetzt werden. Die Wärmeleitplanung soll bei der Bauleit- und Quartiersplanung berücksichtigt werden.

Für die Koalition sind der Bericht der Enquete-Kommission „Neue Energie für Berlin“, das Berliner Energiewendegesetz (EWG) sowie das „Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm“ (BEK) Leitlinien ihrer Energiepolitik. Das **BEK wird überarbeitet und ambitioniert angepasst**.

Mit der Berliner Wirtschaft wollen wir unabhängig von der Unternehmensgröße Programme zur Unterstützung bei der Umstellung auf klimaneutrale Energiesysteme entwickeln.

Das Land Berlin wird schnellstmöglich eine **Gesamtstrategie für den Ladeinfrastrukturausbau** vorlegen. Neben dem Aufbau von Ladeinfrastruktur im öffentlichen Raum durch die Stadtwerke wird der Aufbau in privaten Räumen durch private Akteure forciert. Die Koalition prüft, welche öffentlichen Flächen hierfür zur Verfügung gestellt werden können. Das Stromnetz muss zügig für den erforderlichen Ausbau ertüchtigt werden.

Die Umstellung des Wirtschafts- und Taxiverkehrs auf elektrische Antriebe wird weiter gefördert. Wir wollen das Programm **Wirtschaftsnahe Elektromobilität (WELMO)** ausbauen. Dazu zählt auch die Förderung von Inklusionstaxen. Berücksichtigt werden sollen

auch die Möglichkeiten von Batteriewechselstationen, insbesondere für gewerbliche Flotten, im Rahmen von Tankstelleninfrastruktur.

Die Koalition sieht die Beteiligung der Mieterinnen und Mieter an der Energiewende in Form von **Mieterstrommodellen** als wichtigen Baustein für die Erschließung der Photovoltaik-Potenziale der Berliner Gebäude. Die Koalition setzt sich mit einer Bundesratsinitiative dafür ein, dass gewerbliche Mieterstromprojekte gleichgestellt werden.

Mit einer ambitionierten Politik für **grünen Wasserstoff** in allen Sektoren soll in Berlin in den kommenden Jahren der **Markthochlauf für Wasserstofftechnologien** erfolgen und damit ein Beitrag zur Erreichung der Klimaziele geleistet werden. Dazu wollen wir die notwendige technische Infrastruktur und Kooperationen ausbauen. Die Koalition prüft die Möglichkeiten der Beschleunigung des Anschlusses an das geplante **Wasserstoff-Backbone** und will diese gemeinsam mit dem Land Brandenburg entwickelte **Wasserstoff-Roadmap** umsetzen und weiterentwickeln. Außerdem wollen wir den Aufbau einer Wasserstoff-Tankstellen-Infrastruktur für den Schwerlastverkehr in der Metropolregion Berlin-Brandenburg unterstützen.

Die Koalition wird mit den Berliner Wasserbetrieben ein belastbares **Konzept zur Nutzung von Abwasserwärme** erarbeiten. Die Koalition wird die **Potenziale der Geothermie** konsequent nutzen und hierfür den Energieatlas um Geothermie erweitern. In Ergänzung zur Bundesförderung wird eine **Förderung der Tiefengeothermiebohrung** geprüft, ebenso wie die **Förderung zum Austausch von fossil befeuerten Heizungen** durch klimaneutrale Heizungsanlagen.

Wir streben eine Vereinbarung zum Thema gemeinsame **Energieregion Berlin-Brandenburg** an. Dafür wird ein gemeinsames Arbeitsgremium mit Vertretern aus beiden Bundesländern, den Energieversorgern und den Netzbetreibern benötigt.

Die Koalition wird den „**Masterplan Solarcity**“ vorantreiben, um das Ausbauziel von 25 Prozent an der Berliner Stromerzeugung so schnell wie möglich zu erreichen. Die Koalition wird die erfolgreiche **Solarkampagne** fortsetzen, um gemeinsam mit dem Berliner Handwerk den Ausbau von Solaranlagen weiter zu beschleunigen. Die **Fortführung des Solaranlagen-Förderprogramm (SolarPlus)** der Investitionsbank wird sichergestellt und deutlich ausgebaut, insbesondere auch im Hinblick auf die Nutzung von Fassaden.

Wir verstetigen das Informations- und Unterstützungsangebot des **Solarzentrums**. Geeignete Dachflächen auf öffentlichen Gebäuden, wie Schulen oder Verwaltungsgebäuden, werden in einen **gesamtstädtischen Installationsplan für Solaranlagen** aufgenommen. So wird die öffentliche Hand ihrer Vorbildfunktion für private Dächer und Wände gerecht.

Das **SolarReadiness-Programm** für öffentliche Gebäude zur Unterstützung des Solarenergieausbaus wird fortgesetzt und soll bei Bedarf aufgestockt werden.

Die Durchführung der Baumaßnahmen an der Netzinfrasturktur muss mit digitalen Instrumenten umgesetzt werden. Insbesondere für kleinere Maßnahmen sollen die **Möglichkeiten der Genehmigungsfiktion ausgeweitet** werden.

Wir werden bestehende Förderprogramme des Landes, wie z. B. **Effiziente Gebäude Plus**, deutlich aufstocken, verstetigen und weiterentwickeln. Dabei wird das Land mit gutem Beispiel vorangehen. Grundsanierungen öffentlicher Gebäude werden so ausgeführt, dass sie mit dem Ziel der Klimaneutralität Berlins vereinbar sind. Sanierungsfahrpläne werden entsprechend angepasst. Für den **privaten Wohnungsbestand wollen wir Förderprogramme aufstocken** und weiterentwickeln.

Die Kooperation zwischen den Stadtwerken und den Berliner Wohnungsbaugesellschaften und Bezirken bei Solar- und anderen Energieprojekten wird ausgebaut. Wir stärken die **Berliner Stadtwerke** als starke Partner der Energie- und Klimawende.

Gesundheit und Pflege

Als Gesundheitsmetropole zeichnet unsere Stadt Spitzenforschung auf Weltniveau und eine verlässliche medizinische Versorgung für alle Berlinerinnen und Berliner aus. Die Koalition wird sich genau für diese Mischung einsetzen und setzt dabei im besonderen Maße auf das außerordentliche Engagement und Fachwissen all derer, die im Gesundheitswesen tätig sind.

Personal und Fachkräfte

Die Koalition erkennt die Leistung des **Personals in den Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen** der Stadt einschließlich des Personals der zugehörigen Tochterunternehmen für die Gesundheitsversorgung der Stadt, das teils unter erheblichem Stress und Belastungen arbeitet, an. Die Koalition ist als Trägerin der landeseigenen Krankenhäuser Vorbild für gute Arbeitsbedingungen und steht für eine Verbesserung dieser sowie der Entlohnung. Wir halten eine Entlastung des Personals für essenziell und befürworten Verhandlungen der Tarifpartner, in denen mögliche Instrumente der Entlastung ausgehandelt und gegebenenfalls in tariflichen Regelungen festgehalten werden.

Unser Ziel ist, eine kontinuierliche und bedarfsdeckende **Aus-, Fort- und Weiterbildung** der Gesundheitsfachkräfte zu gewährleisten. Den geplanten Ausbildungscampus auf dem Gelände des Vivantes Wenckebach Krankenhauses werden wir mit Hochdruck realisieren und eine Ansprechpartnerin bzw. einen Ansprechpartner in der Senatsverwaltung dafür benennen.

In allen Gesundheitsberufen, die noch ein **Schulgeld** erfordern, wie z. B. Heilerziehungspflegerin bzw. Heilerziehungspfleger, wird das Schulgeld abgeschafft. Die Gewährung einer **Ausbildungsvergütung** in diesen Berufen wird geprüft und ist gegebenenfalls über einen Tarifvertrag umzusetzen. Zur Anerkennung der Gesundheitsfachberufe als duale Ausbildungen werden wir eine Bundesratsinitiative starten. Das Land Berlin wird sich weiterhin für eine angemessene Vergütung des notwendigen Praxisteils des Pflegestudiums im Bund stark machen und zügig in Landesrecht umsetzen.

Die Koalition wird sich für eine **Erhöhung der Studien- und Ausbildungsplatzkapazitäten** einsetzen und strebt eine bedarfsgerechte Ausbildungsquote in allen Einrichtungen des Gesundheitswesens an. Wir werden uns für gesetzliche Regelungen einsetzen, die die Kosten der Ausbildung für Pflegeberufe einschließlich Pflegefachassistenz sowie der Physio- und Ergotherapie angemessen mitfinanzieren. Das Landesprüfungsamt soll so ausgestattet werden, dass alle Prüfungen für die Gesundheitsberufe ohne Wartezeiten erfolgen können.

Um gut ausbilden zu können, brauchen wir ausreichend Dozentinnen und Dozenten. Daher wollen wir **Studienplätze der Medizinpädagogik** an den staatlichen Universitäten etablieren und die Anzahl an Studienplätzen der Pflegepädagogik erhöhen. Wir werden prüfen, wie künftig mehr Personen aus der Praxis Lehraufträge erhalten können.

Die **Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse** in Gesundheitsfachberufen ist ein unverzichtbarer Teil zur Gewinnung zusätzlicher Fachkräfte. Die Koalition setzt sich für eine Prozessoptimierung bei der Anerkennung international erworbener Ausbildungs- und Studienabschlüsse der Gesundheitsfachberufe und bei den Approbationserteilungen für

Ärztinnen und Ärzte im Landesamt für Gesundheit und Soziales (LaGeSo) mit dem Ziel der Beschleunigung ein und stärkt das LaGeSo.

Die Koalition hat sich zum Ziel gesetzt, nach neuen Wegen der **Fachkräftegewinnung** zu suchen. Wir wollen etwa durch Beratungsangebote individuelle Möglichkeiten aufzeigen, auch im Alter als Ärztin bzw. Arzt oder Psychotherapeutin bzw. Psychotherapeut tätig zu sein. Zudem erstellt der Senat ein Konzept zur Gewinnung von ausländischen Pflegefachkräften.

Die Koalition setzt sich dafür ein, dass **staatlich anerkannte Schulen des Gesundheitswesens** Fördermittel aus dem DigitalPakt Schule beantragen können. Die Förderrichtlinien werden dazu angepasst.

Gesundheitsstandort

Die Koalition wird die **Rückführung der Tochterunternehmen der landeseigenen Krankenhäuser** schnellstmöglich durchführen. Die Rückführungen sollen faire Arbeitsbedingungen garantieren. Weitere Ausgliederungen oder Outsourcing von Leistungen in unseren Krankenhäusern wird es nicht geben.

Wir wollen den Gesundheitsstandort Berlin als Hauptstadt der Medizin stärken und ausbauen. Die Koalition ist sich bewusst, dass dies nur unter Einbeziehung aller Krankenhausträger der Stadt gelingen kann.

Die beiden landeseigenen Krankenhauskonzerne **Charité und Vivantes** spielen dabei eine besondere Rolle. Die Koalition bekennt sich zu ihrer Eigentümerverantwortung und wird beide Häuser weiterhin in ihrer Entwicklung unterstützen und Kooperationen untereinander, aber auch mit Wirtschaftspartnern und außeruniversitären Einrichtungen ausbauen und fördern. Charité und Vivantes bleiben vollumfänglich in Landesbesitz. Geprüft wird eine veränderte Rechtsform bei Vivantes sowie eine gemeinsame Struktur für beide Häuser, die eine optimale Zusammenarbeit gewährleistet.

Hinsichtlich der **Gesundheitsstadt 2030** erfolgt eine verbesserte und abgestimmte Investitionsfinanzierung für Charité und Vivantes. Ziel ist es, insgesamt deren Kooperation zu stärken.

Mit der geplanten **Krankenhausstrukturreform des Bundes** stehen maßgebliche Veränderungen in der Gesundheitsversorgung an. Die Krankenhausreform darf im Land Berlin nicht zu Einschränkungen in der Versorgung führen. Wir wollen eine wohnortnahe Gesundheits- und Notfallversorgung auch nach der Reform sicherstellen und setzen uns auf Bundesebene für entsprechende Rahmenbedingungen ein. Dazu gehört auch der Aufbau ergänzender bedarfsgerechter ambulanter Strukturen. Die trägerplurale Berliner Gesundheitsversorgung bleibt, ebenso wie die öffentliche Trägerstruktur, erhalten. Regionale Unterschiede und Auswirkungen werden berücksichtigt. Wir befürworten eine geringere Rolle von Fallpauschalen bei der Finanzierung von Krankenhäusern. Die Koalition prüft, inwieweit weitere verpflichtende Qualitätskriterien für die Krankenhäuser in den Landeskrankenhausplan mit aufgenommen werden sollen.

Die Koalition stellt sicher, dass die **Investitionsmittel für die Krankenhäuser** weiter stetig ansteigen. Hierzu wird bei den Krankenhausinvestitionen das „**Green Hospital**“-Programm fortgeführt, um die Krankenhausinfrastruktur klimafreundlich zu entwickeln. Die **Klinikoffensive** ist Teil der Berliner Gesundheitsstrategie und soll die Wettbewerbsfähigkeit der Berliner Krankenhäuser stärken. Das Ziel der Koalition ist, die trägerplurale Krankenhausversorgung in der Stadt auf qualitativ hochwertigem Niveau zu sichern. Wir unterstützen auch den Neubau des Deutschen Herzzentrums an der Charité.

Medizinische Versorgung

Wir stärken die Arbeit der **Clearingstelle für nicht-krankenversicherte Menschen** und weiten den Fonds für die medizinische Versorgung aus. Angebote der Krankenversorgung für außerhalb des Regelsystems stehende Gruppen, zum Beispiel Obdachlose, werden weitergeführt. Die gesundheitliche Versorgung nicht-krankenversicherter Menschen bedeutet für Träger ein hohes wirtschaftliches Risiko. Deshalb werden wir eine faire Praxis zur „Nothelfer-Regelung“ mit den Bezirken finden.

Ziel der Koalition ist es, dass alle Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt rund um die Uhr eine schnellstmögliche und **bedarfsgerechte medizinische Versorgung** erhalten und sich die Situation in den Rettungsstellen für Patientinnen und Patienten sowie für das Personal verbessert. Die flächendeckende und patientenfreundliche **ambulante 24h-Notfallversorgung** wird von der Koalition gestärkt. Dabei ist es essenziell, dass Patientenströme bereits beim Transport nach einem Notruf besser kanalisiert werden und nur Patientinnen und Patienten, die tatsächlich eine Notversorgung brauchen, in die Rettungsstellen kommen. Um dies zu gewährleisten, setzen wir uns gegenüber der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) mit Nachdruck für einen Ausbau des Angebots an **Notdienstpraxen** im gesamten Stadtgebiet ein. Wir setzen uns zudem für effektive Sicherheitsvorkehrungen in den Rettungsstellen ein.

Wir wollen den **Ausbau digitaler Strukturen** wie IVENA vorantreiben, um die Vernetzung zwischen Rettungsstellen, Rettungswagen, STEMOs, Luftrettung und ambulanten Strukturen zu verbessern. Eine gemeinsame Strategie mit Brandenburg wird mitgedacht.

Wir wollen die Situation der Rettungsdienste nachhaltig verbessern und prüfen eine **gemeinsame Leitstelle für Rettungsdienst und Krankentransport in der kooperativen Leitstelle**. Die Koalition prüft hierbei, inwieweit die Rettungsdienste die Befugnis erhalten, Patientinnen und Patienten in niedergelassene Praxen zu überführen. In diesem Zusammenhang werden wir die Abrechnungsmodalitäten mit den Kassen klären.

Ziel der Koalition ist es, eine gute und gleichwertige medizinische Versorgung für alle Berlinerinnen und Berliner zu gewährleisten. Die Koalition wird deshalb Maßnahmen einleiten, insbesondere bei der Bedarfsplanung auf Basis aktueller Bevölkerungsdaten, um den **Ärztmangel** in Rand- bzw. mangelversorgten Bezirken zu beheben. Die Koalition begrüßt daher den Ausbau weiterer KV-Praxen in diesen Bereichen.

Ebenso werden wir mit der KV und weiteren Akteuren einen **Masterplan Ambulante Versorgung** in Berlin erarbeiten, der u. a. indikationsbezogene Versorgungskonzepte für die sogenannten Volkskrankheiten festlegt.

Die Koalition setzt sich dafür ein, dass das Angebot **der telefonischen Beratung des Ärztlichen Bereitschaftsdienstes** der KV auskömmlich finanziert ist, Streichungen zurückzunehmen sind und ein Konzept zur Ausweitung vorgelegt wird.

Wir werden die Themen Gesundheit, Gesundheitsschutz, Brandschutz und Erste Hilfe wieder stärker in den Fokus der Stadtgesellschaft bringen. Die Koalition unterstützt alle Akteure im Land und in den Bezirken bei der Erstellung und Umsetzung von Hitzeaktionsplänen.

Wir wollen die **Zahngesundheit** bei Kindern und Jugendlichen verbessern. Grundlage ist die Kooperation mit den Gesundheitspartnern sowie die Ziелеmatrix im Rahmen des Kindergesundheitszieleprozesses.

Im **Nichtraucherschutzgesetz** wird der Schutz vor Passivrauchen weiter vorangebracht. Kontrolldefizite werden abgebaut.

Ein Ziel der Koalition ist die Steigerung der **Organspendebereitschaft** in der Bevölkerung.

Um die angespannte Situation im **Maßregelvollzug** nachhaltig zu verbessern, strebt die Koalition eine schnelle Instandsetzung und standortoffene Erweiterung dieser oder anderer räumlichen Kapazitäten an. Das ärztliche und pflegerische Personal im Maßregelvollzug muss fair und angemessen bezahlt werden.

Die Koalition fördert Maßnahmen zur **Suchtprävention**. Die Unterstützung Suchtkranker, die Aufklärung und die Maßnahmen zur Minderung von Konsumrisiken werden ausgebaut und sind von zentraler Bedeutung für die **Drogen- und Suchtpolitik** der Koalition.

Drogenkonsumräume und Kontaktangebote werden hinsichtlich Öffnungszeiten und Anzahl ausgebaut. Für die am stärksten betroffenen Bezirke stellen wir zusätzlich **Beratungs- und Konsummobile** zur Verfügung. Die aufsuchende Sozialarbeit mit Fremdsprachenunterstützung soll ausgebaut werden, um flexibel und schnell reagieren und suchtkranken Menschen gezielt Hilfe anbieten zu können. Das geplante **Drugchecking-Projekt** wird schnellstmöglich als Modellprojekt umgesetzt und evaluiert. Perspektivisch soll das Drugchecking-Angebot erweitert werden. Die gesundheitlichen Gefahren, die von nicht-stoffgebundenen Süchten ausgehen, wie z. B. Glückspiel, Automatenspiele oder digitale Medien, will die Koalition mit spezifischen Projekten minimieren.

Die Koalition entwickelt ein berlinweites **Lagebild** zu Veränderungen beim Drogenhandel und öffentlichem Konsum. Daran müssen alle Bezirke und die Polizei verpflichtend beteiligt werden.

Das **Landeskonzept Sucht** wird evaluiert und weiterentwickelt. (Präventions-)Projekte, die Kinder und Jugendliche aus suchtbelasteten Familien unterstützen, werden gestärkt. Hierfür wird u. a. die Fachstelle für Suchtprävention unterstützt.

Jugend-, Gesundheits- und Verbraucherschutz spielen bei der Umsetzung einer möglichen Cannabis-Gesetzgebung auf Bundesebene eine herausragende Rolle.

Die Koalition wird die niedrighschwelligten Angebote zu multiprofessionellen, integrierten **Gesundheitszentren** erweitern und vernetzen. Wir werden das Landesprogramm „Kombi-

Praxis mit Sozialberatung“ und Kiezschwester-Modelle ausbauen, die Finanzierung sicherstellen, beides in den Bezirken erproben und wissenschaftlich evaluieren. Leistungen des ÖGD und der Jugendämter können hiermit verzahnt werden.

Die Koalition setzt sich dafür ein, dass die Transparenz über Betreiberstrukturen von Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) in Berlin erhöht wird und strebt eine berufsrechtliche Überwachung durch die Berufskammern an.

Wir wollen die Arbeitsbedingungen von Hebammen u. a. durch die Umsetzung der 1:1-Betreuung während der Geburt verbessern und die berufsbegleitende Nachqualifizierung erleichtern sowie Wiedereinstiegsprogramme für derzeit nicht klinisch tätige Hebammen entwickeln. Den Runden Tisch „Geburtshilfe“ setzen wir fort und entwickeln diesen weiter.

Die Koalition stärkt die **Schwangerenkonfliktberatung**. Der Zugang zu kostenfreien Verhütungsmitteln bleibt fortbestehen.

Die gesundheitliche Versorgung nach geschlechtsspezifischer Gewalt wird verbessert, die traumatherapeutische Versorgung ausgebaut und das pro-aktive Beratungsangebot nach häuslicher Gewalt auf weitere Notaufnahmen ausgeweitet. Die Arbeit der **Gewaltschutzambulanz** wird ausgebaut und um ein Fortbildungsangebot für Jugendämter erweitert.

Die Vielfalt der Berliner Bevölkerung muss sich auch in der Ausgestaltung von Gesundheitsversorgung und -forschung widerspiegeln.

Wir wollen die Kinder- und Jugendmedizin sowie die kinder- und jugendpsychiatrische Versorgung in Berlin stärken und ausbauen. Wir etablieren einen an die Landesgesundheitskonferenz angedockten **Runden Tisch Kindergesundheit**. Die Koalition treibt die digitale Vernetzung der Gesundheitsversorgung in Berlin und Brandenburg voran und etabliert ein zentrales Bettenmanagement in der stationären Pädiatrie.

Um die angespannte Situation in den Kinderkliniken sowohl für Patientinnen und Patienten als auch für Beschäftigte zu verbessern, wird die Koalition ein **Sonderinvestitionsprogramm** zur Stärkung der **Kinderkliniken** auflegen. Zudem strebt die Koalition den **Neubau einer Kinderklinik** in Berlin an. Um Rettungsstellen zu entlasten, werden die Öffnungszeiten der an Krankenhäusern angegliederten **Kindernotdienstpraxen** ausgeweitet. In einem weiteren Schritt sollen die Grundlagen für die Etablierung weiterer Notfallpraxen geschaffen werden. Zusätzlich verfolgen wir das Ziel, **24h-Kindernotdienstpraxen** in allen Bezirken zu schaffen. In einem Modellprojekt etablieren wir einen mobilen kinderärztlichen Bereitschaftsdienst, der auch eine Videoberatung anbietet.

Die Koalition setzt sich dafür ein, dass eine Kurzzeitpflegeeinrichtung für chronisch kranke oder behinderte Kinder aufgebaut wird und stellt dafür eine Anschubfinanzierung zur Verfügung.

Wir wollen, dass die **Früherkennungsuntersuchungen** vollständig wahrgenommen werden und die Ersthausbesuche des Kinder- und Jugenddienstes flächendeckend erfolgen. Wir führen die „**Frühen Hilfen**“ weiter. Die Koalition setzt sich auf Bundesebene dafür ein, dass

die Früherkennungsuntersuchungen U10, U11 und J2 Regelleistungen aller gesetzlichen Krankenkassen werden.

Die Präventionsinitiative „Berlin bewegt sich“ wird flächendeckend umgesetzt.

Die Koalition arbeitet an einer Verbesserung der Situation von Menschen mit **Demenz** und wird demenzfreundliche Kommune.

Wir forcieren den barrierefreien Umbau von Krankenhäusern, Arztpraxen und Gesundheitsdienstleistern sowie eine ausreichende Versorgung mit medizinischen Behandlungszentren für erwachsene **Menschen mit Behinderungen**. Die Koalition wird zudem prüfen, ob die zahnärztliche Versorgung von schwerstbehinderten Menschen ausreichend gewährleistet ist, um gegebenenfalls weitere Behandlungsplätze einzurichten.

Wir fördern den Aufbau wohnortnaher, niederschwelliger und interdisziplinär angelegter Anlaufstellen für von **Long/Post COVID** und/oder **Post-Vac** betroffenen Personen auch finanziell. Zudem setzt sich die Koalition bei den relevanten Akteuren und dem Bund für die Anerkennung von Post-COVID als Berufserkrankung ein. Für eine wissenschaftliche Forschungs- und Beratungsstelle wollen wir Bundesmittel akquirieren.

Wir werden das **Psychiatrieentwicklungsprogramm** (PeP) zügig evaluieren, weiterentwickeln und entbürokratisieren. Die Suizidpräventions-Programme, insbesondere auch für Jugendliche, werden ausgebaut und verstetigt. Die Versorgungssituation im Bereich der Psychiatrie und Psychotherapie wollen wir verbessern und legen einen Fokus auf Kinder und Jugendliche.

Für die psychologische und psychotherapeutische Betreuung obdachloser und geflüchteter Menschen erarbeiten wir ein gesamtstädtisches Konzept.

Das Berliner Landeskrankenhausesgesetz soll die ausreichende Finanzierung der Weiterbildung und ausreichende Praxisstellen für angehende Psychotherapeutinnen und -therapeuten gewährleisten und ist gegebenenfalls anzupassen.

Digitalisierung

Das Land Berlin wird seine Position als führende **Gesundheitsstadt** stärken. Wir unterstützen die Weiterentwicklung Berlins zur **Gesundheitsmetropole** und führendem Biotech-Standort, der internationale Spitzenforschung und gute Versorgung für alle zusammenbringt. Wir wollen Berlin gemeinsam mit Brandenburg als **Zukunftsregion für die Gesundheitswirtschaft** positionieren und sorgen für nachhaltig gute Translationsbedingungen.

Die angewandte Medizin, Wissenschaft, Wirtschaft und Startups werden stärker vernetzt, um beste Forschungsergebnisse in medizinischen Fortschritt umzuwandeln. Wir setzen uns für einen besseren Technologietransfer zur Maximierung von Ausgründungserfolgen ein.

Die Koalition wird sich der besonderen Bedeutung der **Digitalisierung** aller Einrichtungen des Gesundheitswesens annehmen, einen Masterplan erarbeiten sowie digitale Anwendungen wie die elektronische Patientenakte (ePA), Telemonitoring und Telehealth-

Lösungen einbeziehen. Notwendige (datenschutzrechtliche) Rahmenbedingungen und Infrastrukturen werden geschaffen und die Einrichtung einer gemeinsamen **Gesundheitsdatenplattform** geprüft.

Ein starker **öffentlicher Gesundheitsdienst** (ÖGD) mit seinen **Gesundheitsämtern** muss auch ein attraktiver Arbeitgeber sein. Dafür werden wir die Struktur, die Ausstattung und die Arbeitsbedingungen nach modernsten Standards gestalten. Die konsequente Digitalisierung der bezirklichen Gesundheitsämter und des LaGeSo treiben wir voran. Wir streben die Erarbeitung von weiteren Lösungsansätzen für eine bessere Bezahlung der Ärzte des ÖGD an.

Das Konzept des **Mustergesundheitsamtes** wird weiterentwickelt und die Erkenntnisse aus der Corona-Pandemie einbezogen. Die Koalition wird eine einheitliche und amtsärztliche Führungsstruktur in den bezirklichen Gesundheitsämtern gewährleisten.

Wir werden die Erfahrungen aus der Corona-Pandemie nutzen und eine landesgesetzliche Grundlage für Gesundheitslagen neben dem Katastrophenschutzrecht schaffen. Damit können einerseits die nötigen Strukturen (Senat, Bezirke, Hilfsorganisationen) und andererseits materielle Ressourcen schnell bereitgestellt werden.

Pflege

Wir wollen das Angebot an ambulanten pflegeunterstützenden Wohnformen und neuen stationären **Pflegeeinrichtungen** erweitern. Eine Bestandsaufnahme bildet die Grundlage für die gesamtstädtische Strategie, die auch Finanzierungsmöglichkeiten umfassen soll (z. B. über Landesbürgschaften). Eine Novellierung der Bauverordnung des Wohnteilhabegesetzes (WTG) wird umgesetzt und die Baukostenrichtwerte der Marktsituation angepasst.

Wir werden den **Ausbau der Infrastruktur in der Pflege** fördern und mit Anschubfinanzierungen unterstützen. Die Koalition kooperiert mit (kommunalen) Wohnungsbaugesellschaften und Trägern wie z. B. Vivantes im Rahmen eines Runden Tisches, um eine Pflegeinfrastruktur mit ausreichend Plätzen in der stationären Pflege, solitären Kurzzeitpflege, Pflege-WGs, hospizliche Tagespflege, der ambulanten Pflege und der Verhinderungspflege zu erreichen.

Die Koalition führt den **Runden Tisch Palliativ- und Hospizversorgung** weiter. Das Beratungsangebot wird ausgebaut, insbesondere für Familien mit an lebensverkürzenden Krankheiten erkrankten Kindern.

Durch vollumfängliche, transparente und gut auffindbar veröffentlichte Qualitätsprüfungen wollen wir die **Heimaufsicht stärken**. Pflegende Angehörige sind eine tragende Säule der Versorgung Pflegebedürftiger und müssen stärkere Unterstützung erhalten.

Die derzeitige Ausbildungszeit von 1,5 Jahren in der Pflegefachassistentenausbildung werden wir kurzfristig evaluieren. Gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit werden wir Fördermöglichkeiten erarbeiten, um die Finanzierungslücke zwischen den Gehältern der **Pflegekräfte** und der Ausbildungsvergütung zu schließen. Der Senat wird ein Konzept für ein Stipendien-Programm für Pflegehilfskräfte, die sich zur Pflegefachkraft weiterqualifizieren,

auflegen. Die Koalition setzt sich dafür ein, dass die Refinanzierung der Ausbildung sowohl in ambulanten als auch in stationären Einrichtungen mit den Kostenträgern vereinbart wird. Die Begleitforschung zum neuen Ausbildungsgang Pflegefachkraft wird vom Senat fortlaufend ausgewertet. Es wird geprüft, ob die Vertiefungsmodule angepasst werden müssen. Die Pflegefachkraftausbildung muss durchlässig und in Teilzeit möglich sein.

Eine Bundesratsinitiative zur **Regulierung der Leiharbeit in der Pflege** wird schnellstmöglich auf den Weg gebracht.

Das Modell der „**Berliner Hausbesuche**“ wird ausgebaut und auf ganz Berlin ausgeweitet. **Pflegestützpunkte** werden qualitativ weiterentwickelt. Die zuständige Fachverwaltung benennt eine Ansprechpartnerin bzw. einen Ansprechpartner für die Belange von Pflegebedürftigen, deren Angehörigen und für Pflegeauszubildende.

Die Koalition spricht sich für eine starke institutionelle **Interessenvertretung für Pflegeberufe** aus. Wir beabsichtigen die zeitnahe Durchführung einer Befragung der Menschen in Pflegeberufen, deren Ergebnis als Grundlage für die Errichtung einer dann zu schaffenden Institution dienen wird.

Die Koalition verfolgt das Ziel, ein Pflegewohngeld, mit dem Investitionskosten anteilig übernommen werden, einzuführen.

Wissenschaft und Forschung

Berlin ist einer der führenden, leistungsstärksten und vielfältigsten Wissenschafts- und Forschungsstandorte Europas. Der Beitrag der Wissenschaft zur Bewältigung der drängenden ökologischen Herausforderungen und zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts ist für unsere Stadt unverzichtbar.

Hochschulverträge

Die Hochschulen brauchen Verlässlichkeit und eine **angemessene Finanzausstattung**. Wir wollen die Hochschulverträge in ihrer Komplexität und ihrem Umfang reduzieren und weiterentwickeln. Die Berichtspflichten der Hochschulen werden reduziert. Den Hochschulen wollen wir **mehr Handlungsspielräume zur eigenständigen Entwicklung** und Profilbildung lassen. Das System der leistungsbasierten Finanzierung hat sich grundsätzlich bewährt. Bei der Mittelverteilung wollen wir auf Zielindikatoren verzichten, die Fehlanreize setzen bzw. von den Hochschulen nicht beeinflussbar sind oder nicht erreicht werden können.

Die Grundfinanzierung soll den Hochschulen eine effektive Basis für ihre grundsätzlichen Aufgaben in Forschung, Lehre und Transfer bieten und zugleich den erfolgreichen Wettbewerb um Drittmittel ermöglichen. Wir entwickeln für die Hochschulverträge eine neue Grundlage, die Planungssicherheit schafft. **Die derzeit jährliche Steigerung der Hochschulverträge von 3,5 Prozent wird ab 2024 auf jährlich 5 Prozent erhöht.**

Die Pensions- und Versorgungslasten stellen für die Hochschulen ein Risiko dar. Insoweit prüft die Koalition eine angemessene Berücksichtigung im Rahmen zukünftiger Vorsorgeregelungen für die **Pensionslasten** des Landes.

Die Koalition will eine Offensive für **Baumaßnahmen zur energetischen Sanierung und Ertüchtigung** an Hochschulen starten. Die Hochschulen sollen einen relevanten Anteil ihrer Rücklagen einsetzen. Kurzfristig umsetzbare Maßnahmen sollen unmittelbar realisiert werden, auch um teure Anmietungen im Sinne einer nachhaltigen Finanzierung zu reduzieren. Inhaltliche Grundlage kann dabei die erarbeitete und regelmäßig sachverständig fortzuschreibende Landeshochschulstandortentwicklungsplanung sein. Über die Durchführung der Maßnahmen soll zeitnah in den Leistungsberichten der Hochschulen berichtet werden.

Wir prüfen die Anhebung der Grenzen für die **eigenständige Bauherreneigenschaft** auf 20 Millionen Euro, werden auch kooperative und innovative Formen des Hochschulbaus prüfen und wollen die Bauplanung vereinfachen und beschleunigen. Die durch die Hochschulen für Baumaßnahmen, Bauvorbereitungsmaßnahmen und Bauunterhaltung nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit veranschlagten Mittel sind weiterhin gesondert auszuweisen und ausschließlich hierfür zu verwenden.

Die Koalition spricht sich für die Realisierung des Fraunhofer-Standorts für Allergologie und Immunologie am Standort Charité Campus Benjamin Franklin aus.

Hochschulautonomie

Staat und Hochschulen verständigen sich auf eine Kultur der Zusammenarbeit, die die Rolle des Staates in seiner Aufsichtsfunktion und der Wahrung gesellschaftlicher Interessen anerkennt und gleichzeitig durch eine **gestärkte Autonomie der Hochschulen** diesen mehr Freiräume zur Entfaltung ihrer Potenziale schafft. Die Studierendenschaft und die akademische Selbstverwaltung sind dabei integrale Bestandteile demokratischer Hochschulen.

Die zentralen rechtlichen Rahmenbedingungen werden wir dahingehend überprüfen, ob sie es den Hochschulen erleichtern, bestmögliche Leistungen in Studium und Lehre zu erbringen, sich im Forschungswettbewerb zu behaupten und geeignete Formen der Mitbestimmung sicherzustellen.

Die Regelungen der **Lehrverpflichtungsverordnung** werden wir umfassend überarbeiten, damit **moderne Lehr- und Lernformen** sowie die zahlreichen neu hinzugekommenen gesetzlichen Aufgaben und neue Mitarbeiterkategorien der Hochschulen angemessene Berücksichtigung finden. Die Kapazitätsverordnung wollen wir ebenfalls überarbeiten und diese mit der Lehrverpflichtungsverordnung harmonisieren. Die Mitarbeiterverordnung wird grundsätzlich auf den Prüfstand gestellt.

Wir werden das Berliner Hochschulgesetz dahingehend präzisieren, dass Gremienreferate, und an Hochschulen, die über keine Gremienreferate verfügen, die Gremiensachbearbeiterinnen und -sachbearbeiter gegenüber den Gremienmitgliedern auskunfts- und beratungspflichtig sind.

Wir werden auch im Rahmen eines Gutachtens prüfen lassen, ob die Normen zu Beauftragten der Hochschulen gegebenenfalls einer Überarbeitung bedürfen. Wir unterstützen die Übertragung des **Berufungsrechts** auf Antrag der Hochschule unter der Voraussetzung, dass entsprechende Qualitätssicherungs- und Governancestrukturen eingerichtet sind. Wir wollen ein wettbewerbsfähiges Modell für gemeinsame Berufungen zwischen Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen entwickeln. Wir werden uns gegenüber dem Bund für die Umsatzsteuerbefreiung gemeinsamer Berufungen im Berliner Modell einsetzen.

Personal, Karriere und Fachkräfte

Um im internationalen wissenschaftlichen Wettbewerb weiter erfolgreich zu sein, brauchen wir neben exzellenten Professorinnen und Professoren auch einen hochqualifizierten akademischen Mittelbau – künftig wahrscheinlich deutlich ausdifferenzierter als bislang – und ebenso hochqualifizierte Beschäftigte in Technik, Service und Verwaltung. Für alle diese Personalkategorien gilt: optimal qualifizieren, die Besten gewinnen und halten.

Karrieregestaltung und Lebensplanung von jungen Menschen müssen auch im Wissenschaftsbetrieb in Einklang gebracht werden können. Wir unterstützen deshalb die Hochschulen bei der Entwicklung neuer wissenschaftsadäquater Modelle für Möglichkeiten zur Dauerbeschäftigung. Das Land bekennt sich zum Ziel, verlässliche und dauerhafte Perspektiven für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu schaffen.

Wir setzen uns für einen fairen und transparenten Zugang zur **Nachwuchsqualifizierung** und optimal begleitete Karriereschritte bei guten Arbeits- und Qualifizierungsbedingungen ein. Dabei soll der Grundsatz gelten, dass aus Grundmitteln finanzierte Arbeitsverhältnisse an den Hochschulen nur dann befristet werden, wenn sie der wissenschaftlichen Qualifizierung dienen. Gleichzeitig stellen wir sicher, dass die Hochschulen ihrer Aufgabe der kontinuierlichen Nachwuchsförderung und -ausbildung auch weiterhin nachkommen können und zu jeder Zeit eine angemessene Anzahl von Qualifizierungsstellen zur Verfügung steht.

Dies bedeutet auch, dass wir den Ausbau von **Tenure-Track-Stellen** unter angemessener Berücksichtigung der Fächerkulturen für den wissenschaftlichen Nachwuchs unterstützen.

Bei der Neugestaltung attraktiver Karrierewege für den Nachwuchs ergeben sich Gestaltungsspielräume und gegenseitiger Nutzen durch Zusammenwirken der Hochschulen mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen (BR 50) und der regionalen Wirtschaft.

Die professorale Lehre soll weiter in Studium und Lehre die zentrale Rolle spielen und im Umfang gestärkt werden.

Die Ergebnisse der **Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes** (WissZeitVG) im Bund werden wir analysieren und die Berliner Regelungen daraufhin kritisch überprüfen, um optimale Bedingungen für den wissenschaftlichen Nachwuchs zu etablieren, die den wissenschaftlichen Anforderungen entsprechen. Daher wird die Übergangsregelung für Einstellungen von promovierten wissenschaftlichen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen auf Qualifikationsstellen bis zum 1. April 2025 verlängert, um die Entwicklung auf Bundesebene berücksichtigen zu können.

Das „**Forum Gute Arbeit**“ an Hochschulen wird fortgesetzt. Es bietet einen Rahmen, in dem das Land mit den relevanten Akteurinnen und Akteuren die Beschäftigungsbedingungen an Hochschulen diskutiert.

Die Arbeit der studentischen Beschäftigten ist ein wertvoller und unverzichtbarer Beitrag zur Steigerung der Qualität von Lehre, Forschung und Beratung. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass studentische Beschäftigte z. B. wieder im Bereich der **Studienberatung** eingesetzt werden können, um die Serviceleistungen der Hochschulen gegenüber den Studierenden zu verbessern.

Wir werden gemeinsam mit den Hochschulen Maßnahmen weiterentwickeln, die Zahl der **Frauen** in der Berliner Wissenschaft, insbesondere von Frauen ab der Post-Doc-Phase, zu erhöhen, mit dem Ziel eine **umfassende Chancengleichheit der Geschlechter** zu erreichen.

Das Berliner **Chancengleichheitsprogramm** wird fortgeführt. Rechtzeitig vor Laufzeitende wird über seine Verlängerung entschieden, damit die vorhandenen Mittel voll ausgeschöpft werden können. Die Finanzierung der Geschäftsstellen der Landeskonferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten und der Arbeitsgemeinschaft der Frauen- und Geschlechterforschungseinrichtungen an Berliner Hochschulen werden wir dauerhaft absichern.

Lehrkräftebildung

Um dem wachsenden Bedarf an Lehrkräften zu begegnen, streben wir eine **deutliche Steigerung der Absolventenzahl** an. Zur Erreichung dieses Ziels setzen wir in einem ersten Schritt auf eine ausfinanzierte Erhöhung der Lehrkapazitäten. Langfristiges Ziel ist die Erreichung von mindestens 2.500 Absolventinnen und Absolventen pro Jahr.

Wir ermöglichen weitere Wege in das Lehramtsstudium, z. B. durch die Ergänzung des **polyvalenten Studiengangs mit Lehramtsoption** durch die Option eines Lehramtsstudiums als Bachelor of Education, das für den konsekutiven Master of Education qualifiziert.

Zusätzlich starten wir einen Modellversuch der **dualen Lehrkräfteausbildung** an den Universitäten für die Allgemeinbildung und für das Berufsschullehramt in Zusammenarbeit mit den Hochschulen für angewandte Wissenschaft. Dabei liegt der Fokus auf Grundschul- und Berufsschullehramt.

Wir setzen uns dafür ein, dass eine Immatrikulation in den Master of Education sowohl zum Winter- als auch zum Sommersemester möglich ist.

Wir wollen ein Stipendienprogramm für Mangelfächer im regulären Lehramtsstudium für Studierende auflegen, die sich dazu verpflichten, im Anschluss an ihre Ausbildung mindestens fünf Jahre in Berlin zu unterrichten.

Die Ausbildungsinhalte sollen sich stärker als bisher an die **Schulpraxis** anpassen. So soll u. a. durch die Einführung des Konzeptes der Schwerpunktausbildungsschulen eine stärkere Verzahnung von universitären Inhalten und Praxis gewährleistet werden. Die Vereinbarkeit und Durchlässigkeit des Lehramtsstudiums, und insbesondere des Praxissemesters wird gestärkt, u. a. durch den Ausbau digitaler Angebote in der Lehre.

Die Q-Masterstudiengänge werden fortgeführt.

Studentische Belange

Die Koalition arbeitet weiter darauf hin, die Durchlässigkeit im Bildungssystem zu erhöhen und mehr Heterogenität der Studentinnen und Studenten zu ermöglichen. Am bisherigen Modell der **Gebührenfreiheit** an staatlichen Berliner Hochschulen halten wir fest. Durch den Landeszuschuss werden wir die Funktions- und Handlungsfähigkeit des **Studierendenwerks** absichern. Beratungs- und Unterstützungsangebote für benachteiligte Gruppen an Hochschulen und Studierendenwerk sind Voraussetzung für ein gerechtes Bildungssystem und werden gestärkt, insbesondere im Bereich der psychosozialen Angebote. Die Berliner Hochschulen sind Orte der Teilhabe, die für Studierende mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen ein barrierefreies Studium ermöglichen. Daher wird das Land seinen Anteil an den deutlich gestiegenen Inklusionsleistungen erhöhen.

Wir setzen uns weiterhin für **kostengünstige Mobilität** für Studentinnen und Studenten ein. Gegenüber dem Bund setzen wir uns für ein modernes **BAföG** ein, damit die finanziellen Möglichkeiten des bzw. der Einzelnen nicht der Studienaufnahme oder einem erfolgreichen Abschluss entgegenstehen.

Besonders begabte Studierende wollen wir fördern und uns dafür einsetzen, dass mehr **Deutschlandstipendien** in Berlin vergeben werden, um zur Spitzengruppe aufzuschließen. Dazu werden wir die Hochschulen bei Einwerbung von Ko-Finanzierung in der Wirtschaft und ihren Verbänden unterstützen.

Die **Mitbestimmungsrechte** der Studierenden bleiben in der bewährten Form erhalten. Erweiterungen bei der Mitbestimmung von Studierenden können auf Antrag der Hochschulen im gesetzlichen Rahmen erprobt werden.

Um die Attraktivität unseres Studienstandortes zu steigern und flexibles Lernen zu ermöglichen, wollen wir uns dafür einsetzen, dass **mindestens eine der Berliner Universitätsbibliotheken in Zukunft 24 Stunden täglich geöffnet** hat. Wir werden die Universitäten dabei unterstützen, zunächst ein Modellprojekt für eine 24h-Universitätsbibliothek zu konzipieren.

Charité

Der Erhalt der innovativen Leistungsfähigkeit der Charité erfordert eine finanzielle Ausstattung, die es der Charité erlaubt, ausreichende Umsetzungsmöglichkeiten für die stark steigenden Drittmiteinnahmen bereitzustellen.

Wir prüfen die Unterstützungsmöglichkeiten des Landes Berlin für die Umsetzung des Entwicklungskonzepts „**Strategie 2030**“ der Charité. Des Weiteren unterstützen wir die Realisierung des Baus des **Deutschen Herzzentrums** der Charité, des **Nationalen Tumorcentrums** (NCT), die Etablierung eines **Zentrums für Zell- und Gentherapie** zusammen mit der Berliner Wirtschaft und die Überlegungen zu einer **neuen Kinderklinik**.

Wir werden die Weiterentwicklung von relevanten **Studiengängen im Gesundheitsbereich** (MA-Pflegewissenschaft der Charité mit der ASH und EHB, MA-Hebammenwissenschaft, Health Data Science mit der BUA) unterstützen. Diese Initiativen müssen außerhalb der allgemeinen Steigerung des Landeszuschusses finanziert werden.

Wir streben ein stärkeres Engagement des Bundes bei der Gesamtentwicklung und Finanzierung der Charité in Bereichen an, in denen die **Charité nationale Aufgaben** übernimmt.

Die **Kooperation zwischen Charité und Vivantes** in Forschung, Lehre, Digitalisierung und Ausbildung wird mit der Zielsetzung einer Förderung der innovativen Biomedizin, der herausragenden Gesundheitsversorgung und der Optimierung der Ressourcennutzung weiterentwickelt.

Wir prüfen die Kreditfähigkeit der Charité bis zur Höhe von maximal 20 Millionen Euro für die Anschaffung von abschreibungsfähigen Großgeräten.

Wir werden uns für eine angemessene Berücksichtigung der spezifischen Belange der **Universitätsklinik** im Zuge der auf Bundesebene stattfindenden grundlegenden Reform der Krankenhausvergütung einsetzen.

Hochschulen für angewandte Wissenschaften

Die Hochschulen für angewandte Wissenschaften (HAW) bilden dringend benötigte Fachkräfte auf wissenschaftlichem Niveau und zugleich praxisnah aus.

Wir werden daher das **Promotionsrecht** für forschungsstarke Bereiche an HAW im Jahr 2024 umsetzen und den Aufbau des wissenschaftlichen Mittelbaus fortschreiben. Die Forschung der HAW wird insgesamt gestärkt und der Transfer von Forschungsergebnissen in Wirtschaft und Gesellschaft intensiviert. Dazu wird das Institut für Angewandte Forschung (IFAF) weiterentwickelt und seine Verstetigung wird angestrebt.

Wir nutzen die Dachmarke „**Duales Studium Berlin**“, um diesen qualitativ gesicherten Ausbildungsweg weiterzuentwickeln.

Als wichtigen Standortfaktor und Knotenpunkt regionaler Innovations-Ökosysteme wollen wir die Standortentwicklung und den energetischen Umbau der Liegenschaften der HAW vorantreiben.

Die erfolgreiche Berliner Qualitäts- und Innovationsoffensive wird fortgeführt. Gleichzeitig wird das Land mit den Hochschulen vereinbaren, dass diese die Ursachen für lange Studienzeiten und Studienabbrüche genauer analysieren und auf die jeweilige Einrichtung bzw. das Fach angepasste Konzepte für mehr Studienerfolg entwickeln. Zur Förderung der Qualität der Lehre werden wir das Berliner **Zentrum für Hochschullehre und Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten** für die Lehrkräfte fortsetzen. Zur besseren Sichtbarmachung von exzellenter Lehre sowie zur Stärkung der Anreizsysteme lobt das Land einen Lehrpreis aus, der analog zum Wissenschaftspreis Strahlkraft entwickeln soll.

Ferner streben wir die Erprobung einer hybriden, künstlerisch-wissenschaftlichen Promotion auch für die Kunst- und Musikhochschulen Berlins an.

Dem Fachkräftemangel im Bereich der **Sozialen Arbeit** wollen wir durch einen Ausbau der Studienkapazitäten an den bestehenden Hochschulen (ASH, EHB, KHSB) begegnen. Die Humanistische Hochschule will einen Beitrag zur Versorgung mit Fachkräften im Bereich der sozialen Arbeit leisten. Die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Unterstützung dieses Vorhabens werden geprüft. Sollte diese Prüfung zu einem positiven Ergebnis kommen, unterstützen wir dieses Vorhaben.

Transfer und Wissenschaftskommunikation

Die Berliner Hochschulen sind als Motor eines schnell wachsenden **Transfer-Ökosystems** mit überregionaler Bedeutung ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor und Innovationstreiber. Wir prüfen, wie wir den Transfer in die Berliner Gesellschaft und Wirtschaft, besonders auch in die für die Berliner Wirtschaftslandschaft typischen KMU, intensivieren und stärken, und den Transfer von KI-Forschung in die Praxis verbessern können, um ihr Innovationspotenzial für Wirtschaft und Gesellschaft nutzbar zu machen.

Chancen für **Ausgründungen aus der Wissenschaft** wollen wir noch engagierter nutzen und Berlin als attraktiven Start-up-Standort sichern. Mit einer zentralen Entrepreneurship Education- und Incubation-Einheit für alle staatlichen Hochschulen werden wir ein Leuchtturmprojekt schaffen. Studierende sollen bei ihren Gründungsaktivitäten unterstützt

und unternehmerische Kompetenzen in der hochschulischen Aus- und Weiterbildung verankert werden.

Wir wollen die **Wissenschaftskommunikation** in Berlin ausweiten und dadurch mehr Menschen Zugang zu neuem Wissen ermöglichen. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die sich in Transfer und Wissenschaftskommunikation engagieren, sollen Anerkennung erfahren, beispielsweise durch einen berlinweiten Preis für Wissenschaftskommunikation. Bewährte Veranstaltungen wie die Falling Walls Conference, die Berlin Science Week, der World Health Summit und die Lange Nacht der Wissenschaft werden wir stärken und dadurch die Sichtbarkeit des Wissenschaftsstandortes Berlin auf internationalem Spitzenniveau erhöhen. Wir werden darauf hinwirken, dass die Weiterentwicklung des Museums für Naturkunde auch als zentraler Akteur für die Wissenschaftskommunikation im Rahmen seines Zukunftsplans langfristig abgesichert wird.

Forschung, Zukunftstechnologien, Nachhaltigkeit

Wir bekennen uns zum Exzellenzansatz. Im Rahmen der **Exzellenzstrategie des Bundes und der Länder** werden wir unsere Universitäten konkret bei der Weiterführung bestehender sowie der Einwerbung neuer Forschungscluster unterstützen, Insbesondere die **Berlin University Alliance** (BUA) wird in ihrer wichtigen Rolle als internationales Flaggschiff unterstützt und weiter gestärkt. Ziel ist eine erfolgreiche Weiterentwicklung der BUA im Rahmen der Exzellenzstrategie von Bund und Ländern.

Darüber hinaus wollen wir Berlin dauerhaft als herausragenden Forschungsstandort für Zukunftstechnologien, insbesondere in den großen Transformationsbereichen Digitalisierung, Nachhaltigkeit und Gesundheit etablieren. Daher setzt das Land seine Initiativen zur Erforschung und Entwicklung wichtiger Zukunftstechnologien wie **Künstlicher Intelligenz** (KI) und **Quantentechnologien** sowie beim **Nationalen Hochleistungsrechnen** fort.

Wir wollen verstärkt Anreize schaffen, um Gründer und Investoren für wissensbasierte Innovationen nach Berlin zu locken und langfristig an unsere Stadt zu binden. Dazu wollen wir vor allem den Transfer von KI-Forschung in die Anwendung verbessern, um ihr Innovationspotenzial für Wirtschaft und Gesellschaft nutzbar zu machen. Unser Ziel ist es, Berlin als **bundesweit führenden Standort für KI** zu etablieren.

Das **Einstein Center Digital Future** und hat eine herausgehobene Stellung im Berliner Wissenschaftssystem und erhält weiterhin die dafür notwendige Unterstützung.

Wir streben die Etablierung eines **berlinweiten Instituts für 3R-Forschung** und damit die Stärkung der führenden Rolle Berlins bei der Entwicklung neuer Ansätze der biomedizinischen Forschung an.

Die **Klima- und Klimafolgenforschung** sowie die sozialökologische Forschung sollen einen Schwerpunkt in der Region Berlin-Brandenburg bilden, z. B. im Rahmen einer verstärkten Förderung des **Climate Change Center**, das für alle staatlichen Berliner Hochschulen geöffnet ist.

Die **Einstein Stiftung Berlin** ist ein besonderer Standortvorteil für den Wissenschaftsstandort, die gezielt die Entwicklung der hiesigen Wissenschaft fördert und

neue Potenziale hebt. Den Weg zur Flexibilisierung der Mittelverwendung und die Strategie der Matching-Funds setzen wir fort. Wir werden mit dem Land Brandenburg und der Stiftung prüfen, wie wir gemeinsame Forschungsvorhaben in beiden Ländern unterstützen und Kooperationen voranbringen können.

Wir unterstützen den **Zusammenschluss der Forschungseinrichtungen BR50**, um Synergien des Forschungsstandortes noch besser zu heben und eine Forschungs- und Innovationsstrategie zu erarbeiten.

Wissenschaft und Kultur machen Berlin attraktiv, und müssen besser als bisher miteinander verknüpft werden. Wir werden daher die Exzellenzforschung der zahlreichen Forschungsverbände in und mit den Berliner Museen verstetigen.

Gerade an den Berliner Hochschulen halten wir die umfassende Betrachtung der wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Fragestellungen des andauernden Transformationsprozesses der DDR-Vergangenheit und in allen postsozialistischen Ländern für unerlässlich. Die Hochschulen sind daher gebeten zu prüfen, wie diesem Themengebiet die angemessene Aufmerksamkeit in Forschung und Lehre geschenkt werden kann.

Digitalisierung

Digitalisierung transformiert derzeit die Gesellschaft. Bei der Gestaltung dieses Prozesses kommt den Hochschulen eine Schlüsselrolle zu. Digital gestützte Formate und Prozesse unterstützen den Zugang zu Hochschulbildung, ermöglichen modernes Studieren und fördern zukunftsweisende Forschung. Bei diesem Transformationsprozess wird das Land die Hochschulen primär über die Hochschulverträge unterstützen.

Wir werden daher in enger Abstimmung mit den Hochschulen einen „**Strategieplan Digitalisierung**“ erarbeiten, der die notwendigen Rahmenbedingungen für die Digitalisierung der Hochschulen schafft und einen Zeitplan zur Umsetzung kurz-, mittel- und langfristiger Ziele festlegt.

Mit zunehmender Digitalisierung steigt die Relevanz von **IT- und Datensicherheit**. Wir werden deshalb die IT-Sicherheit stärken, gegebenenfalls Kompetenzen bündeln und so eine leistungsfähige und effiziente IT-Infrastruktur mit hohen Sicherheitsstandards erreichen.

Wir werden die **Digitalisierung der Bibliotheksbestände** beschleunigen, um den Zugang zu digitalen Lehr- und Lernmaterialien auszubauen. Wir optimieren die Finanzierung des kooperativen Bibliotheksverbands Berlin-Brandenburg (KOBV). Barrierefreie Online-Lehre erleichtert zudem die Teilhabe von Studierenden mit Beeinträchtigung, Familie oder pflegerischen Aufgaben.

Die Forschungseinrichtungen werden wir ebenfalls bei der Einführung von Digitalisierungstechniken und intelligenten Systemen unterstützen, u. a. den **Botanischen Garten** bei der Digitalisierung der botanischen Sammlung.

Kultur und Medien

Kunst, Kultur und Kreativität sind tragende Säulen der Hauptstadt und gehören zu Berlins Selbstverständnis. Die Koalition bekennt sich zu den Grundsätzen der Freiheit, der sozialen Gerechtigkeit, der künstlerischen und ökologischen Nachhaltigkeit, der Gleichstellung, Weltoffenheit, Vielfalt und Inklusion in ihrer Kultur- und Medienpolitik.

Zukunftsorientierung in der Kultur

Mit den Erfahrungen aus Corona und mit Blick auf kommende Krisen gilt: Wir wollen so fördern, dass Künstlerinnen und Künstler sowie Einrichtungen resilienter in die Zukunft gehen. Berlin wird bestehende Programme (**Neustart Kultur, Kultursommer und Jugendkulturkarte**) im Austausch mit den Beteiligten und Kooperationspartnern evaluieren. Wir wollen mehr kulturelle Veranstaltungen in den Sommermonaten ermöglichen.

Das Berliner **Bibliotheksgesetz** und das **Berliner Musikschulgesetz** stellen einen ersten Schritt dar, verbindliche Regeln für die Berliner Kulturentwicklung transparent und berechenbar zu formulieren. Für die Koalition sind beide Bestandteile eines Kulturfördergesetzes, das in dieser Legislatur gemeinsam mit den Kulturverbänden vorbereitet wird. Wir werden die ökologische Nachhaltigkeit in der Kultur stärker in den Vordergrund stellen. Wir wollen die staatlichen Aktivitäten auf dem Gebiet der Kultur- und Kreativwirtschaft besser verzahnen. Wir prüfen für diesen Bereich die Schaffung einer Schnittstelle, die bei ressortübergreifenden Vorhaben als Anlaufstelle dient und eng mit den bestehenden Netzwerken und Dachverbänden aus diesem Bereich zusammenarbeitet.

Voraussetzung für eine Fördergerechtigkeit ist eine **transparente Vergabepaxis**. Freie Kompagnien ohne eigene Spielstätte leisten wie Landeskultureinrichtungen einen essenziellen Beitrag zur kulturellen Vielfalt Berlins. Die Koalition wird die Konzeptförderung für unabhängige Kompagnien der darstellenden Künste und des Tanzes mit internationaler Strahlkraft evaluieren. Im Zuge dessen wird die Förderung weiterer Privattheater mit Standortrelevanz geprüft, um Vielfalt und Freiheit der Künste in der Kulturlandschaft zu verbessern. Berlin ist auch Literaturhauptstadt. Wir wollen daher die Literaturförderung verstetigen.

Die Strategie der Koalition bei der digitalen Entwicklung der Berliner Kultur ist eine Zukunftsfrage und umfasst folgende Aspekte: Digitalisierung der Verwaltungsabläufe, digitale Ausstattung der Kultureinrichtungen, digitale Kunst, digitale Teilhabe über Social-Media-Plattform und digitale Kulturgutbewahrung sowie -veröffentlichung. Dafür wollen wir einen „**Fonds Digitaler Wandel**“ einführen.

Freiräume für Kunst

Um Verdrängung zu begegnen, verpflichtet sich die Koalition zur Schaffung, Sicherung, Sanierung und Modernisierung von Räumen zur künstlerischen Produktion und Präsentation. Die **Kulturraum gGmbH** erarbeitet unter Beteiligung der Sparten auf Augenhöhe ein Konzept zur Entwicklung einer funktionalen Organisationsstruktur im Arbeitsraumprogramm. Wir werden die Tätigkeit und Notwendigkeit der Kulturraum gGmbH grundlegend evaluieren. Für die Zusammenarbeit sind sowohl das Atelierbüro im Kulturwerk der bbk berlin GmbH wie auch PROSA als Spartenvertretung der Freien Szene in Berlin einzubeziehen. Kulturräume

sollen vorrangig in Landesliegenschaften entwickelt werden. Anmietung oder die Gewährung eines Erbpachtrechtes sind bei Wirtschaftlichkeit möglich. Daneben wird die Koalition prüfen, inwieweit Arbeits- und Proberäume bei privaten Eigentümern geschaffen werden können. Die Koalition wird die Steuerungsinstrumente der Stadtentwicklung im Bereich der Kultur ausbauen und dafür ein Stadtentwicklungskonzept Kultur inklusive Kulturkataster erarbeiten. Außerdem will die Koalition Kunst im öffentlichen Raum/Kunst am Bau strukturell besser ausstatten.

Wir begleiten den begonnenen Prozess der Sanierung der **Komischen Oper**. In einem Band der Kultur sollen die Kulturorte der **Berliner Mitte** planerisch und verkehrlich vernetzt werden. Wir setzen uns dafür ein, die Alte Münze zeitnah und konkret zu einem Ort der Freien Szene für Produktion und Präsentation und der Clubkultur, basierend auf einem nachhaltigen Nutzungskonzept und Betreibermodell, zu entwickeln. Bei wichtigen Quartieren mit kulturellen Leuchttürmen wie dem **Humboldt-Forum** und dem **Kulturforum** will die Koalition die Aufenthaltsqualität der Freiflächen in Hinsicht auf Gastronomie, Begrünung/Beschattung, Sitzgelegenheiten und Toilettenanlagen verbessern.

Gute Arbeit in der Kultur

Die Koalition hat das Ziel, **Sozialstandards** in allen Bereichen der kulturellen Arbeit zu verbessern. Die Gründung von Tochterunternehmen öffentlicher Kultur-Betriebe zur Umgehung branchenüblicher Tarifverträge lehnen wir ab. Das Berliner Stiftungsgesetz werden wir in Hinblick auf die Arbeitsbedingungen überprüfen und gegebenenfalls überarbeiten. Das wertschätzende, arbeitnehmerfreundliche und diskriminierungsfreie (intersektional gedachte) Arbeitsklima in geförderten Kultureinrichtungen zu stärken, ist für uns ein zentrales Anliegen. In diesem Zusammenhang wollen wir eine entsprechende Vertrauensstelle in der zuständigen Fachverwaltung einrichten.

Die Koalition wertet die Umsetzung des Modellprojekts „Fairstage“ aus und prüft dessen Übertragung auf andere Sparten (z. B. auf „Fair Share“). Für Kinder- und Jugendtheater streben wir die Erhöhung der Honorare und Gagen an. Um den Fachkräftemangel abzubauen, werden landeseigene Kultureinrichtungen aufgefordert, deutlich über dem Landesdurchschnitt Ausbildungsplätze anzubieten und Übernahmequoten zu erhöhen. Für die Freie Szene werden Fortbildungs- und Qualifizierungsprogramme gestärkt. Wir streben eine Bundesratsinitiative zur Reform der KSK-Grundrente mit dem Ziel einer besseren Absicherung wenig verdienender Künstler an.

Kultur für alle: Vielfalt, Teilhabe, Gleichstellung

Wir bekennen uns zu **Diversität und Inklusion in der Kultur- und der Kreativwirtschaft** und setzen dafür auf entsprechende Strategien und Programme. Dazu streben wir mehr kulturelle Veranstaltungen und Infrastruktur in Stadtteilen mit geringerem kulturellem Angebot an. In der Kulturförderung, in Jurys und Angeboten, aber auch in Leitungspositionen und Aufsichtsgremien der geförderten Einrichtungen soll sich die Vielfalt Berlins nach den geltenden rechtlichen Standards stärker abbilden. Dazu hält die Koalition auch am Diversitätsfonds und der Arbeit des Projektbüros Diversity Arts Culture fest, welches auch die Landeskultureinrichtungen zu Rate ziehen können. Die Koalition benutzt ein strukturiertes Verfahren, um den Anteil von Frauen in Leitungspositionen zu erhöhen.

Der Vielfalt Berlins wird die Koalition gerecht, indem die Berliner Kultur vielfältige Angebote macht, die ein noch diverseres Publikum ansprechen, dazu gehören auch Menschen mit Behinderungen, für die wir kontinuierlich Barrieren abbauen.

Die Koalition hält am **eintrittsfreien Sonntag** in den Museen fest.

Bezirkliche Kulturarbeit

Wir setzen uns für eine bedarfsgerechte Versorgung mit kulturellen Angeboten in den Bezirken ein. Daher stärken wir dezentrale bezirkliche Kulturarbeit und streben einen Ausbau dezentraler Kultureinrichtungen an, besonders in Außenkiezen und Kiezen in schwieriger sozialer Lage. Als beliebteste Kultureinrichtungen Berlins wollen wir die **Bibliotheken** mithilfe eines Bibliotheksgesetzes als Orte des Wissens, der Wissensvermittlung sowie als Orte der kulturellen, sozialen und digitalen Teilhabe und als „Dritte Orte“ weiterentwickeln.

Um auch die musikalische Bildung als öffentliche Pflichtaufgabe festzustellen, wird die Koalition in dieser Legislatur zudem ein **Musikschulgesetz** beauftragen. Weil ein rentenbedingter Lehrkräftemangel schon ab 2025 die Sicherung musikalischer Bildungsangebote gefährdet, setzt sich die Koalition für mehr Festanstellungen an Berliner Musikschulen ein. Vor allem Kinder und Jugendliche sollen Zugang zu Kultur haben, denn sie sind das Publikum von heute und morgen.

Für die großen Einrichtungen muss die Ansprache auch der jüngeren Generation ein Standard sein, der im Rahmen der Zuwendung einzuhalten ist. Wir setzen uns für die **Kinder- und Jugendtheater** ein; außerdem wird die musikalische Bildung im **Kinderopernhaus** fortgeführt. Des Weiteren setzen wir uns für die Verstärkung der Förderungen für die **Jugendkunstschulen**, der **Kommunalen Galerien** sowie der bezirklichen Kulturförderung und für den Ausbau der Angebote der Kulturellen Bildung ein.

Museen und Erinnerungskultur

Die Koalition ist sich der historischen Rolle Berlins bewusst und unterstützt alle Formen des Gedenkens und Erinnerns an die **Gewaltherrschaft des Nationalsozialismus**, an das **DDR-Unrecht** und die **koloniale Vergangenheit**.

Die Koalition wird weiter Gedenk- und Bildungsorte entwickeln und Gedenkstätten strukturell unterstützen. Die Erinnerung an die nationalsozialistische Vergangenheit wird ebenso wie die Erinnerung an die DDR-Diktatur und die Demokratiegeschichte stärker im Stadtbild verankert werden. Bei der Vermittlung der Geschichte der SED-Diktatur und ihrer Überwindung sind die historischen Orte, wie die **Gedenkstätte Hohenschönhausen** oder die **Mauergedenkstätte Bernauer Straße**, von immenser Bedeutung. Deshalb setzen wir uns für eine zügige Entwicklung des Erinnerungsortes Keibelstraße und des **Campus für Demokratie** mit dem Forum Opposition und Widerstand (1945-1990) in Lichtenberg ein. Die Koalition hält am 80. Jahrestag des Tages der Befreiung am 8. Mai 2025 als einmaligem gesetzlichen Feiertag fest. Außerdem wird die Koalition den 70. Jahrestag des Volksaufstands in der DDR am 17. Juni 2023 und den 35. Jahrestag des Mauerfalls am 9. November 2024 würdig begehen.

Die Koalition setzt die Entwicklung eines Gedenkortes der Kolonialvergangenheit Berlins fort. Wir wollen die Kooperation mit Künstlern aus Afrika verstärken. Ebenso sollen die bestehenden Partnerschaften mit Jakarta und mit Windhoek intensiviert werden.

Wir werden die Errichtung des vom Bund geplanten **Mahnmals für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft** bestmöglich unterstützen. Berlin überprüft die Beteiligung im Humboldt Forum. Wir unterstützen die Weiterentwicklung des Stadtmuseums zu einem zeitgemäßen Ort für Stadtgeschichte und stadtgesehenschaftliche Themen, beispielsweise mit dem Migrationsmuseum, und die weitere Ertüchtigung des Standorts Museumsdorf Düppel.

Der Bedeutung Berlins als Ort künstlerischer Produktion soll durch ein Konzept für den Umgang mit Nachlässen von Kunstschaffende Rechnung getragen werden. Die Koalition errichtet am Landesmuseum Berlinische Galerie eine entsprechende Kompetenzstelle.

Wir nehmen Gespräche mit den Bezirken auf mit dem Ziel, eine repräsentative Straße bzw. einen Platz nach Helmut Kohl zu benennen.

Clubkultur und Musikwirtschaft

Die Koalition wird sich auf Bundesebene weiter dafür einsetzen, dass Clubs als Kulturstätten in der Baunutzungsverordnung genannt werden. Clubs und Kulturstätten wird es ermöglicht, fünf Mal im Jahr gebührenfrei Open-Air-Veranstaltungen („störende Veranstaltungen“) bis Mitternacht durchzuführen, darunter am 1. Mai, dem 21. Juni und dem 3. Oktober. Im Land Berlin wird ein Konzept für **free open air spaces** erarbeitet und rechtlich bis zum Sommer 2024 umgesetzt. Lärmschutzfonds und Clubkataster werden weitergeführt. Clubs, die sich auf landeseigenen und bezirkseigenen Flächen befinden, sollen langfristige Miet- oder Erbbaurechtsverträge erhalten.

Wir setzen uns für den Erhalt der **Kulturbrauerei** ein. Bei der Festsetzung von B-Plänen am innerstädtischen Spreeufer sind die Belange der Clubkultur zu berücksichtigen. Clubcommission und Berlin Music Commission werden als Institutionen gefördert. Der Tag der Clubkultur steht als Veranstaltungsformat allen Clubs offen. Musikkonferenzformate wie die „Most wanted Music“ und die „Stadtnachacht“ werden weiter finanziert. Der „listen to Berlin award“ wird als Preis der Berliner Musikwirtschaft gefördert und ihm eine Entwicklungsperspektive gegeben. Das Festivalformat „Classical next“ wird als Veranstaltungsformat in Berlin etabliert. Die Womex soll möglichst 2026 in Berlin stattfinden.

Der **Karneval der Kulturen** wird seiner Standortpräferenz folgend weiter finanziert. Es wird sichergestellt, dass das Myfest wieder stattfinden kann.

Die Arbeit des **Musicboards** wird evaluiert. Aus dem vorhandenen Etat soll möglichst ein neuer Förderschwerpunkt „Förderung der internationalen Vernetzung der Berliner Musikszene“ unter Einbeziehung des Music Ambassador Programms entwickelt werden. Die zuständige Fachverwaltung benennt eine Ansprechperson, die unter Beteiligung der **Clubcommission** zwischen Clubszene und Verwaltung moderiert. Das Land Berlin wird eine Bundesratsinitiative starten, um „Kulturlärm“ emissionsrechtlich zu privilegieren. Der Senat wird im Frühjahr 2024 ein Konzept vorlegen, inwieweit existierende landesrechtliche Vorschriften im Rahmen der Ermessensausübung „clubkulturfreundlicher“ angewandt werden können, bzw. in diesem Sinne novelliert werden müssen.

Berlin als Kulturhauptstadt

Berlin ist Kulturhauptstadt Deutschlands und wird den internationalen Erwartungen an das kulturelle Leben gemeinsam mit dem Bund gerecht. Die **Stiftung Preußischer Kulturbesitz** hat dabei einen kaum zu überschätzenden Stellenwert. Wir unterstützen die organisatorische Neuaufstellung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz – vor allem bei der Stärkung der einzelnen Museen, der Reduzierung der Länder im Stiftungsrat und der besseren Finanzierung von Programm und Querschnittsbereichen wie der IT. Wir setzen uns dafür ein, dass das **Humboldt Forum** auch weiterhin eine eigenständige Institution bleibt. Den Hauptstadtfinanzierungsvertrag werden wir weiter vertrauensvoll mit dem Bund verhandeln. Gemeinsam mit dem Bund wollen wir die führende Rolle Berlins in der Kultur- und Kreativwirtschaft ausbauen.

Medienmetropole Berlin

Berlin ist Film-, Serien- und Kinostandort Nummer Eins in Deutschland. Die Koalition setzt sich das Ziel, diese Stellung national und international auszubauen und die Rahmenbedingungen für Beschäftigte und Unternehmen im Bereich Medien weiter zu verbessern. Das **Medienboard Berlin-Brandenburg** bleibt weiterhin die zentrale Förderinstitution.

Die Koalition wird im Rahmen des Beschlusses „**Filmfreundliche Stadt**“ eine zentrale Anlaufstelle für Drehgenehmigungen etablieren und einen einheitlichen IT-basierten Workflow für Drehgenehmigungsverfahren in Zusammenarbeit mit Verwaltung und Produzenten einrichten.

Berlin setzt sich für eine Reform der Filmförderung des Bundes ein, um den Filmstandort Berlin weiter zu stärken. Insbesondere sollte eine über Haushaltsperioden hinausgehende Anreizförderung entstehen und große am Produktionsmarkt beteiligte Player durch Investitionen ihren Anteil leisten. Für Koproduktionen soll eine Verrechnung der Gewinne und Verluste aus verschiedenen Filmkoproduktionen auf Ebene des Filmkoproduzenten ermöglicht werden.

Die **Deutsche Film- und Fernsehakademie** (DFFB) ist für die Nachwuchsförderung am Medienstandort Berlin von großer Bedeutung. Die Koalition unterstützt den Umzug an den neuen Standort in 2025. Der wachsende Fachkräftebedarf ist eine der größten Herausforderungen für die weitere Entwicklung des Medienstandorts Berlin. Die Koalition setzt sich gezielt für eine gute Ausbildung und die Weiterentwicklung nachhaltiger sozialer und ökologischer Kriterien in der Medienlandschaft ein, insbesondere die journalistische Ausbildung. Wir prüfen hierbei auch die Gründung eines neuen Hochschulinstituts.

Die Koalition unterstützt die vielfältige Filmfestivallandschaft Berlins. Dazu zählt insbesondere auch der **Europäische Filmpreis**, der 2023 wieder in Berlin verliehen wird. Die Initiative zur Vernetzung von europäischen Filmfestivals und Filmmärkten wird fortgeführt. Berlins vielfältige Kinos sind ein wichtiger Bestandteil der Kulturlandschaft Berlins.

Die Koalition wird prüfen, inwieweit die **Kinoförderung** angepasst, gestärkt und um eine Kulturförderung erweitert werden kann. Mit Beteiligung der **Berlinale**, den Berliner Kinos und dem Medienboard wird der Berliner Kinossommer etabliert.

Rundfunk

Die erschütternden Vorkommnisse beim **Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb)** haben großen wirtschaftlichen Schaden für den Sender und Schaden hinsichtlich des Vertrauens in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und seiner Akzeptanz in der Öffentlichkeit verursacht. Die Koalition erwartet in diesem Zusammenhang vollumfängliche Aufklärung durch die zuständigen Gremien des rbb. Die Koalition hält eine gemeinsame, eigenständige, regional verankerte Rundfunkanstalt der Länder Berlin und Brandenburg weiterhin für wichtig und bekennt sich ausdrücklich zum rbb.

Der rbb-Staatsvertrag wird in Abstimmung mit dem Land Brandenburg unter folgenden Maßgaben novelliert:

- Stärkung der Arbeitsstrukturen, Unabhängigkeit und Professionalisierung der Aufsichtsgremien des rbb.
- Verbesserung der Kontrolle über Wirtschaftlichkeit und Entscheidungsprozesse, der Compliance, des Qualitätsmanagements, der Transparenz und verstärkte Prüfung durch die Landesrechnungshöfe über den rbb und dessen Beteiligungsunternehmen.
- Bei allen notwendigen Reformprozessen im rbb werden die Interessen der festen und freien Beschäftigten im Blick behalten.
- Die Vergütungsstrukturen der außertariflich Beschäftigten mit Führungsverantwortung beim rbb werden gedeckelt und veröffentlicht.
- Der Programmauftrag wird zeitgemäß überarbeitet.

Die Novelle soll so zeitnah erfolgen, dass ein Inkrafttreten noch im Jahr 2024 möglich ist.

Die Koalition setzt sich für eine rasche Ratifizierung und Umsetzung des Vierten Medienänderungsstaatsvertrages ein, dessen Regelungen eine einheitliche Rechtsgrundlage für die Rundfunkanstalten in Deutschland schaffen werden.

Die Koalition unterstützt die Arbeit der **Medienanstalt Berlin-Brandenburg (mabb)**, insbesondere in ihrer Kontrollfunktion. Die mabb soll insbesondere Medienkompetenz fördern, Jugendmedienschutz stärken und journalistische Ausbildung sichern. Durch die Reduzierung des Vorwegabzuges werden wir die mabb stärken und für die wachsenden Aufgaben finanziell besser ausstatten. Die vorliegende Novellierung des Medienstaatsvertrages Berlin-Brandenburg wird die Koalition in Abstimmung mit dem Land Brandenburg zeitnah umsetzen.

Die barrierefreie und internetunabhängige Empfangbarkeit der Rundfunkanbieter wird die Koalition erhalten. Dazu gehört der dauerhafte Erhalt der dafür notwendigen Frequenzen im Bereich 470 bis 694 MHz für Rundfunk und Kultur.

Engagement und Ehrenamt, Religion und Weltanschauungen

Unsere Stadt lebt von ihrer vielfältigen Zivilgesellschaft – von Vereinen, Initiativen, Gemeinschaften und Netzwerken. Berlin ist die Stadt des freiwilligen Engagements. Das Ehrenamt ist in jedem Lebensbereich der Gesellschaft ein aktiver Bestandteil.

Bürgerschaftliches Engagement und Förderung der Demokratie

Die Koalition bekennt sich zur **Engagement- und Demokratieförderung als Querschnittsaufgabe** und wird dabei die fachliche Verantwortung jedes einzelnen Ressorts für Engagement- und Demokratieförderung stärken.

Die Koalition erarbeitet im Dialog mit zivilgesellschaftlichen Akteuren ein **Landesdemokratiefördergesetz**.

Der Berliner **Demokratietag** wird als jährliches Festival der Demokratieförderung verstetigt. Mit einer jährlichen **Demokratiekonferenz** schafft die Koalition eine Plattform für den Austausch zwischen Zivilgesellschaft, Politik, Wissenschaft und Verwaltung über Herausforderungen und zur Stärkung der Demokratie.

Wir stärken die **Landeszentrale für politische Bildung** als zentralen und wichtigen Akteur der Förderung von Demokratiebildung und Beteiligung. Dazu gehört insbesondere die schon geplante Einrichtung eines zweiten Standortes im Osten der Stadt. Auch Bibliotheken sind für uns wichtige Orte für Demokratie und politische Bildung.

Die Zuständigkeiten und die Instrumente der Beteiligung werden evaluiert und gegebenenfalls angepasst. Die bezirklichen Anlaufstellen für Bürgerbeteiligung werden so aufgestellt, dass sie themenübergreifende Beteiligungsprozesse ermöglichen.

Die Beteiligungsplattform **mein.berlin.de** wird weiterentwickelt. Ein Kiezradar wird online Beteiligungsmöglichkeiten überall in Berlin mobil und interaktiv darstellen.

Die Koalition unterstützt **gemeinwohlorientierte Plattformen zur digitalen Vernetzung** und Kommunikation in Nachbarschaften. Zudem prüft die Koalition Maßnahmen zur Unterstützung der Zivilgesellschaft beim digitalen Wandel.

Die **Urania als Bürgerforum** für Demokratie wird bei ihrem Bauvorhaben und bei ihrer programmatischen Neuausrichtung begleitet und unterstützt.

Berlin bringt sich weiter in internationale Formate zu Demokratie, Digitalisierung und Gesellschaft ein. Berlin prüft im Rahmen des Netzwerks der Europäischen Freiwilligenhauptstädte („European Volunteering Capital“) eine Förderung von Engagement und Demokratie auf europäischer Ebene. Die Koalition wird die Zivilgesellschaft und die internationalen Communities der Stadt stärker als bisher in den europäischen und internationalen Austausch einbeziehen.

Wir stärken interkulturelle und digitale Kompetenzen, Demokratiebildung und Bürgerbeteiligung und sensibilisieren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung für

die Konfrontation mit Extremismus, Rassismus und Verschwörungsmythen, auch durch Schulungsangebote der Verwaltungsakademie sowie der Volkshochschulen.

Die Koalition wird die **Mehrsprachigkeit des Onlineauftritts der Landesregierung** auf dessen zentralen Hauptstadtportalen ausbauen.

Die Koalition bekennt sich zur **Umsetzung der Berliner Engagementstrategie 2020-2025** gemeinsam mit den Partnern in der Zivilgesellschaft mit dem Ziel, die strukturellen Rahmenbedingungen für die Ausübung freiwilligen Engagements zu verbessern und Anreize für Engagement zu fördern, um in allen gesellschaftlichen Gruppen und Politikbereichen Engagierte zu motivieren, zu gewinnen, zu binden und würdigen zu können.

Mit einer jährlichen **Engagementkonferenz** schafft die Koalition ein zusätzliches Format zum Austausch mit der Zivilgesellschaft und prüft die Schaffung eines Engagementpreises.

Das **Landesnetzwerk Bürgerengagement** wird durch die Förderung einer hauptamtlichen Landesgeschäftsstelle unterstützt.

Es wird die Einrichtung eines **Berliner Hauses des Engagements** geprüft, in dem an zentraler Stelle kostenfrei Veranstaltungsräume und Büroflächen für freiwillige Initiativen und für engagementfördernde Projekte zur Verfügung gestellt werden.

Die Koalition will bis spätestens Ende 2024 Regelungen erarbeiten, damit Bezirke und Hauptverwaltung ab 2025 rechtssicher Räumlichkeiten freiwillig Engagierten und gemeinnützigen Organisationen entgeltfrei zur Verfügung stellen. Die Koalition entwickelt ein **digitales Raumverzeichnis**, um Transparenz über vorhandene und nutzbare Räume herzustellen.

Die **Freiwilligenagenturen** werden gezielt zu Knotenpunkten der Engagementförderung in den Bezirken weiterentwickelt und mit Blick auf ihre Rolle bei der Bewältigung der großen gesellschaftlichen Herausforderungen verstärkt.

Die Koalition setzt sich auf Bundesebene für die Anhebung der Ehrenamtspauschale und des Übungsleiterfreibetrags sowie der Anpassung von Freigrenzen und Regelungen für den wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb von gemeinnützigen Körperschaften ein, insbesondere von kleinen Vereinen.

Die Förderung für die Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen als Dachverband sowie ihre überbezirkliche Begleitung werden verstetigt. Die Berliner Freiwilligenbörse wird weiterentwickelt und gibt auch zukünftig einen jährlichen Überblick über die Vielfalt des Engagements in Berlin.

Wir werden einen **Ehrenamtsfonds** einrichten, um die engagierten Helferinnen und Helfer bei der Beschaffung von Materialien oder bei der Organisation und Durchführung von Veranstaltungen finanziell zu unterstützen und damit nachhaltig zu entlasten.

Die Koalition bekennt sich zu einer verstärkten Zusammenarbeit mit der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt und zur bundesweiten Vernetzung im Rahmen des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement.

Die Koalition setzt sich dafür ein, die **Zuwendungsverfahren** sowohl für institutionelle Förderungen als auch für Projektförderungen zu entbürokratisieren. Die Koalition wird darauf hinwirken, dass Förderprogramme so gestaltet werden, dass auch Ehrenamtliche unkompliziert daran teilhaben können und nicht unnötig belastet werden. Alle Verfahren sollen online möglich sein.

Auf Bundesebene unterstützt die Koalition Bemühungen um eine Weiterentwicklung der **gemeinnützigen Zwecke in der Abgabenordnung**, sodass es gemeinnützigen Organisationen zukünftig möglich ist, ihre wichtige Rolle in der politischen Willensbildung auszuüben, ohne von einer Aberkennung der Gemeinnützigkeit bedroht zu sein.

Der Zugang zum ehrenamtlichen Engagement soll nicht von den individuellen finanziellen Möglichkeiten abhängen. Deshalb sorgen wir für einen niedrigschwelligen Zugang.

Das bislang erprobte Ticketkontingent des Berliner Senats mit der BVG, S-Bahn Berlin und dem Paritätischen Wohlfahrtsverband wird evaluiert und ebenfalls entsprechend weiterentwickelt.

Wir wollen in den Berliner Verwaltungen einheitliche Standards zum Umgang mit Beschäftigten, die ein Ehrenamt wahrnehmen, entwickeln und etablieren. In diesem Zusammenhang prüfen wir auch die Möglichkeit für Ehrenamtliche, den gesetzlichen Anspruch auf Bildungsurlaub auch im Sinne der Weiterbildung des ausgeübten Ehrenamts zu nutzen.

Die Koalition wird den Dialog mit den Hochschulen über Möglichkeiten der **Anerkennung von freiwilligem Engagement von Studierenden** suchen.

Zur Anerkennung und Wertschätzung des bürgerschaftlichen Engagements führen wir den Aktionstag **Berlin sagt Danke** fort. Die **Ehrenamtskarte Berlin-Brandenburg** werden wir weiterentwickeln und stärker mit bezirklichen Anerkennungsformaten verknüpfen.

Die Koalition unterstützt das Ansinnen auf Bundesebene, besonders langjährig bürgerschaftlich Engagierte rentenrechtlich besserzustellen.

Religion, Kirchen, Weltanschauungen

Die Kirchen sowie Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften sind bereichernde Partner im Einsatz für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Wir unterstützen auf Landes- und Bezirksebene Projekte der interreligiösen Verständigung wie zum Beispiel den christlich-jüdischen Dialog, die Idee des „House of One“ oder die „Drei-Religionen-Kita“.

Die Sanierung der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche wird über GRW-Mittel weiter unterstützt. Eine Beteiligung an der Finanzierung der Kosten für die Gefängnisseelsorge wird angestrebt. Ferner wird das Land die kirchensteuererhebenden Körperschaften bei der Erfassung der Kirchensteuerpflichtigen unterstützen. Das wachsende jüdische Leben soll in seiner Vielfalt weiter gefördert und sichtbar gemacht werden. Wichtige Baumaßnahmen zur Stärkung des

jüdischen Gemeindelebens, insbesondere der Wiederaufbau Synagoge am Fraenkelufer, werden unterstützt. Die Förderung für die Islamischen Kulturtage und die Deutsche Islam-Akademie als wichtiger Teil des islamischen Lebens wird fortgesetzt. Die Zusammenarbeit mit säkularen Weltanschauungsgemeinschaften wird weiterentwickelt.

Das Berliner Gesetz über die Sonn- und Feiertage wird dahingehend überprüft, dass Angehörige von Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften an bestimmten Feiertagen ihres Bekenntnisses vom Ausbildungsverhältnis gantztägig freigestellt werden können.

Sport

Sport ist für viele Berlinerinnen und Berliner unverzichtbarer Teil des Alltags. Über 700.000 sind in den rund 2.500 Vereinen organisiert. Wir wollen für alle gute Rahmenbedingungen bieten und Sport und Bewegung als Motoren der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen, von Integration, Inklusion und guter Gesundheit fördern.

Der Landessportbund Berlin, die Vereine und Verbände sind für uns wichtige Partner. Der Sport organisiert seine Angelegenheiten autonom. Die Koalition hält an der **unentgeltlichen Überlassung von Sportstätten** an die förderungswürdigen Sportorganisationen und der Finanzierung im Rahmen der **Fördervereinbarung mit dem LSB** als zentralen Grundpfeilern fest und wird diese weiterentwickeln.

Ehren- und hauptamtliche Übungsleiterinnen und Übungsleiter, Trainerinnen und Trainer sind für eine qualifizierte Bewegungsförderung entscheidend. Wir unterstützen sie in ihrer Arbeit und bieten gute Rahmenbedingungen.

Gemeinsam wollen wir den Sport in unserer Stadt zukunftsfähig weiterentwickeln und modernisieren. Nachhaltigkeit als Grundprinzip, Klimaschutz und die Digitalisierung von Verwaltungsprozessen sind uns dabei wichtig.

Der Sportflächenknappheit in Berlin muss mit innovativen Lösungen beim Bau von Sportanlagen begegnet werden. In enger Abstimmung mit Verwaltung, Wirtschaft und Sport sollen daher zukünftig Sporthallen auch mehrstöckig und Sportflächen auch auf bestehende Gebäude gebaut bzw. in neue (Wohn- und Geschäfts-) Gebäude integriert werden. Mit Unternehmen sollen Konzepte erarbeitet werden, wie private Flächen, wie z. B. Parkplätze, durch Umbaumaßnahmen für den Sport zusätzlich genutzt werden können.

Wir prüfen, wie die Bezirke bei großen Sportinvestitionen analog zur Schulbauoffensive stärker personell begleitet werden können. Insbesondere geht es darum, Sportanlagen so zu planen und zu bauen, dass sie wettkampfgerecht und barrierearm sind. Typensporthallen werden wir weiter entwickeln.

Auf Basis der in den Bezirken erstellten bzw. noch zu erstellenden Sportentwicklungspläne wollen wir einen langfristig angelegten Masterplan Sportinfrastruktur als strategische Gesamtplanung erstellen und eng mit den Bereichen Stadtentwicklung und Bildung abstimmen. Dabei müssen insbesondere auch die Möglichkeiten genutzt werden, die Zahl der nutzbaren Großspielfelder auszuweiten.

Die Sanierung von Sportstätten treiben wir weiter voran. Angesichts eines erheblichen Sanierungsstaus werden wir die Mittel für das bezirkliche **Sportanlagen-sanierungsprogramm** erhöhen

Dabei stehen energetische Sanierungen, der Wechsel von fossilen hin zu erneuerbaren Energien, das Überbauen von Freiflächen bzw. Freibädern und die Entwicklung von Modellen, die hohen Energiepreise abzufedern, im Fokus. Ebenso sollen Spielfelder mit energieeffizienten und umweltgerechten LED-Flutern ausgestattet werden.

Wir wollen weitere Mittel im Bund und auf europäischer Ebene akquirieren, um die Sanierung von Sportanlagen in Berlin voranzubringen.

Am **Mellowpark** wollen wir die Chance nutzen, gemeinsam mit dem Bezirk Treptow-Köpenick diesen in der Verbindung von Sport- und Jugendeinrichtungen einzigartigen Standort für Trendsportarten wie BMX und Skaten weiterzuentwickeln. Die Umsetzung einer neuen Trainingshalle im Mellowpark wollen wir unterstützen und bereits bewilligte Bundesmittel durch eine Kofinanzierung des Landes Berlin sichern.

Sofern Vereine an einem Kauf der von ihnen sportlich genutzten Grundstücke des Landes Berlin interessiert sind und ein dringendes öffentliches Interesse gegeben ist, soll ihnen der Erwerb im Einzelfall ermöglicht werden können. Die dauerhafte Nutzung für den Sport ist dabei dinglich abzusichern. Eine abschließende Entscheidung trifft der Vermögensausschuss des Abgeordnetenhauses.

Die Koalition prüft, ob mit Vereinen, mit denen für ihr Sportgelände Erbpacht vereinbart wird, angemessene Vertragslaufzeiten von in der Regel 50 bis 99 Jahren vereinbart werden kann.

Das Cantian-Stadion im Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark werden wir auf Grundlage des abgeschlossenen Wettbewerbsverfahrens als inklusives Stadion in einem „design for all“ beschleunigt bauen. Den umliegenden Sportpark wollen wir auf Grundlage der ermittelten sportfachlichen und inklusiven Bedarfe als 3. Bauabschnitt weiterentwickeln. Ein **Sportpark für Alle** gewährleistet dabei die allgemeine, inklusive und integrative Nutzung. Dieser erneuerte Inklusionssportpark soll vorbildlich alle Anforderungen an eine inklusive und barrierefreie, klimaneutrale und ökologisch nachhaltige Sportstätte erfüllen.

Das **Gelände des Olympiaparks** entwickeln wir schrittweise weiter. Der Masterplan wird unter Beachtung des Denkmalschutzes und der Historie zu einem tragfähigen Nutzungskonzept weiterentwickelt. Mehr Klimaschutz, bessere Nutzbarkeit und die Sanierung und Erweiterung von Sportflächen stehen dabei im Mittelpunkt. Ziel ist es auch, Sportanlagen und Gelände öffentlicher und zugänglicher zu gestalten.

Das **Sportforum** als nationales Spitzensportzentrum soll gemäß dem vorliegenden Masterplan unter der Berücksichtigung aller ansässigen Vereine weiterentwickelt und verbindet weiter Breiten- und Leistungssport. Das bestehende Stadion im Sportforum Hohenschönhausen wird mit dem Ziel der Drittligatauglichkeit ertüchtigt.

Die Koalition setzt sich für alle Sportarten ein und berücksichtigt diese bei Förderprogrammen. Speziell Sportarten mit weniger öffentlichem Interesse sollen die Möglichkeit erhalten, sich an besonders frequentierten Orten zu präsentieren oder auch Wettbewerbsbetrieb durchführen zu können.

Vereine sollen geeignete Flächen nutzen bzw. vermieten können, um den Ausbau erneuerbarer Energiequellen zu forcieren. Darüber hinaus soll die Möglichkeit geprüft werden, durch die Vermarktung von Namensrechten landes- und bezirkseigener Sportstätten weitere zweckgebundene Einnahmen für den Sport zu erzielen.

Die **Schwimm- und Sprunghalle am Europasportpark**, das **Velodrom**, die **Max-Schmeling-Halle** und das **Olympiastadion** sind zentrale Orte für den Sport in Berlin, die wir

instand halten und Schritt für Schritt sanieren. Insbesondere auf dem Gelände am Europasportpark werden wir bisher nicht genutzte Flächen für das organisierte und individuelle Sporttreiben erschließen, etwa auf den Dachflächen.

Auch unsere Profivereine brauchen gute Bedingungen.

Die Koalition unterstützt deshalb weiter den **Ausbau der Alten Försterei** und den Bau des Nachwuchsleistungszentrums von Union Berlin.

Wir unterstützen den potenziellen **Neubau eines privat finanzierten reinen Fußballstadions** für Hertha BSC mit einer Kapazität von ca. 45.000 Zuschauerinnen und Zuschauern an einem angemessenen Ort auf dem Olympiaparkgelände – dabei werden die Bewohnerinnen und Bewohner der Genossenschaftswohnungen an der Rominter Allee geschützt. Gleichzeitig sind die Interessen der ansässigen Vereine und Verbände zu berücksichtigen. Zentral ist für uns die Sicherung der weiteren wirtschaftlichen Nutzung des Olympiastadions und der Waldbühne.

Die Koalition bekennt sich klar zur **Berliner Bäderlandschaft** als Teil der städtischen Daseinsvorsorge, da Schwimmen zu den lebenswichtigen Grundfertigkeiten gehört. Von daher sind die Bäder sowohl für den Kita-, Schul- und Vereinssport zentral, als auch wichtiger Anlaufpunkt für das individuell organisierte Sporttreiben und Freizeiteinrichtung für die Berlinerinnen und Berliner. Bäder müssen für alle nutzbar, erreichbar und bezahlbar sein.

Alle Koalitionen der vergangenen Jahre haben sich zu den Bädern bekannt, wodurch sich die **Berliner Bäderbetriebe** auf Grundlage des Bädervertrages zur Erfüllung ihrer Aufgaben strukturell, personell und finanziell neu aufstellen konnten. Wir wollen jetzt die Vorhabenplanung zur Sicherung vorhandener Bäderstandorte weiter eng begleiten, langfristig ausrichten und finanzieren. Unser Ziel ist es, dass Wasserfläche auch künftig bedarfsgerecht zur Verfügung steht, technische Ausfälle minimiert werden und kein Bad dauerhaft geschlossen werden muss. Der Standort am Freibad Pankow wird zu einem Multifunktionsbad entwickelt. Die Wasserballarena in Spandau wird gebaut. Wir werden ein Kombibad in Marzahn-Hellersdorf errichten. Das Bad in Mariendorf wird umfassend saniert. Die Sanierung der Sport- und Lehrschwimmhalle Schöneberg gehört zu den prioritären Vorhaben.

Wir unterstützen Sanierungsmaßnahmen an den unter Denkmalschutz stehenden Strandbädern Wannsee und Müggelsee.

Für den Standort Baerwaldbad suchen wir gemeinsam mit dem Bezirk nach tragfähigen Lösungen.

Die Koalition prüft darüber hinaus, ob mit der Errichtung von Typenschwimmhallen und temporären Bädern Versorgungslücken schnellstmöglich geschlossen werden können. Dazu soll auch eine temporäre Überdachung des Olympiaschwimmstadions und weiterer Sommerbäder gehören.

Die Bäderbetriebe werden aufgefordert, mindestens die Öffnungszeiten, die Wassertemperatur und die aktuelle Auslastung der Bäder online anzuzeigen.

Die Berliner Gewässer müssen für alle Sportboote weiterhin nutzbar bleiben. Auch Vereine leisten durch die Pflege der Ufer einen Beitrag zum Schutz der Wassernatur. Ein Rückbau von einmal genehmigten Sportbootsteganlagen wird abgelehnt. Für die Sportsteganlagen bemühen wir uns um einen naturverträglichen Erhalt und suchen gemeinsam mit Bund und Ländern eine Lösung im Einklang mit der EU-Wasserrahmenrichtlinie. Es werden einheitliche Regelungen für Berlin erarbeitet und angewendet. Eine Befristung der Nutzungsdauer für Steganlagen gemeinnütziger Vereine in den Genehmigungen ist adäquat zur Praxis in fast allen anderen Bundesländern abzulehnen.

Wir streben an, mehr ungedeckte Sportflächen auch im Winter nutzbar zu machen und dafür mehr Kalthallen und moderne Traglufthallen zu nutzen.

Die Umrüstung von Asche- und Hartplätzen in Kunstrasen-Plätze soll bei Großspielfeldern forciert werden.

Die lebenswichtige Grundfertigkeit des Schwimmens soll spätestens in der dritten Klasse erlernt sein. Alle Kinder, die in der dritten Klasse kein Schwimmbzeichen erwerben konnten, sollen das in gebührenfreien **Intensivschwimmkursen** nachholen können, die wir in einem bewährten Verfahren mit Sportjugend, Schwimmverband und Vereinen entwickelt haben und weiter finanzieren werden.

In der wachsenden Stadt Berlin ist uns auch das sichere Beherrschen des Fahrrades wichtig. Gemeinsam mit Partnern wie dem Radsportverband streben wir Modellprojekte zum sicheren **Erlernen des Fahrradfahrens** an.

Die Koalition unterstützt „**Jugend trainiert für Olympia / Paralympics**“, den bundesweiten Wettbewerb, der seine Finals zweimal jährlich in Berlin austrägt.

Sport vermittelt Zusammenhalt und klare Regeln. Er kann daher auch einen wichtigen Beitrag zur **Prävention** leisten. Die Koalition bekennt sich zu den Verabredungen des Gipfels gegen Jugendgewalt, zu dem auch Sportangebote gehören.

2022 hat Berlin die nationalen Spiele von **Special Olympics** durchgeführt, 2023 finden die Weltspiele in Berlin statt. Menschen mit sogenannten geistigen und mehrfachen Behinderungen sind im Sport heute stark unterrepräsentiert, obwohl gerade für diese Zielgruppe Bewegung und Begegnung von besonderer Bedeutung sind. Die Koalition verfolgt deshalb das Ziel, die Verbandsstrukturen von Special Olympics in Berlin zu stärken, um Sport, Bewegung im Alltag und damit Gesundheitsprävention verstärkt in Einrichtungen und Werkstätten der Behindertenhilfe zu bringen und mehr inklusive Angebote in den Sportvereinen zu entwickeln. Den nachhaltigen Effekt der Weltspiele stärken wir durch Programme wie „Inklusion durch Sport“ und in enger Zusammenarbeit mit dem Behinderten- und Rehabilitationssportverband sowie Special Olympics Berlin.

Um den Inklusionsgedanken zu stärken und sportliche Teilhabe möglich zu machen, verfolgt die Koalition weiter das Ziel, im Rahmen von ohnehin geplanten Neubauten und Sanierungen von Sporthallen **in jedem Berliner Bezirk mindestens zwei inklusive Sportstätten** zu schaffen. Bei Baumaßnahmen im Sport soll der Aspekt der Inklusion und bestmöglichen Barrierefreiheit eine entscheidende Rolle spielen.

Das **Teilhabeprogramm** führen wir fort, um mehr Zugang für Frauen, Mädchen, LSBTIQ+-Personen, Menschen mit Behinderungen und Geflüchtete in den Sport zu schaffen. Deshalb werden wir Sensibilisierungsmaßnahmen für Beschäftigte in den Verwaltungen auf Landes- und Bezirksebene, die für den Sport zuständig sind, initiieren. Darüber hinaus unterstützen wir Vereine, zusätzliche Programme mit dieser Zielsetzung zu entwickeln.

Die Koalition fördert auch die Formen des Sporttreibens in individuellen oder weniger festen Strukturen. Neben dem Schwimmen sind Laufen und Radfahren die beliebtesten Sportarten. Nutzbare Parks und Grünflächen und sichere Radwege tragen somit auch zum sicheren Sporttreiben bei.

Mit Programmen wie „Sport im Park“, „Berlin bewegt sich“ oder „Sport vernetzt“ fördern wir auch weiterhin Konzepte jenseits fester Vereinsmitgliedschaften, die wir zu einer **Gesamtstrategie für den Outdoorsport** weiterentwickeln werden. Den weiteren Ausbau von Sportangeboten zur privaten, individuellen Nutzung wie z. B. Calisthenicsanlagen setzen wir auch in Abstimmung mit den Bezirken fort.

Die Koalition wird an der Finanzierung der Vollzeitstellen für die Bezirkssportbünde festhalten. Das Programm zur Förderung von hauptamtlichen Strukturen auch in mittelgroßen Vereinen werden wir verstetigen, insbesondere für die Bereiche Inklusion und Nachhaltigkeit. Kleine Vereine sollen dazu auch im Verbund Mittel beantragen können.

Freiwilligendienste im Sport, wie das Freiwillige Soziale Jahr oder der Bundesfreiwilligendienst kommen sowohl den jungen Menschen als auch den Vereinen und der Gesellschaft als Ganzes zugute. Die Koalition wird die Kooperation mit dem Landessportbund Berlin fortführen und prüft eine angemessene Förderung von Freiwilligendiensten im Sport. Zusätzlich werden weitere Angebote für junge Menschen, die sich im Sport engagieren möchten, unterstützt.

Ein berlinweites Sportstättenportal und die **transparente Vergabe der öffentlichen Sportstätten** ist in der Umsetzung und bildet die Grundlage für eine Sportentwicklung 4.0. Die Sportangebote der Vereine und Verbände in den Sportanlagen sollen sichtbar und Interessierte bei der Suche unterstützt werden. Wir wollen mit den Bezirkssportbünden und den Bezirkssportämtern schrittweise ein digitales Zutrittsmanagement für unsere Sportstätten einführen

Auch der Sport in Berlin muss sich den Anforderungen der **sozioökologischen Nachhaltigkeit**, vor allem denen des Klimaschutzes stellen. Die Sanierungen von Sportanlagen und -stätten wie auch der Bäder müssen ressourcen- und klimaschonend erfolgen. Wir wollen das Vereinsinvestitionsprogramm qualifizieren und die Kriterien und Voraussetzungen weiterentwickeln. Vereine werden unterstützt, Nachhaltigkeitskonzepte zu entwickeln und klimaschonend zu agieren. Dazu können auch die stärkere Nutzung von Dachflächen mit Solarpanels oder die Nutzung von Sportplätzen für Geothermie gehören.

Auch im Sport können Kinder und Jugendliche durch verschiedene Formen von Missbrauch, Diskriminierung und Gewalt verletzt werden, sei es durch physischen, emotionalen oder sexuellen Missbrauch, Mobbing oder andere Formen von Belästigung. Wir setzen uns daher für den Schutz der Kinder und Jugendlichen im Sport ein und werden in enger Abstimmung mit dem Landessportbund Berlin bestehende Maßnahmen wie das Kinderschutzsiegel und

eine unabhängige Anlaufstelle für psychische, physische und sexualisierte Gewalterfahrungen und Diskriminierungen im Sport weiterentwickeln und finanzielle Mittel für die Umsetzung bereitstellen. Mit dem **Verein Safe Sports** wurde auf Bundesebene eine unabhängige Anlaufstelle für physische, psychische und sexualisierte Gewalterfahrungen und Diskriminierung im Sport eingerichtet, deren Sitz in Berlin ist.

Große Sportveranstaltungen ziehen jährlich viele Millionen Besucherinnen und Besucher in unsere Stadt. Der Sport ist damit ein wesentlicher Antrieb für touristische Besuche in Berlin.

Wir werden die Förderung von **Berliner Bundesligisten** neu ausrichten und dabei insbesondere auch den Frauenteams Unterstützung bei der Professionalisierung bieten. Wir wollen neben dem TTC Eastside Berlin und Alba Berlin weitere weibliche Spitzenteams in Berlin etablieren.

Die spezielle Infrastruktur des **Leistungssports** in Berlin stärken wir. Dazu zählt unter anderem das Sportforum als ein nationales Spitzensportzentrum.

Insbesondere für Kinder und Jugendliche sind **Vorbilder aus dem Leistungssport** wichtig, um sie für Sport zu begeistern. Deshalb unterstützen wir unsere Leistungssportlerinnen und Leistungssportler und vor allem den Nachwuchs an sportbetonten Schulen, Eliteschulen des Sports und ihren Internaten, Landes- und Bundesstützpunkten sowie dem Olympiastützpunkt. Auch in der Verwaltung und in landeseigenen Betrieben ist es für uns wichtig, duale Karrieren zu ermöglichen und auszubauen. An den Eliteschulen des Sports und über die Sportschule des Landessportbundes fördern wir den Erwerb von Lizenzen für Übungsleiterinnen und Übungsleiter. Die Profilquote Sport hat sich bewährt, in einzelnen Bereichen steuern wir nach und passen sie an die Bedingungen des Bachelor- und Master-Systems an, um noch mehr Sportlerinnen und Sportlern das Studium in Berlin zu ermöglichen. Wir prüfen, sie auch auf Trainerinnen und Trainer auszuweiten. Wir setzen uns für eine Ausweitung der Studienplatzkapazitäten in der Sportwissenschaft ein.

Die Angebote des Landessportbunds Berlin zur Trainerausbildung sollen bekannter gemacht werden. Gemeinsam mit den Berliner Hochschulen soll in den Vereinen bei Schülerinnen und Schülern für den Studiengang der Sportwissenschaft geworben werden.

Berlin ist Sportmetropole: **Internationale Sportevents** und der Spitzensport sind hier ebenso zuhause wie der Freizeit- und Breitensport. Ein Netz von vielseitigen Sportanlagen, Arenen und Wettkampfstätten – mit dem Olympiastadion als sportlichem Wahrzeichen – erlauben es Berlin, auch große und internationale Sportveranstaltungen durchzuführen.

Die Koalition bekräftigt die Bereitschaft, dass Berlin als ein Austragungsort im Rahmen einer möglichen nationalen Bewerbung mit einem nachhaltigen Konzept um die Durchführung von Olympischen und Paralympischen Sommerspielen in Deutschland zur Verfügung steht. Wir sehen das als große Chance für Berlin, die wir nutzen wollen. Ziel muss es dabei sein, dass die Infrastrukturkosten durch die Nutzung bestehender Stadien und Hallen als Wettkampfstätten und der bereits bestehenden Hotelkapazitäten gering gehalten werden. Verantwortungsvolle Investitionen sollten vor allem in die als Trainingsstätten zu nutzenden Sportstätten erfolgen. Die sanierten und modernisierten Sportstätten stehen nach Abschluss der Spiele für vielfältige Nutzungen dem Sport in Berlin zur Verfügung.

Wir entwickeln das Konzept „Sportmetropole 2024“ weiter und bewerben uns weiterhin um die Austragung von großen nationalen und internationalen Sportveranstaltungen. Die **Special Olympics 2023** sollen dabei dem inklusiven Sport unter Beteiligung der Verbände einen nachhaltigen Entwicklungsschub geben. Die **UEFA Euro 2024** wird das beste Beispiel für eine nachhaltige Veranstaltung sein und entsprechend dem Leitbild für Nachhaltigkeit umgesetzt. Die Fortführung dieser Maßnahmen ist durch den Senat zu fördern.

Wir stehen der Ausrichtung von weiteren Spitzensportevents, wie Weltmeisterschaften, Europameisterschaften, deutschen Meisterschaften, European Championships, den Finals, Berlin Marathon und ISTAF positiv gegenüber. Der 50. Berlin Marathon soll in der Gestaltung der besonderen Stellung Berlins als Sporthauptstadt gerecht werden.

Mit der Renovierung der Maifeldtribünen rückt der Einzug des **Sportmuseums** Berlin in die dafür vorgesehenen Räumlichkeiten näher. Wir werden das Sportmuseum an diesem prominenten Ort etablieren.

Metropolregion Berlin-Brandenburg

Die vielfältige und enge Zusammenarbeit in der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg, die von der Uckermark und der Prignitz über Berlin bis in die Lausitz reicht, hat sich in den letzten Jahren kontinuierlich erweitert und intensiviert. Die Länder Berlin und Brandenburg stellen gemeinsam eine der dynamischsten Innovations- und Wirtschaftsregionen und damit einen der wichtigsten Zukunftsstandorte in Europa dar. Die Koalition setzt sich zum Ziel, diese Entwicklung gemeinsam mit dem Land Brandenburg weiter zu befördern und dabei das Wachstum der Hauptstadtregion gemeinsam zu steuern. Für die Zukunft Berlins ist eine gute Zusammenarbeit in der Metropolregion und die gemeinsame nachhaltige Gestaltung des Transformationsprozesses im Bereich der Wirtschafts-, Verkehrs- und Energiepolitik sowie der Klimaschutzpolitik von zentraler Bedeutung. Berlin ist ohne Brandenburg nicht zu denken.

Die bundesweit einmalige Verflechtung zweier Bundesländer erstreckt sich neben gemeinsamen Behörden und Einrichtungen auch auf eine vielfältige Zusammenarbeit in zentralen Politikbereichen auf unterschiedlichen Ebenen von Politik und Verwaltung sowie von Wirtschaft, Verbänden und Zivilgesellschaft. Die Koalition steht zu dem „**Strategischen Gesamtrahmen Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg**“ und den darin enthaltenen Vorhaben als wichtige Grundlage der Zusammenarbeit beider Länder, die weiter umgesetzt und fortgeschrieben werden soll.

Regelmäßige Abstimmungen zwischen Brandenburg und Berlin sind zur fortlaufenden Koordination in und Entwicklung von wichtigen Politikbereichen von zentraler Bedeutung. Hierzu gehören auch die gemeinsamen Sitzungen beider Landesregierungen, die mindestens einmal im Jahr stattfinden, sowie die Zusammenarbeit im kommunalen Nachbarschaftsforum. Wir streben eine jährliche Metropolraumkonferenz an, in der gemeinsame Projekte und Planungsziele besprochen und verbindlich festgelegt werden können. Wir wollen die Parlamentarische Konferenz Berlin-Brandenburg fortführen und ergebnisorientiert weiterentwickeln.

Die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg verfügt mit ihrer innovativen Ausrichtung und der zukunftsorientierten Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft über die besten Voraussetzungen zur Gestaltung der transformativen Herausforderungen im Bereich der Digitalisierung, der Veränderungen in der Arbeitswelt und zum Erreichen der Klimaneutralität. Mit der Herausbildung von **gemeinsamen Entwicklungssachsen**, die sich von Berlin in unterschiedliche Regionen von Brandenburg erstrecken, wollen wir länderübergreifende Kooperationen in zentralen Bereichen der Wirtschafts- und Verkehrspolitik sowie der Energiepolitik erreichen. Als Pilotvorhaben dient dabei die **Innovationsachse von Berlin in die Lausitz**, deren Umsetzungsprozess im Jahr 2021 begonnen wurde und weiter fortgesetzt werden soll. Auf dem Weg zu einer klimaneutralen Metropolregion ist die Schaffung einer gemeinsamen Energieregion beider Länder für die Koalition von großer Bedeutung. Die Hauptstadtregion kann in diesem Bereich eine Vorreiterrolle in einem zentralen Zukunftsfeld einnehmen und durch die Wertschöpfung in der Region ökologische wie soziale Nachhaltigkeit miteinander verbinden.

Wir werden die Zusammenarbeit der Bundesländer Berlin und Brandenburg insbesondere auf dem Gebiet der **Raumplanung** mit dem Ziel einer geordneten Siedlungsentwicklung (Siedlungsstern) intensivieren. Die Koalition wird zügig ein Konzept zur Durchführung einer

Internationalen Bauausstellung in der Metropolregion erarbeiten und es anschließend mit der Stadtgesellschaft diskutieren und präzisieren.

Zusätzlich werden wir gemeinsam mit Brandenburg eine länderübergreifende **Wasserstrategie** auflegen, die einen besonderen Fokus auf das Grund- und Schichtenwasser legt.

Wir werden die übergreifende Zusammenarbeit zwischen Brandenburg und Berlin im Bereich der **Digitalisierung** weiter ausbauen.

Europa und Städtepartnerschaften

Europa soll als Querschnittsaufgabe in Politik und Verwaltung verankert werden. Dazu gehört eine **Europastrategie**, die unter breiter Beteiligung der Zivilgesellschaft entwickelt und jährlich im Abgeordnetenhaus diskutiert wird.

Berlin wird sich frühzeitig und proaktiv für Berlin relevante EU-Gesetzgebung einbringen und die wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und finanziellen Auswirkungen der Gesetzgebung bewerten sowie Informationen bürgernah und verständlich bereitstellen. Berlin zeigt in Brüssel hochrangig und regelmäßig Präsenz. Das Berliner Büro in Brüssel soll seine Informations- und Öffentlichkeitsarbeit sowie die Interessensvertretung verstärken.

Die Koalition sichert Ko-Finanzierung von EU-Fördergeldern, schöpft EU-Programme besser aus und setzt sich für besseren Zugang auch kleinerer Projektträger ein. Bei der Vergabe von EU-(Ko)-Finanzierungsmitteln wird auf innovative Technologien, Nachhaltigkeit, gute Arbeit und die Stärkung des Partnerschaftsprinzips geachtet. Die Koalition setzt sich dafür ein, die Beantragung, die Abrechnung und Abwicklung von EU-geförderten Projekten auf Senatsebene zu bündeln und zu vereinfachen.

Berlin profitiert von der **Arbeitnehmerfreizügigkeit in der Europäischen Union**. Es verpflichtet sich zur Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte und zur Sicherung der Rechte und Ansprüche von mobilen EU-Bürgerinnen und EU-Bürger, indem u. a. entsprechende Anlauf- und Beratungsstrukturen ausgebaut und dauerhaft finanziert werden. In der EU erworbene Berufsabschlüsse wollen wir schneller anerkennen. Zusammen mit dem deutsch-französischen, dem deutsch-griechischen und dem deutsch-polnischen Jugendwerk sowie über Erasmus+ und andere Mobilitätsprogramme will Berlin mehr jungen Menschen die Möglichkeit einer Austauscherrfahrung in Europa bieten. Dazu wird eine Evaluation der Teilnehmerzahlen- und -struktur an Austauschprogrammen durchgeführt.

Städtepartnerschaften und internationale Netzwerke

Die EU-Städtepartnerschaften sollen gestärkt werden und bestehende Partnerschaftsformate u. a. mit Polen in der Oder-Partnerschaft und der deutsch-polnischen Regierungskommission wollen wir gemeinsam mit Brandenburg intensivieren, auch im Hinblick auf Themen wie Klimaschutz und Energieversorgung. Wir unterstützen das Kulturzug-Projekt Wroclaw-Berlin.

Wir wollen, dass in **bezirklichen Städtepartnerschaften** aktive Ehrenamtliche stärker unterstützt werden. Berlin verfügt über eine starke Zivilgesellschaft und eine Vielzahl von Netzwerken, die weiter zielgerichtet gefördert werden. So wird Berlin sich weiterhin im Rainbow Cities Network für die Rechte queerer Menschen europa- und weltweit einsetzen. Zivilgesellschaftliche Netzwerke von Flüchtlingen, beispielsweise aktuell aus der Ukraine wie auch aus anderen Ländern, unterstützen wir. Berlin bleibt Mitglied des Solidarity Cities Network und leistet seinen Beitrag für eine gerechte Verteilung Geflüchteter innerhalb der EU. Die Europäische Akademie Berlin, die den Berlinerinnen und Berlinern Europa näherbringt und sich sowohl für die Städtepartnerschaften Berlins als auch in den europabezogenen zivilgesellschaftlichen Netzwerken der Bundeshauptstadt engagiert, wird weiter gefördert. Berlin setzt sich dafür ein, dass die politische Teilhabe der knapp 300.000 EU-Bürgerinnen und EU-Bürger gestärkt und sichergestellt wird, dass sie in Berlin ihr aktives und passives Wahlrecht uneingeschränkt wahrnehmen können.

Die Ukraine wird über Jahre unsere Unterstützung brauchen. Die Koalition hilft ihr humanitär und über Städtepartnerschaften und setzt sich für den Kulturgutschutz der Ukraine ein. Wir streben eine **Städtepartnerschaft mit der ukrainischen Hauptstadt Kyiv** an. Die Städtepartnerschaft mit Moskau bleibt bis auf Weiteres von offizieller Seite eingefroren.

Wir streben eine neue Städtepartnerschaft mit Tel Aviv an.

Haushalt und Finanzen

Verantwortliche Politik geht verantwortlich mit dem Haushalt, den Vermögen und den Liegenschaften des Landes um. Eine solide Haushaltspolitik ist kein Selbstzweck, sondern Ausdruck der Verantwortung gegenüber den jungen und kommenden Generationen. Eine kluge Investitionspolitik tut dies genauso, weil sie Werte für die Zukunft schafft. In dieser Mischung aus solider Haushaltspolitik und kluger Investitionspolitik übernehmen wir Verantwortung für unser Berlin.

Haushalt

Die Voraussetzung allen staatlichen Handelns ist eine solide Haushaltspolitik. Wir setzen uns das Ziel, spätestens zum Doppelhaushalt 2028/29 einen strukturell ausgeglichenen Haushalt zu verabschieden. Korrekturen am aktuellen Haushalt wollen wir mittels eines Nachtragshaushalts vornehmen. Der Doppelhaushalt 2024/2025 soll so verabschiedet werden, dass eine vorläufige Haushaltsführung vermieden wird.

Der Abbau von Überregulierung und die Beschleunigung von Maßnahmen und Verfahren sind ein Schlüssel zur effizienteren Verwendung von Finanzmitteln. Daher streben wir eine stärkere Entbürokratisierung und Beschleunigung von Verfahren in allen Bereichen an. Hierzu werden wir erste Maßnahmen mit dem Doppelhaushalt 2024/25 beschließen.

Die Expertise des Rechnungshofs soll verstärkt für die Weiterentwicklung und Modernisierung der Verwaltung genutzt werden.

Grundsteuer

Die Regelungsspielräume der Grundsteuerreform wollen wir landesrechtlich so ausgestalten, dass eine flächendeckend höhere Belastung von Mieterinnen und Mietern und Eigentümerinnen und Eigentümern verhindert wird. Dazu werden wir den Hebesatz mit dem Ziel der Aufkommensneutralität ab dem Jahr 2025 senken.

Die Koalition wird Konzepte erarbeiten, die unbillige Härten vermeiden, insbesondere mit Blick auf die besondere Situation im Ostteil der Stadt. Dabei prüfen wir, inwiefern soziale Freibeträge auf den Grundsteuermessbetrag möglich sind. Weiterhin wird geprüft, inwieweit eine höhere Besteuerung unbebauter, baureifer Grundstücke (Grundsteuer C) zu einer Entlastung bei bebauten Grundstücken (Grundsteuer B) genutzt werden kann.

Vermögen und Liegenschaften

Grundstücke und Gebäude werden nur im dringenden öffentlichen Interesse unter Berücksichtigung von Wirtschaftlichkeit und sparsamer Haushaltsführung an- oder verkauft.

Dringende öffentliche Interessen kommen besonders in folgenden Bereichen in Betracht: Wohnen, soziale und öffentliche Infrastruktur, Klimaschutz, Daseinsvorsorge, Gewerbe und Mobilität.

Landeseigene Grundstücke sollen grundsätzlich nur im Erbbaurecht vergeben werden. Über Ausnahmen entscheidet das Abgeordnetenhaus. Wir entwickeln ein Modell, wie eine weitere Flexibilisierung der Erbbaurechtsbedingungen, insbesondere der Zins-Berechnungen, die

sich an den wirtschaftlichen Möglichkeiten der öffentlichen Hand wie der potenziellen Nutzungen orientieren, erreicht werden kann.

Konzeptverfahren sollen vereinfacht werden. Im Sinne einer öffentlich gewollten Nutzung sollen Direktvergaben durch das Abgeordnetenhaus möglich sein.

Wir wollen ein Bodensicherungsgesetz für ein grundsätzliches Veräußerungsverbot von Liegenschaften in Landesvermögen einführen.

Der Parlamentsvorbehalt gilt für uns auch für mittelbare Landesunternehmen.

Die Eigenwirtschaftlichkeit des Sondervermögens Daseinsvorsorge (SODA) ist zu stärken. Sanierungsstau und Leerstand sind abzubauen, Flächenpotenziale zu heben und die Investitionsmöglichkeiten zu optimieren. Eine schuldenbremsenneutrale Kreditfähigkeit der BIM und des SILB werden geprüft, um Liegenschaften für die wirtschaftliche Vermietung zu ertüchtigen. Wir wollen die Vereinfachung und Beschleunigung von Prozessen. Landesnahe Nutzungen sollen für einen wirtschaftlichen Betrieb durch die zuständigen Fachverwaltungen unterstützt werden. Überschüsse verbleiben grundsätzlich im Sondervermögen.

Die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften sollen verstärkt mit Baugrundstücken versorgt werden.

Wir verstehen das kommunale Vorkaufsrecht weiter als wichtiges Instrument für unsere mieten- und wohnungspolitischen Ziele.

Die Koalition wird die Gesamtstädtische Steuerung der Unterbringung der Verwaltung (GSUV) weiterentwickeln. Wir werden das Modell der Flexiblen Arbeitsorte ausbauen, etwa durch die weitere Umstellung von Flächenvermietung auf Arbeitsplatz-Vermietung sowie die Schaffung mindestens eines nutzerneutralen Verwaltungs-HUB. Homeoffice-Möglichkeiten, digitales und mobiles Arbeiten sowie eine Anpassung der GSUV-Strategie in Bezug auf künftige Raumbedarfe werden weiterentwickelt. Wir streben eine vorrangige Nutzung landeseigener Liegenschaften an. Anmietungen sollen vermieden werden. Die BIM soll Investitionen zu Gunsten einer effektiveren Unterbringung der Verwaltung und anderer öffentlicher Nutzungen im Rahmen ihrer Wirtschaftlichkeit eigenständig umsetzen können.

Wir werden im Beteiligungsportfolio Doppel- und Parallelzuständigkeiten beseitigen, etwa durch Einbringung der Kulturraum Berlin in die BIM.

Beteiligungen

Die Eigenfinanzierungskraft der Unternehmen wird zur Erfüllung ihrer Aufgaben genutzt. Wir werden unsere Unternehmen und Landesbeteiligungen weiterentwickeln und ihre Finanzierung sichern.

Die Koalition wird Investitionen auch über landeseigene Unternehmen finanzieren.

Wir unterstützen die BEHALA beim Erwerb von Anteilen an der Industriebahngesellschaft Berlin von Captrain Deutschland.

Wir begrüßen das Engagement der Zoologischer Garten Berlin AG für den Tierpark Berlin und halten an der erfolgreichen Kooperation zwischen Land und der Zoo AG fest.

Die Aufsichtsorgane der Beteiligungsunternehmen müssen eine geschlechterparitätische Besetzung aufweisen sowie unternehmerischer Kompetenz Rechnung tragen. Mit unseren Landesunternehmen sichern wir gute Arbeit, schaffen duale Ausbildungs- und Studienplätze und gehen bei Frauenförderung und Diversität mit gutem Beispiel voran.

Bei der Besetzung der Aufsichtsorgane wesentlicher Beteiligungsunternehmen erfolgt eine Abstimmung innerhalb der Koalition. Die Veröffentlichung der Gehälter im Beteiligungsbericht gemäß Vergütungs- und Transparenzgesetz wird aufgeschlüsselt nach Grundgehalt, variabler Vergütung sowie weiterer geldwerter Vorteile. Wir entwickeln die transparente Berichterstattung über die Landesbeteiligungen insgesamt weiter. Die Aufsichtsorgane sichern die Ziele durch Vereinbarungen ab. Die Prüfungsmöglichkeiten des Rechnungshofs bei öffentlichen Unternehmen wollen wir weiter ausbauen.

Bezirke

Für die energetische Sanierung von Verwaltungsgebäuden soll jeder Bezirk schnellstmöglich die notwendigen Mittel für ein bis zwei Sofortmaßnahmen erhalten.

Die pauschale Zuweisung für die Bezirke für das Investitionsprogramm 2023 bis 2027 wird außerhalb der Berliner Schulbauoffensive erhöht. Die Zuweisung für den baulichen Unterhalt für alle Maßnahmen außer Schulen wird analog zum baulichen Unterhalt für Schulen angepasst. Zur Vermeidung von Vorfinanzierungen bei zu planenden Baumaßnahmen (Bauvorbereitungsmittel) wird ein entsprechendes Finanzierungssystem erarbeitet.

Wir wollen für die Bezirke Planbarkeit und Verlässlichkeit sichern und prüfen eine Reform der Bezirksfinanzierung unter Betrachtung der Kosten-Leistungs-Rechnung. Dabei sollen die Bedarfe der Bezirke und Anreize zur Wirtschaftlichkeit berücksichtigt werden.

Investitionen sollen erst ab 7,5 Millionen Euro dem Senat zur Mitzeichnung vorgelegt werden.

Personal

Gute Arbeitsbedingungen, gute Vergütung und eine verantwortungsbewusste Entscheidungs- und Fehlerkultur sowie gut ausgebildete und motivierte Beschäftigte sind Grundlage für eine effektive und funktionierende Verwaltung sowie für die Personalgewinnung und -bindung. Mobiles Arbeiten, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Angebote für verschiedene Lebensphasen, Work-Life-Balance sowie Modelle zur Pflege von Angehörigen entwickeln wir weiter.

Wir wollen die Zahl der unbesetzten Stellen stark reduzieren. Wir werden mit dem Doppelhaushalt 2024/2025 geeignete Maßnahmen ergreifen, um dieses Ziel zu erreichen.

Das Personalvertretungsgesetz soll weiterentwickelt werden. Wir wollen eine Hauptfrauenvertretung schaffen. Die Verwaltung öffnet sich konsequent der Vielfalt der Stadtgesellschaft und entwickelt ihre Strukturen diskriminierungskritisch weiter. Dazu werden die Leitstelle-Diversity und die Diversity-Ansprechpersonen gestärkt und das

Landesprogramm weiterentwickelt sowie eine Kategorie des Verwaltungspreises geschaffen. Wir erarbeiten Transitionsrichtlinien, um die Situation transgeschlechtlicher Menschen zu verbessern.

Wir werden das Berliner Gender Budgeting weiterentwickeln und den Frauenanteil in Führungspositionen erhöhen, wo Frauen unterrepräsentiert sind. Analog des Gender Mainstreaming bzw. des Gender Budgeting wird die Einführung eines Disability Budgeting geprüft.

Der Ausbildungsplatzanteil für Menschen mit Behinderung wird erhöht und die Vorschriften über die Inklusion werden evaluiert.

Die Beschäftigten des Landes Berlin – unsere Tarifbeschäftigten und unsere Beamtinnen und Beamten – leisten eine wertvolle, unverzichtbare Arbeit für das Gemeinwohl und für eine funktionierende Stadt. Bei der notwendigen Stellenbesetzung und dem Wettbewerb um die besten Köpfe steht Berlin in einem Konkurrenzverhältnis zu den zahlreichen Bundesbehörden.

Die Koalition stärkt die Beschäftigten des Landes und der Bezirke und damit die Berliner Verwaltung. Wir wollen die Vergütung unserer Beschäftigten binnen fünf Jahren schrittweise auf das Bundesgrundniveau anheben.

Wenn das Bundesverfassungsgerichtes Vorgaben hinsichtlich der A-Besoldung macht, setzen wir dies in Form eines Reparaturgesetzes analog zur R-Besoldung um.

Die gesetzlichen Regelungen zur Landesbesoldung werden modernisiert und in einem Berliner Landesbesoldungsgesetz zusammengeführt. Wir werden die Laufbahnverordnungen im Land Berlin modernisieren.

Die Koalition will den Weg zu einheitlichen Stellenbewertungen für identische Aufgaben fortschreiben. Bewertungsgefälle zwischen Aufgaben, die sowohl in den Haupt- als auch den Bezirksverwaltungen vorkommen, sollen angeglichen werden. Bewertungen der Hauptverwaltungen sollen transparenter sein.

Zur Förderung beruflicher Wechsel soll ein Berliner Altersgeldgesetz für Beschäftigte geprüft werden.

Zur Sicherung des erheblichen Personalbedarfs in den kommenden Jahren soll ein landesweites Quereinstiegs- und Traineeprogramm eingeführt bzw. ausgebaut werden, das auch Traineeprogramme für Masterabsolventen in den Bezirksverwaltungen ermöglicht. In diesem Zusammenhang wird die Flexibilisierung der Einstellungs Voraussetzungen geprüft.

Die Verwaltungsakademie Berlin soll die Angebote für Quereinsteigende mit Berufsausbildung und mit Studienabschluss anbieten. Trainees mit Bachelor- oder Masterabschluss sollen das Programm in allen Verwaltungen (Haupt- und Bezirksverwaltungen) durchlaufen können. Wir stellen sicher, dass Quereinsteigende und Trainees gezielt eingearbeitet werden.

Wir werden zusätzliche Kapazitäten an der HWR einrichten, weitere Kooperationen und duale Studienangebote an anderen Hochschulen und Universitäten ausbauen, auch länderübergreifend, um die Zahl der Nachwuchskräfte zu erhöhen.

Eine Befragung zur allgemeinen Zufriedenheit des Landes- und Bezirkspersonals sowie zu Verbesserungsmöglichkeiten am Arbeitsplatz soll erfolgen.

Alle Personalmarketingaktivitäten des Landes werden unter der Arbeitgebermarke HAUPTSTADT MACHEN kommuniziert. Die Ausbildungsplatzkapazitäten sollen erhöht und die Rahmenbedingungen verbessert werden.

Wir passen das generelle Pensionseintrittsalter auf das Niveau aller anderen Bundesländer an.

Wir unterstützen den Abschluss einer Rahmendienstvereinbarung, um zunehmender Gewalt gegenüber Angehörigen des öffentlichen Dienstes zu begegnen.

Pensionierte Beamtinnen und Beamte verfügen nach Ruhestandseintritt über eine Kompetenz, die zur Senkung des Fachkräftemangels beitragen kann. Wir prüfen, die Hinzuverdienstgrenzen für pensionierte Beamtinnen und Beamte mit besonderen Altersgrenzen bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze anzupassen.

Zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung wollen wir Ermittlungskooperationen weiter ausbauen sowie die Etablierung neuer Zusammenarbeitsnetzwerke mit Bundes- und Landesbehörden prüfen.

Der Senat prüft gemeinsam mit der Steuerberaterkammer Berlin die Voraussetzungen und die Errichtung eines Versorgungswerkes für die Steuerberaterinnen und Steuerberater in Berlin.

Sondervermögen „Klimaschutz, Resilienz und Transformation“

Berlin wird ein Sondervermögen „Klimaschutz, Resilienz und Transformation“ mit einem Volumen von zunächst fünf Milliarden Euro schaffen. Darüber hinaus ist die Koalition bereit, Ende 2024 nach einer Vollzugsevaluation weitere bis zu fünf Milliarden Euro diesem Sondervermögen zuzuführen.

CDU und SPD sehen die Bewältigung der Klimakrise als eines der drängendsten Themen unserer Zeit an. Die Auswirkungen des Klimawandels treten auch in Berlin immer gravierender zu Tage, zusätzlich beschleunigt durch die Energie- und Preiskrise als Auswirkung des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges Putins auf die Ukraine.

Dies begründet die Notwendigkeit, die energiewirtschaftlichen Abhängigkeiten von fossilen Energieträgern schnellstmöglich zu überwinden, Energie einzusparen und die Transformation der Energieversorgung auf alternative bzw. regenerative CO₂-neutrale Energiequellen zu beschleunigen. Hierzu kann auch die Erweiterung der Förderkulissen notwendig sein. Zudem muss die Infrastruktur der Daseinsvorsorge dringend resilienter aufgestellt werden.

Die Koalition aus CDU und SPD sieht in dieser Lage eine außergewöhnliche Notsituation. Wir konzentrieren uns bei der Bekämpfung der Klima- und Energiekrise und ihrer sozialen und wirtschaftlichen Folgen beispielsweise auf folgende Maßnahmenfelder, die auch Handlungsfelder des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms (BEK) 2030 sind:

A: Gebäudesektor

Der Berliner Gebäudebestand hat ein großes energetisches Sanierungs- und damit Energiesparpotenzial. Investitionen in energetische Sanierungen sind deshalb elementar für den Klimaschutz und die Überwindung der energiewirtschaftlichen Abhängigkeiten Berlins.

- Steigerung der Sanierungsrate und der Sanierungstiefe
 - Sonder-Sanierungsprogramme oder Ausweitung bestehender Programme für öffentliche Gebäude und Zweckbauten (z. B. Schul-, Verwaltungsgebäude-, Polizei-/Feuerwehrgebäudesanierungen, Krankenhäuser)
 - Erweiterung der Förderkulissen, z. B. für energetische Sanierungen von Wohngebäuden
- Unterstützung klimaneutraler Quartiersentwicklung

B: Energieerzeugung bzw. -versorgung

Neben Sanierungen der Gebäudehülle sind insbesondere beschleunigte Investitionen in eine klimaneutrale Gebäudeenergieversorgung erforderlich. Dezentrale Energieerzeugung (z. B. Solarenergie, Geothermie, Wärmepumpen) und Fernwärmeversorgung aus erneuerbaren Energien müssen die fossilen Energiekonzepte ablösen.

- Erweiterung der sowie Schaffung von Speicherkapazitäten im Bereich Strom und Wärme
- Verstärkte Gewinnung und Nutzung erneuerbarer Energien
- Erschließung von Abwärmepotenzialen
- Erschließung von Tiefen- und oberflächennaher Geothermie
- Energetische Verwertung von Bio- und organischen Abfällen
- Beschleunigung des Kohleausstiegs in Berlin

- Transformation des Gassektors
- Ausbau der Wasserstoffinfrastruktur in Berlin

C: Mobilität

Zur Beschleunigung der notwendigen Transformation im Verkehrssektor setzen wir insbesondere auf Investitionen in eine nachhaltige Verkehrsinfrastruktur und die Umstellung auf alternative Antriebskonzepte. Flexibilität und Bezahlbarkeit sind die Grundlage für die Akzeptanz einer klimaneutralen Mobilität.

- Beschleunigter und verstärkter Infrastrukturausbau für den Umweltverbund im Personenverkehr in Berlin, Ausbau des schienengebundenen Nahverkehrs: Regionalbahn, S-Bahn, U-Bahn, Straßenbahn
- Verbesserung der Angebotsqualität und Attraktivität des ÖPNV, insbesondere hinsichtlich Anbindung der Außenbezirke (z. B. Taktverdichtung, Expressbuslinien)
- Beschleunigung der Antriebswende: Schaffung der Voraussetzungen für eine erhöhte Akzeptanz und Alltagstauglichkeit der Elektromobilität (u. a. Ausbau der Ladeinfrastruktur)
- Beschleunigte und erweiterte Umstellung öffentlicher und gewerblicher Fahrzeugflotten auf alternative Antriebskonzepte
- Investitionen in Fuß- und Radverkehr inklusive Ausweitung von Radschnellwegen
- Neue Logistikkonzepte für Gütertransporte, Kurier-, Express- und Paketdienste
- Ausweitung von Park & Ride und Bike & Ride in Berlin und Brandenburg

D: Transformation der Wirtschaft

Innovation und Investitionen sind wesentliche Grundlagen für die notwendige Transformation der Wirtschaft. Wir wollen unsere Berliner Unternehmen in die Lage versetzen, schnellstmöglich die hierfür notwendigen Maßnahmen zu treffen.

- Steigerung der Nutzung von erneuerbaren Energien in Unternehmen
- Steigerung der Energieeffizienz in Unternehmen
- Unterstützung der Klimaneutralitätszielsetzung in Unternehmen
- Qualifizierung, Ausbildung, Forschung und Entwicklung zur Umsetzung der oben genannten Maßnahmen
- Klimaneutrale Beschaffung

Wir sind uns bewusst, dass für die schnellstmögliche Umsetzung und Zielerreichung des Sondervermögens die Modernisierung der Verwaltung und eine Beschleunigung politischer Entscheidungen zentrale Voraussetzungen sind. Zur Bewirtschaftung des Sondervermögens wollen wir auf vorhandene Parlaments-, Verwaltungs- und Förderstrukturen aufbauen.

Ein entsprechendes Errichtungsgesetz werden wir mit dem Abschluss der Haushaltsberatungen für den Doppelhaushalt 2024/25 bis zum Ende des Jahres 2023 im Parlament beschließen, um die Mittel aus dem Sondervermögen noch im Jahr 2023 wirksam werden zu lassen.

Gutes Regieren

Die Koalitionspartner CDU und SPD verpflichten sich, diese Vereinbarung zum Wohle Berlins und seiner Bürgerinnen und Bürger im Regierungshandeln umzusetzen. Sie tragen für die gesamte Politik der Koalition gemeinsam Verantwortung. Der Koalitionsvertrag ist Grundlage des gemeinsamen Handelns. Es gehört zum Selbstverständnis der Koalitionspartner, ihre Politik gemeinsam nach innen und außen zu vertreten. Die Partner gehen in der Koalition und im Senat fair, verlässlich und respektvoll miteinander um und stimmen sich fortlaufend eng ab.

Zusammenarbeit der Parteien

Es wird ein Koalitionsausschuss eingerichtet, der Fragen von grundsätzlicher Bedeutung berät. Der Koalitionsausschuss kommt in der Regel vierteljährlich zusammen, einmal jährlich als Klausursitzung. Zusätzlich tritt er auf Wunsch eines Koalitionspartners zusammen. Er verständigt sich konsensual. Die Beschlüsse des Koalitionsausschusses sind Grundlage für das Handeln der regierungstragenden Fraktionen der Koalitionsparteien und die Ressorts der Landesregierung.

Der Koalitionsausschuss besteht aus den Landes- und Fraktionsvorsitzenden der die Koalition tragenden Parteien, dem Regierenden Bürgermeister und den beiden Bürgermeister/-innen sowie weiterer Vertretungen der Koalitionspartner. Jede Partei entsendet sechs Mitglieder. Stellvertretung ist im Ausnahmefall möglich.

Zusammenarbeit im Abgeordnetenhaus

Um die parlamentarische Zusammenarbeit bestmöglich abzustimmen, findet zwischen den Fraktionen beider Koalitionspartner ein enger und regelmäßiger Informationsaustausch statt. Die Koalitionspartner stimmen im Abgeordnetenhaus einheitlich ab. Das gilt auch für Fragen, die nicht Gegenstand dieser Vereinbarung sind. Initiativen und Anträge werden gemeinsam eingebracht.

Die Koalitionsfraktionen bereiten Ausschusssitzungen gemeinsam vor. An den vorbereitenden Sitzungen nehmen die fachlich federführenden Mitglieder des Senats bzw. ihre Staatssekretärinnen oder Staatssekretäre teil. Zusätzlich bieten die Senatsverwaltungen den Fachabgeordneten der Koalition monatliche Abstimmungsgespräche an, in denen ein Austausch über aktuelle Themen des Politikbereichs mit dem Mitglied des Senats bzw. ihrer Staatssekretärinnen oder Staatssekretäre ermöglicht wird.

Zusammenarbeit im Senat

Der Regierende Bürgermeister führt den Senat. Die Koalitionspartner stellen jeweils eine Bürgermeisterin oder einen Bürgermeister, der oder die den Regierenden Bürgermeister bei Abwesenheit vertritt. Die Abstimmung zwischen dem Regierenden Bürgermeister und den Bürgermeister/-innen über grundsätzliche politische Entscheidungen und Entwicklungen sowie wesentliche Termine erfolgt in wöchentlichen Treffen.

Die Mitglieder des Senats berichten in der Senatssitzung über Vorhaben von grundsätzlicher Bedeutung. Im Senat entscheiden die Senatsmitglieder einvernehmlich, abweichende

fachliche Voten einzelner Ressorts in Sachfragen bleiben davon unberührt. Um einen engen Austausch zwischen Senat und Koalitionsfraktionen zu gewährleisten, nehmen deren Vorsitzende an den Senatssitzungen teil. Die Senatssitzungen werden von der Staatssekretärskonferenz vorbereitet, die vom Chef oder der Chefin der Senatskanzlei geleitet wird. Senatsvorlagen sind frühzeitig bei der Senatskanzlei anzumelden.

Umsetzung der Koalitionsvereinbarung, Regierungsplanung und Regierungskommunikation

Eine verbindliche und langfristige Planung der Regierungsarbeit ist Grundlage guten Regierens. Die Regierungsplanung wird ebenso wie die Umsetzung dieser Koalitionsvereinbarung und deren Implementierung in den Richtlinien der Regierungspolitik von der Senatskanzlei kontrolliert und koordiniert. Die Regierungsplanung wird in enger Abstimmung und Zusammenarbeit der Koalitionspartner umgesetzt und durch ein digitales Programm unterstützt.

Die inhaltliche und politische Abstimmung zwischen der Senatskanzlei, den Senatsressorts, den die Regierung tragenden Parteien und den Fraktionen läuft über den Chef oder die Chefin der Senatskanzlei der CDU und den oder die für die Koordinierung zuständige/n Staatssekretär/-in der SPD, die regelmäßig zusammenkommen, um die Arbeit der Koalition auf Grundlage des Regierungsprogramms vorzubereiten und zu begleiten.

Die CDU stellt die Senatssprecherin bzw. den Senatssprecher. Die SPD stellt eine oder einen stellvertretende/n Senatssprecher/-in. Sie arbeiten in einem Presseteam zusammen, nehmen an den Sitzungen der Staatssekretärskonferenz und des Senats teil und berichten direkt dem Regierenden Bürgermeister. Der bzw. die stellvertretende Senatssprecher/-in ist zugleich Sprecherin oder Sprecher einer Senatsverwaltung. Zum guten Regierungshandeln gehört eine verbindliche und abgestimmte Öffentlichkeitsarbeit, die themenfokussiert, digital und bürgernah kommuniziert.

Verhalten Berlins im Bundesrat

Der Senat wird sachbezogen und konstruktiv an der Gesetzgebung des Bundes mitwirken und dabei die Interessen Berlins mit einer starken Stimme auf Bundesebene wirksam vertreten. Das Abstimmungsverhalten im Bundesrat wird im gegenseitigen Einvernehmen der Koalitionspartner im Sinne dieser Koalitionsvereinbarung festgelegt. Berlin macht sein Abstimmungsverhalten im Bundesratsplenum im Internet öffentlich.

Eine eindeutige Positionierung des Senats im Bundesrat ist anzustreben. Deshalb sollte eine Enthaltung in politisch bedeutsamen Fragen die Ausnahme darstellen. Kommt eine Einigung über das Abstimmungsverhalten nicht zustande, wird sich das Land Berlin im Bundesrat der Stimme enthalten.

Ordentliche Mitglieder im Bundesrat sind der Regierende Bürgermeister und die beiden Bürgermeister/-innen sowie ein weiteres Mitglied des Senats. Die übrigen Senatorinnen und Senatoren werden stellvertretende Mitglieder. Redebeiträge sind dem Senat vorher anzuzeigen und abzustimmen. Stellt sich der Bedarf für eine Äußerung erst während des Bundesratsplenums heraus, entscheiden die anwesenden Bundesratsmitglieder.

Zur Koordinierung der Bundesratsabstimmungen erfolgen neben dem Austausch auf politischer Ebene in Vorbereitung der Senatsentscheidung Besprechungen der Bundesratsreferentinnen und -referenten aller Ressorts. Die bzw. der Bevollmächtigte des Landes Berlin beim Bund koordinieren diesen Prozess.

Die Koalition wird im Vermittlungsausschuss durch den Regierenden Bürgermeister der CDU vertreten. Stellvertretendes Mitglied ist die Bürgermeisterin des Koalitionspartners SPD, es sei denn der Senat beschließt eine Vertretung durch das fachlich zuständige Mitglied des Senats. Die Koalitionspartner werden die Verhandlungslinie im Vermittlungsausschuss untereinander abstimmen.

Besetzung von Aufsichtsräten und Gremien

Über die Besetzung von Mandaten in Aufsichtsgremien, welche durch den gesamten Senat zu besetzen sind, wird zwischen den jeweils zuständigen Fachressorts und der Beteiligungsverwaltung eine Abstimmung herbeigeführt. Die Besetzung für die im Senat zu besetzenden Gremien erfolgt im gegenseitigen Einvernehmen. Im Übrigen gilt das Ressortprinzip. Dabei haben die Koalitionspartner das Ziel einer geschlechterparitätischen Besetzung von Führungspositionen im Blick.

Ressortverteilung im Senat

Die Koalitionsparteien vereinbaren folgende Ressortverteilung im Senat von Berlin:

Die CDU stellt den Regierenden Bürgermeister und eine Bürgermeisterin oder einen Bürgermeister.

Die SPD stellt eine Bürgermeisterin oder einen Bürgermeister.

Die CDU stellt die Senatorin oder den Senator für Finanzen.

Die SPD stellt die Senatorin oder den Senator für Wirtschaft, Energie und Betriebe.

Die CDU stellt die Senatorin oder den Senator für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt.

Die SPD stellt die Senatorin oder den Senator für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen.

Die CDU stellt die Senatorin oder den Senator für Bildung, Jugend und Familie.

Die SPD stellt die Senatorin oder den Senator für Inneres und Sport.

Die CDU stellt die Senatorin oder den Senator für Kultur, Zusammenhalt, Engagement- und Demokratieförderung.

Die SPD stellt die Senatorin oder den Senator für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung.

Die CDU stellt die Senatorin oder den Senator für Justiz und Verbraucherschutz.

Die SPD stellt die Senatorin oder den Senator für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege.

Die Zuständigkeiten für Verwaltungsmodernisierung und Digitalisierung sowie für Europa werden dem Regierenden Bürgermeister zugeordnet.

Für die Ernennung von Staatssekretärinnen und Staatssekretären liegt das Vorschlagsrecht bei der jeweiligen Senatorin oder dem jeweiligen Senator.

Der Senat entscheidet auf Vorlage der jeweiligen Senatorin bzw. des jeweiligen Senators und des Regierenden Bürgermeisters.

